M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

EL SALVADOR:
Krieg der Militärs gegen das Volk.

Nr. 90 Dezember 1980 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761 / 74003, Bürozeiten: Mo-Fr 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Peter Weber, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 176 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer:
27.01.1981

Copyright bei der Redaktion und den Autoren
Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– (bzw. 25,–)
Österreich: ÖS 260,– (bzw. 190,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,-)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,– //ÖS 30,–



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

PERIPHERIE soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

Nummer 1
Staat und Kapitalismus in Südafrika
Das Scheitern der Unidad Popular
Nationalcharakter und Revolution:
Kampuchea und Vietnam
Oktoberrevolution und nichtkapitalistischer Weg

Nummer 2
Reproduktion der Arbeitskraft und städtische Bewegungen (Sao Paulo)
Bäuerliche Wirtschaft und Kapitalismus in Peru
Kampf um die Volksmacht
Reflexionen zu Indochina

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen. Resümees in Englisch, Französisch, Spanisch

Die Redaktion lädt zur Mitarbeit an der Gestaltung der Zeitschrift ein.

Vierteljahreszeitschrift
Einzelheft: DM 6,– (Probeheft DM 4,–)
Abonnement: Einzelpersonen 24,–/ Förderabo/Institutionen DM 40,–

Bezug:
Con
Osterstr. 36
2800 Bremen

Redaktion.
Postfach 8426
4400 Münster
Tel.. 0251/26091
Tel.. 030/316951
Donnerstag 16 - 20 Uhr



Das Buch zur Fernsehsendung

am 26. 10. 1980, um 20.15 Uhr WDR III
am 30. 10. 1980, um 19.15 Uhr HR III
„Terra Roubada" (Geraubtes Land)
von Peter v. Gunten

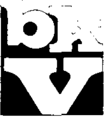
Ein Film über ein Großprojekt bundesdeutscher Hilfe zur Verarmung – das Stauseeprojekt von Sobradinho/Brasilien.

Unser Buch zu diesem Projekt:
Kathrein Tallowitz, Vertreibung des Volkes, Der Staudammbau von Sobradinho, 127 Seiten, Mettingen 1979, DM 9.80
ISBN 3-88559-079-4

Stimmen zum Buch:
„... zur Zeit wohl lesenswertestes Buch deutscher Sprache über den brasilianischen Nordosten ..."
W. Brasa, Brasilien Nachrichten 1/2/80

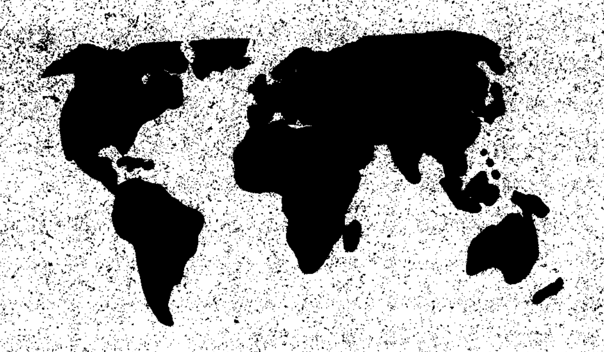
„Das Sobradinho-Projekt ist ein Beispiel für Ausbeutung im großen Stil. ... die Deutschen haben wieder einmal ihre Finger mit im Spiel. ... gerade deshalb ist die Beschäftigung mit diesem ‚Entwicklungs-Projekt' von großer Bedeutung, und dazu eignet sich diese Veröffentlichung als wertvolle Grundlage."
Siegfried Pater, ila-info, April 1980





Postfach 1220 · 4532 Mettingen

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Ost-Timor

Die Repression dauert an

In den zurückliegenden Monaten gelang es nur wenigen unabhängigen Beobachtern auf die von indonesischen Invasionstruppen besetzte Pazifikinsel Ost-Timor einzureisen und von dort zu berichten. Nach wie vor mißbrauchen die indonesischen Militärs ihre Macht, um die Inselbevölkerung fast vollständig von der Außenwelt zu isolieren. Die Nachrichtenblockade läßt darauf schließen, daß die indonesische Regierung die Lage in ihrer „27. Provinz" (Ost-Timor) nicht vollständig kontrolliert bzw. Kritik an den Zuständen auf Ost-Timor befürchtet. Die indonesische „Politik des Totschweigens" wird durch das „Desinteresse" der westlichen Öffentlichkeit an Ost-Timor unterstützt bzw. ermöglicht.

Zur Erinnerung: Ende 1975 griffen indonesische Truppen die ehemals portugiesische Kolonie Ost-Timor an. Sie stießen auf unerwartet heftigen Widerstand der Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN, die sich offenbar breiter Unterstützung seitens der Bevölkerung erfreute. In der von Anfang an mit ungleichen Waffen ausgeführten Auseinandersetzung schlugen die indonesischen Militärs eine Strategie des Aushungerns der gesamten Bevölkerung ein [1]. Ost-Timor wurde völlig von der Außenwelt isoliert, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung systematisch durch Vergiftung und Bombardierung der Felder zerstört [2]. Die vor dem Hunger aus den unwegsamen Bergen flüchtende Bevölkerung wurde in KZ-ähnlichen „Wehrdörfern" kaserniert. Nachdem Ende 1978 der damalige Präsident der Unabhängigkeitsbewegung der FRETELIN in einen Hinterhalt gelockt und erschossen worden war, schien der militärische Konflikt zugunsten Indonesiens entschieden. 1979 durften erstmals wieder ausländische Journalisten nach Ost-Timor einreisen. Ihre Berichte alarmierten die Weltöffentlichkeit: Große Teile der in den „Wehrdörfern" zusammengepferchten Bevölkerung litten an lebensbedrohender Unterernährung und Krankheiten. In vielen Berichten wurde die Anzahl der bis Ende 1979 Getöteten auf über 100 000 geschätzt [3]. In Folge der Berichte wurden internationale Hilfsmaßnahmen für Ost-Timor eingeleitet. Nachdem die Hilfsgüter anfänglich häufig nicht die Bedürftigen auf Ost-Timor erreichten, sondern auf indonesischen Schwarzmärkten verhökert wurden, sollen die Hilfsmaßnahmen seit Ende 1979 effektiver geworden sein [4]. Im Januar 1980 stellte auch die EG 700 000 Dollar für die notleidende Bevölkerung Ost-Timors bereit [5]. (Vgl. bis dahin „blätter des iz3w" Nr. 49, 50, 68, 70, 82, 85)

Offensichtlich verschreckt über die weltweite Kritik an der brutalen Kriegsführung und deren Folgen schaltete die indonesische Regierung bald wieder auf eine „Politik des Totschweigens" um: bis auf wenige Ausnahmen wurde ausländischen Beobachtern 1980 die Einreise nach Ost-Timor verweigert [6]. Denjenigen, die ein Einreisevisum erhielten – wie z. B. der westdeutsche Journalist Klaus Figge und ein französisches Fernsehteam [7] – folgten Sicherheitsoffiziere auf Schritt und Tritt. Figge berichtete, daß die Ernährungslage der Bevölkerung aufgrund der Ende 1979 eingeleiteten Hilfsmaßnahmen verbessert sei („Dem Tod ist Ost-Timor knapp entkommen"); allerdings hielt sich Figge für nur 36 Stunden ausschließlich in Dili und dessen Umgebung auf. Seinem Interview mit dem katholischen Bischof Ost-Timors ist zu entnehmen, daß vereinzelt immer noch gekämpft wurde. Ein Bericht des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz gibt ebenfalls nur für Teile Ost-Timors Auskunft: Dem Bericht zu Folge hat die Verteilung von Nahrungsmitteln und Medikamenten die Lage für 62 000 Menschen in 14 Dörfern verbessert; dennoch sei die Bevölkerung nach wie vor in „schlechter Verfassung" ("the population was still in poor health"; zitiert nach Timor Information Service, TIS, Nr. 29, Nov. 1980, S. 14).

Amnesty International drückte in einem Statement vom 29. 4. 1980 Besorgnis über das Schicksal ehemaliger Widerstandkämpfer aus. Mindestens 20 namentlich bekannte FRETILIN-Mitglieder, die sich entweder auf das indonesische Amnestieversprechen hin ergeben hätten oder aber gefangen genommen worden seien, seien im Laufe des Jahres 1979 verschwunden. Etwa 800 FRETILIN-Mitglieder würden in Dili in überfüllten Gefängnissen gefangen gehalten. In einem dieser „politischen Gefängnisse" würden die Inhaftierten geschlagen und gefoltert. (zitiert nach TIS Nr. 29, S. 13)

Nach Berichten von Flüchtlingen aus Ost-Timor [8] führte die FRETILIN in der zweiten Juniwoche 1980 zum ersten Mal wieder nach langer Zeit in der Hauptstadt Dili eine militärische Operation durch. Nach den übereinstimmenden Angaben war nachts an drei Stellen in Dili Gewehrfeuer zu hören. In einigen Berichten heißt es, die FRETILIN habe die indonesische Fernsehstation in Dili angegriffen und zerstört. Ein anderes Gerücht, das in diplomatischen Kreisen in der indonesischen Hauptstadt Djakarta die Runde machte, interpretiert den Vorfall als von indonesischer Seite fingiert, um so einen Vorwand für die Exekution von unliebsamen Personen zu schaffen. Tatsächlich scheint es im Anschluß an die Schießereien zu Exekutionen gekommen zu sein. (zitiert nach TIS Nr. 29, S. 3 f.)

Machtkämpfe und Interessenpolitik mit und um Ost-Timor auf diplomatischem Parkett

Während der Stand der Auseinandersetzung auf Ost-Timor aufgrund der indonesischen Nachrichtensperre fast gänzlich unbekannt ist, lassen sich verstärkte diplomatische Aktivitäten um Ost-Timor auf internationaler Ebene feststellen.

Ramos Horta, der UN-Vertreter der FRETILIN, informierte im September die Gruppe der afrikanischen Staaten in der UNO über Ost-Timor. Im Anschluß an diesen Report informierten die ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika – Angola, Guinea Bissau, Kap Verdische Inseln, Mozambique sowie Sao Tome und Principe – die portugiesische UN-Vertretung, daß sie Ost-Timor als ein „vorrangiges Problem" erachten und von Portugal deutliche Aktivitäten zu-

gunsten Ost-Timors erwarten. Der frühere Kolonialherr Portugal war in einer UNO-Resolution als „Verwaltungsmacht" ("administrative power") für Ost-Timor bestätigt worden. (vlg. ips, 13.9.1980)

Auch Brasilien sprach sich in jüngster Zeit entschieden für das Recht Ost-Timors auf Selbstbestimmung aus. Da Brasilien zur Zeit den Vorsitz in der Gruppe der lateinamerikanischen Staaten in der UNO führt, dürften sich noch einige andere Staaten Lateinamerikas der brasilianischen Position anschließen und der diplomatischen Offensive so größeres Gewicht verleihen. Die Wendung Brasiliens von einem lauen Befürworter des ost-timoresischen Freiheitskampfes zu einem entschiedenen Vorkämpfer für die Rechte des Volkes von Ost-Timor dürfte jedoch nicht ohne eigennützige Hintergedanken erfolgt sein: Brasilien mit seinen 120 Millionen überwiegend Portugiesisch sprechenden Einwohnern strebt in der Portugiesisch sprechenden Welt die Führerrolle an. Nachdem sich die ehemaligen portugiesischen Kolonien sowie Portugal selbst mit Ost-Timor solidarisch gezeigt hatten, setzte sich Brasilien nun an die Spitze dieser „portugiesischen" Bewegung. (ips, 26.9.80)

Im Laufe des September wurde auch die portugiesische Regierung – von verschiedenen Seiten bedrängt – aktiv. Offensichtlich im Bemühen, es möglichst allen Seiten Recht zu machen, kündigte der portugiesische Premier, Sa Carneiro, am 13. 9. 1980 einen Vier-Punkte-Friedensplan für Ost-Timor an (9). Basis der Gespräche mit der indonesischen Regierung soll deren Anerkennung des Rechts Ost-Timors auf Selbstbestimmung sein. An den Konsultationen sollen auch „repräsentative ost-timoresische Gruppen" beteiligt werden; die FRETILIN scheint in dem Plan jedoch nicht als führende Kraft Ost-Timors anerkannt worden zu sein. Die indonesische Regireung hat den portugiesischen Vorstoß inzwischen zurückgewiesen. Nach Berichten aus Djakarta verlangt Indonesien von Portugal die Anerkennung der indonesischen Souveränität über Ost-Timor. Nur unter dieser Vorbedingung sei Indonesien zu Gesprächen über „humanitäre Probleme" bereit. Zwischenzeitlich soll Portugal auch von den EG-Staaten, die offensichtlich um ihre guten Beziehungen zu den USA und den ASEAN-Staaten fürchten, unter Druck gesetzt worden sein: Die EG-Staaten sollen ihrem designierten Partner insgeheim angedroht haben, gegen eine zu weit gehende Ost-Timor-Resolution in der UNO zu stimmen und sie damit zu Fall zu bringen. Im vergangenen Jahr hatten die EG-Staaten sich der Stimme enthalten, als die UN-Vollversammlung das Selbstbestimmungsrecht Ost-Timors bestätigte. Die USA, die ASEAN-Staaten sowie die Anrainer Indonesiens – Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea (u. a.) – hatten für die Resolution gestimmt.

Am 3. 11. 1980 verabschiedete die UN-Vollversammlung mit 58:35 Stimmen (42 Enthaltungen) eine Resolution, die das Selbstbestimmungsrecht und die Unabhängigkeit Ost-Timors bestätigte (NZZ 5.11.80) (10). Nachdem im Vorjahr 62 Länder für, 31 Länder gegen und 45 Länder mit Stimmenthaltung abgestimmt hatten, kam es also trotz der Bemühungen Brasiliens zu keinem besseren Ergebnis.

„Nachrichten-black-out" in den westlichen Medien

In den westlichen Medien bleibt die Lage auf Ost-Timor fast gänzlich unbeachtet. In einer kürzlich in den USA veröffentlichten Untersuchung kommen der amerikanische Professor Noam Chomsky sowie sein Ko-Autor Herman zu dem Ergebnis (11), daß der „Black-out" der US-Presse im Falle Ost-Timors repräsentativ ist für die systematische Ausrichtung der Auslandsberichterstattung über Menschenrechte an US-Wirtschaftsinteressen. Den USA und dem Westen freundlich gesonnene Dritte-Welt-Diktaturen wie etwa Indonesien würden in der Berichterstattung sichtlich geschont (12).



Opfer der Aushungerungsstrategie der indonesischen Militärmachthaber

In der westdeutschen Presse wird Ost-Timor praktisch totgeschwiegen. Insbesondere auch die einflußreichen Nachrichtenmagazine „Spiegel" und „Stern" schweigen sich über den Krieg auf Ost-Timor und dessen Folgen für die Bevölkerung aus. Auch die andauernde faktische Nachrichtensperre scheint das Interesse noch nicht geweckt zu haben. (13)

Die Unterstützungsarbeit westdeutscher (und westlicher) Gruppen zugunsten Ost-Timors scheint zur Zeit wenig koordiniert. Im Frühjahr dieses Jahres startete die „Gesellschaft für bedrohte Völker" eine Aktion, die die Aufmerksamkeit auf Ost-Timor lenken sollte. Die Aktion verlief jedoch ohne größere Resonanz. Am 27./28. September dieses Jahres fand in Amsterdam ein Kongreß zur Lage in Ost-Timor sowie zur Lage der ost-timoresischen Flüchtlinge in Europa statt (14). Im November veranstaltete das Ost-Timor-Komitee (Freiburg) anläßlich des fünften Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Ost-Timors einen Informationsabend. Am 17./18./19. Januar soll in Lissabon ein „Tribunal" zu Ost-Timor stattfinden (15). Es bleibt zu hoffen, daß anläßlich dieser geplanten internationalen Veranstaltung die Unterstützungsarbeit für Ost-Timor neuen Aufschwung erfährt und besser koordiniert wird.

bef

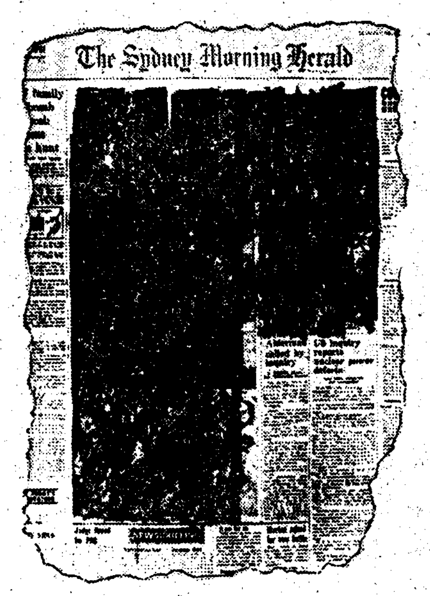
Informationsmaterial

Informationsmaterial kann bezogen werden von:

Ost-Timor Solidaritäts-Komitee, H. Santo, Postfach 6026, 78 Freiburg; dort kann auch ein älterer Film zu Ost-Timor sowie ein Dia-Vortrag zur Lage der Flüchtlinge in Portugal bezogen werden.

Anmerkungen:

1 Vgl. z. B. auch E. Haubold in der FAZ vom 23. 2. 1980, dessen Bericht über die politische Entwicklung in Ost-Timor allerdings bisweilen arg danebenhaut.
2 nach Noam Chomsky, vgl. „blätter des iz3w Nr. 82.
3 Einige Berichte sprechen von bis zu 300 000 Toten unter der ursprünglichen Gesamtbevölkerung von etwa 650 000 Menschen; die genauen Zahlen sind nicht zu ermitteln, da es keine zuverlässigen Zählungen gibt. Teile der Bevölkerung könnten sich eventuell auch über die offene Grenze in den indonesischen Westteil der Insel abgesetzt haben.
4 Nach Berichten der Hilfsorganisationen Catholic Relief Service und Internationales Komitee vom Roten Kreuz (die ihrer eigenen Arbeit allerdings kaum die Effektivität absprechen werden).
5 Die Neue, 25. 1. 1980.
6 So wurde z. B. im April Journalisten des australischen Rundfunks (ABC) eine Einreisevisum verweigert. Im Juni mußte dann sogar das ABC-Büro in Djakarta wegen der unliebsamen Berichterstattung schließen (ABC-News, 23. 6. 1980, zitiert nach Timor Information Service (TIS), Nr. 29, Nov. 1980, S. 13). – Die Ost-Timor-Berichterstattung australischer Zeitungen wurde für die in Indonesien verkauften Exemplare durch die indonesischen Zensurbehörden unleserlich gemacht.


The Sydney Morning Herald

Von der indonosischen Zensur geschwärzte Titelseite einer australischen Zeitung mit Ost-Timor-Berichterstattung (Nov. 1979)

7. Vgl. den Bericht von Figge in der FR vom 29. 4. 1980. – Der Film von Michael Honnorin, der sich elf Tage in Ost-Timor aufhielt, lief im Juni 1980 im französischen Fernsehen. Nach Presserezensionen zu urteilen (vgl. Le Monde, 22./23. 6. 80; Le Matin, 20. 6. 80), zeigte der Film ein friedliches Ost-Timor – freilich unter einer „pax indonesie" mit allgegenwärtigem Militär und Sicherheitsoffizieren. Unter anderem zeigt Honnorin auch ein Interview mit dem zu Indonesien übergelaufenen ehemaligen Informationsminister der FRETILIN, Alarico Fernandes. Fernandes, der seinerzeit den Indonesiern den einzigen Sender der FRETILIN zugespielt haben soll, soll nach einem Bericht der UNO „im Dezember 1978 zu Tode gefoltert worden sein".

– Joel Luguern kritisiert in einer Stellungnahme den ironischen Unterton des Berichts. Dadurch erscheine die indonesische Armee eher als eine „Operettenarmee" denn als für das Massaker an der ost-timoresischen Bevölkerung verantwortlich.

8 Bei den Flüchtlingen handelt es sich fast ausschließlich um Chinesen, die auf Ost-Timor lebten. Ihnen gelang es, sich durch Bestechung (bis zu 3000 Dollar pro Person) zunächst nach Djakarta abzusetzen. Dort mußten sie oft monatelang auf die Genehmigung zur Ausreise nach Lissabon warten. Nachrückende Flüchtlinge informierten die nach Lissabon Ausreisenden mit Hilfe geschmuggelter Briefe über die jüngste Entwicklung in Ost-Timor. Nach diesen Berichten sollen noch im ersten Halbjahr 1980 wöchentlich 50 bis 100 verletzte indonesische Soldaten in das Krankenhaus in Dili eingeliefert worden sein, was auf ein Andauern der militärischen Auseinandersetzungen hindeutet (vgl. New York Times, 29. 7. 80).

9 Ich beziehe mich im folgenden auf die englische Übersetzung einer Berichts von Jill Jollife vom 24. 9. 1980 im „Groene Amsterdammer".

10 Nähere Einzelheiten sind mir zur Zeit nicht bekannt; die westdeutsche Presse scheint über die Abstimmung nicht informiert zu haben.

11 Ich beziehe mich hier auf den Leserbrief von Th. Maier in der SZ vom 28. 1. 80. – Titel der Untersuchung: „The Political Economy of Human Rights"

12 Zu Beginn dieses Jahres informierte sich in den USA eine „Ost-Timor-Lobby". Auf Anregung des amerikanischen Kongreßabgeordneten Tom Harkin verabschiedete eine 55 Abgeordnete starke Gruppe des US-Repräsentantenhauses eine Resolution, in der Selbstbestimmung für Ost-Timor sowie unbeschränkter internationaler Zugang zu dem Territorium verlangt wird.

13 Es muß einer genaueren Untersuchung vorbehalten bleiben, ob der westdeutsche „Nachrichten-black-out" wie in den USA (nach Chomsky) ebenfalls auf eine bewußte Desinformationskampagne zurückzuführen ist.-

14 Über die Ereignisse ist mir nichts bekannt.

15 Informationen über das Tribunal bitte an Aktion Dritte Welt schicken!

Sri Lanka

Ausnahmezustand und Generalstreik

Auf Empfehlung des internationalen Währungsfonds und der Weltbank hat die Regierung von Jayerwardene die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln und die wöchentlich kostenlose Verteilung von Reisrationen an die Bevölkerung abgeschafft. Die hierdurch ersparten Staatsgelder reichten 1980 gerade aus, um das durch den Preisverfall auf dem Weltmarkt für Tee und Kautschuk, Hauptexportgüter Sri Lankas, bedingte Einnahmedefizit zu decken. Die Inflationsrate liegt dieses Jahr bei 35 Prozent, die Rupie mußte um 15 Prozent abgewertet werden, und die Zahl der Arbeitslosen wächst. Im Juli 1980 rief der Dachverband der 18 Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die Regierung verhängte sofort den Notstand und entließ jeden, der sich an dem Streik beteiligte. Außerdem ergriff sie weitere repressive Maßnahmen, um jegliche Kritik mundtot zu machen, die sich gegen den von Jayarwardene nach seiner Wahl 1977 eingeschlagenen liberalen Wirtschaftskurs wandte. Entwickelt sich Sri Lanka zu einer Diktatur? Auf jeden Fall ist diese Insel ein weiteres Beispiel, wie sich eine liberale Wirtschaftspolitik a la IWF (Internationaler Währungsfond) auf die Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung auswirkt.

1. Die Lebenssituation der lankaischen Bevölkerung

Zur Finanzierung ihrer ehrgeizigen Projekte (siehe Kasten) hat die Regierung auf Empfehlung des IWF und der Weltbank die staatliche Subventionierung für Reis, rote Linsen (sehr eiweißhaltige Nahrung), Milch und Textilwaren abgeschafft, die unter Frau Bandaranaike Anfang der 70er Jahre eingeführt wurde. Diese Subventionierung sicherte bisher eine „annehmbare Versorgung" der armen Bevölkerungsschichten (Le Monde Diplomatique, November 1980). Heute leben über 50 % der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verdient im Durchschnitt pro Monat 400 bis 500 Rupies (43,48 DM bis 54,35 DM), ein Angestellter ungefähr 600 Rupies (65,22 DM) und ein Teeplantagenarbeiter zwischen 400 und 450 Rupies (43,48 DM und 48,92 DM). Dagegen ist der Preis für ein Pfund Brot kürzlich von 1,25 auf 2,05 Rupies (1 Rupie = 0,1087 DM, 1 DM = 9,2 Rupies) gestiegen. Reis kostet heute zwischen 4,50 und 6,50 Rupies (Le Monde Diplomatique, Nov. 1980). Bis 1977 wurde noch wöchentlich ein Pfund kostenlos an die Bevölkerung verteilt oder zu einem subventionierten Preis von 1,50 Rupies verkauft. Kerosin, das in den meisten Haushalten zum Kochen verwendet wird, ist heute um das dreifache teurer geworden, Fische um das fünffache, während japanische und taiwanische Schiffe in lankaischen Gewässern mit Hilfe von Dynamit fischen und ihren Fang auf gewinnbringenden Märkten anbieten.

Von einer Politik der exportorientierten Industrialisierung kann die Bevölkerung keine entscheidende Verbesserung ihrer Lebenssituation erwarten. Noch mehr Freihandelszonen sollen errichtet werden (über ihre Auswirkungen siehe „blätter des iz3w, Nr. 75). In der Landwirtschaft sollen ertragreichere Teesorten eingeführt werden, um die Exportmengen zu steigern.

Dies ist wichtig, weil der Preis für dieses Hauptexportprodukt Sri Lankas ständig fällt. Auch hohe Finanzausgaben zur Förderung des rationelleren Kautschuk- und Kokosnußanbaus sind für die nächsten Jahre vorgesehen (Financial Times, 27. 8. 80). Hingegen wird der Reisanbau von der Regierung systematisch vernachlässigt, da – in kleinen Parzellen angebaut – die hohen Produktionskosten nur geringe Gewinnspannen zulassen.

2. Notstandspolitik

Der Ausruf des Notstandes Mitte Juli 1980 folgte auf eine Anzahl unglaublich harter und repressiver Maßnahmen des Staates und regierungsnaher Wirtschaftskreise, die alle die Gewerkschaften mundtot machen und die Organisierung des Widerstandes der arbeitenden Bevölkerung verhindern sollten.

Anfang Juli rief der Dachverband JTUAC (Joint Trade Union Action Committee) der 18 Gewerkschaften, die den verschiedenen oppositionellen Parteien angehören (siehe „blätter des iz3w", Nr. 75, S. 23), zu einem Tag des Protestes auf. Die Hauptforderung war die Erhöhung der Löhne. Die Beteiligung an der Demonstration in Colombo war nicht sehr hoch, da viele Beschäftigte Angst vor einer Entlassung hatten. Die Bilanz des Tages war die Ermordung des Arbeiters Somapala, Mitglied der kommunistischen Gewerkschaft, durch die berüchtigten Schlägertrupps der regierungsfreundlichen Gewerkschaft JSS (Jatika Sevaka Sangamaya) und eine hohe Anzahl von Verletzten. 12 Eisenbahner, federführende Gewerkschafter, wurden mit der Begründung entlassen, sie hätten an regierungsfeindlichen Kundgebungen teilgenommen.

Als Reaktion riefen die Gewerkschaften am 7. 7. 80 zum Streik auf für die Wiedereinstellung ihrer Kameraden sowie für höhere Löhne. Die Eisenbahner lähmten mit ihrem Streik teilweise das Transportwesen. Am nächsten Tag solidarisierten sich die Krankenhausangestellten und in den darauf folgenden Tagen die Angestellten weiterer öffentlicher Dienste. Für den 21. 7. 80 rief die JTUAC zum Generalstreik auf, was die Regierung den Notstand verhängen ließ.

Mit ihm trat gleichzeitig der „Public Security Act" in Kraft, der alle Streiks in Schlüsselbereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes illegalisierte.

Die Regierung versuchte, die Beteiligung an dem Generalstreik – je nach Lager zwischen 40.000 und 140.000 – mit gleichzeitig erpresserischen und verlockenden Methoden zu verhindern: Erstens galten alle Arbeiter als entlassen, die sich an dem Generalstreik beteiligten. Die Arbeitgeberverbände schlossen sich dieser und den folgenden Maßnahmen an.

Zweitens wurden die Bankkonten der nicht regierungsfreundlichen Gewerkschaften gesperrt und die Büros derjenigen geschlossen, die sich auf Staatsgelände befinden. „Mit den Streikenden haben wir nicht das geringste Mitleid, bedauernswert sind aber deren Familienangehörigen, Frauen und Kinder, und deshalb wollen wir mit den Geldern der Gewerkschaften einen Fonds für die Angehörigen der irregeführten und den Gewerkschaften in die Falle gegangenen Arbeiter einrichten", verkündeten heuchlerisch der Präsident und der Premierminister.

Drittes wurde jedem, der seinem Arbeitsplatz in wichtigen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes nicht fernblieb eine zusätzliche Loyalitätszulage von 50 Rupies versprochen. Allein diese für die gesamte Zeit des Notstands gewährte Sonderzulage übersteigt zwei- bis dreimal den Tageslohn eines Plantagenarbeiters oder Büroangestellten.

3. Machtrivalen werden ausgeschaltet

In gut zwei Jahren finden in Sri Lanka Parlamentswahlen statt, die bei der heutigen Unzufriedenheit der Bevölkerung zu einer Wiederwahl der ehemaligen Premierministerin Frau Bandaranaike führen können. Obwohl diese bei den letzten Parlamentswahlen einen Sitz verloren hat, kann sich dennoch die UNP von Jayarwardene (United National Party) ihrer Macht sicher sein, da ihr wirtschaftliches Programm für die nächsten Jahre in der Bevölkerung höchst unpopulär ist.

Eine von der Regierung beauftragte dreiköpfige Gerichtskommission hat nachträglich nachgewiesen, daß Frau Bandaranaike ihre Macht während ihrer Amtszeit 1970 bis 1977 mißbraucht hat. Demzufolge sind ihr, wie auch ihrem Neffen Felix Dias Bandaranaike, vom Parlament die bürgerlichen Rechte für sieben Jahre abgesprochen worden (NZZ, 19./20. 10. 80). Ihre Kandidatur zu den Parlamentswahlen 1983 und zu den Präsidentschaftswahlen 1984 ist dadurch eigentlich unmöglich. Dennoch wird erst die Zukunft zeigen, ob die Rückkehr zur Macht wirklich verhindert werden kann.

Walter Keller, Sri Lanka
fbu

Bauprogramm

Bauprogramm von 100 000 Wohnungen für den Mittelstand

Dieses Programm, das als populäres Programm bei der Regierung gilt, soll bis Ende 1982 fertig sein, da 1983 die Parlamentswahlen stattfinden. Die Wohnungen stehen im Zentrum Colombos und sollen dem Stadtkern den Charakter einer modernen City geben. Durch dieses Bauvorhaben und andere Bauaktivitäten, wie z. B. beim Mahalevi-Projekt, bei der Errichtung neuer Hotels und Banken sowie weiterer Industriebetriebe in der Freihandelszone von Katunayake, ist die Nachfrage nach Zement enorm gestiegen. Jedoch: Die beiden Zementfabriken des Landes sind nicht einmal ausgelastet, während die Importe mit der Nachfrage nicht Schritt halten können. Zement wird aus Singapur, Süd-Korea, Südafrika importiert. Der Einzelhandelspreis für den importierten Zement aber steht derzeit um etwa 20% über dem Niveau, das als normal betrachtet wird.

Das Parlamentsgebäude

Während die Regierung Subventionierungen von Lebensmitteln abschaffte, entschied sie andererseits über die Ausgabe von 2 Mrd. Rs für den Bau des Parlamentsgebäudes in Form einer Lotusblume. Es steht außerhalb der Hauptstadt Colombo. Dort soll eine Verwaltungsstadt errichtet werden, ganz im Stil von Brasilia.

Das Mahalevi-Projekt

Bei diesem Projekt geht es um die Wasserkraftstromerzeugung am Mahalevi-Fluß und um ein Bewässerungssystem für die umliegenden Täler. Jayarwardene hat sich vorgenommen, dieses Projekt in nur sechs Jahren durchzuführen. Zuvor waren für das Gesamtvorhaben rund 30 Jahre veranschlagt worden. Neben der Frage nach dem Sinn eines solchen Projekts, die hier nicht beantwortet wird, ist schon mal das zeitliche Ziel verfehlt und damit die Kostenplanung. Verzögerungen von im Bau befindlichen, bzw. geplanten Wasserkraftwerken sind eh schon



Premierminister Jayawardene

eingetreten. So sollte das Teilprojekt Botwanne (es sind insgesamt vier) bereits Anfang 1978 fertiggestellt sein. Dann wurde mit der Einweihung für Ende 1979 gerechnet, und nunmehr dürfte – mitbedingt durch einen Wirbelsturm im Vorjahr – die Inbetriebnahme des Kraftwerkes erst Mitte 1981 erfolgen. Für diese Verzögerung sowie für den Anstieg der Kosten werden die ausländischen Firmen verantwortlich gemacht.

Die Stromversorgung auf Sri Lanka befindet sich in einer Krise, die nach Ansicht informierter Personen nicht so schnell zu beheben ist. Zu den Verzögerungen vom Mahalevi-Projekt kommt eine lang andauernde Dürreperiode noch hinzu. Andererseits ist es fraglich, ob sich der Lebensstandard auf Sri Lanka durch den in den letzten Jahren um 11 Prozent erhöhten Stromverbrauch gebessert hat. Der Strom wurde benötigt für die forcierte Industrialisierung und wegen der „erhöhten Einfuhren von elektrischen Geräten des täglichen Bedarfs" (BfAI/NfA, 12.8.80). Doch nun wird täglich für fünf Stunden der Strom abgestellt. Industriebetriebe stehen demzufolge während 30 bis 50 Prozent der Arbeitszeit still (BfAI/NfA, 12.8. 80).

fbu



Palästina

Rückkehr der deportierten Bürgermeister?

Am 2. Mai 1980 sind die Bürgermeister der Westbankorte Hebron und Halhul, Fahad Kawasme und Mohammed Milhem, sowie der Kadi von Hebron, Rajab Al-Tamimi, von der israelischen Militärbehörde in einer Nacht- und Nebelaktion aus ihrer Heimat deportiert worden. Hebron und Halhul standen im Mittelpunkt des palästinensischen Widerstandes gegen den israelischen Siedlungsterror. Die Deportation fand statt nach einem blutigen Anschlag auf Mitglieder der zionistischen Siedlungsbewegung „Gush Emunim", die durch illegale Besetzungen von arabischem Privatland für ständige Provokationen der arabischen Bevölkerung sorgen (siehe dazu „blätter Nr. 86 u. Rezensionen in diesem Heft). Die Ausweisung von Palästinensern, die durch ihren friedlichen Widerstand und ihr mutiges Auftreten gegenüber der israelischen Besatzungsmacht Anerkennung in der arabischen Bevölkerung finden, gehört zu den Praktiken der Israelis, die damit den Widerstand schwächen und die Bevölkerung einschüchtern wollen.

Red.

»Nachts um ein Uhr kamen israelische Soldaten...«

(Interview mit dem Bürgermeister von Hebron)

Frage: Herr Kawasme, Sie wurden am 3. Mai gemeinsam mit dem Bürgermeister von Halhul, Herrn Milhem, und dem Kadi von Hebron, Scheich Al-Tamimi, ausgewiesen. Haben Sie je einen schriftlichen Ausweisungsbefehl erhalten oder wurden Ihnen Gründe für die Ausweisung genannt?

Kawasme: *Nein. Die Ausweisung spielte sich genau so ab: Nachts um 1 Uhr kamen israelische Soldaten und ein Offizier zu mir nach Hause und sagten, der Militärgouverneur wolle mich sehen. Sie sagten, daß es nur wenige Minuten dauern würde, dann könne ich wieder nach Hause gehen. Im Gebäude der Militärregierung wartete ich in einem Raum. Schließlich kam Brigadier Katz, der stellvertretende Kommandeur, in das Zimmer und sprach auf Hebräisch mit dem Offizier, der bei mir war. Ich verstand aber, daß sie sagten, ich solle nach Tel Aviv fliegen, wo mich Verteidigungsminister Weizmann sehen solle. Ich wurde zu einem Helikopter gebracht. Kurz darauf stieg auch Bürgermeister Milhem ein und wenig später wurde Scheich Al-Tamimi gebracht. Der Helikopter startete und die Soldaten, die um uns herum saßen, forderten uns auf, Kapuzen über den Kopf zu ziehen, so daß wir nichts sehen konnten. Der Flug dauerte etwas mehr als eine Stunde. Nach der Landung wurden wir aufgefordert, in ein Auto zu steigen. Wir fuhren etwa eine Viertel Stunde, dann hielt der Wagen. Der uns begleitende Offizier sprach in Englisch zu uns und forderte Bürgermeister Milhem auf, für uns ins Arabische zu übersetzen. Herr Milhem weigerte sich jedoch. Darauf teilte uns der Offizier in schlechtem Arabisch mit, daß das Verteidigungsministerium unsere Ausweisung in den Libanon beschlossen hätte. Uns wurde keine Verfügung ausgehändigt und wir konnten nicht einmal sehen, ob der Offizier eine solche in den Händen hielt, wir hatten immer noch die Kapuzen über dem Kopf. Wir stiegen noch einmal in einen Wagen und nach einer Viertelstunde hielten wir in einem Dorf. Wir hörten das Morgengebet von der Moschee herüber, es muß gegen vier Uhr morgens gewesen sein. Wir wurden in einen geschlossenen Raum gebracht, wo wir zwei Stunden lang warteten. Wir nahmen die Kapuzen ab und weigerten uns, sie wieder aufzusetzen. Wir waren*



Alltägliches Bild in der Westbank: Straßenkontrolle

in Adeisi, in dem Gebiet des Südlibanon, das sich unter der Kontrolle von Said Haddad befindet. Etwa um sechs Uhr morgens kam ein Zivilwagen. Wir stiegen ein und das Auto wurde von zwei israelischen Jeeps begleitet, einer vor und einer hinter dem Wagen. Sie brachten uns nach Taibeh, an einen Kontrollpunkt der UN-Truppen. Von hier fuhren die israelischen Jeeps zurück.

Frage: Hatten Sie die Möglichkeit, Ihren Rechtsanwalt zu benachrichtigen?

Kawasme: *Ich hatte Angst vor diesem Tag. Etwa um zehn Uhr abends* (nach dem Attentat gegen die israelischen Siedler in Hebron, d. Verf.) *rief ich Felicia Langer, meine Anwältin, an, aber ich konnte sie nicht erreichen. Auch sie ahnte wohl, daß etwas passieren würde und rief deshalb bei mir an. Sie sagte, ihr Telefon sei unterbrochen und sie telefoniere bei einer Nachbarin. Sie gab mir die Nummer der Nachbarin und sagte: Bitte, wenn irgendetwas passiert, rufen Sie mich an. Als die Soldaten kamen, um mich zu holen, versuchte ich, Felicia Langer anzurufen. Aber meine Leitungen – ich habe zwei Anschlüsse – waren tot. Ich bat meine Frau, zu unseren Nachbarn zu gehen. Sie ging rüber und versuchte, Frau Langer zu erreichen. Aber von dem Zeitpunkt, an dem sie mich abholten, bis zur Deportierung, also dem Abflug zur Grenze, vergingen nur zwei Stunden. Ich glaube nicht, daß sie in dieser Zeit einen Gerichtsentscheid hätte erreichen können.*

Eigenes Interview, 28. 5. 80 in Genf

Noch im Laufe des November will das Oberste Gericht Israels über die Rechtmäßigkeit der Asuweisung von Fahad Kawasme und Mohammed Milhem entscheiden. In Israel hatte man ihnen zusammen mit Rajab Al-Tamimi vorgeworfen, das Klima für den Anschlag bereitet zu haben, also eine Art von geistigen Mittätern zu sein.

Ausweisung unter Umgebung der Gesetze

Die Deportierten versuchen, auf juristischem Weg ihre Rückkehr zu erreichen: Bereits am 22. Mai fochten die Angehörigen der Ausgewiesenen vor dem Obersten Gericht den Deportationsbefehl an, da man den Dreien ihre Einspruchsrechte verweigert habe: Kawasme, Milhem und Al-Tamimi waren unter dem Vor-

wand in einen Hubschrauber geladen worden, sie sollten (den damaligen) Verteidigungsminister Ezer Weitzmann treffen. Anstatt nach Tel Aviv ging der Flug jedoch in den Südlibanon, wo man sie zur Überquerung der Grenze zwang. Die Angehörigen und ihre Anwältin, Felicia Langer, warfen der Militärregierung vor, sie habe es deshalb so eilig gehabt und diese Ausflüchte benutzt, um es den Deportierten unmöglich zu machen, den Berufungsausschuß der Militärregierung oder das Oberste Gericht anzurufen.

Dabei dachten sich die israelischen Behörden das Szenario für den Auftritt der beiden Bürgermeister so: Der Berufungsausschuß würde in der Nähe einer Jordanbrücke tagen. Kawasme und Milhem könnten vor dem Ausschuß erscheinen und nach einer negativen Entscheidung sofort wieder abgeschoben werden, ohne daß in der Westbank erst größere Unruhe entstehen würde. Am Dienstag, dem 14. Oktober, betreten Fahad Kawasme und Mohammed Milhem über die Allenby-Brücke wieder die Westbank.



Militärpolizisten prügeln Verhafteten zum Abtransport

Staatsanwalt Gabriel Bach mußte während der Verhandlungen vor dem Obersten Gericht im Juli und August zugeben, daß dieses Schnellverfahren „regelwidrig" gewesen sei. Zwar seien sich die Verantwortlichen bewußt gewesen, daß den Ausgewiesenen ein Einspruchsrecht zustehe, doch das habe man der Dringlichkeit der Sache wegen übergangen (Jerusalem Post, 7. 7. 80). Am 19. August lehnte das Oberste Gericht den Einspruch der Angehörigen ab und entschied: Der Ausweisungsbefehl sei wegen der Formfehler nicht automatisch „nichtig", sondern lediglich von einem Gericht „aufhebbar". Aus diesem Grund dürfen sich Kawasme und Milhem schriftlich an den Berufungsausschuß der Militärregierung wenden. Falls der ihre Beschwerde als stichhaltig anerkennt, dürfen sie auch persönlich vor dem Ausschuß erscheinen. Al-Tamimi hat kein Berufungsrecht, da ihm Äußerungen, die zur Gewalt aufhetzen, zweifelsfrei nachgewiesen werden können. Scharfe Kritik übt das Gericht an Verteidigungsminister Weitzmann und Militärgouverneur Benjamin Ben-Eliezer, weil sie bei der Ausweisung die Gesetze mißachteten (Jerusalem Post, 20. 8. 80).

Rückkehr der Bürgermeister in die Westbank

Am 6. Oktober erlaubte der „Militärische Beratungsausschuß" der Regierung unter dem Vorsitz von Ministerpräsident und Verteidigungsminister Menachem Begin den Bürgermeistern, persönlich vor dem Berufungsausschuß der Militärregierung zu erscheinen. Kawasme und Milhem hatten in den Wochen vorher je zwei eidesstattliche Erklärungen abgegeben: Ihre inkriminierten Äußerungen seien in der Presse verkehrt wiedergegeben worden, generell seien sie gegen Blutvergießen und auch in Zukunft würden sie die Gesetze der Militärregierung beachten (Al Hamischmar, 9. 9. 80).

Erwartungsgemäß lehnte der Berufungsausschuß (dessen Mitglieder von der Militärregierung bestimmt werden und der ohnehin nur eine Empfehlung an den Militärgouverneur aussprechen kann) den Einspruch am 20. Oktober ab. Militärgouverneur Benjamin Ben-Eliezer erneuerte den Ausweisungsbefehl (Yediot Achronot, 21. 10. 80). Felicia Langer beantragte gegen die Wiederausweisung eine einstweilige Verfügung und forderte das Oberste Gericht auf, den Fall neu zu verhandeln. Kawasme und Milhem traten in einen Hungerstreik.

Neue Niederlage der israelischen Regierung?

Am 23. Oktober war zum ersten Mal ein israelisches Gericht bereit, die Deportationspraxis der Militärregierung in den besetzten Gebieten zu überprüfen: Das Oberste Gericht setzte den Ausweisungsbefehl provisorisch außer Kraft, bis es den Fall Kawasme / Milhem neu verhandelt hat (Jerusalem Post, 22. und 24. 10. 80). Die beiden Bürgermeister wurden am 25. Oktober von der Allenby-Brücke in das israelische Gefängnis von Ramle gebracht, wo sie bis zum Spruch des Obersten Gerichts inhaftiert bleiben sollen. Seit dem 30. Oktober läuft der Prozeß, in dem jetzt nicht mehr die Umstände der Ausweisung verhandelt werden, sondern die Frage, ob die Ausweisung an sich zu Recht erfolgte.

So ist die Deportation von Fahad Kawasme und Mohammed Milhem dabei, sich – nach dem Urteil des Obersten Gerichts zur umstrittenen Gush Emunim-Siedlung Elon More bei Nablus und nach dem mißglückten Ausweisungsversuch gegen Bürgermeister Bassam Schaka aus Nablu – in eine weitere politische Niederlage der Begin-Regierung zu verwandeln. Gleich, ob das Oberste Gericht die Ausweisung aufrecht erhält oder nicht: Die Regierung mußte bereits höchstrichterliche Kritik an ihrer Deportationspraxis einstecken. Gerade die Deportation von Kawasme und Milhem hatte viel Staub aufgewirbelt, obwohl sich andere Deportationen in der Vergangenheit (auch unter der Regierung der Arbeiterparteien) nicht anders abspielten. Und sie mußte die Rückkehr von Kawasme und Milhem in die Westbank zulassen. Die Sorgfalt, mit der die beiden Bürgermeister die ganze Zeit abgeschirmt wurden, zeigt, daß man sich der Wirkung dieses Nachgebens auf die Palästinenser in den besetzten Gebieten genau bewußt ist.

Metzger / Orth / Sterzing

Haitianischer Oppositionspolitiker erneut verhaftet

Zum dritten Mal in zwei Jahren wurde am 14. August der Vorsitzende der Haitanischen Christdemokratischen Partei (PDCH) Sylvio Claude verhaftet. Gleichzeitig wurde die von ihm herausgegebene Zeitschrift „La Conviction" beschlagnahmt und verboten. In ihrer letzten Ausgabe hatte Sylvio Claude neben dem Programm seiner Partei auch eine „Foto-Galerie" berüchtigter gestürzter oder verstorbener Diktatoren und Gewaltherrscher veröffentlicht. In dieser Galerie war auch ein Foto des haitanischen Diktators Jean Claude „Baby Doc" Duvalier erschienen mit dem Kommentar „Wie lange noch ...?"

Sylvio Claude, der als führender Vertreter der demokratischen Opposition gegen das Gewaltregime des Präsidenten auf Lebenszeit, Duvalier, gilt, war erst im Frühjahr dieses Jahres nach halbjähriger Haft aufgrund weltweiter Proteste freigelassen worden. Schon Anfang 1979 hatte Duvalier ihn einmal nach Columbien deportiert.

Gegen die Verhaftung Sylvio Claudes und anderer demokratischer Politiker und Journalisten kam es in den USA und Kanada zu Protestdemonstrationen. In Deutschland forderten Amnesty International, das Haiti-Informationsbüro und Einzelpersönlichkeiten in Protesttelegrammen an die haitanische Regierung die sofortige Freilassung aller Verhafteten.

Köln, 17.10.1980

Weitere Informationen: Haiti-Informationsbüro, Sverinstr. 1, 5000 Köln 1.

Der Zerfall eines Staates

Anderthalb Jahre nach dem Sturz des Diktators Amin steuert Uganda, die einstige „Perle Ostafrikas", wie sie die Engländer nannten, immer mehr auf eine Situation der totalen Anarchie zu. Der Staatsapparat zerfällt von Tag zu Tag und die Wirtschaft existiert nur noch auf der Ebene der Selbstversorgung. Während bewaffnete Banden die Hauptstadt Kampala unsicher machen und im Norden ein ganzes Volk, die Karamojong, aufgrund von Hungersnöten und Plünderungen dem allmählichen Untergang entgegentreibt, hat die parasitäre und korrupte Politikerschicht des Landes nichts Besseres zu tun, als sich in internen Machtkämpfen gegenseitig zu paralysieren. Die für Anfang nächsten Jahres anberaumten Wahlen können unter diesen Umständen nicht viel mehr sein als ein surreales Theaterstück.

Eine ruinierte Wirtschaft

Als im April des vorigen Jahres das Terrorregime Amins nach acht Jahren schließlich von tansanischen und exilugandischen Truppen gestürzt worden war, waren von der einst relativ prosperierenden Wirtschaft des Landes nur noch Ruinen übrig geblieben. Industrie- und Gewerbeproduktion waren um 70 bzw. 45% zurückgegangen, die Exporte um 48%. Die wichtigen Tee-, Kaffee- und Zuckerplantagen arbeiteten entweder gar nicht mehr oder nur noch mit 10% der ursprünglichen Kapazität, die Läden waren so gut wie leer, das Geld kaum noch etwas wert. Heute, achtzehn Monate später, ist die Situation eher noch schlimmer geworden. Die Inflationsrate beträgt zur Zeit mehr als 200%, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs gibt es nur noch auf dem Schwarzmarkt zu horrenden Preisen, mit dem Ergebnis, daß ein Arbeiter für seinen Durchschnittslohn von monatlich 500 Schilling allenfalls noch zehn Schachteln Zigaretten bekommt. Die Folge ist, daß für Geld kaum noch jemand arbeitet und die Produktion immer mehr zurückgeht, es sei denn, die Firma kann ihre Arbeiter in Naturalien bezahlen. Eine weitere Folge dieses rapiden Geldverfalls ist es, daß die Bauern inzwischen zur reinen Selbstversorgung übergegangen sind, so daß die Versorgungslage in den Städten immer katastrophaler wird. Was an Devisenbringern überhaupt noch produziert wird, wie etwa Kaffee, wird wie zu Amins Zeiten sofort ins Ausland verschoben, dringend benötigte Ersatzteile für die Produktion können daher nicht eingeführt werden. Doch selbst wenn die Ersatzteile geliefert werden könnten, wäre an eine kontinuierliche Produktion wegen der ständig aussetzenden Strom- und Wasserversorgung ohnehin nicht mehr zu denken.

Terror in den Städten

Angesichts dieser katastrophalen Wirtschaftslage ist es nicht verwunderlich, wenn die Städte, besonders Kampala, die Hauptstadt, von bewaffneten Banden bei Nacht und zunehmend auch bei Tag unsicher gemacht werden. Es sind ehemalige Aminsoldaten, bei der Befreiung entflohene Sträflinge, durch die jahrelange Schreckensherrschaft entwurzelte und deklassierte Elemente, aber auch Angehörige der neuen ugandischen Armee, die hier für ein paar Schilling den Nächstbesten skrupellos umbringen.

Was es an Geschäften noch gab, wurde von ihnen rücksichtslos ausgeplündert, und je schlimmer die wirtschaftliche Situation wird, desto dreister treten sie auf – selbst die internationalen Hilfsgüter auf dem Flughafen von Entebbe sind inzwischen vor ihnen nicht mehr sicher.

Am stärksten betroffen von dieser neuen Herrschaft des Terrors sind aber wie immer die armen Bevölkerungsschichten, diejenigen, die sich keine schwerbewaffneten Leibwächter leisten können und die sich nachts nicht hinter schweren Toren und dicken Mauern verbarrikadieren können. Der Polizei gemeldet werden Raubüberfälle und Morde schon lange nicht mehr. Die Angst vor Rache ist zu groß und überdies wagt die Polizei es auch gar nicht, gegen die schwer bewaffneten Räuber vorzugehen. Waffen jeder Art und jeden Kalibers sind in der Tat kein Problem für diese Banden, wie überhaupt Waffen das einzige zu sein scheinen, woran Uganda derzeit keinen Mangel leidet – übrigens auch ein Ergebnis des Amin-Regimes, das über 25% des Staatsbudgets für die Armee ausgegeben und das Land mit Waffen förmlich vollgepumpt hatte.



Straßenszene in Kampala

Der Untergang eines Volkes

Unterdessen spielt sich im Norden des Landes eine Tragödie ab, angesichts der die Situation in Kampala fast noch erträglich erscheinen muß. Hier ist nämlich ein ganzes Volk, die 400 000 Köpfe zählenden, halbnomadischen Karamojong, vom Untergang durch den Hunger bedroht. 200 von ihnen verhungern täglich, 15 000 sind schon tot – eine Katastrophe, die sich in ihren Ausmaßen ohne weiteres mit der Hungersnot im Sahel 1973 vergleichen läßt. Und genau wie damals im Sahel sind es heute auch in Uganda in erster Linie politische und dann erst ökologische Gründe, die für das Desaster verantwortlich sind. Zwar herrscht in der Karamoja seit fast zwei Jahren eine Dürreperiode, aber damit sind die Karamajong bisher aufgrund ihrer an die Umwelt angepaßten Gesellschaftsstruktur noch immer fertig geworden. Das eigentliche Drama begann erst, als im vorigen Jahr die geschlagenen Amin-Truppen auf ihrer Flucht das Land durchquerten und vollends verwüsteten: Getreide und dringend benötigte Saatgutvorräte wurden geplündert, und das Wenige, das danach noch übrig geblieben war, steckten dann die nachsetzenden tansanischen und exil-ugandischen Soldaten ein. Es sollte aber noch schlimmer kommen: schwerbewaffnete Viehräuberbanden tauchten auf und begannen, nun auch das Vieh der Karamojong zu Tausenden wegzutreiben, was zur Folge hatte, daß der Viehbestand in dieser Region inzwischen nur noch ein Zehntel seiner früheren Stärke beträgt. Auch diese Viehräuber sind letztlich aber ein Ergebnis des allgemeinen politischen Verfalls in Uganda: der Viehraub war in der Karamoja wohl schon immer an der Tagesordnung gewesen, hatte sich aber stets in Grenzen gehalten, schon allein deswegen, weil es kaum Feuerwaffen gab. Der Zusammenbruch jeglicher staatlichen Autorität in Uganda hat die Lage jedoch schlagartig geändert: mit zehntausenden von Schnellfeuergewehren aus Amins verlassenen Arsenalen

ausgerüstet, wird der Viehraub jetzt in großem, quasi kommerziellem Stil betrieben. Die Einheiten der neuen ugandischen Armee sind zu schwach um hier durchgreifen zu können – abgesehen davon, daß sie auch kein Interesse daran haben, sondern sich lieber selbst in den lukrativen Viehdiebstahl einschalten.

Das größte Problem stellt inzwischen aber gar nicht mehr der eigentliche Viehraub dar, sondern die Tatsache, daß jetzt auch die für die bedrängten Karamojong bestimmten Lebensmittel-Konvois des Roten Kreuzes überfallen und ausgeraubt werden, wobei auch hier wieder der Verdacht besteht, daß die ugandische Armee dabei nicht immer ganz unbeteiligt ist.

Ein verrotteter Staat – eine parasitäre „Elite"

Niedergang der Wirtschaft, Terror in den Städten, Völkersterben im Norden – so sieht die Situation achtzehn Monate nach Amins Fall und dem von vielen erhofften „Neubeginn" aus.

Wo ist aber der Neubeginn, wo der neue demokratische Staat, wo die neue politische Elite, die die von Amin hinterlassenen Trümmer wegräumen und dem allgemeinen Chaos entgegensteuern wollte? Die traurige Wahrheit ist, daß es weder einen Staat in Uganda gibt – schon gar keinen demokratischen – noch eine „Elite", die diesen Namen auch nur im entferntesten verdienen würde. Was es gibt, sind allenfalls die verrotteten Reste eines Staatsapparates und eine zerstrittene Bande von Politikern, die statt an den Wiederaufbau des Landes nur an ihren eigenen Vorteil denkt.

Was an Staat bis zum Ende von Amins Herrschaft noch übrig geblieben war, zerfiel vollends unter dem Ansturm der tansanischen Invasion und den damit verbundenen Plünderungen. So sind die meisten ugandischen Ministerien heute buchstäblich leer: es gibt weder Möbel, noch Papier, noch irgendwelche Akten. Das Department für Statistik wurde völlig ausgeräumt, so daß es zum Beispiel an Unterlagen über den aktuellen Schuldenstand des Landes fehlt, Informationen, ohne die Kredite potentieller Geberländer aber gar nicht erst möglich sind! Die Beamten sind nur selten in ihren Büros anzutreffen, man findet sie eher auf dem Schwarzmarkt, wo sie ihr faktisch wertloses Gehalt aufzubessern versuchen – wen wundert es da noch, daß Kredite der Weltbank nicht ausgezahlt werden konnten, weil eine Auflistung der dringend benötigten Hilfsgüter von der Bürokratie bis heute nicht vorgelegt wurde!

Polizei und Armee sind unsorgfältig rekrutiert, schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Dementsprechend ist auch ihre Motivation: meist richten sie mehr Schaden an als sie verhindern.

Die aus dem Exil heimgekehrten Politiker sind noch nicht einmal imstande, sich auf einen Minimalkonsensus zu einigen, um wenigstens die dringlichsten Aufgaben in Angriff zu nehmen. Statt dessen richten sie ihre Energien darauf, sich in endlosen Intrigen und Auseinandersetzungen gegenseitig das Wasser abzugraben. Dabei geht es in diesen Auseinandersetzungen so gut wie gar nicht um eigentlich politisch-ideologische Gegensätze, sondern um rein persönliche Machtkämpfe – der gleiche Zustand also, der 1971 wesentlich zur Machtergreifung Amins beigetragen hatte.



Von Gangstern der letzten Habe beraubt; verhungerdes Kind in Karamoja

Statt sich um den Wiederaufbau der Wirtschaft zu kümmern, tragen sie zu deren entgültigem Zusammenbruch bei: sowohl beim Kaffeeschmuggel, als auch bei den Devisenschiebereien und Schwarzmarktgeschäften sind es stets die Politiker, die hier die entscheidende Rolle spielen – übrigens auch ein Grund dafür, warum die längst überfällige Währungsreform immer noch nicht durchgeführt wurde. Die wenigen Devisen, über die der Staat noch verfügt, in den unproduktiven Import von Luxusgütern – so sind die teuren Nachtclubs von Kampala stets gut besucht, die der Armee vorbehaltenen Spezialgeschäfte sind bis zum Rand gefüllt und die provisorische Regierung hatte im vorigen Jahr angesichts der sich schon abzeichnenden Hungersnot im Norden sogar nichts Besseres zu tun, als 107 Mercedes für den Dienstgebrauch anzuschaffen!

Auch sonst scheint die Lage bei den Karamojong die neuen Männer in Kampala kaum zu interessieren. Jeder ist vielmehr bestrebt, sich persönlich zu bereichern, solange es noch irgendwie möglich ist. Im Gegenteil, da wo es geht, profitiert man auch noch von der Not der Karamojong: aus dem Ausland kommende Lebensmittel- und Medikamentenspenden verschwinden nur allzu oft in den Taschen hochgestellter Politiker, um dann zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt wieder aufzutauchen.

Die schon mehrfach verschobenen und jetzt für Anfang des nächsten Jahres festgesetzten Wahlen dürften an der verfahrenen Situation in Uganda kaum etwas ändern, abgesehen davon, daß auch diesmal nicht mit Sicherheit feststeht, ob die Wahlen überhaupt stattfinden werden, fehlt es doch bis jetzt an jeglichen organisatorischen Vorbereitungen. Vier politische Gruppierungen, die sich mehr durch ihre personelle Besetzung als durch ihre Programme unterscheiden, sind es, die sich zur Wahl stellen. Die meisten Chancen werden dabei der UPC Milton Obotes zugebilligt. Das aber nicht so sehr, weil Obote bei der Bevölkerung besonders beliebt wäre, sondern weil die derzeit herrschende Militärkommission und damit letztlich Tansania hinter ihm stehen. Obote selbst, der schon einmal, bis zu seiner Absetzung durch Amin 1971, Präsident gewesen war, ist ein Politiker, der bei großen Teilen der Bevölkerung äußerst unbeliebt ist. Das gilt besonders für die Baganda, die größte Volksgruppe Ugandas (28%). Sie haben ihm bis heute nicht verziehen, daß er sie in den sechziger Jahren ihres autonomen Status innerhalb des ugandischen Staates beraubt und ihren König verjagt hatte. Darüber hinaus wirft man ihm vor, daß es schon vor dem Putsch Amins mit dem Abbau demokratischer Rechte begonnen habe. Tatsächlich ließ Obote schon damals politische Gegner ins Gefängnis werfen, und fest steht auch, daß er aus Gründen des Machterhalts die Armee aufgebläht und Amin

zum Oberbefehlshaber gemacht hatte, wodurch dessen Terrorherrschaft letztlich der Weg geebnet wurde.

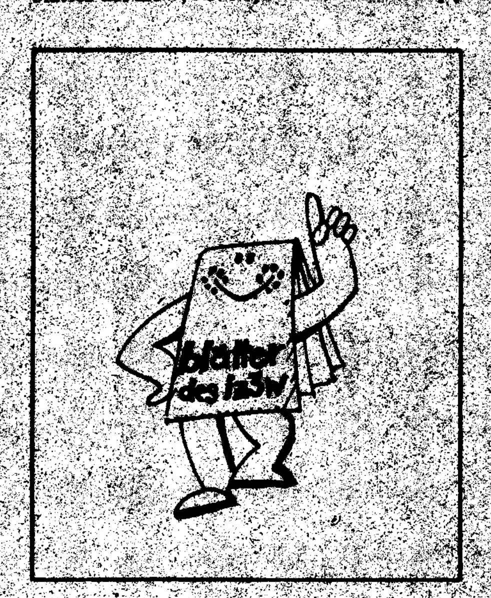
Nichts deutet darauf hin, daß sich Obote seitdem wesentlich geändert hat. Politische Anhänger der anderen Parteien werden auch heute wieder von der Armee eingeschüchtert, und von der allgemeinen Korruption scheint Obote auch nicht frei zu sein: so tauchten unlängst für die Karamojong bestimmte Lebensmittel als Geschenke auf seinen Wahlveranstaltungen auf. Wahlveranstaltungen, die natürlich nicht bei den Karamojong stattfanden ...

Aber auch wenn Obote gewählt werden sollte, ist damit noch nicht gesagt, ob er auch wirklich Präsident wird. Niemand weiß, ob die Militärkommission inzwischen nicht selbst Geschmack an der Macht gefunden hat, und niemand kann Obote garantieren, ob ihr Vorsitzender Muwanga statt für Obote nicht schon längst auf eigene Rechnung arbeitet. Es wäre in Uganda ja nicht das erste Mal, daß der Weg über die Wahlurnen nicht der einzige Weg ist, der zur Macht führt.

Frank Ballot

Quellen:

NZZ: 19. 5. 80, 21. 10. 80, 30. 10. 80, 31. 10. 80, 1. 11. 80
FR: 19. 5. 80, 22. 8. 80, 17. 10. 80
SZ: 16. 4. 80
Le Monde: 24. 8. 80, 3. 9. 80, 29. 10. 80, 14. 7. 80
Liberation: 5. 8. 80, 21. 8. 80
Die Zeit: 22. 8. 80
Tages-Anzeiger: 21. 10. 80
Afrique-asie: 29. 9. 80, 27. 10. 80
Jeune Afrique: 3. 9. 80



Südafrika

Fischfang im Dunkeln

Die Europäische Gemeinschaft ist der größte Wirtschaftspartner Südafrikas. Z. B. haben etwa 200 deutsche und 300 englische Firmen Zweigniederlassungen in Südafrika, und rund zwei Drittel der Fremdinvestitionen (10 Mrd. Rand) dort stammen von europäischen Banken.

Die Forderung der Befreiungsbewegungen und der schwarzen Gewerkschaften an diese Industrienationen ist: Ihren Kampf gegen das Regime durch einen Boykott auf allen Ebenen zu unterstützen. International wird diese Forderung von der UNO und der OAU vertreten. Somit sind auch die Staaten der EG gezwungen worden, Stellung zu nehmen. Am 20. 9. 77 beschloß daher der Ministerrat der EG einen Verhaltenskodex für Firmen, die Zweigniederlassungen in Südafrika haben. Ziel dieses Kodex' sollte sein, die Apartheid am Arbeitsplatz zu beenden.

Dieser Beschluß jedoch hat nur formalen Charakter: Die Boykottforderungen werden überhaupt nicht berücksichtigt. Zudem läßt der Kodex den Firmen einen breiten Interpretationsspielraum und zwingt letztendlich niemanden, den Rassismus am Arbeitsplatz abzuschaffen. Der Kodex ist zustande gekommen, einmal um sich dem internationalen Protest anzuschließen und damit die Handelsbeziehungen zu den Staaten nicht zu gefährden, die es mit der Unterstützung der Befreiungsbewegungen ernst meinen; zum anderen, um die durch das Sowetomassaker gefährdeten Wirtschaftsbeziehungen zu stabilisieren.

Mit dem Hinweis auf die Gefährdung der Arbeitsplätze in Europa, falls ein Handels- und Investitionsboykott durchgesetzt werden würde, fand dieser Beschluß auch die Billigung der Gewerkschaften. Obwohl die im Untergrund arbeitende schwarze Gewerkschaftsbewegung immer wieder darauf hinwies, daß der Boykott gegen das Regime auf allen Ebenen für die Unterstützung ihres Kampfes notwendig sei, verteidigte IG-Metall-Chef Eugen Loderer die Ablehnung eines Boykotts mit der Begründung, „die schwarze Bevölkerung leide am meisten unter einem Wirtschaftsboykott" (Die Welt, 6. 1. 78) (1)

Das Folgende ist ein Gesprächsprotokoll zweier Besucher nach der öffentlichen Anhörung zu den Problemen des Verhaltenskodex im Bundestag am 23. Juni 1980.

O: Das Hearing begann mit einer Auseinandersetzung über den politischen Kontext des Kodex'. Ich fand das interessant, weil ausdrücklich von der CDU gefordert worden war, die Debatte losgelöst von einer Diskussion über die Politik Südafrikas zu führen.

A: Es fiel auf, daß bei den Stellungnahmen des BDI (Bund Deutscher Industrieller) der Kontext des Kodex' überhaupt nicht berücksichtigt wurde. Gerade da hatten jedoch einige Experten lange Vorspänne gemacht, bevor sie zu den eigentlichen Fragen kamen.

O: Für die Experten war dies mit das wichtigste Thema. Sie haben ganz dezidiert darauf hingewiesen, daß es nicht in Frage komme, diesen Kodex von den Bedingungen der Apartheid abzulösen. Der Kodex entstand nach den Ereignissen von 1976/77, die das Investitionsklima beträchtlich störten und die Boykottforderungen in der UNO laut werden ließen. Als der BDI einwandte, man solle die Außenwirtschaftsbeziehungen nicht politisieren, sagte einer: Der Kodex sei eine Reaktion auf politisierte Wirtschaftsbeziehungen. Die Wirtschaft wurde durch Soweto politisiert. Das kam sehr klar heraus. Leider wurde weniger klar herausgearbeitet, daß die EG-Minister den Kodex formulierten, um gegenüber den schwarzafrikanischen Staaten glaubwürdig zu bleiben. Die EG war im Sachzwang, aber es war nicht ihre Kritik an der Apartheid, sondern es war wirtschaftspolitisches Eigeninteresse, nämlich Sanktionen gegenüber Südafrika zu verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es keinen Anlaß, der deutschen Industrie und ihren Berichten zum EG-Kodex einen Vertrauensvorschuß zu geben.

A: Die Frage der Berichtspflicht der Firmen macht dies auch deutlich. Vertrauen kann man dann jemanden schenken, wenn der seine Karten offen auf den Tisch legt und sie zur Überprüfung freigibt. Wenn sich aber die deutsche Industrie weigert, ihre Daten und Fakten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, gibt es keinen Anlaß zum Vertrauen.

O: Sie hatten auch Schwierigkeiten, darzulegen, aus welchen Gründen sie das nicht wollten. Alle Firmen und der BDI haben durch die Bank betont, sie hielten den Kodex ein und ihre Arbeitsbeziehungen seien besser als die anderer Betriebe in Südafrika. Und trotzdem haben sie mit fadenscheinigen formalen Argumenten die Berichterstattung abgelehnt. Die schwarzen Gewerkschaften aber, die die Firmenaussagen hätten kontrollieren können, waren überhaupt nicht eingeladen. Ich weiß nicht, ob sie eine Reiseerlaubnis von der südafrikanischen Regierung erhalten hätten. Aber der Versuch wurde nicht einmal gemacht. Das wurde damit begründet, daß nur deutsche Staatsangehörige teilnehmen dürften. Immerhin ging es um Arbeitsbeziehungen deutscher Firmen in einem anderen Land. Deswegen war auch nicht nur der Wirtschafts-, sondern auch der Auswärti-



Wir sehen uns leider gezwungen, die südafrikanischen Gesetze einzuhalten.

ge Ausschuß beteiligt. Wenn die direkt betroffene Arbeitnehmerseite nicht gehört wird, disqualifiziert sich das ganze Hearing und muß grundsätzlich hinterfragt werden.

A: Als einen der Höhepunkte am Nachmittag empfand ich die Diskussion um die Anerkennung authentischer, unabhängiger schwarzer Gewerkschaften als autonome Partner in Tarifgesprächen. Zunächst hatten die Firmen versucht, ihre Art von Liaison Committees oder Work Councils als Erfüllung des EG-Kodex darzustellen. Was hälst Du von der Reaktion der Gewerkschaftsvertreter des DGB?

O: Vielleicht haben die deutschen Gewerkschaften immer noch nicht ganz begriffen, daß ihre südafrikanischen Kollegen sehr massive Kritik am Kodex üben: Wir wollen, so sagen die schwarzen Gewerkschaften, **nur** die Unterstützung der freien Gewerkschaftstätigkeit. Alles andere müßte dann unsere Sache sein. Alle anderen Punkte im Kodex sind Bestimmungen von außen, von Weißen, über die Köpfe der wirklich betroffenen Personen hinweg. Es geht eigentlich nur um eine Sache: eine echte Machtbasis der freien Gewerkschaften.

Trotzdem fand ich es gut, daß die Gewerkschaftsvertreter im Hearing darauf bestanden haben, daß es gar nicht in Frage komme, die sogenannte „Liaison" oder auch die „Works Committees" als eine echte Arbeitnehmervertretung zu sehen. Denn eine betriebsinterne Arbeitnehmervertretung im Kontext von Südafrika ist völlig unzureichend. Den Arbeitern kann gedroht werden, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren und dann in ein „Homeland" abgeschoben werden, fall sie sich unliebsam machen. Arbeiter stehen daher unter starkem Druck zur Anpassung. Wenn sie deshalb in einem Betrieb nicht von einer überbetrieblichen, starken schwarzen Gewerkschaft gestützt werden, ist es im Falle Südafrikas lächerlich, von einer Arbeitervertretung zu sprechen. Zu großen Mißverständnissen führte auch, was Siemens in die Debatte brachte: sie übersetzen „Liaison Commitees" mit „Betriebsräten", als ob es sich um ein deutsches Betriebsverfassungsgesetz handele. Nur bestenfalls die Hälfte der Teilnehmer in einem „Liaison Committee" wird frei gewählt, doch die andere Hälfte vom Management bestimmt. Oft schlägt das Management die Kandidaten vor, die zu wählen sind. Manchmal zeigt das Management seine Präferenz für nicht Englisch sprechende Kandidaten, die im Komitee garnicht richtig verhandeln können, sondern auf den vom Management gestellten Dolmetscher angewiesen sind. Die grundsätzliche Kritik an den Liaison Committees ist, daß sie keine wirkliche Verhandlungsmacht haben.

A: Ich fand die Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter wichtig, als diese klar sagten, daß sie „gelbe" Hausgewerkschaften vollständig ablehnen. Die Firmenvertreter konnten lange über den harmonischen innerbetrieblichen „Dialog" reden. Das wirkt nicht, solange die deutschen Gewerkschaften jede Alternative zu autonomen schwarzen Gewerkschaften ablehnen. Wie kommt es eigentlich, daß Siemens so unbehelligt von schawrzen Gewerkschaften ist?

O: Das hat seine Gründe. 1968 hatte die Engineering & Allied Workers Union den Industrial Council wegen zu niedriger Löhne für schwarze Siemens-Arbeiter angerufen. Der Council ordnete eine Untersuchung der Niedrigst-Löhne bei Siemens an. Die Reaktion des Siemens-Management war, die betroffenen schwarzen Arbeiter zu entlassen. Daraufhin hatten schwarze Siemens-Arbeiter Angst, weiter ihre Beziehungen zu freien schwarzen Gewerkschaften aufrecht zu erhalten. Dadurch hat diese Gewerkschaft jeglichen Kontakt mit der Arbeiterschaft von Siemens verloren. Aus einem FOSATU-Bericht geht hervor, daß Siemens jetzt eine sogenannte Parellelgewerkschaft einer weißen Gewerkschaft protegiert. Das Problem bei dieser Meldung ist, daß die FOSATU dies nicht beweisen kann. Denn die Organisation freier und unabhängiger schwarzer Gewerkschaften ist noch so schwierig, daß im Siemens-Einzugsbereich eine unabhängige Gewerkschaft noch nicht mit Recht beanspruchen kann, sie habe schon einen Teil der schwarzen Arbeiterschaft organisiert.

Stellungnahme des Arbeitgeberpräsidenten von Gesamtmetall, W. Thiel, zum Verhalten deutscher Firmen in Südafrika: (FR, 14.10.80)

„Die Anstrengungen der dort ansässigen Firmen, den notwendigen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft Südafrikas zu einer friedlichen Kooperation aller Bevölkerungsgruppen nachhaltig zu beschleunigen, gehen über die Aussagen des von der EG herausgegebenen Verhaltenskodex über die Behandlung schwarzer Arbeitskräfte hinaus." Und: „Was den Firmen in Südafrika fehlt, ist ein größeres Maß an Verständnis und öffentliche Unterstützung in Europa sowie die Bereitschaft, die von unseren Ländern möglichen materiellen und immateriellen Investitionen zur friedlichen und gerechten Entwicklung Südafrikas beizusteuern."



Polizeipatrouille im Farbigenviertel von Kapstadt: „Gnadenloses Auftreten"

A: Eigentlich interessant, daß Siemens mit dem Brustton der Entrüstung sagte, das Haus Siemens habe niemals Einschüchterungsversuche gegenüber organisationsfreudigen Belegschaftsmitgliedern unternommen; das läge unter der Würde ihres Hauses.

O: Solche Äußerungen sind besonders typisch für die Pflege des Siemens-Image. Aber jedes Management würde das für sich in Anspruch nehmen, welches in einem Bundestags-Hearing auftritt.

A: Einschüchterungsversuche finden also doch statt?

O: Im Klima Südafrikas genügt meistens eine Andeutung des weißen Vorarbeiters, um schwarze Arbeiter einzuschüchtern.

A: Eines der Gewerkschaftsmitglieder zitierte den Fall einer Mitgliedsgewerkschaft von FOSATU gegenüber einer größeren deutschen Firma in Südafrika, meines Erachtens handelt es sich um Henkel.

O: Ob Henkel oder nicht, es ist ein typischer Fall für Südafrika. Die Firma wurde von der Chemical Industrial Workers Union angesprochen, die schon seit zwei Jahren um gewerkschaftliche Anerkennung verhandelt. Es blieb bei Gesprächen, es wurde nie etwas schriftlich fixiert. Eines Tages wurden die Arbeiter über Lautsprecher aufgefordert, sich alle nach der Mittagspause einzufinden. Was stattfinden sollte, wurde nicht gesagt. Die Gewerkschaft war nicht eingeschaltet und nicht informiert worden. Es war auch kein Gewerkschaftsvertreter bei dem Vorgang dabei.

Allerdings gab es „shop stewards" aus dem sogenannten „company council" von Henkel. Die baten darum, die Anordnungen des Management an die Arbeiter übersetzen zu dürfen. Sie durften über die Übersetzung hinaus kein Wort der Erklärung an die Arbeiter weitergeben. Die „shop stewards" berichteten später, daß die von Henkel einzeln befragten Arbeiter mit Angst reagierten. Das Management wollte wissen, wer der Gewerkschaft angehöre. Die Arbeiter wußten nicht, zu welchem Zweck die Firma das wissen wollte. Jeder mußte einzeln vortreten und unterschreiben, ob er Mitglied der Gewerkschaft sei oder nicht. Ohne Angabe von Gründen. Erst hinterher, als einige Gewerkschaftsmitglieder aus Angst vor Repressalien ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft geleugnet hatten, wurde den Arbeitern ein Papier gegeben, in dem ihnen schriftlich bestätigt wurde, daß ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht gegen sie verwandt würde. Das ist natürlich eine sehr sublime Methode der Einschüchterung. Am Rande der Kodex-Konferenz von Frankfurt wurde von schwarzen Gewerkschaftlern berichtet, daß derselbe Vorgang auch bei BMW stattfand. Die „Post" berichtete über eine gleiche Praxis bei General Motors in Südafrika.

Im Hearing gab es noch heiße Debatten über die Frage, ob die deutschen Firmen Löhne zahlen, die der Kodex-Forderung entsprechen, nämlich mindestens einen Lohn, welcher der örtlichen Armutsgrenze plus der Hälfte dieses Betra-

---

Resolution 32/105 G der XXXII. UN-Vollversammlung vom 14. 12. 1977

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika

Die Vollversammlung

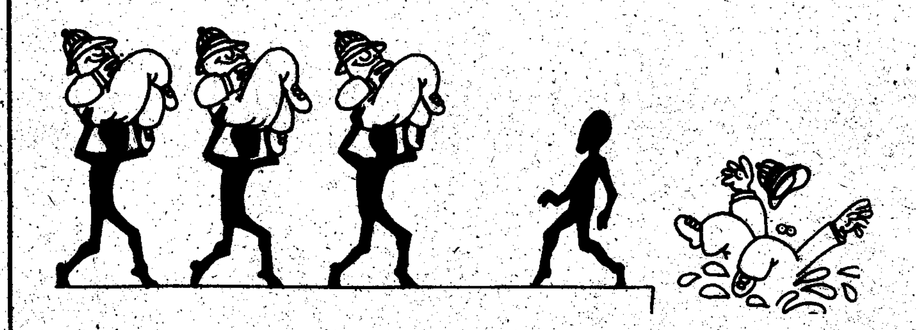
erinnert an ihre Resolution 31/6H vom 9. November 1976, bekräftigt erneut, daß jede Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime Südafrikas einen feindlichen Akt gegenüber dem unterdrückten Volk Südafrikas und eine verachtenswerte Herausforderung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft darstellt,

in der festen Überzeugung, daß verbindliche wirtschaftliche Sanktionen gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen notwendig sind, um eine schnelle Ausrottung der Apartheid zu begünstigen,

nimmt Kenntnis von dem Bericht des Anti-Apartheid-Ausschusses, verurteilt die fortdauernde und verstärkte Zusammenarbeit bestimmter Regierungen und transnationaler Gesellschaften mit dem Rassistenregime Südafrikas.

1. ersucht den Sicherheitsrat dringend, verbindliche wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika in Betracht zu ziehen;

2. ruft alle Staaten auf, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika einzustellen und effektive Maßnahmen zur Verhinderung einer solchen Zusammenarbeit von Gesellschaften in ihrem Zuständigkeitsbereich mit Südafrika zu ergreifen;



3. ersucht alle Staaten, insbesondere:
   a) alle Anleihen für Südafrika und Investitionen in Südafrika zu verbieten;
   b) alle Anreize für den Handel mit Südafrika zu unterlassen;
   c) den Austausch von Handelsmissionen mit Südafrika zu beenden;
   d) ein Embargo für die Versorgung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten und über Investitionen in die Erdölindustrie Südafrikas zu verhängen;
   e) den Flug- und Schiffsgesellschaften, die eine Route nach und von Südafrika unterhalten, Vergünstigungen zu verweigern;

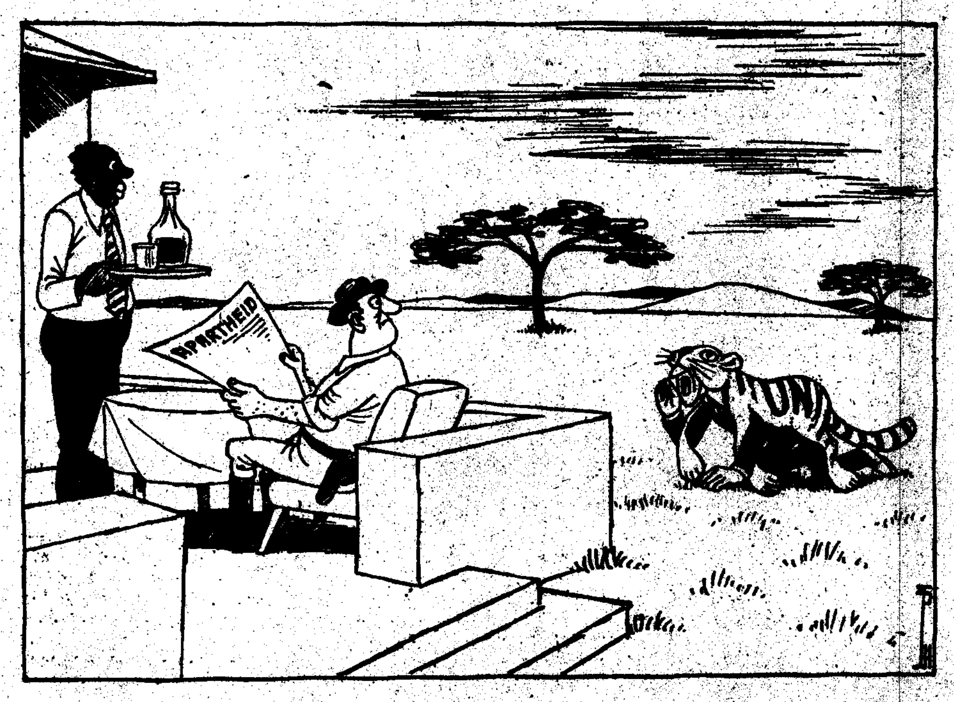
4. bestärkt Gewerkschaften, Kirchen, Anti-Apartheid-Bewegungen und andere Organisationen in ihren Kampagnen gegen die Zusammenarbeit mit Südafrika;

5. ersucht den Sonderausschuß gegen Apartheid,
   a) alle zur Verfügung stehenden Informationen über die Zusammenarbeit transnationaler Gesellschaften mit dem Rassistenregime in Südafrika, das eine Politik der Apartheid verfolgt, zu veröffentlichen, so daß Regierungen und Organisationen geeignete Maßnahmen ergreifen können, um die Beendigung einer solchen Zusammenarbeit zu gewährleisten;
   b) alle geeigneten Schritte zu unternehmen in Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Einheit, um ein Ölembargo gegen Südafrika zu fördern;
   c) Aktionen, die auf die Einstellung des Luft- und Schiffservices nach und von Südafrika gerichtet sind, zu fördern;

6. ruft alle Regierungen und Organisationen auf, zur Verwirklichung dieser Resolution mit dem Sonderausschuß gegen Apartheid zusammenzuarbeiten.

Diese Resolution wurde mit 111 gegen 7 Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, USA. Enthaltungen: Australien, Botswana, Dänemark, Finnland, Griechenland, Iran, Irland, Island, Italien, Japan, Malawi, Neuseeland, Niederlande, Nicaragua, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Swasiland, Uruguay, Zentralafrika.

(Quelle: Centre against Apartheid, Notes and Dokuments, New York, Nr. 2 / Februar 1978, S. 20-22)



Uaah, Uaah!

ges entspricht. Bei dieser Debatte hatte ich den Eindruck, daß sich jede Firma die Armutsgrenze aussucht, die ihr am besten liegt – die Armutsgrenzen werden von verschiedenen Instituten verschieden berechnet –, um zu beweisen, daß sie Löhne und Sozialleistungen oberhalb dieses humanen Existenzminimums zahlt.

A: Ein wichtiger Punkt, Sozialleistungen, die vom Belieben der Firma abhängig sind, nicht in der Lohnberechnung zu berücksichtigen.

O: Gerade angesichts der Tatsache, daß die schwarzen Gewerkschaften fordern, daß wenn Leistungslöhne gezahlt werden sollen, dann auch die Sozialleistungen in den Tarifvertrag einbezogen werden. Im Fall der Firma Henkel wurde dies vom Management strikt abgelehnt: Sie wollen offensichtlich die Grauzone erhalten wissen. Das legt den Verdacht nahe, daß die Unternehmer durch willkürliche Sozialleistungen Wohlverhalten erreichen wollen. Ähnlich ist es mit den Boni: Sie werden nur gezahlt, wenn der Arbeiter nicht unangenehm aufgefallen ist. Der weiße Vorarbeiter schreibt jährlich einen Verhaltensbericht über jeden schwarzen Arbeiter unter seinem Kommando. Fällt der Bericht ungünstig aus, erhalten die Schwarzen den Jahresbonus nicht. Insofern kann man diesen nicht zum festen Lohn dazurechnen.

O: Nach dem Bericht der Bundesregierung sind die größten deutschen Arbeitgeber in Südafrika erfaßt worden. Sie haben angeblich 34 000 Arbeiter, die in den Genuß des EG-Kodex kommen. Das sind weniger als 0,5% Prozent der schwarzen Bevölkerung Südafrikas. Kann man unter diesen Umständen noch glauben, daß mit dem Instrument des EG-Kodex via deutsche Firmen das Apartheidssystem in Südafrika abgebaut werden kann?

A: Der Anspruch auf friedliche Reformen durch das Instrument EG-Kodex wird nicht nur durch diese Überlegung in Frage gestellt, sondern auch durch die aktuellen Ereignisse, die signalisieren: Der Krieg in Südafrika ist schon ausgebrochen. Fraglich ist nur, wie schnell und wie heftig er eskaliert. In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Streikbewegung interessant. Der Abgeordnete Narjes meinte während des Hearings, die Streiks in Südafrika seien nur wegen der Anhörung im Parlament inszeniert worden.

O: In südafrikanischen Zeitungen wurde sehr ausführlich über das Hearing berichtet. Namentlich wurde jeder einzelne Teilnehmer aufgeführt, so etwa in der schwarzen Zeitung „Post". Ohne Zweifel interessiert es die Schwarzen in Südafrika, ob die deutschen Politiker den Kodex verwirklichen wollen. Ich glaube aber nicht, daß die Streiks mit dem Hearing ursächlich zusammenhängen, vielmehr mit den allgemeinen Protestaktionen gegen das Apartheidsystem. Die Arbeiter sind, das ist ein entscheidender Unterschied zu 1976, sehr politisiert. Streiks sind nicht mehr eine Sache intellektueller Jugendlicher, sondern haben eine breite Basis. Die Schüler beziehen heute ganz bewußt die Arbeiterschaft mit ein. Sie wollen ihre politischen Schulstreiks mit dem wirtschaftlichen Druck von Arbeiterstreiks verbinden. Der Streik bei VW hat den Streik von 10 Firmen in Uitenhage ausgelöst.



A: Eine ungeheure gewerkschaftliche Solidarität.

O: Auch die deutsche Firma Hella ist mitbetroffen. Hella zahlt einen Mindestlohn von 65 cent, der weit unter dem Existenzminimum liegt. So sagten es die Arbeiter öffentlich. Hella konterte in einer Presseerklärung, sie zahle 75 cent. Auch das ist weit unter dem Existenzminimum, von der Kodexforderung ganz zu schweigen. Die Firmenleitung bedrohte die Arbeiter mit Entlassungen, falls sie streiken sollten. Die Arbeiter haben dennoch den Streik fortgeführt. Aber auf Aufforderung des Firmenmanagements kamen sie auf das Firmengelände. Die Firmenleitung rief die Polizei, die mit Hunden erschien. Bei der Auseinandersetzung auf dem Firmengrund sind mehrere Frauen – rund 80% der Arbeiterschaft bei Hella sind Frauen – von Hunden verletzt worden. Sie haben diese Wunden den Vertretern ihrer Gewerkschaft gezeigt.

A: Wenn die Unternehmer wirklich meinen, daß die Streiks inszeniert worden sind wegen der parlamentarischen Anhörung in der Bundesrepublik, dann sind die Ereignisse bei Hella als Beispiel für das wahre Verhalten deutscher Firmen in Südafrika zu werten.

gw, tsch

Fußnote:

(1) Weitere Informationen hierzu:
- Blätter des iz3w Nr. 84, 85, 86
- Dokumentation epd Nr. 50/79 „Deutsche Firmen in Südafrika – Streit um die Studie zum EG-Kodex" Zu beziehen über: Haus der Ev. Publizistik, Friedrichstr. 2-6, 6 Frankfurt 17
- Tagungsprotokoll des Seminars über den EG-Kodex der IG Metall vom 18./19. März 1980. Zu beziehen über: IG Metall Hauptverwaltung, Pressestelle, 6 Frankfurt

SÜDAFRIKA
Pressezensur

Eine junge Journalistin der südafrikanischen Zeitung „Cape Times, Zubeida Jaffer, 22, wurde am frühen Morgen des 26. August 1980 von der Sicherheitspolizei in ihrer Kapstädter Wohnung verhaftet. Zwei Wochen lang wurde sie nach Abschnitt 22 des General Law Amendment Act von 1966 festgehalten. Nach diesem Gesetz kann jeder Polizeioffizier jede Person ohne Haftbefehl festnehmen, wenn er Grund zu der Annahme hat, daß diese Person ein Terrorist ist oder terroristische Aktivitäten fördert... oder Informationen erhalten hat, die der Förderung kommunistischer Ziele von Nutzen sein könnten. – Nach den ersten vierzehn Tagen wurde Zubeida Jaffer weiter in Haft gehalten, nur diesmal unter Berufung auf ein anderes Sicherheitsgesetz: Abschnitt 12 b des Internal Security Act. Sie wurde bis zum 17. September in den Polizeizellen von Port Elizabeth festgehalten, danach zurück nach Kapstadt gebracht. Dort wurde sie erneut nach einem weiteren Sicherheitsgesetz inhaftiert: Abschnitt 6 des Terrorismus Gesetzes. Nach diesem Gesetz kann jemand inhaftiert werden, um der Polizei zu Verhören zur Verfügung zu stehen, solange die Polizei davon überzeugt ist, daß die verhaftete Person Informationen über Terroristen zurückhält. Die Person kann so lange festgehalten werden, wie es der Polizeikommissar oder der Justizminister für notwendig halten. Einmal im Monat wird der Minister darüber informiert, warum die verhaftete Person weiter in Haft bleiben soll. Kein Gericht hat die Vollmacht, die Haftgründe auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen. Keine Person hat Zugang zu der verhafteten Person. Keiner hat ein Recht auf amtliche Informationen über die verhaftete Person außer dem Justizminister oder einem der von ihm beauftragten Beamten. Zubeida Jaffers Rechtsanwalt hat keinerlei Information über seine Mandantin und erhielt auch keine Hinweise von der Sicherheitspolizei. Aber die Gründe liegen auf der Hand.

Frau Z. Jaffer hatte im Auftrag ihrer Zeitung Familienmitglieder der von der Polizei Mitte Juni in Kapstadt erschossenen Personen interviewt. Wir veröffentlichen im Folgenden einen ihrer Artikel, der sie auf unbegrenzte Zeit hinter Gitter brachte.

Gottfried Wellmer



Eastern Province Herald, Freitag, den 25. Juli 1980

NACH DEN SCHÜSSEN ...

Wer waren die Opfer der Unruhen auf der Kap-Halbinsel Mitte Juni? Nachdem die Polizei es ablehnte, eine Liste der Opfer herauszugeben, begann die CAPE TIMES mit ihren eigenen ausführlichen Untersuchungen. Sie suchte trauernde Familienmitglieder auf und sprach zu ihnen. So erstellte sie eine inoffizielle Liste der Getöteten. Bericht von Zubeida Jaffer.

Die Flammen über den Cape Flats sind niedergebrannt. Die dichten Rauchschwaden vom 17. Juni hängen nicht länger über dem Gebiet.

Nur die ausgebrannten Ruinen der Geschäfte erinnern nachdrücklich an die blutige Konfrontation. Aber die Asche des Ressentiments glimmt noch in den Häusern von Elsies River und Lavender Hill. Eine Anzahl von Menschen wurde in der Nacht des 17. Juni auf den 18. Juni in diesen beiden Gebieten erschossen – wie viele es sind, ist noch nicht sicher bekannt – genau vier Jahre, nachdem die ersten von Hunderten in dem Aufstand starben, der am 16. Juni 1976 in Soweto begann.

Wie 1976 war es der Protest gegen das Schulsystem, der schließlich zur Konfronation zwischen der Bevölkerung und den Ordnungshütern führte.

Aber im Unterschied zu 1976 fielen die Schüsse dieses Jahres nach monatelangen Protesten, die nicht nur von den Schülern und Studenten, sondern auch von ihren Eltern und den Arbeitern getragen wurden. Die Proteste gipfelten in einem zweitätigen Generalstreik zur Erinnerung an die Toten von 1976.

Dieses Mal lehnte die Polizei die Veröffentlichung einer Liste der Toten und Verwundeten ab. Aber die Zahl der Toten der Unruhen, die in den fünf Krankenhäusern der Halbinsel aufgeführt werden, beträgt 42 oder darüber. Anschließend sagte die Polizei, daß 29 auf der Halbinsel gestorben seien. Von diesen wurden 26 durch ihre Verwandten identifiziert. Männer, Frauen und Kinder waren die Opfer. Wer waren diese Menschen?

In Interviews mit den Familien konnte die Cape Times nicht erhärten, daß irgendeiner der Toten Mitglied einer kriminellen Bande war, die bekanntlich die Geschäfte angegriffen haben ...

„Mein Kind ist unschuldig... sie wissen, diese Kugeln töten", sagte weinend Frau F. September. Sie verlor ihren Sohn Joseph; er wurde am 17. Juni erschossen auf dem Weg, einen Freund zu besuchen.

„Die dreijährige Sharon versteht nicht, was geschehen ist; aber ich werde ihr ständig erzählen, wie ihr Vater niedergeschossen wurde. Die Kinder müssen es wissen", sagte Frau Rose van Wyk, die mit ansah, wie ihr Gatte erschossen wurde, als er einen Blick auf ein am 17. Juni abgebranntes Geschäft werfen wollte.

„Wir sind nicht bewaffnet. Trotzdem richten sie ihre Gewehre auf uns", sagte der Bruder von Daniel Abrahams, der am Morgen des 18. Juni erschossen wurde.

Nicht eins der interviewten Familienmitglieder kannte irgendein Bandenmitglied, das getötet worden war.

„Ich weiß nicht, warum so viele Frauen erschossen wurden", sagte Frau Christine Williams, deren Tochter im Kugelhagel starb.

Einige zeigten Resignation. „Ich werde keine Klage an-

strengen. Das macht ihn nicht wieder lebendig", sagte Frau J. Christians, Mutter des 15jährigen Andrew Christians von Elsies River; er wurde erschossen, als er Wasser bei der allgemeinen Zapfstelle im Übergangslager holen wollte. „Was können wir tun? Sie ist tot", sagte Martin Roodt, 56, dessen Frau getötet worden war. Als seine Frau, Edith Lewis, 45, vom Hermanhof Nr. 6 des Clarkes Estate ausging, um am Abend des 17. Juni Brot für die Familie zu kaufen, blieb sie nach Ansicht ihres Mannes zu lange aus. Er und sein Sohn gingen, um nach ihr zu suchen. Sie wurden beide durch Schüsse verwundet: „Wir gingen zu dem Laden. Wir sahen Leute flüchten und beschlossen umzukehren. Dann traf mich eine Kugel im Rücken. Ich versuchte, mein Haus zu erreichen. Mein Sohn Gavin war nirgendwo in Sicht.
Als ich zu Haus war, wurde mein Sohn hereingetragen. Er hatte einen Schuß im Bein. Wir konnten keinen Krankenwagen bekommen. Schließlich baten wir die Polizei um Hilfe. Die brachte uns beide zur Polizeistation von Epping. Als wir die Station betraten, sah ich die Leiche meinerFrau im Eingang liegen." Herr Roodt teilte mir das von seinem Krankenlager aus mit, auf dem er sich noch von der Schußwunde im Rücken erholte.
Hoffnungslosigkeit stand im Gesicht von Frau Anna Moore von Elsies River, deren Baby Belinda, 18 Monate, am 18. Juni an einer Schußwunde starb. Belinda ist ihr einziges Kind. „Wir standen am Fenster des Hauses und beobachteten die Polizeiautos. Sie fuhren auf und ab. Plötzlich hörten wir einen Schuß. Belinda, die in unserem Zimmer geschlafen hatte, fing an zu schreien. Und als ich sie aufnahm, sah ich sie über und über in Blut. Wir fanden jemanden, der sie zum Krankenhaus brachte, aber sie starb bald danach."
Frau Christine Horn, 22 Jahre, vom Klawershof Nr. 11 des Clarkes Estate, starb, als sie in der Nacht des 17. Juni ihre zwei Brüder suchte. „Es scheint, als habe ich sie in ihren Tod gesandt; denn ich bat sie, auf die Straße zu gehen und die Jungs zu rufen, sagte ihre Mutter, Frau C. Williams, die sich nun um Christines drei Kinder kümmert: Christopher, 5, Santel, 2, und Divoda, 6 Monate.
... Die gebrechliche Frau F. September von Elsies River ist seit 30 Jahren auf den Rollstuhl angewiesen. Jetzt muß sie den fünfjährigen Enkel Randall versorgen, dessen Vater am 17. Juni erschossen wurde. Ihr Sohn Joseph September, 34, hatte in dieser Nacht um 22 Uhr sein Haus verlassen, um seinen Freund in Tiervlei zu besuchen. Frau September identifizierte ihren Sohn am folgenden Montag im Leichenschauhaus; als er nicht nach Hause zurückkam, hatte sie ihn in allen Krankenhäusern gesucht.
Der zweijährige Mark Moses glaubt immer noch, daß seine Mutter die Nachbarn besucht ... Frau Johanna Moses, 18, von Matroosfontein, wurde am 17. Juni um 20 Uhr auf ihrem Heimweg von einem Besuch bei Freunden erschossen.. Die Familie des 17jährigen Daniel Abrahams von Elsies River, der am Morgen des 18. Juni, Mittwoch, niedergeschossen wurde, sprach mit Groll über den Tod ihres Bruders. „Wir standen auf einer Veranda an der gegenüberliegenden Seite der Straße, an der eine Trinkhalle zerstört worden war", erzählte sein Bruder, der mit Danny zusammen war, als er erschossen wurde. ... Es war ungefähr acht Uhr früh und es standen eine Menge Leute herum, die sehen wollten, was vorgefallen war. Plötzlich sah ich Danny fallen. Die Schüsse kamen aus der Trinkhalle und wurden ungezielt in die Menschenmenge gestreut. Männer, Frauen und Kinder liefen in alle Richtungen davon. Ich sah viele fallen. Ich hob meine Hände hoch und ging auf die Trinkhalle zu. Dann erst sah ich, daß Polizisten darin waren. Sie kamen heraus und begannen, Leute in ihre Wagen zu schmeißen. Ich bat sie, meinen Bruder begleiten zu dürfen, aber sie wollten mich nicht lassen."
Die Lombards aus Retreat hat der Tod ihres 15jährigen Sohnes William davon überzeugt, daß in der gegenwärtigen Situation des Landes etwas geschehen muß. „Es gibt so viele unschuldige Kinder, und wenn wir nicht versuchen, jetzt zu protestieren, werden noch mehr Menschen sterben," sagte seine Mutter, Frau Enid Lombard. William aus der Klasse 8 der Lavender Hill Realschule wurde erschossen, als er ausging und Milch für seinen kleinen Hund einkaufen wollte. „Hätte ich gewußt, was ihn erwartete, hätte ich ihn nie losgeschickt", sagte sie. Sein Vater, Basil Lombard, Blumenverkäufer am Trafalger Square in Kapstadt, will sich in dieser Sache rechtlich beraten lassen. „Die Polizei sollte zu unserem Schutz da sein; aber sie gaben nicht eine Warnung heraus. Wären sie wirklich daran interessiert gewesen, die kriminellen Banden zu fangen, dann hätten sie durch die Straßen von Retreat gehen können und mit Lautsprechern jeden warnen können, im Haus zu bleiben. Aber es gab keine Warnungen," sagte er. – „Manchmal starre ich aus dem Fenster und denke, etwas geht hier schrecklich falsch in diesem Land", sagte Frau Lombard ...
Der dreijährige Ronald de Bruyn wurde Vollwaise, als seine Mutter, Frau Avril de Bruyn, 25, aus Sidneyvalle am 17. Juni erschossen wurde. Frau de Bruyn, seit sieben Jahren Bankangestellte, war zusammen mit ihrer Schwester und einer Freundin auf dem Heimweg, als sie starb. Ihren Mann hatte sie vor drei Jahren verloren, als sie noch mit Ronald schwanger ging. Ihre Familie zog es vor, die Angelegenheit nicht zu diskutieren, will aber noch entscheiden, was sie unternehmen wollen.
Boswell Nixon, 16 Jahre, aus Elsies River, ging in der Nacht des 17. Juni aus und kehrte nie zurück. Seine Familie kennt nicht die Umstände seines Todes. Als sie ihn einige Tage lang vermißt hatten, identifizierten sie ihn in der Leichenhaushalle.. Gavin Slavers, 15 Jahre, aus Belvenia, Elsies River, wollte nach einem gemeinsamen Fernsehabend seine Freundin nach Hause begleiten. Auch er wurde erschossen ...

Die Freiheit beginnt Nicaragua



68 Seiten mit Fotos (DM 3,-)
anzufordern bei:
Informationsbüro Nicaragua e. V.
Friedrichstraße 10, 5600 WUPPERTAL 1

außerdem sind dort erschienen:

- Endet das Schweigen! 45 Jahre Diktatur in Nicaragua (DM 2,50)
- Wieder zuhause, Bruder. Aus den Dichterwerkstätten des neuen Nicaragua (DM 3,-)
- Die Revolution geht weiter. Nicaragua-Info (DM -,50)

Seit dem 18. April 1980 ist Zimbabwe unabhängig.
Der Weg für die Abschaffung der Apartheidsherrschaft einer Minderheit von Weißen europäischer Abstammung über die Mehrheit der schwarzen afrikanischen Bevölkerung ist frei. Die Zerteilung der Gesellschaft in eine privilegierte Minderheit von Weißen europäischer Abstammung einerseits und die rechtlose Mehrheit der schwarzen afrikanischen Bevölkerung, die den Wohlstand der Weißen schaffen, andererseits, ist eine besondere Form der Herrschaft einer Bevölkerungsklasse über eine andere: die Trennung stellt sich nicht nur über die Verteilung ökonomischer Machtpositionen immer wieder neu her, sondern ist auch rechtlich abgesichert; und die Trennungslinien laufen entlang von Hautfarbe bzw. ethnischer Zugehörigkeit.
Die Instrumente zur Aufrechterhaltung dieser Herrschaft waren zahlreich: die Afrikaner waren politisch nicht beteiligt, der Zugang zu qualifizierten Berufen war ihnen versperrt, ihr Wohnrecht war auf bestimmte Gebiete und Bedingungen beschränkt, Land durften sie im wesentlichen nur in Reservaten, den sogenannten 'Tribal Trust Lands' besitzen, Widerstand sollte durch einen gigantischen Armee- und Polizeiapparat in Blut erstickt werden. Ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Unterdrückung in Rhodesien war auch das Bildungssystem, das dem größten Teil der Bevölkerung Bildung vorenthielt.
Der Aufbau des neuen Zimbabwe trifft auf Strukturen, die das alte Regime hinterläßt. Deshalb beginnt die folgende Darstellung mit dem traditionellen rhodesischen Erziehungssystem, geht dann kurz auf die im Zuge der 'Internen Lösung' vorgenommenen Scheinreform des Schulwesens ein, um anschließend einen Ausblick auf die Aufgaben und ersten Maßnahmen des Aufbaus einer freien und obligatorischen Erziehung für alle in Zimbabwe zu geben. (1)

Der formale Aufbau des Bildungssystems

Das rhodesische Schulsystem zerfiel in *zwei getrennte Teile:* eines für die Europäer, auf dem auch die Schulbildung der Asiaten und Mischlinge beruhte, und ein davon separiertes System für die Afrikaner.
Die 1979 im Rahmen der 'Internen Lösung' vorgenommene 'Reform' des Schulsystems hat rechtlich diese Trennung nach Rassen aufgehoben, sie hat jedoch gleichzeitig Instrumente bereitgestellt zu deren faktischer Aufrechterhaltung. Deshalb muß sich die Darstellung des rhodesischen Schulsystems zunächst auf die Verhältnisse vor der 'Reform' beziehen.
Das *Schulsystem der Afrikaner* bestand formal erstens auf einer 7 Jahre dauernden *Primar*erziehungsstufe, die mit einer Grad-7-Prüfung abgeschlossen werden konnte. Daran konnte angeschlossen werden der Besuch einer *Sekundarstufe* entweder auf einer Junior Secondary School, F(2)-Schule genannt, oder auf einer Akademischen Sekundarschule, F(1)-Schule genannt. Die F(2)-Schulen waren stärker berufsbildungsorientiert, umfaßten 2 bzw. seit 1974 4 Klassen und schlossen ab mit Grad-9- bzw. Grad-11-Prüfungen. Verglichen mit dem bundesrepublikanischen System entspricht dies der Ausbildungszeit nach ungefähr einem Hauptschul- bzw. Realschulabschluß.
Die F(1)-Schulen waren inhaltlich stärker auf akademische Ausbildung orientiert und umfaßten 4 Jahre. Nach 2 Klassen konnte das 'Rhodesian Junior Certificate' erworben werden, nach 4 Jahren der externe britische Cambridge-0-Abschluß. Nur ganz wenige Afrikaner konnten darauf noch einmal aufbauen und nach zwei weiteren Klassen den Cambridge-A-Abschluß machen. Letzterer befähigte theoretisch zum Studium an einer Universität.

Das davon getrennte *Schulsystem für Europäer, Asiaten und Mischlinge* war formal ähnlich aufgebaut: auf 7 Jahre Primarbildung folgten eine um 2 Klassen verlängerte Sekundarstufe, die allerdings nicht wie bei den Afrikanern in F(1)- und F(2)-schulen geteilt war, sondern aus einer Kombination von akademischen und nichtakademischen Kursen mit Schwergewicht auf der akademischen Erziehung bestand. Abgeschlossen werden konnte diese Sekundarerziehung nach 4 Klassen mit dem Cambridge-0-Zeugnis, ein Jahr später mit dem M-Level, der zum Studium an einer südafrikanischen Universität befähigte, und danach mit dem Cambridge-A-Abschluß.
Zwar sind die beiden Schulsysteme formal ähnlich aufgebaut und vermitteln denjenigen, die sie ganz besuchen können, eine an europäischen Maßstäben gemessen hochwertige Sekundarerziehung; eine Privilegierung des weißen Sektors deutet sich jedoch schon in der verlängerten Sekundarerziehung, der Aufhebung der Trennung von F(1)- und F(2)-Schulen und besseren Studienmöglichkeiten an. Das Ausmaß, in dem das afrikanische 'Bildungs'system ein System zur Verhinderung von Bildung war, zeigt sich jedoch erst, wenn man betrachtet, wer wirklich die angebotene formale Schulbildung genießen konnte.

Barrieren der Ausbildung für Afrikaner

Das Vorhandensein formaler Ausbildungsgänge ist eine Sache, die Möglichkeit, diese auch zu durchlaufen, eine andere. Im weißen Sektor wurden den Schülern alle Möglichkeiten zum Erreichen hochwertiger Abschlüsse geboten: es gab ausreichend Schulplätze, die Schulen waren gut ausgestattet, die Eltern waren wirtschaftlich in der Lage, Schulgeld zu bezahlen. Von dem 1968 eingeschulten Jahrgang erreichten 1978 95 % der Schüler die Klasse 4 der Sekundarstufe, also einen unserem Realschulabschluß zeitlich ungefähr entsprechenden Stand. Die Ausfallrate der restlichen 5 % ging weitgehend auf Auswanderung zurück.
Anders im afrikanischen Sektor; einige Zahlen, die die Situation vor der Verschärfung des Krieges seit 1976 und vor dem Zusammenbruch des größten Teils jeglicher Schulbildung für die Afrikaner widerspiegeln, sollen dies verdeutlichen.

25 % aller schulreifen afrikanischen Kinder wurden gar nicht erst eingeschult
41,3 % besuchten die Primarstufe nicht vollständig
30 % schlossen mit der Primarschule ab oder fielen vor Klasse 4 aus der Sekundarbildung heraus
3,4 % erreichten einen Abschluß nach 4 Klassen Sekundarschule
0,3 % konnten darauf noch aufbauen und erreichten den erweiterten Sekundarabschluß nach 6 Klassen.

Die eingeschränkten Bildungschancen für afrikanische Kinder drücken sich auch aus in einer hohen Rate von Analphabetismus: von einer Gesamtbevölkerung Zimbabwes von rd. 7,5 Mio sind noch ca. 3 Millionen Afrikaner ab 7 Jahre Analphabeten. Schätzungsweise 1,5 Mill. Afrikaner im Al-

ter von 7 – 25 Jahren haben keine abgeschlossene Grundschulausbildung, d.h. mehr als 25 % Prozent der Gesamtbevölkerung in dieser Altersgruppe.
Wie kommt es zu dieser drastischen Unterprivilegierung der afrikanischen Kinder im Bildungsbereich, wenn doch für Europäer und Afrikaner formal ähnliche Schulsysteme zur Verfügung stehen?

Rassenpolitik in Aktion

Ein erster so einfacher wie wesentlicher Grund dafür ist, daß für Afrikaner *zu wenig Schulen* vorhanden waren. Im Jahr 1976, also vor der Verschlechterung der Situation durch die Folgen des Krieges, standen für Europäer, Asiaten und Mischlinge 168 Primar- und 43 Sekundarschulen zur Verfügung, für Afrikaner 3.498 Primar- und 152 Sekundarschulen. Letztere untergliederten sich in 84 akademisch orientierte F-1-Schulen mit 27.167 afrikanischen Schülern und 59 berufsorientierte F-2-Schulen mit 13.519 afrikanischen Schülern; zusätzlich gab es 9 Schulen mit kombinierten Ausbildungsgängen. Der Ausbau des afrikanischen Schulsystems hielt nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum Schritt. Obwohl die Zahl der eingeschulten 7-jährigen afrikanischen Kinder von 120.000 in 1965 auf 158.000 in 1976 anstieg, bedeutete dies eine proportionale Abnahme in Relation zur afrikanischen Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe von 82 % auf 75 %. Zwischen 1967 und 1971 standen jährlich für 37.000 schwarze Kinder keine Primarschulplätze zur Verfügung, zwischen 1972 und 1976 fanden jährlich 51.000 keinen Platz. Nach Berechnungen von Riddell (1) wäre eine Verdoppelung der 1976 vorhandenen Kapazitäten nötig, um allen 1977 – 1983 geborenen afrikanischen Kindern Zimbabwes Plätze für eine volle 7-jährige Primarausbildung zu garantieren.
Ein weiteres wichtiges Indiz ist die Übergangsquote von der Primar- zur Sekundarerziehung. 1976 betrug sie 18 Prozent, von diesen verließ mehr als ein Drittel die Sekundarschule nach zwei Ausbildungsjahren. Die Diskriminierung des dualen Ausbildungssystems für Europäer und Afrikaner wird hier besonders deutlich: 1977 besuchten 840.271 Afrikaner Grundschulen, und nur 44.342 waren in einer Sekundarschule eingeschrieben.
Ein entscheidender Grund ist auch der Mangel an Lehrern. 1974 mußte das Sekretariat für afrikanische Erziehung zugeben, daß mindestens 1.000 zusätzliche Lehrer benötigt würden, um den Schülerzuwachs an Regierungs- und regierungsunterstützten Schulen aufzufangen. 1976 gab es insgesamt 20.162 afrikanische Lehrer, davon 11 % ohne angemessene Ausbildung.

Von den 1.268 Lehrern an F(1) und 757 Lehrern an F(2)-Schulen waren 1976 nur 337 europäischer Abstammung. Von den 1.035 afrikanischen Lehrern an F(1)-Schulen hatten 920 den T-1-(dreijähriges akademisches Studium) Abschluß; 44 (3,6 %) waren unqualifiziert. Von den 732 afrikanischen Lehrern an F(2)-Schulen hatten nur 37 den T-1-Abschluß und 54 Lehrer (7 %) waren ohne Ausbildung.
Zu dem absoluten Mangel an Schulen kommt die schlechtere Ausstattung der afrikanischen Schulen hinzu: nur rund die Hälfte der afrikanischen Primarschulen boten überhaupt volle 7 Klassen an. Besonders schlimm betroffen waren die Kinder der schwarzen Farmarbeiter, für die oft nur schlecht ausgestattete und häufig mit unausgebildeten Lehrern besetzte Farmschulen zur Verfügung standen. Auf diesen Farmschulen befanden sich gut 60 % der Kinder in den Klassen 1 und 2 der Primarschule.
Der Mangel an und die schlechtere Ausstattung der afrikanischen Schulen sind im wesentlichen darin begründet, daß der rhodesische Staat in seiner Bildungspolitik eindeutige Prioritäten zugunten des europäischen Systems gesetzt hat. Die staatlichen Finanzen wurden zu einem weit überproportionalen Teil in die Bildung der Europäer gesteckt. Die Staatsausgaben für Erziehung betrugen im Haushaltsjahr 1977/78 pro europäischen Schüler 491 Rhodesische Dollar, pro afrikanischen Schüler weniger als ein Zehntel davon, nämlich 45 Rhodesische Dollar. Während der Staat sich im europäischen Bereich als der weitaus größte Träger von Schulen engagierte, überließ er die Bildung der Afrikaner anderen Organisationen: 1976 war er im europäischen Bereich Träger von knapp 90 % aller Primar- und Sekundarschulen, dagegen waren im afrikanischen Bereich nur 3 % der Primar- und 18 % der Sekundarschulen staatlich. Traditionell waren als Schulträger im afrikanischen Bereich die Missionskirchen sehr stark vertreten; seit Anfang der 70er Jahre entstand jedoch ein verschärfter Konflikt zwischen Kirchen und Staat über die staatliche Kürzung der Unterstützung der Missionsschulen und die Weigerung der Kirchen, die Schulgebühren anzuheben; dieser Konflikt endete damit, daß die Kirchen die Kontrolle über den größten Teil ihrer afrikanischen Primarschulen meist an die African Councils verloren, was eine weitere Verschlechterung für die afrikanischen Kinder bedeutete. Zwar wurde auch weiter staatliche Unterstützung an nichtstaatliche Schulen gegeben, aber diese erreichte bei weitem nicht das Ausmaß der Staatsausgaben in staatlich getragenen Schulen; dies schlug sich notwendigerweise nieder in schlechterer Ausstattung und höherem Schulgeld in diesen Schulen.



Vor dem Buschkrieg geflüchtete Kinder

Damit ist nun der zweite wesentliche Grund dafür, daß afrikanische Kinder das formal vorhandene Schulsystem nicht durchlaufen konnten, angesprochen: Alle Afrikaner mußten für die Ausbildung ihrer Kinder Schulgeld bezahlen; weil die meisten von ihnen entweder gar nicht lohnabhängig beschäftigt waren, sondern aus landwirtschaftlichem Anbau in den Tribal Trust Lands nicht einmal das Lebensnotwendigste ernten konnten, oder auf den Farmen der Weißen, in Industrie und Bergbau Löhne meist unter dem Existenzminimum bezogen, konnten sie im Unterschied zu den Weißen das Schulgeld für die Ausbildung ihrer Kinder kaum aufbringen. Die Gebühren waren je nach Schule und Träger unterschiedlich hoch; in Staatsschulen am geringsten, reichten sie in manchen Schulen bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Jahresverdienstes der Afrikaner.
Daß die überwiegende Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nicht für mehrere Kinder eine qualifizierte Schulbildung finanzierten konnte, ist aufgrund dessen klar. Es war eine verbreitete Praxis afrikanischer Eltern, ihre Kinder nacheinander je 1 bis 2 Jahre zur Schule zu schicken, um ihnen so wenigstens ein Minimum an Bildung zukommen zu lassen. Anfang der 70er Jahre sanken in Zusammenhang mit der Erhöhung der Schulgebühren die Einschulungszahlen afrikanischer Kinder drastisch.

Der vorhandene und von der neuen Regierung Zimbabwes beklagte große Mangel an Facharbeitern und Technikern ist gleichfalls ein Resultat dieses diskriminierenden Schulsystems: Nur ein geringer Anteil der 35.000 afrikanischen Jugendlichen, die die Sekundarschule mit einem Form-III-Abschluß verließen, wie auch der mehr als 400.000 Jugendlichen mit einer Primar- oder Sekundar-Form-II-Ausbildung – bezogen auf die Jahre 1970 – 1977 – hatten Zugang zu einer weiterführenden beruflichen Ausbildung. Berufsorientierte Ausbildungsangebote für Schulabgänger der Primarstufe oder Fachschulangebote für Schulabgänger der Sekundarstufe fehlten fast völlig. 1977 wurden 3.963 Afrikaner an anerkannten Ausbildungsstätten nach Abschluß der Grundschule ausgebildet; hinzu kamen 100 Frauen, denen eine qualifizierte Krankenpflegeausbildung ermöglicht wurde, und 800 - 900 Personen in der Lehrerausbildung. Von den 7.840 Schulabgängern der F-1-Schulen mit Sekundarabschluß erhielten nur rund 2.000 einschließlich der 411 Form-VI-Abgänger, die an der Universität von Rhodesien eingeschrieben waren, eine geregelte weiterführende oder höhere Ausbildung.

'Reform' des Schulsystems

Im Zuge des Versuchs des rhodesischen Regimes, durch eine 'Interne Lösung' mittels Installierung der Muzorewa-Marionetten-Regierung die Befreiung Zimbabwes zu verhindern, wurde auch das Schulsystem 'reformiert. (2) Die rassische Diskriminierung im Bildungsbereich wurde durch das im Februar 1979 in Kraft getretene neue Erziehungsgesetz rechtlich aufgehoben; gleichzeitig wurde sorgsam verhindert, daß afrikanischen Kindern der Weg zu gleicher Bildung frei geworden wäre.

Die Schulen wurden eingeteilt in drei Kategorien: erstens *Privatschulen*, d.h. alle, die vor 1979 nicht unter staatlicher Trägerschaft waren; hier veränderte sich nicht viel, die Gebühren blieben weiter höher als in Staatsschulen. Zweitens *Staatsschulen*, die nun nicht mehr in europäische und afrikanische Schulen unterteilt wurden, sondern in die Gruppen A, B und C. Schulen der Gruppe C waren Staatsschulen in den Tribal Trust Lands; in ihnen sollte die Erziehung gebührenfrei sein – nur hatte der Staat 1979 keine einzige Schule in den Tribal Trust Lands. Die Schulen der Gruppe A mit hohen und die der Gruppe B mit niedrigeren Gebühren entsprachen im wesentlichen der vorherigen Einteilung in europäische und afrikanische Staatsschulen in städtischen Gebieten. Durch Festsetzung des Schulgelds und durch strikte, an Wohngebiete gebundene Zugangsbeschränkungen wurde sichergestellt, daß die A-Schulen weiter den Europäern vorbehalten blieben. Als reichte dies noch nicht aus, alles beim Alten zu lassen, führte das Gesetz die dritte Kategorie der *Community-Schulen* ein: Staatliche Schulen konnten von einer 'Gemeinschaft von Personen', die eine bestimmte 'Verbindung' zu einer Schule oder ein 'einsehbares Interesse', diese Schule zu tragen, glaubhaft machen konnten, dem Staat abgekauft werden. Das Verwaltungsorgan dieser 'Gemeinschaft' legte dann die Gebühren fest und nahm Schüler auf oder nicht – ein hervorragendes Instrument weißer Eltern, 'ihre' Schulen 'sauber' zu halten, und 'Community-Schulen' wie St. Peter's Kubatana zu diskriminieren.

Die Aufhebung der Rassentrennung im Schulsystem endete so damit, daß die Kinder afrikanischerEltern nicht mehr nur deshalb aus europäischen Schulen herausgehalten wurden, weil sie schwarz waren, sondern weil sie arm waren. Faktisch änderte sich nichts, und selbst der Zugang zu europäischen Schulen hätte die Situation der Afrikaner, für die nun einmal zu wenig Plätze vorhanden waren, nicht wesentlich verändert.

Kriegsfolgen

Betrifft die bisher gegebene Charakterisierung der Bildungsmöglichkeiten afrikanischer Kinder im wesentlichen die Situation bis ungefähr 1976, so führte die Ausweitung des Befreiungskrieges seit Mitte der 70er Jahre zu einem weitgehenden Zusammenbruch der Schulbildung. Von der Ausweitung des Krieges waren vor allem die ländlichen Gebiete betroffen, in denen die Mehrzahl der afrikanischen Bevölkerung lebt. Mehr als eine Million schwarze Zimbabwer wurde vom Krieg entwurzelt: sie flohen vor den rhodesischen Truppen in die Nachbarländer Zambia, Mozambique und Botswana oder in die relative Sicherheit der Städte; hunderttausende wurden vom rhodesischen Militär von ihrem Land weggerissen und in sogenannte 'Protected Villages', konzentrationslagerähnliche 'Schutz'dörfer deportiert, um sie von den Befreiungsbewegungen zu isolieren. Schulen wurden geschlossen, beschädigt oder zerstört; Missionare wurden von Spezialeinheiten der rhodesischen Armee ermordert; Lehrer flohen, schlossen sich dem Befreiungskampf an oder verließen die Schulen, um in den Städten die besser bezahlten Posten aufzufüllen, die durch den Kriegsdienst von Weißen geräumt wurden. Von den 1976 vorhandenen 3.948 Primar- und 152 Sekundarschulen für Afrikaner waren Ende 1978 rd. 30 % geschlossen; im Laufe des Jahres 1979 nahmen die Schließungen dramatisch zu. Im Juni 1978 hatten 23 % aller afrikanischen Schüler ihren Schulplatz verloren, im Dezember 1978 waren es schon 31 % und im Oktober 1979 schließlich mindestens 53 %.



In den befreiten Gebieten . . .

Diejenigen, die erst gar keinen Schulplatz hatten, sind dabei nicht mitgerechnet. Das bedeutet: Die Erziehungspolitik der neuen Regierung hat auszugehen von einem fast vollständigen Zusammenbruch des alten Schulsystems für Afrikaner.

Aufbau Zimbabwes: Freie und obligatorische Schulbildung für alle

Die neue Regierung Zimbabwes ist mit dem Programm angetreten, Bildung für alle Bürger Zimbabwes zu ermöglichen und so die Entwicklung des Landes zu fördern. (3) Die Schulen des Landes sollen wiederaufgebaut und wiedereröffnet werden, das ganze System soll umstrukturiert und ausgebaut werden.



... Aufbau einer Verwaltung

Folgende Grunderfordernisse können festgehalten werden: Zum einen muß die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit einer Elementarbildung sichergestellt werden; dazu gehören sowohl die Erwachsenenbildung, d.h. vor allem Alphabetisierung, als auch die Einrichtung einer Primarschulausbildung für alle Kinder; zweitens muß die Umstrukturierung des Schulsystems die Zerschlagung der Rassenschranken beinhalten sowie eine Verknüpfung der Schulbildung mit strategischen Erfordernissen der Entwicklung der zimbabwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Curricula werden umzuschreiben sein; Primar- und Weiterbildung werden so zu gestalten sein, daß zum einen der bisher nicht gedeckte Fachkräftebedarf der zimbabwischen Wirtschaft befriedigt werden kann und zum anderen dem primären Erfordernis der Entwicklung der ländlichen Gebiete Rechnung getragen wird. „Es ist die Perspektive von ZANU, den Großteil ihrer Ressourcen und Kader auf die ländlichen Gebiete zu konzentrieren", (Guardian (US) vom 26.3.1980) sagte im März dieses Jahres K. Kangai, der heutige Minister für Arbeit und Soziales. Rund drei Viertel der Bevölkerung leben in diesen Gebieten; Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft und der Infrastruktur dieser Gebiete wird daher der die große Mehrheit der Zimbabwer unmittelbar primär betreffende Entwicklungsschritt sein.

Freie und obligatorische Ausbildung für alle ist das Ziel der Regierung. In dem Ende Juli von Finanzminister E. Nkala vorgelegten Staatshaushalt für das Jahr 1980/81 stiegen die Ausgaben für Erziehung um 54 % gegenüber dem vorangegangenen Haushalt. Der erste Schritt hin zu freier Erziehung ist die Wiedereröffnung der Schulen. Erziehungsminister D. Mutumbuka sagte im April dieses Jahres: „Der Ausgangspunkt muß sein, daß jedes schulreife Kind zur Schule gehen kann. Wir wollen zuerst und vor allem alle unsere Ressourcen zu diesem Zweck einsetzen. Wenn wir dieses Stadium erreicht haben, wird die Frage der freien Erziehung drankommen. Unser Ziel zur Zeit ist, daß vor Ende des Jahres jede Schule geöffnet sein muß." (Moto, 24.6.1980). Anfang März waren über 3.000 Schulen geschlossen; Ende Juli konnte Mutumbuka mitteilen, daß in den letzten drei Monaten 1.800 Schulen geöffnet worden seien (Herald, Zimbabwe, v. 23.7.1980). Als Hindernisse erwiesen sich vor allem die großen Kosten sowie der Mangel an Lehrern.

Am 18. Juli dieses Jahres kündigte Mutumbuka an, daß vom 1. September an die Primarschule für alle Kinder schulgeldfrei sein wird. Dabei gelten für die einzelnen Schularten verschiedene Regelungen. In staatlichen Primarschulen wird von den Eltern kein Schulgeld mehr verlangt; für Aktivitä-

Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika über die Universität Hamburg

Mit der Rechtfertigung der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie der Tatsache, daß es zwischen Südafrika und der Bundesrepublik ein Kulturabkommen gibt, organisiert die Universitätsobrigkeit in Hamburg wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Regime in Südafrika.

So plante das Institut für Geographie der Uni Hamburg im Sommer '79 eine große Exkursion nach Südafrika. Trotz zahlreicher Proteste der Fachschaften und der Öffentlichkeit führte Prof. Bochert im März '80 die Exkursion durch, obwohl sich kaum Studenten dafür meldeten. Eine Dokumentation über die Auseinandersetzungen in der Fachschaft ist zu beziehen über: ASTA der Uni Hamburg, Auslandsreferat, Van Malle Park 5, 2 Hamburg 13; Tel. 040/410 30 64.

Der Fachbereich Mathematik hat im Januar einen Assistenten beurlaubt (J. Sprenkels), um ihm eine Gastprofessur an einer südafrikanischen Universität zu ermöglichen. Der Fachschaftsrat der Studenten tritt mit der folgenden Resolution an die Öffentlichkeit:

Der Fachbereich Mathematik arbeitet in letzter Zeit häufiger mit dem rassistischen Regime der „Republik Südafrika" (RSA) zusammen. Am Donnerstag, den 12. 6., hielt ein in der RSA arbeitender Professor einen Kolloqiumsvortrag. Der Fachbereichsrat Mathematik beurlaubt im Januar 1980 den Assistenten Jürgen Sprekels für eine Gastprofessur an einer südafrikanischen Universität.

Wir, der FSR Mathematik, die gewählten studentischen Vertreter am Fachbereich Mathematik der Universität Hamburg, haben die Beurlaubung von Herrn Sprekels für eine Gastprofessur in Südafrika scharf verurteilt.

Wir empfinden die Genehmigung einer Gastprofessur als eine Verletzung der Resolution der Vereinten Nationen, die zum Boykott des südafrikanischen Regimes auffordern, wie z.B. die Resolution der 32. UNO-Sitzung vom Dezember, 14. 1977.

Die Gastprofessur ist ein willkommener Anlaß für die RSA, die wissenschaftliche Zusammenarbeit als Anerkennung des Apartheidregimes durch bundesdeutsche Wissenschaftler auszulegen, bricht die Isolation des südafrikanischen Wissenschaftsbetriebes und stärkt somit die wissenschaftliche Entwicklung in Südafrika.

Aufgrund des Kulturabkommens zwischen der RSA und der BRD wird die wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter gefördert. Wir sehen mit Bestürzung, daß die Bundesregierung die wissenschaftliche Zusammenarbeit entgegen der UNO-Resolution unterstützt und fordern die Auflösung des Kulturabkommens und die Einhaltung der UN Resolution.

Trotz unserer Bedenken hält Herr Sprekels an seiner Gastprofessur fest. Wir bitten Sie daher, uns dringend in unseren Anstrengungen, Herrn Jürgen Sprekels von dieser Gastprofessur abzuhalten, zu unterstützen. Wir bitten Sie, diesen skandalösen Vorgang zu veröffentlichen und Ihre Stellungnahme zu den Ereignissen an die folgenden Personen und Institutionen zu senden:

Dr. Jürgen Sprekels
Hans.Much Weg 17, 2000 Hamburg 20

An den Fachbereichssprecher Carl Geiger
Bundesstr. 55, 2000 Hamburg 13

An den Universitätspräsidenten
Dr. Fischer-Appelt
Edmund-Soemers-Allee 1, 2 Hamburg 13

ten außerhalb der Schulmauern wie Sport und kulturelle Dinge sollen die Eltern aber weiterhin geringe zusätzliche Gebühren zahlen. Allerdings wird kein Kind von der Schule gewiesen, wenn Eltern diese nicht aufbringen können. Staatlich anerkannte Privatschulen werden von der Regierung stärker als vorher finanziell unterstützt. Der staatliche Beitrag pro Schüler wird erhöht auf einen vergleichbaren Satz, wie ihn der Staat in den eigenen Schulen ausgibt. Wenn auch die Gebührenstruktur in Privatschulen außerhalb staatlicher Gewalt liegt, so wird doch von den Schulverwaltungen verlangt, die vergrößerten Zuwendungen an die Schüler weiterzugeben durch Abschaffung des Unterrichtsgeldes und freie Lieferung von Büchern und Schreibmaterial. Community-Schulen, die nach dem Schulgesetz von 1979 das Unterrichtsgeld nicht vom Staat bezuschußt erzielten, will Mutumbuka nicht diskriminieren; sie sollen die gleichen Zuwendungen bekommen (Herald v. 19.7.80).

Gleichzeitig machte Mutumbuka klar, wo der Schwerpunkt des neuen Programms liegt und daß er nicht bereit sei, die Privilegien der Europäer im alten Schulsystem zu finanzieren. Missionsschulen in den ländlichen Gebieten werden am meisten von dem Plan profitieren, denn dort besteht der größte Bedarf an Erziehung. Community-Schuldirektoren haben gleich festgestellt, daß mit den staatlichen Zuschüssen ihre Kosten nicht abgedeckt seien. Einer sagte: „Ohne die Gebühren abzuschaffen, werden wir unser Bestes tun, sie auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, und der Regierungszuschuß wird dabei helfen. Unsere Eltern haben die Erwartung, daß sie für ihre Kinder zahlen, damit diese etwas ein wenig Besseres dafür bekommen, und wir werden fortfahren, ihnen das zu geben." Die Entrüstung von Community-Schule-Eltern, daß für sie die Primarerziehung dann doch nicht frei werde, kommentierte Mutumbuka: „Die Zuwendungen für Community-, private und staatliche Schulen werden so sein, daß die Eltern nichts zu zahlen haben werden für Schreibmaterial, Bücher und Lehrergehälter. Wenn die Community eine geringe Gebühr für außerschulische Aktivitäten erheben will, dann fällt das in ihre Verantwortung und nicht in die meines Ministeriums".

(Herald v. 23.7.1980). Privilegien werden im Rahmen des Programms freier Primarerziehung also nicht finanziert. Die nächsten Shritte – so Mutumbuka – sollen obligatorische Primarschule und freie Sekundarschule sein. Obligatorische Primarerziehung soll innerhalb der nächsten zwei Jahre eingeführt werden: „Im Moment haben wir nicht genug bauliche Infrastruktur und Mangel an Lehrern. Es wird Zeit brauchen, sie einzuführen, aber ich schätze, daß sie ungefähr innerhalb der nächsten zwei Jahre kommen wird." (Herald v. 22.7.1980). In Kürze soll die Einführung freier Sekundarerziehung angegangen werden.

Zimbabwe braucht Solidarität

Die ungeheuren Aufgaben des Wiederaufbaus und der Umstrukturierung der zimbabwischen Wirtschaft und Gesellschaft konnten hier nur an einem Ausschnitt, der Aufgabe, ein Erziehungssystem aufzubauen, das Voraussetzungen schafft für die Veränderung der Situation der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit und für die Entwicklung der zimbabwischen Wirtschaft, kurz dargestellt werden.
Die Kenntnis dieser Aufgaben und der schwierigen Bedingungen, die die Regierung des freien Zimbabwe von den vorangegangenen weißen Regimes übernimmt, sollte Anlaß sein, die Solidaritätsarbeit mit Zimbabwe nach dessen Unabhängigkeit nicht abzubrechen, sondern verstärkt fortzuführen.

Anmerkungen:

1) Alle folgenden Zahlenangaben, sofern keine andere Quelle angegeben ist, stammen aus: Roger Riddell, Education for Employment (From Rhodesia to Zimbabwe Bd. 9), Catholic Institute for International Relations, London 1980
2) Zu dieser Schulreform vgl. auch Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 4/1979, S. 21 f
3) Zu den Aufgaben des Aufbaus des zimbabwischen Schulsystems vgl. auch das Interview mit D. Mutumbuka, dem heutigen Minister für Erziehung und Kultur, in: Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 4/1979, S. 19 f.

Christoph Reichert, in: ZIMBABWE – Baut auf die Zukunft! Hrsg. World University Service, Dt. Komitee e.V. u.a., Bonn 1980.

Schulen für Zimbabwe

Projekt: Ländliches polytechnisches Bildungszentrum für ehemalige Guerilla-Kämpfer

Hintergrundinformation

Seit der Unabhängigkeit Zimbabwes hält sich die Mehrzahl der 35.000 ehemaligen Befreiungskämpfer untätig in den Sammellagern auf, die im Rahmen der Waffenstillstandsverhandlungen eingerichtet wurden. Die überwiegende Mehrheit dieser Guerillas hat eine nur geringe oder gar keine Schulbildung: 25 % sind Analphabeten und weitere 55 % haben nur einige Klassen der Grundschule besucht; von den 20 %, die über eine Sekundarschulbildung verfügen, konnten nur wenige eine Berufsausbildung absolvieren.
Mehrere Tausend dieser ehemaligen Kämpfer sind demzufolge gegenwärtig arbeitslos und haben bereits an das Erziehungsministerium, die ZANU (PF) und die Patriotische Front (ZAPU) appelliert, ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Ausbildung zu vervollständigen. Da nur eine geringe Anzahl der ehemaligen Kämpfer von noch oder bereits existierenden Schulen aufgefangen werden konnte, ist es im Hinblick auf die Kapazität des Erziehungssystems von Zimbabwe insgesamt und den spezifischen Hintergrund dieser Gruppe von erwachsenen Schülern erforderlich, spezielle Ausbildungsmöglichkeiten für sie einzurichten.

Projektbeschreibung

Das Projekt eines ländlichen polytechnischen Bildungszentrums zielt darauf, denjenigen ehemaligen Guerillas, die im Begriff sind, die Armee zu verlassen oder sie bereits verlassen haben und eine berufliche Laufbahn im zivilen Bereich

anstreben, die notwendige allgemeine Grundausbildung und eine berufsbezogene/technische Ausbildung zu vermitteln, um sie auf das Zivilleben vorzubereiten und ihre beruflichen Möglichkeiten zu verbessern. Der Bereitstellung nicht nur von Möglichkeiten für eine schulische Grundausbildung sondern auch für eine berufliche Ausbildung kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Aus diesem Grund sind die landwirtschaftlichen und die industriebezogenen Ausbildungskomponenten im Rahmen dieses Projektes von fundamentaler Bedeutung.
Das Projekt ist in drei sich überlappende Stufen eingeteilt.

Stufe I (Beginn: September 1980)

Schwerpunkt dieser Ausbildungsphase ist die Basisbildung, die auf 5-6monatigen Alphabetisierungskursen, einer dreijährigen Primarerziehung, einer dreijährigen Sekundarerziehung und einem in den letzten Jahren parallel laufenden Angebot einer Ausbildung als Schreibkraft besteht.

Stufe II (Beginn: Oktober/November 1980)

Schwerpunkt dieser Ausbildungsphase wird die landwirtschaftliche Produktion sein. Es ist vorgesehen, daß die ehemaligen Kämpfer eine Tageshälfte mit theoretischem Unterricht und die andere Tageshälfte in Ausbildungsberufen, entweder im landwirtschaftlichen oder im industriebezogenen Produktionsbereich, verbringen. Es wird beabsichtigt, die Schule durch diese landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsprojekte sehr schnell zu einer mehr oder weniger vollständigen Selbstversorgung zu führen. Im Verlauf dieser Aufbauphase sollen in der Erntesaison 1980/81 schätzungsweise 100 ha kultiviert werden, auf denen vorwiegend Mais, Bohnen und andere Gemüsearten angebaut werden sollen. Für eine Fläche von 16 ha ist ein Bewässerungssystem geplant. Mit dem Aufbau der Milchproduktion und der Viehzucht soll in dieser Phase begonnen werden.

Stufe III (Beginn: Im Laufe des Jahres 1981)

Schwerpunkt dieser Ausbildungsphase sind die industriebezogenen Ausbildungsprojekte.
Die Programme werden voraussichtlich als traditionelle Berufsausbildung in Werkstätten, in mobilen Brigaden und in Kleinindustrie-Produktionseinheiten durchgeführt werden. Dabei soll im landwirtschaftlichen Bereich ein Schwerpunkt gelegt werden auf den Gebrauch und die Entwicklung von angepaßter Technologie, die den Bedürfnissen einer überwiegend ländlichen Bevölkerung entspricht.

Projektträger

Das Projekt wird von dem Ministerium für Erziehung und Kultur von Zimbabwe und dem WORLD UNIVERSITY SERVICE gemeinsam durchgeführt. Beide Institutionen sind an der Planung beteiligt. An der Schätzung der Investitionskosten für die landwirtschaftlichen Einrichtungen und Erfordernisse einer Nahrungsmittelproduktion, die auf eine kurzfristige Selbstversorgung ausgelegt ist, waren Projektexperten des 'Department of Conservation and Extention' (CONEX) des Landwirtschaftsministeriums beteiligt. CONEX hat darüber hinaus angeboten, Experten zu detaillierten Planung und zur Ausführung des landwirtschaftlichen Produktionsbereiches zur Verfügung zu stellen. Im Hinblick auf die Finanzierung des Projektes wird sich der Anteil des Erziehungsministeriums von Zimbabwe auf die Bezahlung der Gehälter der zimbabwischen Lehrkräfte sowie die laufenden Unterhaltskosten der Schule beschränken.
Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel der Regierung von Zimbabwe müssen jedoch der überwiegende Teil der notwendigen Kapitalinvestitionen und verschiedene laufende Kosten zunächst durch ausländische Spenden und Zuwendungen abgedeckt werden. Zusätzliche Einnahmen, mit denen in späteren Jahren der Anteil an ausländischer Finanzierung verringert werden kann, werden aus dem Verkauf der von den Auszubildenden hergestellten Produkte erwartet. Das Ministerium versucht gegenwärtig, zusätzliche Finanzierungsquellen durch die Vereinten Nationen oder über die Einbeziehung anderer Regierungsorganisationen in Zimbabwe zu erschließen.
Gerade in der Anfangsphase aber besteht ein dringender Bedarf an finanzieller Unterstützung, um diejenigen, für den Erfolg des Gesamtprojektes notwendigen Projektbestandteile, die nicht von zimbabwischer Seite finanziert werden können, zu sichern.
Die zimbabwische Regierung, zahlreiche engagierte Lehrkräfte, Repräsentanten der ZANU und der dänische WORLD UNIVERSITY SERVICE haben erhebliche Vorarbeit geleistet, um den Start dieses für die Reintegration der ehemaligen Befreiungskämpfer wichtigen Projektes zu ermöglichen. Die politische Stabilität als Voraussetzung einer kontinuierlichen Entwicklung hängt nicht unerheblich von der Reintegration der ehemaligen Guerillas in das gesellschaftliche und berufliche Leben des neuen Zimbabwe ab.

WIR BITTEN SIE DAHER UM IHRE SPENDE FÜR DIESES AUSBILDUNGSZENTRUM IM RAHMEN DER AKTION „SCHULEN FÜR ZIMBABWE"

Kenn-Nummer 100 – (Bitte unbedingt auf Überweisungsträger vermerken)
Postscheckkonto - Postscheckamt Köln, Kto.Nr. 15782-508
Bank für Sozialwirtschaft, Köln, Kto.Nr. 72 321/100
(BLZ 370 205 00)

Der WORLD UNIVERSITY SERVICE ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerabzugsfähig.
Weitere Informationen über das Projekt erhalten Sie auf Anfrage vom WUS, Lessingstr. 32, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228/21 51 58

TERRE DES HOMMES SCHWEIZ

Wir suchen für die Sektion deutsche Schweiz eine(n) hauptamtliche(n) **Mitarbeiter(in)**

Aufgabenbereiche
- Projekte in der 3. Welt: Vorbereitung, Evaluation, Abwicklung
- Projektabklärungen an Ort und Stelle
- projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit
- Mitarbeit bei allgemeinen Sekretariatsarbeiten

Voraussetzungen:
- gute Kenntnise im Bereich der Entwicklungspolitik
- Erfahrung mit Entwicklungsprojekten
- publizistische Fähigkeiten
- Teamfähigkeit
- gute Spanischkenntnisse

Arbeitsplatz: Basel

Stellenantritt: so bald als möglich

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen und Referenzen sind möglichst umgehend zu richten an die Präsidentin von terre des hommes schweiz, Margrith Schlosser, Neusatzweg 13, 4102 Binningen.

LANDWIRTSCHAFT

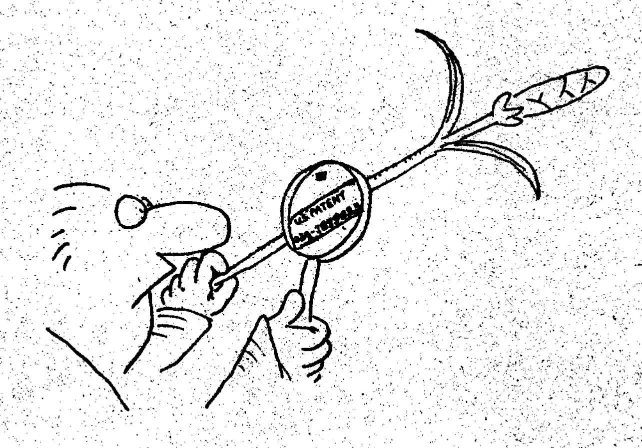
Die zweite Phase der grünen Revolution: Die Monopolisierung des Saatguts

Über die „Grüne Revolution", die Revolutionierung der Landwirtschaft insbesondere in der Dritten Welt mit Hilfe neuer Techniken und massivem Dünger- bzw. Pflanzenschutzmitteleinsatz haben die blätter des iz3w schon des öfteren berichtet.
Besonders für die betroffenen Bauern waren die Ergebnisse dieser Revolution wenig erfreulich. Inzwischen ist sie allerding in eine „Zweite Phase" getreten, die von einem starken Drang der Öl- und Chemiemultis in die Saatgut- und Zuchtproduktion gekennzeichnet ist.[1]*) Ursachen sowie ökologische und soziale Konsequenzen dieser Entwicklung will der folgende Beitrag aufzeigen.*

Das Scheitern der Grünen Revolution (Erste Phase)
Die „Grüne Revolution", wie sie als Hebel für die landwirtschaftliche Entwicklung seit den fünfziger Jahren propagiert wurde, führte einerseits zu einer Modernisierung der traditionellen Agrarkonzerne hin zum heutigen Agrobusiness, andererseits zu einer Verschiebung der Profitquellen innerhalb des gesamten landwirtschaftlichen Bereichs: Die Grüne Revolution war vor allem eine Revolution im Verbrauch von Dünger und Pflanzenschutzmitteln.
Damit stieg in kurzer Zeit das Engagement der Chemieindustrie in der Landwirtschaft erheblich an. Bestand das Geschäft der traditionellen Agrarkonzerne vor allem im Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, so stieß die Chemieindustrie in das expandierende Geschäft mit den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln vor. Inzwischen gilt die Grüne Revolution allerdings allgemein als gescheitert. Ökologisch führte die forcierte Einführung der Agrochemie unter den komplizierten Verhältnissen der tropischen Landwirtschaft immer häufiger zu Katastrophen.
Vor allem aber war nur ein Bruchteil der Bauern in der Lage, sich die Grüne Revolution überhaupt leisten zu können. Gerade da, wo sie technisch erfolgreich war, zerstörte die Grüne Revolution die Existenz zahlreicher Kleinbauern, die der Konkurrenz der mit den neuen Mitteln wirtschaftenden Großbauern nicht standhalten konnten.[3])

Mit neuen biologischen Techniken zur „Grünen Evolution"
Die Antwort der betroffenen Konzerne und der wissenschaftlichen Propagandisten der Grünen Revolution auf diese Mißerfolge: Eine „zweite Phase" der Grünen Revolution müsse beginnen, von der „Grünen Revolution" sei zur „Grünen Evolution" voranzuschreiten. In dieser zweiten Phase soll das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Technologieentwicklung nicht mehr in der Chemie (Dünger und Pestizide) sondern in der Biologie liegen.
In erster Linie ist dabei an die verstärkte Weiterführung der Züchtung neuer ertragreicher Sorten gedacht. Es gehören aber auch eine Reihe neuer biologischer Techniken dazu, die zum guten Teil noch im Experimentierstadium stecken, die aber erst verständlich machen, warum die Herolde der Grünen Revolution in Wirtschaft und Wissenschaft so große Hoffnungen auf die Möglichkeiten der Biologie setzen. Einige wichtige neue Techniken der Biologie sind z.B.[4])

- die Zellkultur: pflanzliche Zellen werden auf direktem Weg miteinander verschmolzen, so daß Kreuzungen schneller und über die Schranken der Arten hinweg möglich werden, die sich normalerweise nicht kreuzen lassen.
- Effizienzsteigerungen der Photosynthese: ausgehend von der Erforschung der beträchtlichen Unterschiede in der Fähigkeit verschiedener Pflanzen, die Photosynthese zur Produktion von Nährstoffen zu nutzen, ergeben sich Möglichkeiten der „Ertragsoptimierung" durch genetische oder biochemische Techniken.
- die Produktion von Futtermitteln und prinzipiell auch menschlicher Nahrung durch speziell entwickelte Bakterienstämme, die aus Zellulose bzw. Kohlenwasserstoffverbindungen jeder Art Eiweiß produzieren.



An dieser „zweiten Phase" der Grünen Revolution erscheint zunächst bestechend, daß sie auf eine Reihe vor allem ökologischer Probleme der klassischen Grünen Revolution eine Antwort zu geben weiß. Dies erscheint vor allem plausibel bei Forschungsansätzen wie der Züchtung regional angepaßter Sorten oder der Erforschung der natürlichen Stickstoffverbindung als Möglichkeit, den Kunstdüngereinsatz zu verringern. Die Verfechter einer zweiten Phase der Grünen Revolution nehmen auch explizit in Anspruch, die Kritik an der Grünen Revolution der sechziger Jahre aufgenommen und die Konsequenz daraus gezogen zu haben.[5])
Was sich im Laboratorium aber als interessante Möglichkeit darstellen mag – die Gefahren der neuen biologischen Techniken sollten darüber allerdings nicht vergessen werden[6]) –, hat in der landwirtschaftlichen Wirklichkeit einstweilen ganz andere Auswirkungen.

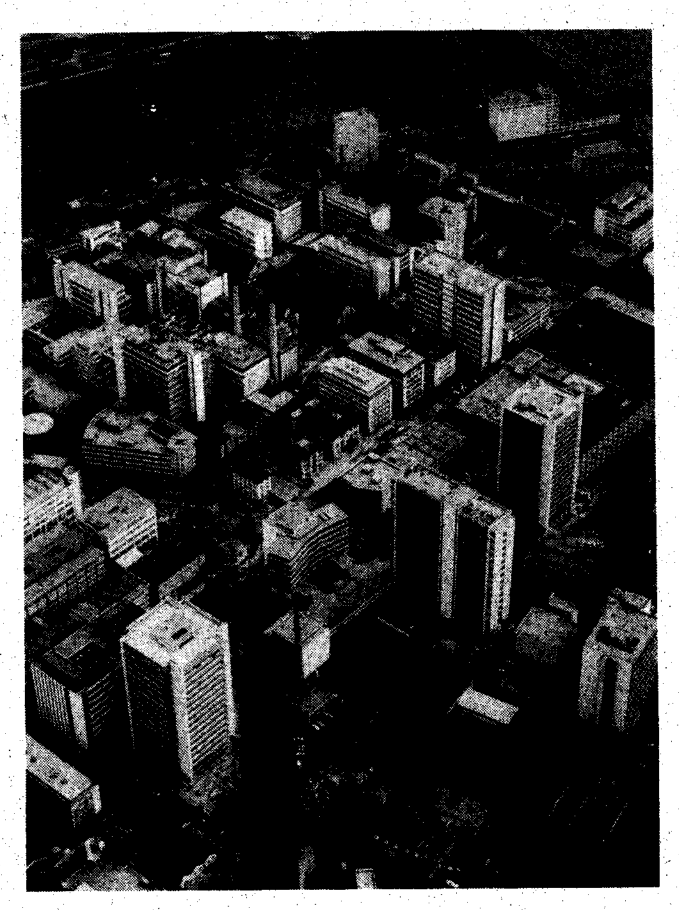
Die Umstrukturierung des Saatgutmarktes
Ehe noch eine der neuen Entwicklungen der Biologie in großem Maßstab verwirklicht worden ist, haben die Firmen des Agrobusiness begonnen, die sich abzeichnende Entwicklung unter ihre Kontrolle zu bringen. Der entscheidende Ansatzpunkt dabei ist der Saatgutmarkt, der sich derzeit weltweit in einer völligen Umstrukturierung befindet. Zwei Merkmale haben den Saatgutmarkt bis vor kur-

zem in den meisten Ländern gekennzeichnet: 1. die Existenz staatlicher Züchtungsanstalten, die – oft in Anbindung an wissenschaftliche Institute – langfristige Programme durchführten, und deren Ergebnisse, also die neu gezogenen Sorten, kostenlos allgemein zugänglich sind; 2. eine große Zahl kleiner, meist nur regional arbeitender Firmen, die Saatgut vertreiben, das häufig einfach in der Vermehrung des bestehenden oder von den staatlichen Anstalten entwickelten Saatgutes besteht.

Das Nebeneinander staatlicher Institute und kleiner Privatfirmen beruhte vor allem auf

– der freien Verfügbarkeit aller Sorten für jedermann. Große Investitionen in aufwendige Züchtungen lohnten für Privatfirmen daher kaum, sie konnten aber Anpassungen an die lokale Umwelt erzielen.
– der Möglichkeit der Bauern, zwischen verschiedenen Sorten, oder auch – das gilt vor allem für die traditionellen Wirtschaftsweisen in der Dritten Welt – der Verwendung ihres eigenen Saatguts zu wählen.

Unter diesen Voraussetzungen bot der Saatgutmarkt für das Agrobusiness kaum Ansatzpunkte für gewinnträchtige Investitionen. Bereits mit der ersten Phase der Grünen Revolution änderte sich das Bild. Bauern, die die neuen Methoden akzeptierten, konnten nicht einfach wieder auf das Hochleistungssaatgut verzichten, da mit den zusätzlichen Erträgen ja die enormen Investitionen finanziert werden mußten. Häufig waren die neuen Sorten Hybrid-Sorten, sie konnten also nicht auf den Feldern vermehrt werden, so daß die Bauern von der stetigen Lieferung neuen Saatgutes abhängig wurden. Dazu kommt noch, daß die Maßnahmen der Grünen Revolution gewöhnlich in großangelegten Programmen abliefen, wo in Zusammenarbeit von Regierungs- und Entwicklungshilfeorganisationen und dem Agrobusiness die entsprechenden „technischen Hilfeleistungen" als Paket zur Verfügung gestellt wurden, so daß faktisch keine freie Wahl unter verschiedenen Anbietern möglich war.



Konzernzentrale von Sandoz, einem der größten Saatgutproduzenten

Gleichzeitig setzte eine Welle von gesetzlichen Maßnahmen in den meisten Ländern der Welt ein, die mit dem Prinzip der freien Verfügbarkeiten von Saatgutsorten aufräumten. Analog zum Patentrecht der Industrie wurden, mit Unterstützung der FAO, „plant breeders rights" verabschiedet, die einen befristeten Schutz für neue Sorten gewährten. Wo immer diese Gesetzgebung erlassen wurde, hatte sie eine rasche Konzentration der Saatgutfirmen zur Folge. In England kaufte z.B. ein Konzern in der Woche nach Erlaß des Sortenschutzgesetzes 84 kleinere Saatgutproduzenten auf.[7]) Auffällig dabei ist, daß die neuen Samenproduzenten in der Regel mit Saatgutproduktion überhaupt nichts zu tun hatten. Es sind vor allem die Chemie- und Ölkonzerne, die groß in das sich abzeichnende Geschäft einstiegen, und ihrer Finanzkraft entsprechend, oft innerhalb weniger Jahre große Marktanteile eroberten und gewaltige Mengen an pflanzengenetischem Material in ihren Kühlhäusern ansammelten. Neben einigen großen Firmen des traditionellen Agrobusiness wie Cargill, Dekalb, Central Soya, Tate and Lyle und dem Allesfresser ITT sind daher inzwischen Shell, Esso, Ciba-Geigy, Pfizer und Sandoz unter den weltgrößten Saatgutproduzenten.

Konsequenzen der Monopolisierung des Saatgutmarktes

Durch die Umstrukturierung des Marktes zeichnen sich bereits einige Entwicklungen ab, die irreparable Gefährdungen für die biologischen Grundlagen der Landwirtschaft und damit der Welternährung haben müssen, wenn sie nicht rechtzeitig gestoppt werden.

1. Behinderung der Verbreitung genetischen Materials

Die jetzt eingeführten „plant breeders rights", die ja einen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Prinzip der freien Nutzbarkeit aller Varietäten darstellen, behindern die Verbreitung des genetischen Materials. So erklärte etwa Robert G. Anderson, Direktor des Weizenprogramms am renommierten CIMMYT[8]) in Mexico, daß sein Institut nicht länger seine Neuzüchtungen allgemein zugänglich machen könne, wie das bis vor kurzem prinzipielle Praxis des CIMMYT wie auch aller anderen genetischen Forschungsinstitute gewesen sei. Es habe bereits etliche Fälle gegeben, wo Material, das vom CIMMYT entwickelt worden war, von Privatfirmen dann in verschiedenen Ländern zum Patent angemeldet wurde. „Unsere Arbeit wird von vielen Ländern finanziert. Wie würden die Geberländer wohl reagieren, wenn ein Saatgutlieferant Extraprofite damit machen würde, daß er Entwicklungsländern Samenvarietäten verkauft, die mit ihren Mitteln bei uns entwickelt worden sind?" Die Folge dieser notwendig gewordenen Einschränkungen im freien Zugang zu neuen Varietäten: „Die Schuldlosen leiden mit den Sündern mit."[9])

Wenn sich schon Institute wie das CIMMYT, die ohne Gewinn arbeiten, gezwungen sehen, einen Teil ihrer Züchtungsergebnisse zurückzuhalten, so wird das umso mehr für die Privatfirmen gelten. Von ihnen wird man freilich kaum so freimütige Erklärungen zu hören bekommen. Im Gegenteil, was die neuen Züchter alles in ihren Kühlschränken aufbewahren, ist ihr wohlgehütetes Geheimnis. Aus der Logik der „plant breeders rights" ergibt sich jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit die Tendenz zur Hortung von Material. Dies hat aber für das Ergebnis der Züchtung schwerwiegende Folgen. Ein bestimmter Züchtungserfolg mag beispielsweise erst nach weiteren Einkreuzungen und Anpassungen eine kommerziall optimal verwertbare Sorte ergeben. Wenn alle Züchter ihr Material austauschen, und ihre Ergebnisse dem-

entsprechend auch frei verwerten können, ist die Chance der Weiterentwicklung und Anpassung zweifellos am größten. Unter den Bedingungen des Patentrechts an den eigenen Sorten muß aber jeder Züchter bestrebt sein, möglichst viele Entwicklungsstufen seiner Züchtung selbst zu produzieren. Das dauert länger, und viele mögliche Weiterentwicklungen dürften verloren gehen.

2. einseitige Ausrichtung der Züchtung

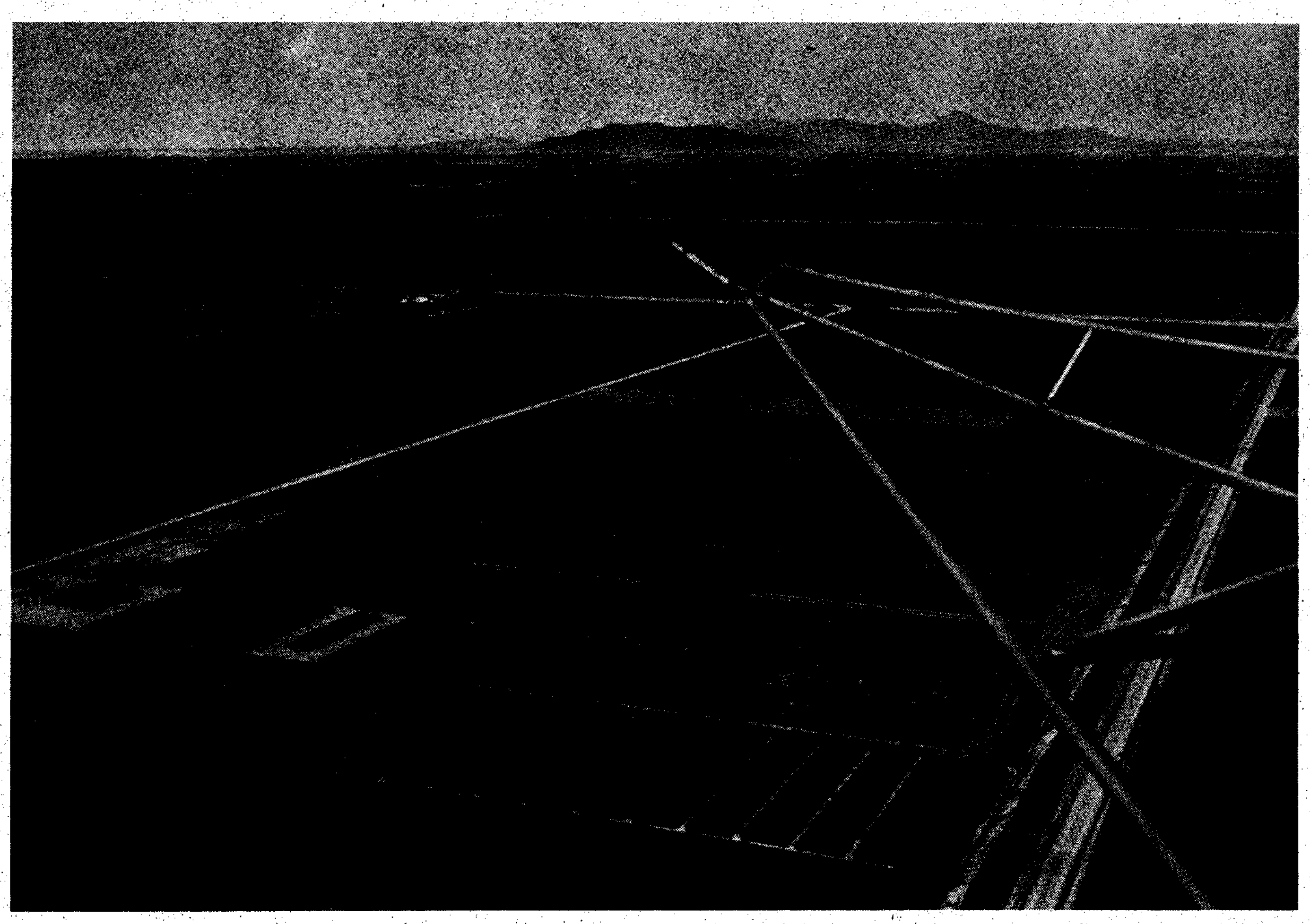
Wenn durchn die Privatisierung großer Teile des Zuchtmaterials auf diese Weise bestimmte mögliche Züchtungen unterbleiben, dann ist weiter zu befürchten, daß dies nicht nach dem Zufallsprinzip geschieht, sondern daß ganz bestimmte Forschungs- und Entwicklungsrichtungen systematisch zu kurz kommen.[10])

Die Patentierung selbst übt bereits Einfluß aus. Stärker noch als bei der bloßen staatlichen Registrierung zur Zulassung ist für die Gewährung eines kommerziellen Sortenschutzes das Kriterium der Eindeutigkeit erforderlich. Die patentierte Varietät muß mit Sicherheit identifizierbar sein, also wird der Züchter bereits das Merkmal der großen Gleichförmigkeit seiner Sorte hoch bewerten und in der Zucht zu verankern suchen. Dies geht dann auf Kosten anderer, für den Bauern und letztlich auch den Konsumenten wichtigerer Merkmale. In der Regel werden auch nur solche Sorten patentiert, die höhere Erträge als die bislang bekannten erzielen[11]), auch dieses Züchtungskriterium ist in aller Regel nur auf Kosten anderer Kriterien wie besserer Widerstandsfähigkeit zu erreichen.

Es liegt auch nahe, daß Forschungsanstrengungen ganz besonders in die Züchtung neuer Hybridsorten gehen. Hybridsorten haben für den Verkäufer den enormen Vorteil, daß sie vom Bauern nicht reproduzierbar sind, daß dieser also Jahr für Jahr sein Saatgut neu kaufen muß. Ausdehnung der Hybridsorten bedeutet also eine überproportionale Ausdehnung des Saatgutmarkts. Hybridsorten sind aber auch mit allen Nachteilen der modemen Intensivlandwirtschaft behaftet. Sie sind besonders abhängig von Düngung und Pflanzenschutz und insofern ein Musterbeispiel für eine weitere Gefahr der Einseitigkeit der Forschung: die Ausrichtung an der Chemie.

Es wäre wohl zuviel verlangt, wollte man von den Chemiegiganten fordern, daß sie besondere Sorgfalt in die Entwicklung von Sorten steckten, die weniger Dünger brauchten und bessere Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge auch ohne Pestizide mitbrächten. Man wird der chemischen Industrie nicht unterstellen müssen, daß sie ins Saatgutgeschäft massiv eingestiegen ist, nur um sich das Düngemittel- und Pestizidegeschäft zu verderben. Der Einsatz dieser Chemikalien dürfte in der Saatgutentwicklung der Chemiekonzerne vielmehr stillschweigende, selbstverständliche Voraussetzung ihrer Züchtungsarbeit sein. Immerhin ist bereits der Fall einer Tomatenzüchtung bekanntgeworden, die nur reifte, wenn sie vorher mit einem bestimmten chemischen Mittel besprüht wurde. Und neuerdings werden bereits „pellets" verkauft, die Samen und die „angepaßte" Chemie gleich in einem enthalten.

Schließlich sind die Konzerne des Agrobusiness auch die kompetentesten Züchter, wenn es darum geht, unsere Nahrung den Erfordernissen des modernen marketing anzupassen. Größe (auch wenn sie nur in mehr Wasser besteht), modische Farben, verarbeitungsgünstige Formen (wie die berühmte viereckige Tomate, um die in den USA zur Zeit sogar prozessiert wird) und Oberflächen, lauter Merkmale, die immer größere Bedeutung in den Zuchtprogrammen der Industrie einnehmen.



Versuchsfelder von Sandoz in den USA

3. Verlust genetischer Vielfalt

Die genannten Fehlentwicklungen sind, jede für sich genommen, bereits schwerwiegende Gefahren für die künftige Lebensmittelproduktion, besonders in den Ländern der Dritten Welt. Das ganze Ausmaß der Gefahr wird aber erst deutlich, wenn man die eher indirekten Folgen dieser Züchtungspolitik mit einbezieht.

Die neuen Sorten treten ja nicht neben die herkömmlichen, sondern sie werden mit dem Ziel entwickelt, diese zu ersetzen und zu verdrängen. Die Möglichkeit hierfür hat in großem Umfang wiederum die Grüne Revolution geschaffen. Die rasch wachsende Konzentration von Boden, die kapitalistische Durchdringung der Landwirtschaft von der Aussaat bis zur Vermarktung, und nicht zuletzt die neuen Beziehungen zwischen Agrobusiness und Kleinbauern, wie sie sich exemplarisch im System der Vertragsproduktion[12]) herausgebildet haben, bei der dem Bauern bis in die Einzelheiten vorgeschrieben wird, welches Saatgut, welche Chemikalien, welche Werkzeuge er zu verwenden hat, wenn er was zu pflanzen hat usw. – all dies erleichtert es den Konzernen, ihre Sorten durchzusetzen.

Dieser Prozeß kann mitunter extrem schnell verlaufen. Wenn in einem Gebiet erst einmal die neuen Sorten eingeführt sind, kann sehr bald nämlich keine Alternative mehr zu ihnen existieren. Die Bauern selbst haben bereits nach einem Jahr kein anderes Saatgut mehr, und eventuelle lokale Züchter sind meist sehr schnell ausgeschaltet. Daraus ergeben sich nun einschneidende Folgen für die lokalen ökologischen Verhältnisse und mittlerweile für die genetische Basis zahlreicher Kulturpflanzen im weltweiten Maßstab. Die modernen Hochleistungssorten sind ja in der Regel sehr anfällig – was durchaus im Interesse ihrer Produzenten liegen kann. Sie müssen daher laufend weiterentwickelt werden. Das aber ist nur möglich, indem immer wieder entweder wilde oder sehr alte, in Jahrtausenden von den „primitiven Völkern" angepaßte Sorten eingekreuzt werden. Es hat sich nun gezeigt, daß aufgrund der Ausbreitung der Hochleistungssorten diese wilden und vor allem die alten Kultursorten bereits in einem Ausmaß zurückgedrängt worden sind, daß viele Wissenschaftler bereits von genetischer Erosion oder gar genetischer Auslöschung sprechen.[13])

Die Grüne Revolution steht hier an der Spitze eines Prozesses, zu dem auch Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Raubbau ihren Teil beitragen. Täglich verschwindet eine Pflanzenart von der Erde – unwiderbringlich.[14])

Und von zahlreichen Arten existieren nur noch eine geringe Zahl von Exemplaren, teils in den Kühlschränken von Zuchtanstalten, wo ein einziger technischer Fehler oder Unfall genügt, um sie für immer verloren gehen zu lassen. Es ist daher sehr fraglich, ob das Konzept der Entwicklungsstrategen, die die Gefahren der genetischen Erosion erkannt haben, aufgeht, das eine „Wachablösung" vorsieht, bei der „die Wissenschaftler" die jahrtausende alte Funktion der Bauern, das pflanzengenetische Material zu erhalten und weiterzuentwickeln, übernehmen sollen.[15]) Wenn pflanzengenetisches Material wirklich knapp wird, und nach allen Informationen kann darüber kaum noch Zweifel bestehen, dann wird um dieses knappe Gut ein erbitterter Konkurrenzkampf stattfinden. Niemand weiß, wieviel Material die transnationalen Konzerne bereits horten, um es später mit entsprechend größerem Gewinn zu verwerten. Bei einer solchen Entwicklung erscheint es auch durchaus fraglich, inwieweit sich die staatlichen und internationalen Forschungsinstitute dieser Konkurrenz noch entziehen können (s.o.). Die Verlierer sind wir letztlich alle, doch zunächst sind die Lasten durchaus ungleich verteilt: Die Länder der Dritten Welt, wo sich praktisch alle „Zentren genetischer Vielfalt" befinden, sind dabei, ihren größten natürlichen Reichtum zu verlieren, eben die im Vergleich zu den gemäßigten Zonen Europas und Nordamerikas wesentlich größere Vielfalt an Arten – und übrigens auch Nahrungsmitteln. Es gab bereits Fälle, wo einzelne Länder der Dritten Welt zu teuren Preisen Saatgut kauften, das von westlichen Firmen auf der Basis von Samen entwickelt worden war, die in eben diesem Land gesammelt worden waren.[16]) Wenn diese neue Sorte dann die ursprüngliche verdrängt hat, wird es für das betreffende Land kaum ein Trost sein, daß in den Vorratslagern der ausländischen Firma noch Exemplare der ursprünglichen Art lagern.



Manuelle Bestäubung

4. Neue Abhängigkeiten für die Bauern der Dritten Welt

Innerhalb der Dritten Welt aber sind es wieder einmal die Kleinbauern, die direkt am härtesten von der Zweiten Grünen Revolution betroffen sind. Die schweren Eingriffe in die biologischen Grundlagen der Landwirtschaft drohen auch die letzten Reste von kleinbäuerlicher Unabhängigkeit zu unterminieren. Es liegt auf der Hand, daß ein Bauer, der über kein eigenes Saatgut mehr verfügt, den Forderungen des Agrobusiness hilflos ausgeliefert ist. Der Rückgang ursprünglicher, weniger produktiver Arten bedroht darüber hinaus aber die Möglichkeiten der kleinbäuerlichen Eigenwirtschaft. Denn es sind gerade diese Arten, die im Schutz mangelnden Interesses der Landherren die Grundlage für die Subsistenzwirtschaft in vielen Agrargesellschaften der Dritten Welt gebildet haben. Die genetische Erosion könnte hier einen Prozeß vollenden, den seit Beginn der Kolonisation die Herren über das Land der Bauern immer wieder vorangetrieben haben: die Zerstörung der Grundlagen der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft. Erntezerstörung, Anbauverbote, Verschleppung der Bevölkerung und Landenteignung waren die klassischen Methoden direkter Herrschaft über die Landbevölkerung, wobei mit der Zerstörung der traditionellen Ackerkulturen meist auch die Absicht verbunden war, die kulturellen Grundlagen der unterworfenen Völker zu zerstören.[17]) Die von den Spaniern betriebene Ausrottung des mexikanischen amaranthus-Getreides[18]), das nicht nur ein bedeutendes Grundnahrungsmittel der Azteken war, sondern auch in ihrem Kult eine wichtige Rolle spielte, ist ein besonders gut dokumentiertes Beispiel dafür, wie eng der Zusammenhang von Naturzerstörung und Unterdrückung von Menschen auch schon in der Vergangenheit war.



Hochertragssorten benötigen hohe Mengen von Pflanzenschutzmitteln.

Entwicklungspolitische Gegenstrategien?

Entwicklungsansätze und Modelle, die nach einer ökologisch und sozial sinnvollen Entwicklung suchen, sind noch immer selten.

In der Entwicklungspolitik herrscht immer noch das technokratische Denkmuster vor, wonach das Hauptproblem der Landwirtschaft in der Dritten Welt ihre zu geringe Produktivität sei. Selbst wenn sich allmählich die Einsicht verbreitet, daß die bisherigen Methoden der Produktivitätssteigerung ökologisch längst an ihre Grenzen gestoßen sind, so werden aus dieser Einsicht häufig genug wieder nur technokratische Konsequenzen gezogen. Die Erhaltung der ökologischen Grundlagen wird als eigenes, von der Produktivitätssteigerung unabhängiges und wiederum von einer neuen Schar von Spezialisten zu lösendes Problem behandelt. Da kommen dann Vorschläge heraus, wie die Achaffung von „genetischen Reservaten", in denen die Bevölkerung in einer Art Ökozoo leben würde und unter internationaler Aufsicht die Erhaltung der Artenvielfalt betreiben müßte.[19])

Oder es werden große Hoffnungen und Anstrengungen in den Aufbau von weiteren Genzentren gesteckt, in denen dann aber nach Kriterien gearbeitet wird, die die bisherige Entwicklung nur fortschreiben können. Die Beschreibung eines mittelamerikanischen GTZ-Projektes beispielsweise, in dem u.a. die Sammlung lokaler Arten gefördert werden soll, führt als Beispiele auf: Eine Dioscorea-Art, aus der Cortison gewonnen werden kann; den Chicle-Baum, der den Grundstoff für Kaugummi liefert; und den Achiote-Strauch, aus dem ein Farbstoff für die Nahrungsmittelindustrie gewonnen werden kann.[20])

Die Bauern mit ihren Subsistenzproblemen kommen hier nicht vor, schon gar nicht als Subjekte ihrer Entwicklung. Die Gefahr ist groß, daß aus der ökologischen Diskussion neue Mechanismen der Unterdrückung entstehen. Allerdings wird dann auch nicht ernsthaft an der Wiederherstellung der natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft gearbeitet werden können. Denn das wird ohne die Bauern nicht gehen. Eine ökologisch sinnvolle Entwicklungsstrategie wird nur mit den Bauern gefunden werden können, ausgehend von den realen Zwängen, unter denen sie stehen, und ohne die ihre oft bejammerten „unökologischen Verhaltensweisen", aber auch die vielfältigen Lösungen, die sie für die Gestaltung ihrer Beziehungen zur natürlichen Umwelt gefunden haben, nicht verstanden werden können.

Rainer Huhle

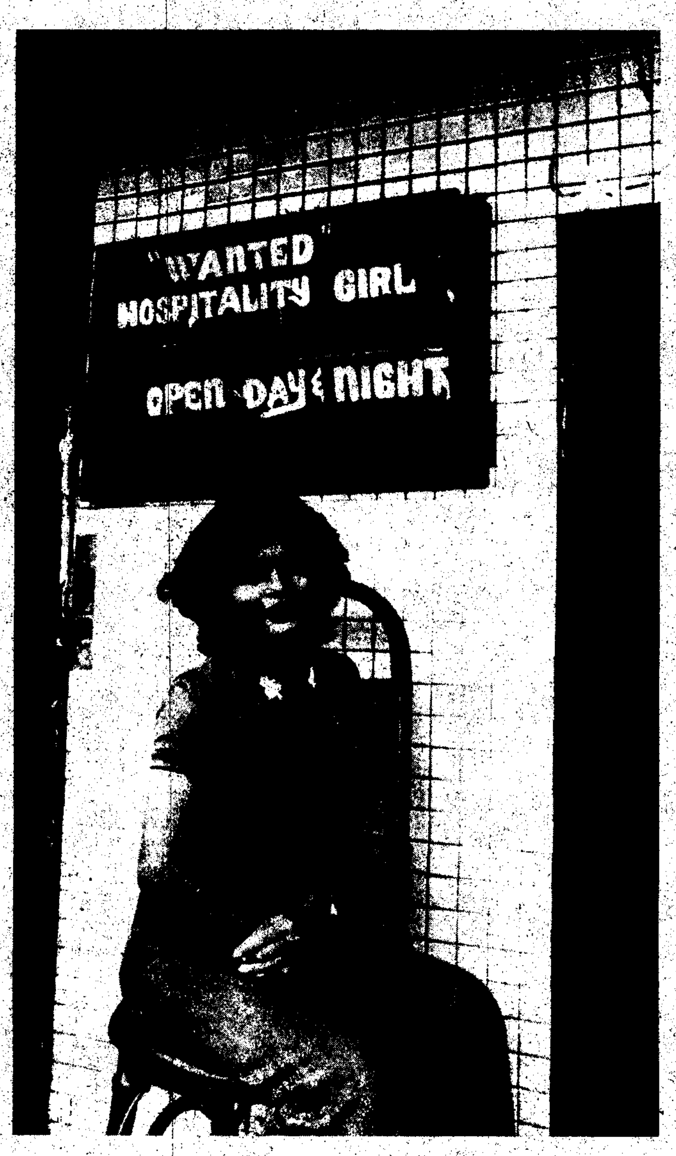
Anmerkungen:

1) Pat Mooney, Seeds Of The Earth, Pre-Publication Edition for United Nations Conference on Science and Technology for Development, Vienna, August 1979; einige wichtige Ergebnisse faßte Pat Mooney in der UNCSTD-Zeitschrift Retort, Nr. 4, zusammen; davon brachte die TAZ eine Übersetzung (10. und 17. Oktober 1979); eine Kurzfassung enthält auch epd-Entwicklungspolitik, Materialien I/80, S. 95-99.
2) entfällt
3) zur (späten) Kritik von BMZ bzw. GTZ an der Grünen Revolution s.z.B. Entwicklung und Zusammenarbeit 5, 1980, S. 18/19; Entwicklung + ländlicher Raum, 6, 1979, S. 26.
4) vgl. Friedel Timmermann, Biologische Grundlagenforschung sichert die Welternährung, in: Umschau 76, 1976, Heft 2, S. 58-63.
5) Pat Mooney, a.a.O., S. 38; G. Fischbeck, Genetic Improvement as a Means of Increasing Agricultural Production and Protecting the Environment, in: K. Gottstein (Hg.), Science and Technology for Development, Starnberg/Tübingen 1979, S. 176 ff.
6) vgl. Albert Hesse, Astrid Micheler, Genmanipulation, in: Wechselwirkung, Nr. 0, S. 28 ff.; Jonathan King, Neue Genetische Technologien, in: der überblick, Nr. 3, 1979, S. 34-36.
7) Mooney, a.a.O., S. 55.
8) Centro Internacional de Mejoración de Maîz y Trigo: Internationales Zentrum für Mais- und Weizenzüchtung; am CIMMYT wurden die „Hochleistungssorten" des Weizens entwickelt, die den boom der Grünen Revolution trugen.
9) Jean-Marc Fleury, Seeds: patent pending, in: The IDRC Reports, vol. 9, Nr. 1, April 1980, S. 5.
10) Mooney, a.a.O., S. 81 ff.
11) Mooney, in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien I/80, S. 98.
12) vgl. Ernest Feder, Erdbeerimperialismus, Frankfurt 1980, S. 292 ff.
13) vgl. z.B. die schon 1970 vorgetragenen Warnungen von 4 führenden amerikanischen Pflanzengenetikern: The Green Revolution: genetic backlash (Gespräch mit O. Frankel, W.K. Agble, J. R. Harlan und E. Bennett), in: The Ecologist 1,4, Oktober 1970, S. 20-22.
14) Erik Eckholm, Die Arche droht zu sinken, in: Forum Vereinte Nationen, Nov. 1978, S. 8; vgl. auch Alan Grainger, The State of the World's Tropical Forests, in: The Ecologist, 10, 1/2, Jan./Feb. 1980, S. 39.
15) vgl. Jean-Marc Fleury, Changing of the Guard, in: The IDRC-Reports, vol. 9, Nr. 1, April 1980, S. 7.
16) Mooney, Seeds of the Earth, a.a.O., S. 30.
17) vgl. Gary Nabham, Cultivation and Culture, in: The Ecologist, 9, 8/9, Nov./Dez., 1979, S. 259 ff.
18) Jonathan D. Sauer, The Grain Amaranths, in: Annals of the Missouri Botanical Garden, 37 (1950), S. 561 ff.
19) So etwa Hugh Iltis, Freezing the Genetic Landscape, in: Maize Genetics Cooperative Newsletter, 48 (1974), S. 199 f.
20) Jan Engels/Heiner Goldbach, Erhaltung genetischer Variationen in Nutzpflanzen, in: Entwicklung + ländlicher Raum 2, 1979, S. 18-20.

„Behandelt die Mädchen nicht wie den letzten Dreck!"

Ein Südostasien-Reiseführer

Auf der Suche nach Selbstbestimmung und Selbsterfahrung, aus Flucht vor täglicher körperlicher Anspannung und psychischem Frust hat das sog. individuelle alternative Reisen während der letzten Jahre stark zugenommen. Entsprechend stieg der Bedarf an alternativen Reiseführern. Zur Region Südostasien liegen mittlerweile mehrere solcher Bücher vor. Eines davon nennt sich „Südost-Asien-Handbuch", sein Autor ist Stefan Loose (erschienen im Eigenverlag, Körtestr. 22, 1 Berlin 61, 2. Aufl. März 1979). Sein Handbuch „ist für all diejenigen Leute gedacht, die sich mal zwischen Rangoon und Neu Guinea umsehen wollen. In erster Linie natürlich für zivilisationsmüde Traveller, die in die abgelegensten Ecken vorstoßen wollen".
Die Informationen und Tips haben der Autor, seinen eigenen Angaben zufolge, während vieler Reisen nach Asien selbst gesammelt; fern von den Massentourismusströmen „habe ich großartige Menschen getroffen, die noch heute – und wir leben bekanntlich im 20. Jahrhundert – frei von den uns so bekannten Zivilisationskrankheiten sind. Menschen, für die Gastfreundschaft und Freundlichkeit noch etwas bedeutet."
So weit, so gut; was er aber dann weiter hinten in seinem Buch unter der Überschrift „Unterhaltung in Bangkok" dem Leser auftischt, stellt die 4-S-Werbesprüche (Sonne, Strand, See, Sex) eines Neckermann-Hochglanzprospekts weit in den Schatten. Um seinem vergeblichen Anspruch als alternativer Reiseführer gerecht zu werden, amüsiert er sich zunächst über Herrn Maier aus Regensburg, für dessen Wohlergehen in Bangkok rd. 30 000 „Engel" bereitstehen – um ein paar Sätze weiter seine Leserschaft zur „alternativen" Prostitution zu ermuntern. So empfiehlt er dem herumgereisten, von allzuviel Ursprünglichkeit und Unberührtheit gestreßten Alternativler ein paar Tage Erholung in Bangkok: „Trotzdem solltet ihr euch ruhig mal für ein paar Abende ins Nachtleben stürzen, es ist eine Abwechslung besonders etwa nach drei Monaten Indien oder einer Borneodurchquerung".
Da er um die schmale Brieftasche der meisten Alternativreisenden weiß, verrät er auch, wo es besonders preiswert ist: „Der 'heißeste Strich' Asiens, wie mir mal ein erfahrener Kenner asiatischer Metropolen erzählt hat, ist der Coffee Shop im ...-Hotel (es folgt die Adresse). Gegen Mitternacht kommen all die Mädchen ins ..., die noch niemand gefunden haben. ... Die Bars sind sämtlich nicht zu teuer, und wem eine einseitige Unterhaltung einerseits Thai mit ein paar Brocken Englisch, andererseits Deutsch mit ein paar Brocken Englisch nicht genug ist, 200 Baht ist der richtige Preis".
Im Unterschied zu Herrn Maier aus Regensburg wird der Freak dank seines „Alternativ"führers auch mit thailändischen Sitten und Gebräuchen vertraut gemacht: „Gefällt euch eine Tänzerin besonders gut, so machts wie die Thais, und steckt dem Mädchen einen Schein zu."
Unser „Alternativ"autor weiß um die Bedürfnisse der Individualreisenden nach zwischenmenschlichen Begegnungen und tiefergehenden Kontakten zu fremden Kulturen, deshalb sein folgender Tip: „Hostessen zum Tanzen und Plaudern kann man sich für eine oder mehrere Stunden kommen lassen. Die Mädchen sitzen alle in einem Raum, und von außen durch ein kleines oder größeres Fenster trefft ihr eure Wahl. Nr. 85 zum Beispiel! Ihr müßt nur wählen – die Mädchen tragen alle von außen gut sichtbare Nummern. Dazu kommt natürlich das nötige Kleingeld, denn eine Hostess muß eben für einen bestimmten Zeitraum gemietet werden".
Doch auch diese deutsch-thailändische Kontaktpflege scheint an Natürlichkeit und Ungezwungenheit eingebüßt zu haben, denn unser Autor schreibt: „Manchmal istdas alles so ein bißchen wie Pferdemarkt und deshalb nicht jedermanns Sache. Allzu leicht vergißt man dabei, daß es sich bei den Mädchen auch um Menschen handelt!"



Daher die Mahnung unseres Autors: „Behandelt die Mädchen nicht wie den letzten Dreck".
Der internationale Massentourismus hat, nach den Aussagen unseres Autors, „ ... seit Beginn der 70er Jahre ... einen damals vielleicht noch bestehenden eigenen Charakter der Stadt brutal vernichtet. ... Die Szene in Bangkok hat sich in den letzten Jahren, vor allem nach den Jumboladungen bundesdeutscher Männer gewaltig hin zum Negativen verändert."
Dennoch weiß er Trost, und dem beziehungsgeplagten Freak wird bei den folgenden Zeilen das Herz höher schlagen: „Trotzdem gibt es noch seltsamerweise nette und hübsche Mädchen, die nur darauf warten, für ein paar Tage oder Wochen mit euch zusammenzusein. Derartige Entscheidungen liegen dann immer bei euch, und ihr solltet finanzielle Dinge immer vorher klären".
Natürlich gibt es da noch das Sprachproblem: „Plant nicht vier Wochen-Thailand-Kreuzfahrt mit einem Mädchen, das ihr zwar gern habt, aber mit der ihr kaum einen Ton sprechen könnt. Nach spätestens einer Woche funktioniert so etwas nicht mehr. In Bangkok gibt es genügend Mädchen, die einigermaßen Englisch können. Zu so einer Entscheidung eines gemeinsamen Rundtrips gehört eine Menge Erfahrung und Fingerspitzengefühl".
Der Alternativler, der den Strand-Sonne-Pauschaltourismus als unoriginell und wenig kreativ verabscheut und dem es um das Kennenlernen von Land und Leuten geht, wird die Vorteile einer thailändischen Reisebegleiterin nicht übersehen können: „Man sollte eigentlich weder zu- noch abraten, sondern es der jeweiligen Situation überlassen. Mit einem Thai-Mädchen zu reisen hat eine Menge Vorteile. Für euch regelt das sämtliche auftretende Sprachprobleme, und davon kann jeder Thailand-Traveller ein Lied singen. Ihr könnt euch auf den faulen Bauch legen, und kein Thai Dictionary von innen ansehen. Viele Dinge, die ihr nicht versteht, kann sie euch erklären, und ihr werdet dadurch eine Menge lernen."
Der abschließende Tip unseres Alternativautors: „Ich würde euch dringend empfehlen, vor einer gemeinsamen Rundreise noch einmal GEMEINSAM einen Arzt aufzusuchen, und euch durchchecken zu lassen. So etwas ist in Bangkok günstiger als in der fernen Provinz.
Adressen von Krankenhäusern in Bangkok (wir verzichten auf den Abdruck).
Viele Mädchen haben auch private VD (Veneral Desease) Doktoren, zu denen ihr auch gehen könnt. Laßt euch immer die VD Cards zeigen, in denen mit Datum die letzte Untersuchung verzeichnet ist. Derartige Dinge sind wichtig, und ihr solltet sie ernst nehmen – ein penicillinresistenter Tripper ist eine äußerst schlimme Angelegenheit!!"
Ähnlich einem Boulevard-Blatt stellt der Autor die Thailänderinnen als erwartungsfreudige Objekte dem Leser vor, ohne im geringsten auf ihre Gefühle einzugehen oder den Hintergrund der Touristenprostitution auch nur zu erwähnen, der darin besteht, daß Reiche über Arme herfallen und diese zwingen, das herzugeben, was diese ohne Not nie gewähren würden.
Er verschweigt,
– daß Massenprostitution Ausdruck der Verarmung der Landbevölkerung ist, deren Töchter in die Städte wandern auf der Suche nach einem Lebensunterhalt, die dann in den meisten Fällen keine Beschäftigung finden oder deren Löhne zu niedrig sind, um ihre Familien zu unterstützen, so daß als letzte Möglichkeit, dem allergrößten Elend zu entfliehen, nur die Prostitution bleibt;
– daß skrupellose Banden junge Mädchen von in Not geratenen Bauern aufkaufen oder aus den Flüchtlingslagern rekrutieren, in Bordellen in Bangkok gefangenhalten, schlagen oder drogenabhängig machen;
– daß 80 % der Frauen mit dem durch Prostitution verdienten Geld ihre Familien unterstützen;
– daß die Präsenz der US-Truppen während des Indochinakrieges die Ursache dafür ist, weshalb gerade Thailand unter den Staaten der Dritten Welt zu einem Land wurde, in dem die Prostitution zahlenmäßig besonders ausgeprägt ist; (Die GI's wandelten ganze Teile Bangkoks zu „Rest - and - Recreation - Gebieten um. Sie lösten einen Boom aus, der nach Abzug der amerikanischen Truppen von den einströmenden Touristen weiterhin am Leben erhalten wurde. In kaum einem Reiseprospekt fehlt heute der Hinweis auf die sexuelle Verfügbarkeit der Thai-Frauen);
– daß bereits 1973 rund jede 2. weibliche Beschäftigte in Bangkok und Umgebung ausschließlich oder zusätzlich als Prostituierte arbeitete, ihre Gesamtzahl – offiziellen Angaben zufolge – in diesem Jahr 1 Million überschritten hat und 3/4 der Frauen als geschlechtskrank gelten;
– daß die Prostitution den rigiden Moralvorstellungen der thailändischen Gesellschaft total entgegensteht und den Frauen in diesem Notgewerbe gesellschaftliche Achtung und Anerkennung versagt bleiben.
Ich finde es schon schlimm genug, wenn in westdeutschen Massenmedien und in den Publikationen der Reiseunternehmen ein Bild von der thailändischen Frau verbreitet wird als einem exotischen, mandeläugigen Geschöpf, sanft, gefügig und lustvoll. Noch unerträglicher allerdings finde ich die Tatsache, solches in wenig abgewandelter Form in einem alternativen Reiseführer wiederzufinden. Wer einmal in Thailand war und sich mit dortigen Prostituierten unterhalten hat und dabei ihre erschütternden Biographien von Elend und Not erfahren hat, wird schnell das verbreitete Bild von Gefügigkeit und Lüsternheit der Thai-Frauen entlarven als die kaputten Wunschvorstellungen und Sexualphantasien der Männerwelt.
Auch ein Herr Loose, der den männlichen Thailandreisenden zwecks Bequemlichkeit empfiehlt, eine Thai-Frau für den gesamten Aufenthalt zu „mieten", weiß sehr wohl und verschweigt bewußt, welche Hoffnungen auf Seiten der Thai-Frauen jeder längere Kontakt mit einem Westler auslöst: Den Wunsch nämlich, durch Heirat und Emigration aus der eigenen Scheiße herauszukommen. Und ein Herr Loose weiß sehr wohl, daß in den Augen der Thailand-Reisenden die „freundschaftliche" Beziehung längstens bis zum Abflug dauert – wobei noch dahingestellt sein mag, ob eine Heirat für die Thailänderinnen nicht bedeuten würde, vom Regen in die Traufe zu kommen.
Wir werden daher versuchen, während der nächsten Wochen ein Kampagne gegen das „Südostasien-Handbuch" in Gang zu setzen und uns um die Zustimmung möglichst vieler Gruppen, Organisationen, Buchläden und Verlage bemühen mit dem Ziel
– den potentiellen Leserkreis zu einem Boykott dieses Buches zu bewegen
– die Buchläden, insbesondere jene mit linkem Anspruch, zu veranlassen, dieses Buch aus ihrem Angebot zu entfernen
– den Autor zu zwingen, bei einer Neuauflage seines Buches jene zitierten Passagen herauszunehmen.

Frankfurt/M., Anfang Oktober 1980

Südost-Asien-Gruppe Frankfurt / Frankfurter Frauenblatt

Die Initiative zum Boykott des „Südostasien-Handbuchs" von S. Loose ist unter der Kontaktadresse Hans-Dieter Bechstedt, Dielmannstr. 4, 6000 Frankfurt 70 zu erreichen.

Kontaktstelle Frauen und Dritte Welt

Die Idee zur Kontaktstelle Frauen und Dritte Welt entstand im Verlauf mehrerer Tagungen zum Thema Frauen in der Dritten Welt / im entwicklungspolitischen Bereich, bei denen das dringende Bedürfnis nach Intensivierung und besserer Koordinierung von Kontakten und Arbeitsansätzen, Materialaustausch, etc. artikuliert wurde. Die Kontaktstelle, die außerhalb einer entwicklungspolitischen Institution gegründet worden ist, hat nun folgende Funktionen:

- Zusammenarbeit mit Frauen aus entwicklungspolitischen Organisationen, Aktionsgruppen, Arbeitskreisen aus dem wissenschaftlichen Bereich fördern und koordinieren (sowohl auf inhaltlicher als auch auf personalpolitischer Ebene)
- Sammlung und Weitergabe von offenen Stellen im entwicklungspolitischen Bereich an interessierte Frauen
- Tips für Stipendienbewerbungen
- Frauen-Job-Kartei, in die sich jede Frau eintragen kann
- Erfahrungsberichte in und aus der 3. Welt vermitteln und damit einen gegenseitigen Austausch initiieren (bundesweite Treffen, Diaabende, Diskussionen, Rundbrief, etc.)
- Veröffentlichungsmöglichkeiten von Arbeiten, Beiträgen, Aufsätzen etc. zum Bereich Frauen und 3. Welt schaffen
- Buchbesprechungen, Neuerscheinungen, Bibliographien, die möglichst von interessierten Frauen an uns geschickt werden sollen, per Rundbrief zugänglich machen
- Hinweise auf Tagungen

Der Rundbrief versteht sich als Diskussionsforum, um eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu schaffen.

Da wir als Kontaktstelle Frauen und 3. Welt nicht losgelöst von anderen autonomen Frauengruppen arbeiten wollten, sind wir regional eingebunden im FFBIZ* und überregional im Verein**.
Wenn Ihr in Berlin wohnt oder mal nach Berlin kommt, können wir uns beim Jour fix an jedem 1. Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr im effeffbis, einem Forum für Frauen, die selbst aus der 3. Welt kommen, und Frauen, die in die 3. Welt fahren, kennenlernen.
Übrigens bauen wir auch gerade eine Dokumentationsstelle auf, in der alles, was uns und Frauen in der 3. Welt betrifft, zusammengetragen werden soll.

Wenn Ihr schreiben wollt:
Kontaktstelle Frauen und 3. Welt
c/o Frauenladen FFBIZ, Danckelmannstr. 13
1000 Berlin 19
Wenn Ihr anrufen wollt:
Helene Lebold 030 – 624 77 02
Ruth Neuwirth o30 – 621 48 73
Frigga Wirth 030 – 323 39 14
Wenn Euch die Vereine interessieren:
*) FFBIZ: Frauenforschungs-, bildungs- und -informationszentrum Danckelmannstr. 13, 1000 Berlin 19

**) Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. c/o Marlies Dick, Stenzelbergstraße 22, 5000 Köln 41

Wenn Ihr den Rundbrief abonnieren wollt überweist DM 15,– zuzügl. Porto DM 5,– pro Halbjahresabo auf das Konto 2 663 958 00 bei der Bank für Handel und Industrie (Helene Lebold), BLZ 100 800 00
Vergeßt Eure Anschrift nicht!

GeschenkAbo

Auch in diesem Jahr haben wir uns (für Sie) wieder den Kopf darüber zerbrochen, wie wir Ihnen aus der all-weihnachtlichen Geschenkverlegenheit heraushelfen können; und wieder kamen wir auf den vortrefflichen Einfall, Ihnen als Geschenk für politisch noch belehrbare Onkel, Tanten, Omas, Opas, Väter, Mütter usw. ein Jahresabonnement der „blätter des iz3w" zu empfehlen.

Solch ein Geschenk könnte sich freilich als politische Provokation oder Bombe mit Zeitzündung erweisen.

Sie riskieren also was: Sie zeigen damit aber **persönlichen Mut** und Sinn für **„individuelles Schenken"**.

Doch im Ernst: so abwegig wäre es eigentlich nicht, sich einer (oder auch mehrerer ...) der vielen lästigen Geschenkverpflichtungen zu Weihnachten durch ein Abonnement der „blätter" zu entledigen.

Sicher, wir raten Ihnen dazu, um unseren Abonnentenstamm (zur Zeit 5.000) zu vergrößern. Überlegen Sie jedoch, daß die „blätter des iz3w" sich zu 60 bis 70 % aus den Abonnent-Gebühren tragen müssen (Rest: aus Spenden des Förderkreises der Aktion Dritte Welt). Wenn Sie also auf diese Weise für uns „werben", stellt das für uns eine Hilfe dar.

Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

Name des Beschenkten

Postleitzahl und Ort

Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der „blätter des iz3w" zum

☐ Normalpreis DM 35,00

☐ ermäßigten Preis DM 25,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

Name des Schenkers

Postleitzahl und Ort

Straße und Hausnummer

Unterschrift des Schenkers

blätter des iz3w

CHILE

Die Werkstätten der Arbeitslosen:

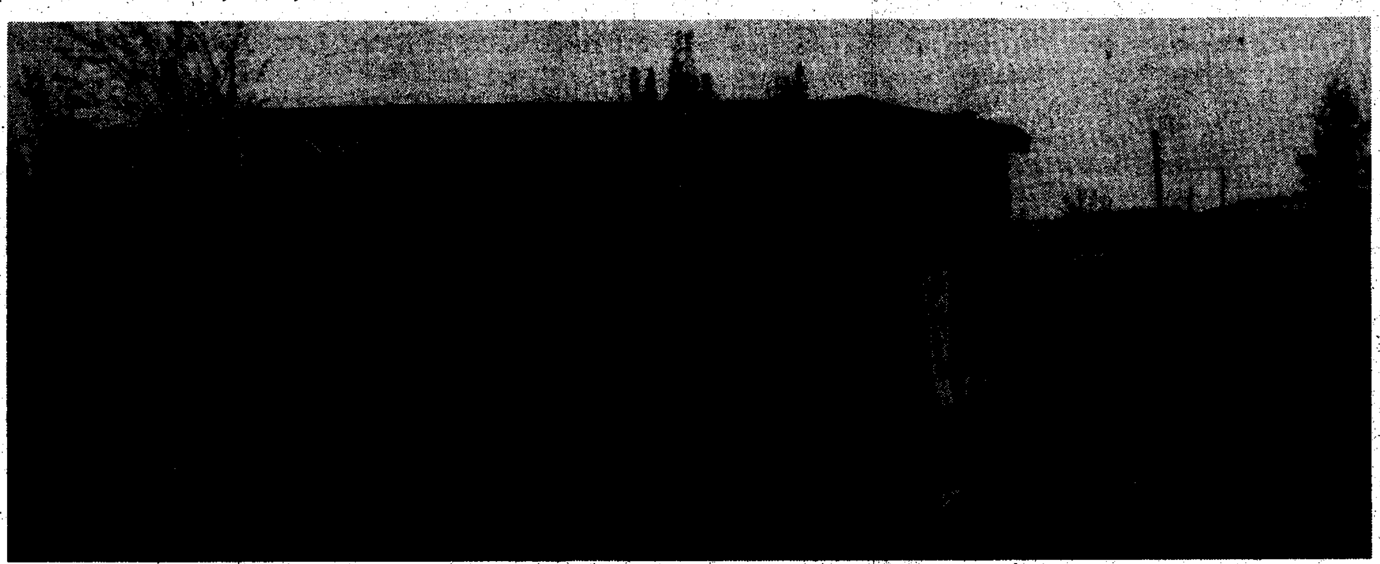
Selbsthilfe und Widerstand

Zwei Jahre Unterstützung und Entwicklung der Organisation – ein Interview mit beteiligten Chilenen

Vor zwei Jahren haben wir einen Spendenaufruf zur Unterstützung der Werkstätten arbeitsloser Arbeiter in einer Stadt Chiles veröffentlicht. Seither hatten wir kontinuierlich Kontakt mit den Werkstätten, aufgrund dessen es uns in diesem Jahr möglich war, ein Interview mit Angehörigen der Organisation zu machen. Dieses Interview soll zum einen als Information und Rückmeldung für diejenigen dienen, die unserem Spendenaufruf damals gefolgt sind, zum anderen gibt es uns Gelegenheit, von den Chilenen selbst die Geschichte ihrer Organisation kennenzulernen mit ihrem erneuten Aufruf:
UNTERSTÜTZT DEN WIDERSTAND!
Was wir besonders beeindruckend und ermutigend fanden, war, daß die Organisation nicht nur eine Form wirtschaftlichen Überlebens darstellte, sondern gleichzeitig Möglichkeiten des kulturellen Ausdrucks und der politischen Arbeit unter den Bedingungen der Diktatur geschaffen hatte.
Die Werkstätten der arbeitslosen Arbeiter wurden in der schwierigen Zeit der ersten Jahre nach dem Putsch gegründet. Die beteiligten Werkstätten wurden unter schwierigsten Bedingungen von Arbeitslosen aufgebaut, die vorher einen festen Arbeitsplatz und in der Regel einen anderen Beruf hatten; zum großen Teil waren es am Anfang ehemalige politische Gefangene, die die Organisation begründeten. Oft diente als Werkstatt nur ein kleiner Nebenraum in den Hütten der Vorstadtbewohner.
Neben den unmittelbar Arbeitenden müssen noch ca. dreimal mehr Familienangehörige davon leben.
Das eigentliche Leben der Organisation vollzog sich außerhalb der täglichen Arbeit in den Werkstätten in den Treffs von Arbeitsgruppen, die mindestens einmal wöchentlich stattfanden. Jeder der Mitglieder war so in einer der Arbeitsgruppen organisiert, z.B. Gruppe für Ausbildung, Gruppe für Arbeitssuche, Gruppe für den Verkauf der Produkte oder Gruppe für Kultur und Kommunikation.
Während die Gruppe für Arbeitssuche unmittelbar mit dem Problem Arbeitslosigkeit und der Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten befaßt war, übernahm die Gruppe für Ausbildung die Einarbeitung neuer Mitglieder in den Werkstätten. Außerdem organisierte sie die Gruppen, die an der politischen Fortbildung der Mitglieder arbeiteten. Sie trafen sich einmal in der Woche, lasen kritisch die Zeitung und diskutierten politische Entwicklungen.
Am stärksten beeindruckt hatte uns damals die Arbeitsgruppe „KULTUR UND KOMMUNIKATION". Sie bestand aus einer 'Literaturwerkstatt', einer Theatergruppe und einer Volksmusikgruppe. Ihr ist es gelungen, seit ihrem Bestehen zu den entscheidenden Terminen 1. Mai, Monat September (Wahl Allendes 1970, Putsch 1973) große Theateraufführungen durchzuführen. Sie ist das Bindeglied, durch das die Arbeitslosen Kontakt zu anderen Organisationen der Bevölkerung, insbesondere den Gewerkschaften der Arbeiter, die noch Arbeit haben, und Bergleute hergestellt haben.



In „POBLACIONES" wie dieser wohnen große Teile der chilenischen Stadtbevölkerung. Die Häuser haben manchmal elektrisches Licht, manchmal nicht, Wasser nie.
Gut ist dran, wer sich im 'Vorgarten' ein Schwein halten kann.



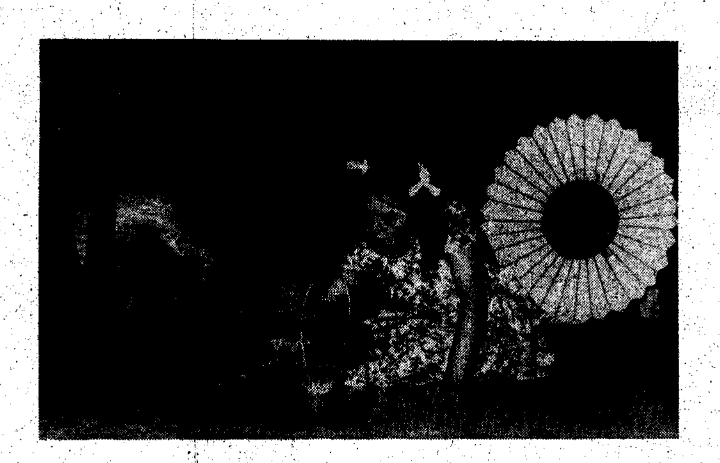
Dieses Haus, ca. 7x3 Meter ist repräsentativ. Es ist zweigeteilt in einen WOHN- und einen SCHLAF-Raum.
Der WOHNRAUM besteht aus einer Feuerstelle mit Abzug, kein Herd!, ein paar Regalbrettern, Hockern aus Kisten und – als Wandschmuck und Wärmeisolation (!) – aufgeklebte Illustriertenfotos, Star-Poster etc.
Der Schlafraum besteht aus einem großen Holzlager, evtl. mit ein paar Matratzen und einigen alten Decken und Mänteln als Zudecke.

Diese Gruppe organisierte z.B. einen Kulturwettbewerb arbeitsloser Arbeiter. Es wurde eine Flut von Gedichten eingesandt, oft von Kindern, die auf bewegte Art und Weise ihre Lage widerspiegelten. Die Schlußveranstaltung des Kulturwettbewerbs, auf der die besten Arbeiten ausgezeichnet und eines der Theaterstücke aufgeführt wurde, mußte unter schwierigen Bedingungen in einer Volksküche durchgeführt werden, da wegen des politischen Inhalts der Gedichte die Kirche in letzter Minute die Bereitstellung eines Raumes verweigert hatte.
Jeweils zum Ersten Mai hat die Theatergruppe ein Stück aufgeführt, oft in einer Kirche der Stadt. Dieses Jahr 1980 waren verschiedene Gewerkschaftsdelegationen da, die Veranstaltung diente gleichzeitig der Unterstützung eines der ersten größeren Streiks, der zu dieser Zeit gerade in einem Unternehmen der Region durchgeführt wurde.
Das ist die Situation, wie wir sie selbst erfahren konnten; jetzt hatten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit Beteiligten, die uns auch über den jetzigen Stand berichten:

Frage: Wie war es möglich nach dem Putsch, in dieser allgemeinen Unterdrückung, Angst und Entmutigung eine solche Organisation zu schaffen?

Antwort: Nun, die Geschichte unserer Organisation beginnt im Jahre 1975. Zu dieser Zeit war es überall so, daß die Volksorganisationen, die in Chile vor dem Putsch einen großen Zulauf gehabt hatten, völlig aufgelöst waren.[1]
Die Unterdrückung war sehr brutal in dieser Zeit, und das Volk war sehr eingeschüchtert und war noch nicht in der Lage, neue Formen der Organisation zu schaffen. So kam es inmitten von Chaos und Entmutigung, daß man sich zum ersten Mal Klarheit über die Notwendigkeit verschaffte, eine Form der Zusammenarbeit zu schaffen, die es den Arbeitern ermöglicht – und nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Pobladores –[2] sich in eine Arbeit zu integrieren, die der Diktatur in einer kämpferischen Form entgegentritt. Und das in einer Form, die keine Untergrundarbeit ist, sondern halboffen.
So entscheidet sich eine kleine, ganz kleine Gruppe von Leuten, zunächst einmal eine Arbeit mit Kindern zu machen. Zu dieser Zeit gab es bei uns Tausende politische Gefangene. Die Gefängnisse und andere Orte, wie die Konzentrationslager auf der Insel Dawson und La Quiriquina waren überfüllt mit politischen Gefangenen.
Also, diese Kinder hatten ihren Vater, ihre Mutter, einen Bruder oder einen anderen Angehörigen im Gefängnis und waren so praktisch allein ohne die Möglichkeit eines menschlichen Lebens, das ihrem Alter entsprochen hätte. Unsere ersten Bemühungen waren, diese Kinder zusammenzuschließen, um ihre psychischen Probleme anzugehen. Die kamen daher, daß sie mitbekamen, daß ihre Eltern zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Sie hatten miterlebt, wie ihre Eltern verhaftet wurden, hatten mitansehen müssen, wie sie geschlagen wurden.
Das war für viele ein traumatisches Erlebnis. Hinzu kam die allgemeine Anspannung, das Klima von Angst und Verfolgung, das die Poblacion beherrschte.

So schlossen wir diese Kinder in Gruppen, kleinen Gruppen zusammen, um eine kulturelle Arbeit zu machen. Mit Märchen, mit Liedern, mit Gedichten, die die Leute selbst schrieben – wir hatten auch Puppenspiele –, haben wir versucht, die Kinder wieder natürlicher, kindlicher werden zu lassen, damit sie auch in einer gelösteren Form auf die Gefangenschaft ihrer Eltern reagieren konnten. Nach einigen Monaten Arbeit hatten wir erreicht, daß die Kinder wieder etwas optimistischer in die Welt blickten. Sie verstanden jetzt, warum ihre Eltern gefangen waren. Sie verstanden jetzt, daß sie ihren Eltern helfen konnten durch ..., ja, vielleicht ist es für Euch schwer zu verstehen, wenn ich soviel über die Bedeutung der Poesie, des Liedes rede.





In Chile ist das Lied, die Dichtung, die Märchen, die Geschichten der Bauern, der Bergleute ein Teil des Volkes. Sie sind eine Tradition. In Chile gab es – und das wurde nach dem Putsch sehr lange unterdrückt – eine kämpferische Volkskunst.

Also zogen diese Kinderkulturgruppen mit Volksmusik, mit Theater, mit Puppenspiel aus und traten in den Poblaciones auf. Die Kinder traten in Volksküchen[1] auf, die in diesem Augenblick an verschiedenen Orten entstanden. Das waren Elendsviertel, wo sie auftraten. Und diese Kinder hatten sich in kleine Künstler verwandelt, die ihrem Volk Dinge sagten, die niemand sonst auszusprechen wagte. Da sagte dann ein kleiner Junge: „Ich heiße Pedro, und mein Vater ist zu 20 Jahren verurteilt." Und so hat sich jedes Kind vorgestellt. Und jedesmal, wenn sie so ein Theaterstück aufgeführt hatten, blieben die Leute sehr beeindruckt zurück.

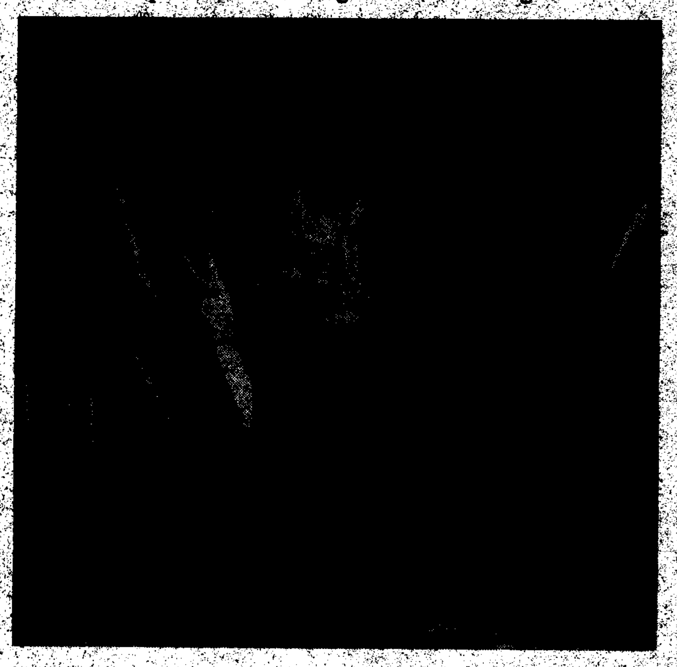
Und die Väter, die Erwachsenen, die dort waren, schämten sich sogar ein bißchen, wenn es Kinder waren, die ihnen sagten: „Ich bin Sohn eines politischen Gefangenen, und wenn ich hier Theater spiele, dann will ich meinem Vater helfen, der im Gefängnis sitzt und jetzt nicht bei euch sein kann." Für die Leute war das ein Schock, und oft kam es dazu, daß sie sich spontan mit diesen Kindern solidarisierten.

Frage: Kannst du erzählen, was für Stücke diese Kinder gespielt haben?

Antwort: Ja. Diese Theaterstücke wurden speziell von der Organisation für die Organisation geschrieben. So stellte jedes Kind einen Vertreter des Volkes dar: einen Bauern, einen Poblador. Gleichzeitig, und da haben wir ein bißchen die Phantasie der Kinder anzusprechen versucht, haben sie aber auch Elemente der Natur gespielt. In Chile ist es sehr üblich, mit Metaphern aus der Natur zu arbeiten. Um das zu erläutern, möchte ich euch ein Beispiel geben: Ein Kind sagt: „Ich bin der Weizen". Ein anderes: „Ich bin der Bauer". „Ich bin die Furche" und das letzte: „Ich bin die Saat, die aufgehen wird." Und mit diesen Elementen entwickelt sich dann eine Handlung. Aber wir haben auch normale Kindertheaterstücke aufgeführt, zum Beispiel: „Un dia cualquiera" (Ein Tag wie jeder andere). Das ist ein altes Stück, das bei uns sehr bekannt ist, eine Komödie. Dieses Stück haben wir zusammen mit unserem eigenen aufgeführt, also wir haben beide kombiniert.

Frage: Kannst Du uns sagen, wie aus dieser Theatergruppe die Werkstätten entstanden sind, die unseren Lesern bekannt sind und die wir seit ca. zwei Jahren unterstützen?

Antwort: Ja, also ein Jahr lang ist die Kinder-Theatergruppe immer wieder in den Poblaciones aufgetreten, in denen aber auch Arbeiter aus Minen und Fabriken wohnen. Die Leute haben auf diese erste Aktion positiv reagiert und haben angeboten, gemeinsam etwas für die Ernährung der Kinder der politischen Gefangenen zu tun. Es gab sehr



viele solcher Kinder und die wirtschaftliche Lage dieser Familien war sehr schwierig. So kam eine solidarische Aktion zustande, Lebensmittel für diese Kinder zu spenden. Mü tter, Väter und andere Arbeiter, am Anfang überwiegend ehemalige politische Gefangene und Arbeitslose schlossen sich zusammen. So war diese Arbeit mit Kindern der Anfang für diese Volksorganisation, die sich jetzt bildete.
Als wir in dieser ersten kleinen Gruppe von Leuten diskutierten, wurde uns klar, daß die kulturelle Arbeit ein Mittel sein kann, um gemeinsam eine Bewußtseinsbildung zu erreichen und daß sich diese Arbeit in ein Mittel des politischen Kampfs verwandeln ließ. Diese Arbeiter, die noch nie Gelegenheit gehabt hatten, sich künstlerisch zu betätigen, wurden zu Schöpfern einer eigenständigen volkstümlichen Kunst.



Es war ein Mittel, der Diktatur etwas entgegenzusetzen.
Es war ein Mittel, die Haltung infragezustellen, die die Genossen bisher eingenommen hatten, wir wußten, daß es viele Genossen gab, die ein politisches Bewußtsein hatten, aber Angst hatten, sich politisch zu betätigen.
Die Leute haben also ihre eigenen Theaterstücke geschrieben, eigene Lieder, eigene Gedichte und haben in öffentlichen Veranstaltungen, die am Anfang sehr klein waren, dazu aufgerufen, sich dieser Volksorganisation anzuschließen. So haben wir es mehrere Jahre lang gemacht und so machen wir es weiterhin.

Es zeigte sich, daß es nötig war, außer den Kulturgruppen auch kleine Werkstätten zu schaffen. Nun, diese kleinen Werkstätten für Kunsthandwerk waren anfangs in den Hütten der Arbeitslosen: Eine Ecke im Schlafraum oder in der Küche wurde dazu umgewandelt, und so fingen Männer und Frauen gemeinsam an zu arbeiten. Später bemühte sich die Organisation, Mittel aufzutreiben, um eine minimale Ausstattung kaufen zu können. Also, wir haben alle Kunsthandwerk gemacht, weil das sozusagen der neue Beruf war, den wir in den Gefängnissen gelernt haben. Wir lernten Künstler zu sein in den Gefängnissen.[3] Um unseren Familien überleben zu helfen, wurden wir zu Handwerkern mit Leder, Holz, Kupfer, alten Silbermünzen. Dann verkauften unsere Familien das, was wir im Knast herstellten, um davon zu existieren. So entstanden die ersten Werkstätten. Und, im Jahr 1978 reisten das erste Mal unsere deutschen Genossen nach Chile und erlebten die Wirklichkeit. Sie gingen in die Häuser der Genossen und lernten die Werkstätten kennen. Sie haben deren armselige Arbeitsbedingungen gesehen und fühlten sich angesprochen.

Ein Kind berichtet über die Verhaftung seiner Eltern (1979)

Wir schliefen. Es war ungefähr um sechs Uhr morgens, als meine Eltern mich weckten, um mir zu sagen, daß sie (der Geheimdienst, A.d.Ü.) gekommen seien, um sie zu verhaften. Kurz zuvor waren Genossen von uns umgebracht worden und sie ..., ja vielleicht glaubten sie, daß das mit ihnen jetzt auch geschehen würde. Vielleicht nicht sofort, aber ... und ich glaube, wir waren nicht darauf vorbereitet, daß sie kommen würden sie zu holen. So war es ein großer Schrecken für uns, als plötzlich die Polizei da war, kräftig an die Tür klopfte ... Sie haben fast das ganze Viertel abgesperrt; es war ein sehr großer Einsatz nur um zwei Leute zu verhaften. Sie haben die Tür mit Gewalt aufgebrochen, alles durchsucht, die Matratzen aus den Betten geworfen, alles rausgeholt ... mich haben sie gefragt, wo die Pistole sei, wo meine Eltern ihre Pistole versteckt hätten, ihre Waffen ... wo sie doch keine hatten, aber da ich nicht antwortete haben sie immer wieder danach gefragt, und meine Eltern haben sie geschlagen, damit ich es sehen konnte und um zu sehen, ob ich jetzt was sagen würde; aber da sie keine Waffen hatten, konnte ich ihnen auch nichts sagen. Und da haben sie sie weiter geschlagen. So um acht, neun Uhr sind sie dann gegangen, sie haben sie mitgenommen (die Eltern, A.d.Ü.), und ließen das Haus völlig durcheinander zurück ...

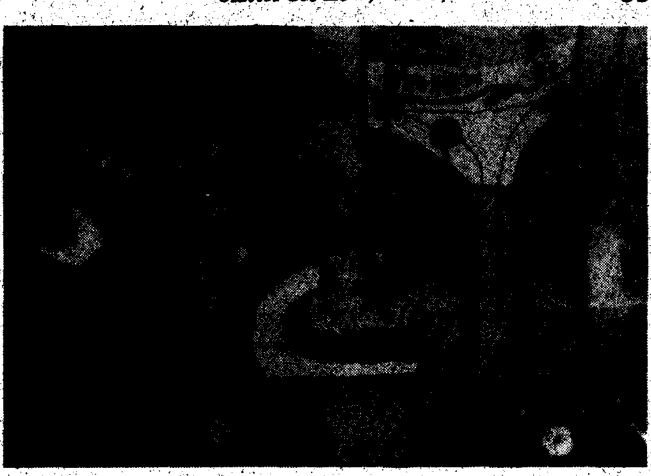
Frage: ... also hat es über zwei Stunden gedauert?

... oder länger. Aber die blieben immer noch an den Straßenecken und beobachteten das Haus.



Unter schwierigen Bedingungen . . .





... wird Kunsthandwerk hergestellt

Frage: Was habt ihr mit unserer Unterstützung aus Freiburg gemacht?

Antwort: Eure solidarische Hilfe hat die Organisation in die Lage versetzt, mehr Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen für die Leute, die keine andere Einkommensquelle haben. Wir haben damit einige Werkzeuge kaufen können, und wir haben diese Hilfe dafür verwendet, daß mehr als 100 Kinder, die jeden Tag in einer Volksküche[4] essen, für eine bestimmte Zeit wenigstens eine Mahlzeit am Tag bekommen.

Frage: Gibt es eure Organisation noch, was macht sie heute ?

Antwort: Weißt du, in dieser Organisation sind wir von Anfang an davon ausgegangen, daß wir unser politisches Bewußtsein verbessern müssen, denn auf die Lage, die sich im Jahr 1973 ergab, war das chilenische Volk nicht vorbereitet. Wir haben damals in einer Form Politik gemacht, in der man nicht mehr weitermachen konnte, die an ihre Grenzen stieß. Unsere Organisation hat sich deswegen bemüht, eine ideologische Weiterentwicklung zu erreichen. Eine politische Ausbildung für neue Genossen – damit Leute in der Organisation mitarbeiten konnten, die nach 1973 politisch bewußt geworden waren und vorher ein bißchen passiv gewesen waren. Zum Beispiel haben sich früher die Frauen sehr viel weniger politisch betätigt als die Männer.
Wir gehen davon aus, daß alle Organisationen, die sich neu bei uns bilden, eine wichtige Aufgabe erfüllen müssen, nämlich, den Genossen, die bereits ein politisches Bewußtsein hatten, aber die der Putsch völlig unvorbereitet getroffen und desillusioniert hatte, neues Selbstvertrauen zu geben. Die Periode von 1970 bis 1973 war nämlich eine sehr idealistische, schöne Zeit. Die Arbeiter gingen auf die Straße, es gab große Massenveranstaltungen, alles war sehr fröhlich. Durch die neue Situation waren wir völlig entwaffnet und es wurde auch nötig, daß vorher weniger aktive Leute Stellung beziehen. Man kann also sagen, daß die Geschichte unser Volk erzogen hat. Sie hat ihm gezeigt, daß man den Sozialismus nicht durch eine Wahl erreichen kann, sondern daß alle am politischen Kampf teilnehmen müssen: Die Jugendlichen, die Schüler und oft sogar die Kinder waren bereit, etwas zu tun, wie ihr schon gesehen habt, aber es fehlte ihnen eine Anleitung.

Wir mußten also eine Möglichkeit finden, unsere politische Erfahrung von früher weiterzugeben und sie mit dieser neu aufkommenden Bewegung zu verbinden, wir durften aber auch die Risiken nicht unterschätzen, die wir dabei eingingen, denn dem Geheimdienst und den Spitzeln der Diktatur blieben diese neuen Organisationsansätze selten verborgen. Unsere Organisation wuchs daher am Anfang langsam, wir mußten erstmal einen Ort finden, wo wir Maschine schreiben und reden konnten, ohne gehört zu werden. Wir mußten versuchen zu verhindern, daß Spitzel in die Organisation eindringen. Aber es gelang uns, diese Probleme zu lösen. Wir entwickelten proletarische Arbeitsformen. In den Formen unserer solidarischen Selbsthilfe versuchten wir die Prinzipien des Sozialismus zu verwirklichen – daß die wichtigen Funktionen von Genossen ausgefüllt würden, die sich durch ihre Fähigkeiten und ihren Einsatz auszeichneten. Wir wollten ein proletarisches – ein politisches Bewußtsein entwickeln. Das Geld, das wir auftreiben konnten, verteilten wir so gerecht wie möglich – daß jeder ehrlich seine Bedürfnisse mitteilt und die Hilfe denen gegeben wird, die es am nötigsten hatten und die sich an der politischen Arbeit beteiligten. So haben wir diesen Zusammenschluß aufgebaut. Es ist uns auch gelungen, neue Genossen zu gewinnen, die sich vorher nicht hatten entschließen können. Den Müttern, die in der Volksküche arbeiten und das Essen für die Kinder machen, ohne etwas dafür zu kriegen, erklärten wir, daß ihre Arbeit politisch wichtig war. Wir konnten auch viele Studenten und Schüler, die in der gleichen Weise wie früher arbeiten wollten, davon überzeugen, daß es jetzt andere Aufgaben zu lösen gab: Sie mußten oft auf den Markt gehen und um Lebensmittel bitten, und das war auch eine politische Arbeit. Daß sie gebrauchte Kleider sammelten, um sie den Kindern zu geben oder ihnen Bleistifte und Hefte schenkten, war eine Form des Widerstands.
Uns wurde klar, daß das die richtige Art war, etwas gegen die Diktatur zu tun.
Wir wissen, daß wir ein persönliches Risiko eingehen, aber es hat sich gezeigt, daß diese Form des Widerstands sehr nötig ist. Wir haben viel erreicht, weil ein großer Enthusiasmus entstand, und das hat den Leuten das Selbstvertrauen wiedergegeben. Neue Genossen schlossen sich an, und wir konnten auch den Jugendlichen eine politische Erziehung geben, das ist bei uns sehr schwierig, denn es ist sehr schwierig zu diskutieren oder Bücher aufzutreiben.

Frage: In welcher Form tritt die Organisation heute an die Öffentlichkeit?

Antwort: Wir sind von Anfang an davon ausgegangen, daß die Organisation sich an jeder Aktion beteiligen muß, die einen proletarischen Charakter hat. Das heißt zum Beispiel, wenn irgendwo ein Streik ist, wo die Arbeiter höhere Löhne verlangen und bereit sind, sich mit anderen Arbeitern zu solidarisieren, dann unterstützt sie die Organisation mit ihren kulturellen Veranstaltungen. Wir singen oder führen ein Theaterstück vor oder solidarisieren uns, indem wir versuchen, Lebensmittel für die streikenden Arbeiter aufzutreiben. Außerdem gibt es Gedenktage, die für die Arbeiter der Welt wichtig sind, und die wir in Chile immer mit gro-



ßem Enthusiasmus gefeiert haben.
Man kann zum Beispiel einen Ersten Mai nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Wir als Organisation haben es als unsere Pflicht betrachtet, an diesem Tag eine Veranstaltung durchzuführen. Natürlich eine illegale Veranstaltung, denn solche Veranstaltungen wie wir sie machen, werden nicht erlaubt. Eine Veranstaltung, wo alle hingehen können – Arbeiter, Studenten, Hausfrauen und Kinder – aber nicht bloß eine Veranstaltung, wo man singt und sich an den Ersten Mai erinnert, sondern eine, wo gesagt wird, was wir in Zukunft machen wollen, wo gesagt wird, welche Fehler wir gemacht haben, welches unsere Irrtümer waren, und wo wir unserer Verantwortung nicht gerecht geworden sind.
Die Veranstaltungen sind sehr effektiv gewesen, einmal weil es die einzigen waren, die wirklich Veranstaltungen der Arbeiterklasse waren, das heißt, ohne daß kontrolliert wird, was gesagt wird. Es gibt andere Veranstaltungen, die die Kirche macht, aber da wird nur das gesagt, was die Kirche denkt, und es sind nicht die Arbeiter selber, die sich äußern.
So leisten wir unseren Beitrag zu den Aktivitäten der Arbeiter und ordnen uns korrekt in ihren Kampf ein.

Frage: Was habt ihr zuletzt an Aktionen gemacht?
Antwort: Weißt du, der letzte Erste Mai (1980) war für uns schwieriger als in anderen Jahren, weil im letzten Jahr die Organisation starker Unterdrückung ausgesetzt war. Genossen wurden umgebracht und viele wurden eingesperrt. Wir wußten also, daß es diesmal ziemlich gefährlich war, aber die Veranstaltung zum Ersten Mai wurde sorgfältig genug vorbereitet.
Wir waren sehr vorsichtig, welchen Leuten wir mitteilten, daß die Veranstaltung stattfinden würde. Es nahmen Industriearbeiter, Studenten, Schüler, und Hausfrauen teil. Die Veranstaltung hat gezeigt, daß es der Repression nicht gelingt, den Leuten Angst einzujagen. Denn genau darauf ist die Diktatur aus: Sie unterdrückt, um einzuschüchtern. Die Veranstaltung hat gezeigt, daß die Leute bereit waren, ein Risiko einzugehen, und sie hat sehr positive Ergebnisse gehabt; es haben sich neue Leute der Organisation angeschlossen, wir haben uns gegenseitig besser kennengelernt und waren besser vorbereitet, uns wirksam zu wehren – in dem Sinn, daß es den Leuten jetzt klarer ist, daß wir uns solidarisieren müssen, wenn ein Genosse verfolgt oder eingesperrt wird.
Es gab um diese Zeit einige Streiks, und die Leute fühlten sich ermutigt, weiterzukämpfen.

Frage: Ihr seid keine politische Partei, aber welches Verhältnis habt ihr zu den politischen Parteien? Sind die Mitglieder der Organisation von einer einzigen Partei, und welches Verhältnis habt ihr zu den Gewerkschaften?

Antwort: Schau, die politische Arbeit hatte vor dem Putsch mit anderen Problemen zu tun. Dies bedeutet, daß es keine ausreichende politische Übereinstimmung gab und auch jetzt noch nicht gibt. Es fehlt die Einheit. Dies ist auch ein Ziel unserer Organisation, das Problem fehlender Einheit zu bewältigen. (obwohl alle links waren). Wir kamen in einer Periode hervor, in der die Parteiaktivität noch nicht entwickelt war, weil sich die Parteien in ziemlich schlechtem Zustand befanden. Deshalb ist bei der Aufnahme unserer Mitglieder das Hauptkriterium, ob sie ein Klassenbewußtsein haben und ob sie vom ideologischen Gesichtspunkt her links sind, es geht nicht darum, sich mit einer Partei zu identifizieren; wir versuchen, ideologische Unterschiede zu bewältigen, die es zwischen den verschiedenen Parteien gibt und gehen von der Auffassung aus, daß jedes Mitglied seiner Partei angehören u n d gleichzeitig für die Organisation arbeiten kann. Es ist eine konkrete Arbeit, die wir bisher durchgeführt haben, sie steht ohne Zweifel im Einklang mit den Prinzipien der linken Parteien, aber es gibt nicht immer eine konkrete Übereinstimmung. Aber die Mitglieder der Organisation hatten als aktive Mitglieder ihrer Partei keine Probleme in der Arbeit. Daher sage ich, daß jedes Mitglied der Organisation jeder linken Partei angehören kann ...

Frage: ... und gehören auch wirklich verschiedenen Parteien an ...

Antwort: Klar, und gehören auch wirklich verschiedenen Parteien an. Nun zum Verhältnis zu den Gewerkschaften. Es handelt sich um eine Unterstützung der Arbeit, die sie rechmäßig tun, ihre politische und Organisationsarbeit, und die sich in Streiks umsetzt, sie müssen solidarisch sein mit den Arbeitslosen, auch in dem Sinne, daß sich der aktive Arbeiter sehr des Problems der Arbeitslosen bewußt sein muß, er muß wissen, warum es dieses Problem der Arbeitslosigkeit gibt, denn er lebt praktich in derselben Situation: in jedem Moment kann er arbeitslos werden. Also hat man das soziale Problem sehr klar, das Problem, daß die Diktatur ein kapitalistisches System ist, das die Interessen der Bourgeoisie verteidigt und warum und wie dieses System verändert werden muß. Folglich ist diese Arbeit sehr wirksam, denn sie ermöglicht, die Erfahrung der Genossen in der Fabrik aufzugreifen, daß die auch Probleme haben, sich zu organisieren und Probleme haben, neue Leute für die politische Arbeit zu gewinnen; und daß sie begreifen, daß diese Arbeit der Arbeitslosen eine wirksame Aktion ist, daß trotz ihrer Probleme, keine Arbeit zu haben und deswegen kein Geld, daß diese Arbeitslosen doch fähig sind, der Junta entgegenzutreten. Diejenigen, die Arbeit haben, sollten auch Organisationen dieser Art haben.



Ein Opfer der Folter; aus einem Theaterstück zum 1. Mai

Frage: In welcher Form hat die Unterdrückung, die es heute in Chile gibt, die Organisation beeinträchtigt, und was bedeutet die Repression heute für jedes einzelne der Mitglieder?

Antwort: Schau, man muß bedenken, daß die Repression in Chile ziemlich gründlich und im Laufe der Zeit ziemlich differenziert war. Am Anfang gab es soviele Gefangene, daß die Gefängnisse nicht ausgereicht haben. Damals waren viele Gefangene im Sportstadion, dann folgte eine Etappe selektiver Repression und einer Überwachung aller Organisationen, die entstehen können, wie z.B. unsere. Ein Aspekt, den wir als Organisation diskutierten, ist, welche Risiken wir eingehen, wenn wir eine politische Arbeit machen, die offensichtlich gegen die Militärjunta ist. Und wir wissen, daß für viele Mitglieder, die Gefangene waren, dies ein erhöhtes Risiko ist, weil sie schon sozusagen eine Geschichte hatten. Aber wir sehen, daß es eine richtige, konkrete Arbeit ist, die ein Linker leisten kann, um sein Bewußtsein durch diese Art Arbeit wirksam werden zu lassen. Also denken wir immer daran, daß wir bei unserer Arbeit vorsichtig sein müssen, aber es ist nicht immer möglich, alles zu tun, um nicht identifiziert zu werden, und vor allem in einer halboffenen Organisation, die öffentliche Kundgebungen macht mit Theater und Musikveranstaltungen. Natürlich konnten wir nicht wissen, wieviele der Zuschauer links waren, obwohl wir eine Form suchten, sie zu kontrollieren. Daher wußten wir, daß wir ein Risiko eingingen, und die Bereitschaft der Genossen, die die Leitung der Aktion übernahmen, war klar in diesem Sinne: Sie gehen das Risiko ein, weil es nötig ist. Und daß die Haltung der Militärdiktatur immer dieselbe gegen die linken Genossen sein wird: ob sie politische Arbeit machen werden oder nicht, es wird Repression geben. Es ist praktisch normal für die Diktatur ständig zu unterdrücken, zu ermorden, weil es ihre Art ist, Schrecken zu verbreiten, weil es ihre Art ist, Kraft zu beweisen... Also war das Risiko klar, das alle führenden Genossen eingehen, die öffentlich auftreten. Sie wissen, daß sie in jedem Moment gefangengenommen werden können,

Opfer eines Attentats werden können. Solche Attentate sind sehr üblich in Chile, die Genossen werden ermordet, indem man ihnen eine Bombe legt oder einen „Zusammenstoß" simuliert, und daß man sie einfach in ihrer Wohnung ermordet, wie es mit den Genossen geschah, die in letzter Zeit festgenommen wurden. Man simuliert einen bewaffneten Zusammenstoß, die Straßen werden abgeriegelt, es kommen große Truppeneinheiten mit ultramodernen Waffen, Maschinenpistolen, man baut dies alles auf, normalerweise werden die Genossen in ihrer Wohnung ermordet und später veröffentlicht die Presse sehr im Einverständnis mit der Junta, daß es eine bewaffnete Auseinandersetzung gegeben hätte. Diese Risiken sind uns allen bewußt, weil wir die Junta kennen; wir sind bereit, diese Risiken einzugehen.



Studenten in Valparaiso stimmen für Streik, um sich gegen die Relegation von drei Studentenführern zu wehren, die gegen das „Referendum" vom 11. September protestiert hatten („hoy", Nr. 170, 22.10.1980).

Frage: Welche Pläne habt ihr jetzt, was plant ihr für die Zukunft und wie können wir euch dabei helfen?

Antwort: Wir haben uns die Arbeit angeguckt, die wir während dieser ganzen Zeit gemacht haben, wie wir das Problem der Arbeitslosigkeit der Mitglieder der Organisation lösen können. Und nachdem wir eine ziemlich intensive Analyse gemacht hatten, merkten wir, daß die solidarische Arbeit, die wir im Ganzen gemacht haben und die solidarische Hilfe, die wir von euch erhalten haben, wirksam waren insofern, daß sie ermöglicht haben, die Arbeit einiger sehr kleiner Werkstätten aufrechtzuerhalten, und eine Volksküche für die Kinder einzurichten.

Aber dies ist eine kurzfristige Lösung und ändert nicht das Problem, daß die meisten von uns arbeitslos sind. Daher sehen wir als einzige Lösung für die Zukunft, daß wir etwas größere Werkstätten einrichten können, die den Arbeitern wirklichen Unterhalt ermöglichen. Auf diese Weise erhalten die Kinder, die in einer Volksküche essen müssen, auch einen Nutzen, denn das kleine Einkommen, was bei den gemeinsamen Werkstätten hereinkommt, kommt der Familie des Arbeitslosen zugute. Auf diese Weise richten wir die ganze Kraft der Organisation darauf, daß wir die Mittel für die Errichtung dieser Werkstätten zusammenkriegen. Sie sollen in Zukunft auch zur Selbstfinanzierung anderer Arbeitsloser dienen, die in denselben Bedingungen leben, daß sie zum Teil auch ihr Problem der Arbeitslosigkeit lösen könnten.

Deshalb rufen wir euch auf, zu versuchen, auf die eine oder andere Weise den kämpfenden Genossen einen Beitrag zukommen zu lassen, die nicht nur kämpfen um zu überlegen, sondern für die Befreiung ihres Volkes.

Vielen Dank für das Interview.

Das Projekt der WERKSTATT:

Der Plan der Gruppe sieht vor, erstmals einen festen Ort für ihre Arbeit einzurichten. Auf den Fotos sieht man, mit welch einfachen Mitteln sie auskommen müssen, z.B. bei der Herstellung von Ledersachen. Daher ist die wichtigste Anschaffung im Moment ein Grundstock an Werkzeugen, damit auf längere Sicht die Werkstätten überlebensfähig bleiben. Der gemeinsame Raum ermöglicht dann zusammen solche Anschaffungen zu nutzen und auch erstmals einem weiteren Kreis von Arbeitslosen zugänglich zu machen. Um dieses Vorhaben wirkungsvoll unterstützen zu können, bitten wir Sie um EINZELSPENDEN oder DAUERAUFTRÄGE auf das Spendenkonto.

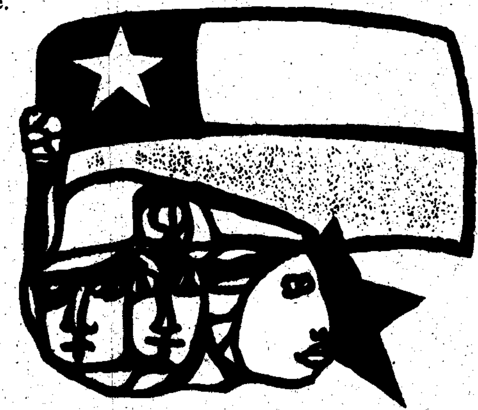
Aktion Dritte Welt e.V.
Sonderkonto Chilehilfe
Nr. 187136-750 Postscheckamt 7500 Karlsruhe
Bankleitzahl 660 100 75

Vor allem durch DAUERAUFTRÄGE – z.B. über DM 10,– monatlich – ist es uns möglich, dem Projekt in Chile eine kontinuierliche Unterstützung zuzusagen.
Einen solchen Dauerauftrag richten Sie bitte selbst bei Ihrer Bank oder Sparkasse ein; er kann auf z.B. ein Jahr befristet, aber auch jederzeit widerrufen werden.

Kontaktadresse: Chile-Komitee Freiburg
c/o Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, Kronenstraße 16
7800 Freiburg

Fußnoten:

1) Solche Volksorganisationen waren z.B. Gewerkschaften, Landarbeiter-Genossenschaften, Nachbarschaftsorganisationen „commandos communales", Mütterzentren, Volksküchen.
2) Wir behalten diesen Begriff bei, weil „Elendsviertel" nur einen Teil der Nuancen übersetzt. Poblaciones liegen am Rande der Städte, sie sind teilweise schon entstanden als kollektive Landnahme unter der Regierung der Unidad Popular. In einfachen selbstgezimmerten Holzhütten leben die Familien oft in einem einzigen Zimmer. Die Pobladores sind am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen: Die Rate liegt in den ärmsten poblaciones über 50 %.
3) In den Gefängnissen müssen die Gefangenen selbst für Essen und Kleidung sorgen. Darüber hinaus können natürlich die Angehörigen nicht mit irgendeiner Sozialhilfe rechnen (es gibt keine).
4) Angehörige eine Poblacion organisieren gemeinsam eine Küche, in der Mütter eine einfache Mahlzeit kochen für die Kinder der Poblacion. Für die Lebensmittel geht man oft von Tür zu Tür oder bettelt auf dem Makrt. Oft gehören die Räume der Kirche.



„Richtlinien" statt Knüppel der Zensur

BERLIN-WEST (NEUE/3WM). – Die chilenische Junta reagiert mit subtiler, aber ständiger Repression auf alle künstlerischen Manifestationen, die es wagen, das Regime zu kritisieren. Das geht aus einem Schreiben des Leiters des Nationalen Geheimdienstes, Odlanier Mena Salinas, an den Innenminister hervor.

Anlaß zu dem Schreiben des Geheimdienst-Chefs Odlanier Mena Salinas an das Innenministerium waren die Aufführungen eines Theaterstücks des in Chile lebenden Dramatikers David Benavente und die Darstellungen dieses Stücks, das Kritik an der Junta übt, in den Medien.

Odlanier Mena Salinas, ein Brigadegeneral im Ruhestand, hat es bisher verstanden, sich mit der Aura der Liberalität zu umgeben, mit der Folge, daß er von der Opposition bisher noch nie hart angegriffen worden ist.

Sein Schreiben an den Innenminister – datiert mit dem 22. August 1979, beim Innenministerium einen Tag später eingegangen und hier unter der Nummer 56/3232 registriert – belegt jedoch eindrücklich, daß die Repression weiter bestehen bleibt, die Methoden sich jedoch verfeinert haben.

Wir dokumentieren im folgenden den gesamten Wortlaut dieses Schreibens, das als „Memorandum" gekennzeichnet ist und der „Vertraulichen Abteilung" im Innenministerium zugeleitet wurde.

„Die Aufführung des Theaterstückes ‚Tres Marias y una Rosa' hat neuerlichen Anlaß zur Beunruhigung über Angriffe gegen die Militärregierung, die in künstlerischen Aktivitäten zum Ausdruck gebracht werden, geschaffen.

1. Ähnlich wie ‚Ultimo Tren', ‚Te llamabas Rosicler', ‚Loyola Loyola' und andere ist dieses Werk künstlerisch von guter Qualität. Von allen bisher aufgeführten Stücken enthält es die ausgeprägteste politische Problematik und die deutlichsten und direktesten Anspielungen.

2. Das Vorgenannte veranlaßt die Berufskritiker dazu, in den Massenmedien Kommentare zu verbreiten, die dieses Theaterstück offen loben und das Publikum motivieren, es sich anzusehen (so geschehen in ‚Teletrece' in Fernsehkanal 13 in einer Besprechung des Werkes durch Marina de Navasal am 31. Juli und in verschiedenen Presseorganen). Obgleich diese Kommentare nicht notwendigerweise alle aus parteipolitischem Interesse oder aus Anhängerschaft so geschrieben wurden, ist ihr propagandistischer Effekt aus einsehbaren Gründen unerwünscht.

3. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sich die künstlerisch-kulturelle Bewegung der Linken in unserem Lande aus folgenden Gründen verstärkt hat:

a) als direkte Folge des natürlichen politischen Widerstandes der Linken gegen jedwedes autoritäre Regime, das als rechts eingestuft wird;

b) wegen der relativ einfachen Vermittlung von Äußerungen des Widerstands und des Dissidententums über künstlerische Bilder, die – wenn sie von den Behörden vernichtet oder bekämpft werden – das Regime in einem ‚antikulturellen' Licht erscheinen lassen.

c) Als Resultat der Unfähigkeit der entsprechenden staatlichen Organismen, künstlerisch-kulturelle Ausdrucksformen von nationalistischem Charakter in wirksamer und beständiger Weise und in wachsendem Umfang zu schaffen, zu pflegen, zu unterstützen und zu fördern.

4. Da das fragliche Problem eher allgemeinen denn punktuellen Charakters ist, machen wir Sie nochmals darauf aufmerksam, daß repressive Maßnahmen – da es sich immerhin um das Verbot eines Werkes wie ‚Tres Marias y una Rosa' handeln würde – und Gewalt gegen die Darsteller höchst unproduktiv sind und man aus den folgenden Gründen auf keinen Fall auf sie zurückgreifen sollte:

a) Das Werk hat und wird keinen Masseneinfluß haben, ganz einfach deshalb, weil selbst unter den besten Voraussetzungen die Zuschauergruppe in der Bevölkerungsmasse der Metropole immer relativ klein sein wird.

b) Jedwede repressive Aktion hätte den (unerwünschten) Effekt, nationales und internationales Interesse an diesem Werk und an seinen Darstellern zu erwecken, mit der Folge, daß es – wenn nicht über das Theater, dann über irgendwelche geheimen oder Untergrundmedien – weit verbreitet würde.

c) Man gäbe der Verschärfung in- und ausländischer Kampagnen über ‚Kulturvernichtung' und ‚faschistoide' Maßnahmen des chilenischen Regimes Nahrung.

5. Aufgrund des oben Angeführten empfehlen wir, richtungsweisende Maßnahmen zu ergreifen, die folgendes in die Praxis umsetzen sollen:

a) Eine Kommission aus Regierungsvertretern und Vertretern aus Kunst und Kultur soll einen außerordentlichen Plan erarbeiten und unterbreiten, der kurzfristig die Förderung aller künstlerisch-kulturellen Ausdrucksformen rein nationalistischen Charakters enthält und die Rückgewinnung traditioneller Werte zum Ziel hat.

b) Daß der genannte außerordentliche Förderungsplan finanziert wird aus einem Ergänzungsfonds für Kulturentwicklung und aus Beiträgen staatlicher Organe und der Privatwirtschaft.

c) Daß man unbeschadet des oben Gesagten tatsächlich indirekte Repressionsmaßnahmen gegen solche Organe ergreift, die direkt oder indirekt Künstlergruppen wie jener, die Gegenstand dieses Memorandums ist, zur Entwicklung, Verbreitung und zum Ausdruck verhelfen.

6. Ebenso empfehlen wir, wenn das für angebracht gehalten wird, dafür zu sorgen, daß Organe, die dem Generalsekretariat der Regierung unterstehen, über Richtlinien für die eigenen Nachrichtenmedien verfügen und auf die Unabhängigen dahingehend Einfluß ausüben, daß die Veröffentlichung und Hervorhebung jener Kommentare verhindert oder reduziert wird, die künstlerische Ausdrucksformen dieser Art lobend hervorheben."

„Neue" vom 2. 7. 1980



Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V.

Loseblattsammlung

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

— Themenbereich Dritte Welt —

Jede Lieferung umfaßt ca. 30 Seiten + Umschlag, Format Din A4, zum Kopieren geeignet. In unregelmäßiger Folge erscheinen zu den einzelnen Themen Nachlieferungen mit aktuellen Informationen.

Bisherige Lieferungen:

Nr.1: **Nicaragua** — Unterdrückung und Widerstand Aktualisierte Neuauflage!

Nr.2: Sonja Schulte, **Unterrichtsprojekt:** Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara

Nr.3: Wolfgang Reiche, Christina Gebhard, **Peru**

Nr.4: Georgia Rakelmann, **Zigeuner**

Nr.5: I. Körber/A. H. Behrawan: **Iran**

Nr.6: D. Seifried/W. Kobe: **Welthandel**

Weitere Ausgaben sind zu folgenden Themen geplant:

— Imperialismus

— Kolonialismus

— Tourismus

Einzelpreis: 4.- DM + Porto
Abonnement für 6 Nummern einschl. aktuelle Nachlieferungen: 24.- DM

Redaktion:
Christian Neven-du Mont
Elsässerstr. 43, 78 Freiburg

COUPON

An CON-Vertrieb, Osterstr. 36, 2800 Bremen

Ich bestelle

___ Lieferungen der Nummer ___ zum Gesamtpreis von DM ___

______ 1 Abo der Materialien ab der Nr. 1

Ich zahle
☐ mit beiliegendem Scheck
☐ gegen Rechnung

Name

Straße

Ort

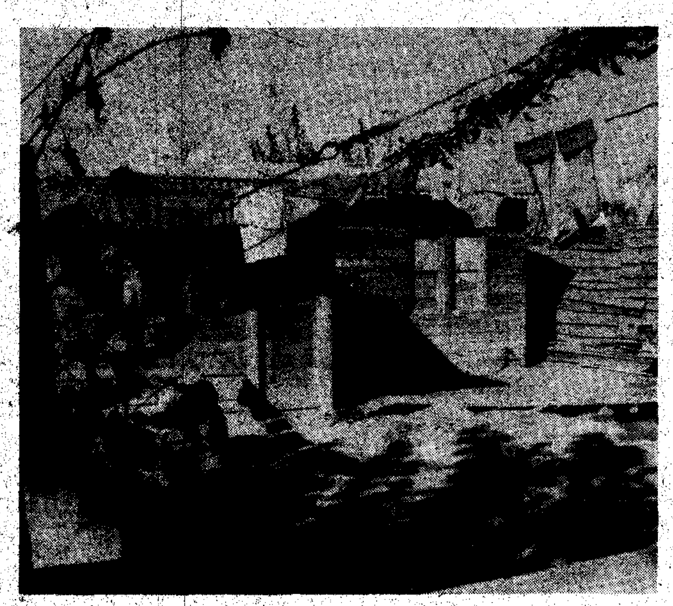
Datum, Unterschrift

Mut zum Kämpfen

»Die Unterdrückung bleibt, aber wir haben keine Angst mehr.«

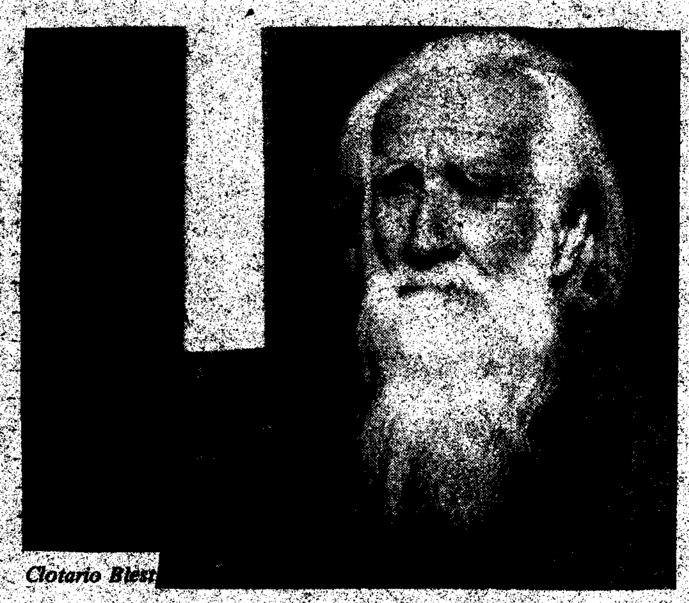
Politische Arbeit ist im Chile unter der Junta sicher nur mit großen Erschwernissen möglich. Zwar wird immer versichert, die Opposition ruhe nicht, aber es ist für uns schwer vorstellbar, wie die Gruppen arbeiten.
Es erreichte uns ein Bericht von einem Südamerika-Reisenden, der in diesem Sommer mehrere Monate in Chile war. er schildert die Arbeit an der Basis, in Gewerkschaftsgruppen und Gemeinden. Er befaßt sich zwar mit der Zeit um den 1. Mai, spricht aber auch für die augenblickliche Situation.
Den politischen und sozio-ökonomischen Hintergrund kann man unserem Chile-Artikel in Heft Nr. 88 entnehmen.

In Santiago, der Hauptstadt, Herz des politischen Lebens, kamen wir einige Tage vor dem 1. Mai an. In einer Situation verschräfter Unterdrückung.
Es hatten Überfälle auf Banken und Supermärkte stattgefunden, es waren Bombendrohungen eingegangen. Auf ein „Freiheits-" Mahnmal der Junta war ein Anschlag verübt worden, dabei war ein Polizist umgekommen.
Als Antwort der Sicherheitskräfte wurden ganze Stadtviertel umzingelt und Haus für Haus durchsucht. Die Polizeit jagte die angeblichen Mörder des Polizisten. Sie erschoß einen Lehrer, dem erst einige Monate zuvor bescheinigt worden war, daß nichts gegen ihn vorläge. Die Begründung für seine Erschießung: er sei Anführer der MIR gewesen.
Eine Woche vor dem 1. Mai gehen wir mit Freunden in einen Gottesdienst. Kein gewöhnlicher Gottesdienst. In einer kleinen Holzhütte mitten in einer Arbeitersiedlung treffen sich die Mitglieder einer christlichen Basisgemeinde. Einfache Menschen: Alte, Ehepaare, Arbeiter, viele Jugendliche, kaum Studenten. Man sitzt beim „Kult" zusammen, singt gemeinsam Lieder und redet über den bevorstehenden 1. Mai. Hier kann man spüren, was diese Menschen bewegt. „Als Arbeiter können wir uns doch an unserem internationalen Kampftag nicht den Mund verbieten lassen." Es wird deutlich, daß fast alle hier wirklich Arbeiter sind oder aus Arbeiterfamilien kommen. Einige erzählen ihre Erfahrungen über ihre Teilnahme am politischen Kampf in den letzten Jahrzehnten. Aber auch eine neue Generation von Gewerkschaftern meldet sich zu Wort. Arbeiter, die erst in den letzten Jahren in die erste Reihe gerückt sind. Leute, die keinen großartigen politischen Schulungen mitgemacht haben, die sich trotz Unterdrückung und Verfolgung dazu durchgerungen haben zu kämpfen. Und daß die Mehrzahl Angst hat, ist deutlich. Zu genau wissen sie, in welcher Situation sie leben. In ihrer Siedlung gibt es drei Menschen, die in den Jahren nach dem Putsch verhaftet wurden und verschwanden. Drei, deren Familien immer noch in dem Viertel leben. Deren Sorgen und Kummer man am eigenen Leib erfahren hat. Und trotzdem!
Die Gemeinde will sich nicht kleinmachen lassen. Ihre Kampfkraft holen sie aus dem Evangelium. Für sie ist die Auferstehung Christi nur möglich durch die Befreiung der Armen und Verfolgten heutzutage. Und obwohl ihre Versammlungen öffentlich sind, obwohl die Gefahr einer Bespitzelung groß ist, haben sie zu einem offenen Gespräch miteinander gefunden. Das ist für sie der erste Ansatz, ihre eigene Angst zu überwinden.



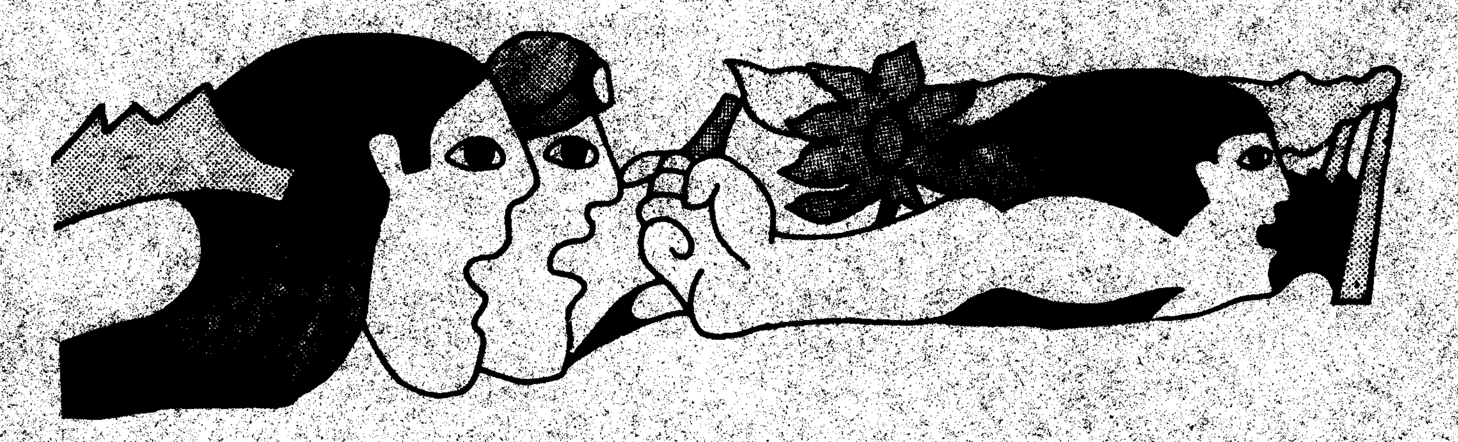
Holzhütten im Arbeiterviertel

1. Mai. Morgens um 9 Uhr fahren wir mit dem „micro" (Kleinbus) an den Stadtrand Santiagos. Auf der Fahrt sehen wir eine Parole an die Mauer gespritzt:
„Pinochet, Mörder". Wir befinden uns in einem der „Fabrikgürtel", Wir steigen aus und gehen langsam schlendernd in Richtung Gewerkschaftshaus. Es sind keine „pacos" (Polizisten) zu sehen. Langsam füllt sich der Saal. An den Wänden hängen Plakate und Transparente. „Solidarität, Einheit, Organisation", „Das Volk kann sich nur selbst befreien", „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit". Plötzlich erheben sich alle von ihren Sitzen und klatschen. Wir sind verwirrt. Dann sehen wir einen alten Mann mit langem, weißen Bart durch die Reihen kommen. Es ist Clotario Blest, ein 80jähriger Gewerkschaftler, der 1953 wesentlich an der Gründung des chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT beteiligt war. Nach dem Putsch hat er geschworen, sich nicht mehr zu rasieren, bis die Junta gestürzt ist. Zu lang ist der Bart schon geworden. Es werden Lieder gesungen, deren Inhalt das Schicksal der Verschwundenen und Verhafteten ist. Man fühlt die Betroffenheit der Menschen. Neben mir weint jemand. Die Redner rufen auf, die Angst zu überwinden: erklären sie zum Feind Nr. 1 des Volkes.


Clotario Blest

In politischen Diskussionen tauchen immer wieder die gleichen Punkte auf: Kritik an den Parteien, daß sie über die Köpfe der Basis hinweghandeln. Die ökonomische Situation wird beklagt, die die Mehrheit der Menschen aushungert. Und die Unterdrückung und Folter wird angeprangert. Gleichzeitig sieht und fühlt man den Mut dieser Menschen. „Venceremos", wir werden siegen, wird am Schluß gesungen.
Und dann geht man in lockeren Gruppen zu einem nahegelegenen Arbeiterviertel. Plötzlich, noch immer sind keine „pacos" zu sehen, formiert sich ein Demonstrationszug. Vorneweg ein Transparent „Für die Einheit der Arbeiter, es lebe der 1. Mai."
Sprechchöre: „Ein einiges Volk wird nie besiegt." Auf den Balkons und an den Fenstern stehen viele Leute. Sie winken und klatschen, aber sie gehen nicht mit. Sie haben ihre Angst noch nicht besiegt.
Nach fünf Minuten stockt der Demonstrationszug plötzlich; wir hören vorne Schüsse und auf einmal stürmen alle zurück. Ich werde auch in einem Menschenstrudel mitgerissen und finde mich plötzlich mit etwa 20 Personen in einem kleinen Zimmer eines Einfamilienhauses wieder. Draußen immer noch Rufe und Laufen. Die Rolläden sind blitzartig heruntergelassen worden. Einige sind in ihrer Angst durch das geschlossene Fenster in den Hof gesprungen. Welche Erfahrungen mögen sie schon gemacht haben? Nun sitze ich auf einem Bett, versuche zwei Kinder, die total verwirrt sind, zu beruhigen und mir selbst klopft das Herz wie lange nicht mehr. Das erste Mal habe ich auch Angst. Was passiert, wenn die „pacos" jetzt plötzlich hier hereinkommen? Nach etwa 1/2 Stunde hat sich draußen alles einigermaßen beruhigt. Wir verlassen vorsichtig einzeln das Haus. Bei dieser Aktion werden, wie wir nachher in der Zeitung lesen, 33 Personen festgenommen, von denen später etwa 25 relegiert werden. Das bedeutet für sie, daß sie für drei Monate in irgendeine Stadt, oft in weit entfernte verbannt werden. Ohne Urteil, auf Entscheidung des Innenministeriums. Ohne Arbeit, ohne Unterkunft. Aber fast alle Relegierten haben eine neue Erfahrung gemacht. Die Bevölkerung in den kleinen Dörfern nahm sie freundlich auf, gewährte ihnen Unterkunft und gab ihnen Essen. Auch wenn sie bei ihrer Rückkehr ihren Arbeitsplatz verloren hatten, aus der Uni geworfen wurden, kehren viele überzeugter zurück von ihrer Sache.
Ein ähnliches Gefühl haben wir auch als wir in einer Versammlung von Gewerkschaftsvertretern eines großen Industriegebietes Santiagos sitzen. Etwa 40 Personen, die gut 20 Gewerkschaften vertreten, haben sich hier versammelt. Man diskutiert über die Gründung eines Gewerkschaftszusammenschlusses auf der Ebene dieses Industriegebietes. Es wird deutlich, daß hier Gewerkschafter zusammensitzen, die noch keine langjährigen Erfahrungen im politischen und gewerkschaftlichen Kampf haben. Erst in diesem Jahr konnten das erste Mal seit dem Putsch einigermaßen freie Gewerkschaftswahlen durchgeführt werden. Fast alle „gelben" Gewerkschafter (die von der Junta eingesetzt worden waren), wurden hierbei abgewählt. Aber die Neuen sind noch in vielem unsicher; oftmals fehlen klare Vorstellungen. Dennoch, hier gibt es eine neue Entwicklung. Geprägt von den 7 Jahren der Diktatur, von der rechtlosen Situation der arbeitenden Bevölkerung, von Hunger und Arbeitslosigkeit, kommen die jetzigen Gewekschaftsvertreter wirklich aus der Basis. Ihr Wille ist es, keine Parteipolitik über den Köpfen der Betroffenen zu betreiben.
Und das hört man überall. „Die Basis will die Einheit, aber die Führungen der Parteien zerstreiten sich immer noch." Und so macht man hier einen ersten Versuch, Einheit zu erlangen, nutzt die Lücken eines neuen Gesetzes. Eine Föderation der Gewerkschaften dieses Bezirkes würde schon viel helfen. Die Zersplitterung, die durch die Maßnahmen der Junta hervorgerufen wurde, könnte überwunden werden.
Dies alles sind nur einige wenige Beispiele. Was wir in Chile gesehen haben, hat uns trotz weiterbestehender Folter, trotz Verfolgung und Bespitzelung, trotz Massenarbeitslosigkeit und Elend in den Slumgebieten Mut gemacht. Viele Menschen dort haben sich nicht aufgegeben. Sie nutzen die Lücken, die sich in allen unterdrückerischen Maßnahmen und Gesetzen der Junta finden lassen. Sie sind dabei, ihre Angst zu überwinden.
Für uns gibt es hier so viele Ansätze konkreter, praktischer Solidarität. Es gibt keine Friedhofsruhe in Chile. Ein neues Morgengrauen wird kommen.

M. B.



EL SALVADOR: KRIEG DER MILITÄRS GEGEN DAS VOLK

„Alles erinnert an Vietnam: Kampfhubschrauber zerstören Dörfer und Kleinstädte, setzen mit Napalmbomben die Felder in Brand. Häuser und Ernten werden vernichtet, um die Versorgung der Guerilleros zu unterbinden. Provinzen, in denen Guerillero Schlupfwinkel vermutet werden, sind von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt. Denn für die Massaker soll es keine Augenzeugen geben. Die Bevölkerung war aufgefordert worden, sich in die von der Armee kontrollierten Lager zu begeben. Wer jetzt noch außerhalb angetroffen wird, gilt als Sympathisant der Guerilleros und wird ohne weitere Fragen getötet."[1)]

So begann der Bericht im ‚stern' vom 13. 11. 1980 über den gegenwärtigen Völkermord in El Salvador. Nach zunächst spärlicher Berichterstattung schreiben die bedeutenden deutschen Zeitschriften inzwischen häufiger über die Zustände in El Salvador; die Tageszeitungen berichten fast täglich über Morde und Massaker. Fast alle sprechen von einem lateinamerikanischen Vietnam[2)]; denn die Massaker, die Napalm-Bomben und die US-Militärberater, die Offiziere aus El Salvador in der Anti-Guerilla-Taktik unterweisen, sind Ausdruck des eskalierenden Krieges. Allein 1980 ist die Zahl der Toten und Flüchtlinge erschreckend hoch.

„In Kreisen der salvadorianischen katholischen Kirche wird die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs in El Salvador seit Jahresbeginn auf 12.000 geschätzt."[3)] Die Zahl der Flüchtlinge soll 70.000[4)] betragen. Auch auf sie wird geschossen. In mehreren Provinzen wird die Landbevölkerung vertrieben. „Wie vor Jahren in Vietnam während der ‚Operation Phoenix' werden die ‚gesäuberten' Landstriche dann zu ‚free fire zones': Die Jagd ist hier frei für die mit Maschinenwaffen bestückten Helikopter des Heeres oder die aus Frankreich stammenden Düsenjäger der Luftwaffe, auf alles zu schießen, das sich bewegt."[5)] Dies gehört zur Taktik der Militärs, die den sogenannten Bürgerkrieg zu einem Krieg einer kleinen militanten Gruppe der Militärs, Paramilitärs und Oligarchie gegen die gesamte Bevölkerung machen. „Armee, Polizei und rechte Banden verhalten sich gemäß einer verbürgten Äußerung aus den Reihen des Generalstabes: ‚Besser töten wir jetzt 100.000, als daß später 200.000 sterben."[6)]



Geographische Übersicht:

El Salvador ist das kleinste Land Zentralamerikas. Mit einer Fläche von 21.393 qkm umfaßt es ein Gebiet, das der Fläche Hessens (21.109 qkm) entspricht. Es ist ein in drei Zonen gegliedertes Bergland. Nach einem schmalen Küstenstreifen folgt eine bis zu 2300 m hohe Bergkette vulkanischen Ursprungs. An diese Vulkankette schließt sich das zentrale Hochland an. Mit seinen fruchtbaren Böden ist es das wirtschaftliche Kernland. Hierauf folgt im Norden die Grenze des bis zu 2500 m hohen Gebirges. El Salvador hat ungefähr 5 Millionen Einwohner (ähnlich wie Hessen). Nahezu die Hälfte der Bewohner ist unter zwanzig Jahre alt. Schon heute ist El Salvador mit seiner jährlich um 3,5% anwachsenden Bevölkerung der am dichtesten besiedelte Staat Amerikas (zum Vergleich: El Salvador: 220 Einwohner pro qkm/Mexiko: 30 pro qkm).

Kurzer historischer Abriss

Seit Mitte des 19. Jhdts. wurden von den Spaniern die ersten Kaffeekulturen im Gebiet des heutigen El Salvador angelegt. Nachdem der Export solcher Produkte wie Indigo, Kakao- und Balsamöl aufgrund der Konkurrenz auf dem Weltmarkt zusammenbrach, wurde Kaffee zum wichtigsten Exportgut. „1901 erbrachte Kaffee bereits 76% des Gesamtexports, 1921 schon 80% und 1931 sogar 95,5%"[7)].

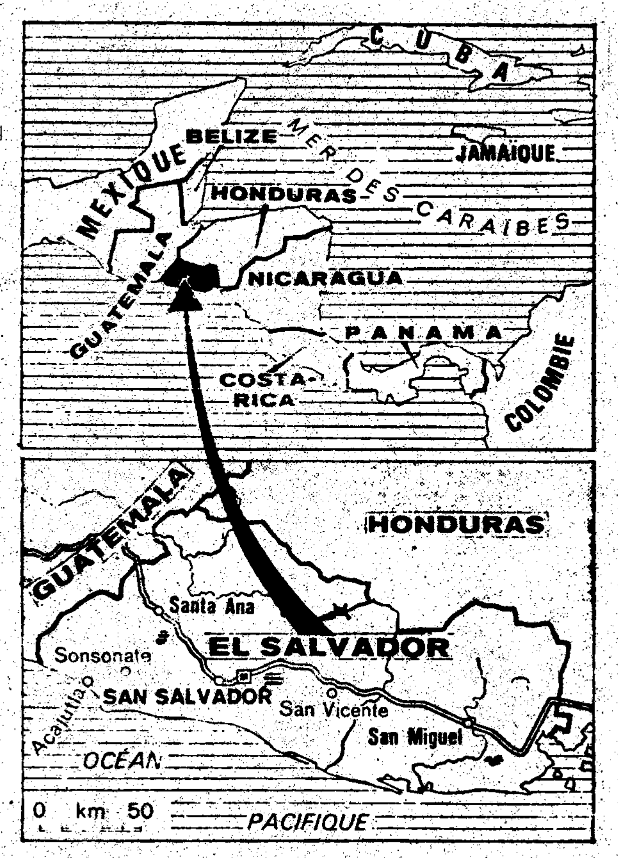
Diese Entwicklung zur exportorientierten Monokultur, die fast allen Entwicklungsländern durch die Mechanismen des imperialistischen Weltmarktes aufgezwungen wurde, hatte auch in El Salvador folgenschwere Auswirkungen. Die einseitige Ausrichtung auf den Anbau von Kaffee löste einen Prozeß aus, in dessen Verlauf sich einige wenige salvadorianische Familien große Teile des Landes aneignen konnten. Heute befinden sich 57,5% des Landes in den Händen von nur 1,9% Prozent der Bevölkerung.[8)]

Ohne Bodenschätze und ohne bedeutenden industriellen Sektor, haben die Kaffeeplantagen bis heute ihre große ökonomische Bedeutung erhalten können. Die Politik des Landes wird daher noch immer von der ‚großgrundbesitzenden Kaffeeoligarchie' bestimmt. Sie versucht jede gesellschaftliche Veränderung zu verhindern; sie befürchtet die brutale Repression im Land.

Das Opfer dieser Entwicklung war und ist einmal mehr die Bevölkerung auf dem Land. Proletarisiert und völlig verarmt leben heute 80% unter dem Existenzminimum. 30% der Landbevölkerung sind ohne jeden Landbesitz.

INFORMATIONSDIENST EL SALVADOR

HERAUSGEBER: Informationsstelle El Salvador e.V., München Kiliansplatz 5.
REDAKTION: IDES c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Telefon: 030 – 313 50 65, Telex: 018 27 91 comp d. Verantwortlich: A. Lüers
IDES arbeitet eng zusammen mit der europäischen Vertretung des Frente Democratico Revolucionario (FDR) de El Salvador



Von kolonialer Unabhängigkeit zur permanenten Militärdiktatur

El Salvador erhielt 1821 auf friedlichem Wege - wie die anderen Provinzen Mittelamerikas auch - seine Unabhängigkeit von Spanien. In den Bund der Zentralamerikanischen Staaten war es kurze Zeit integriert, rief jedoch mit dem Zusammenbruch dieses Bundes 1824 seine eigene Verfassung aus.

Das durch die zunehmende Integration El Salvadors in den kapitalistischen Weltmarkt verelendende Landproletariat wehrte sich zunächst in vereinzelten Aufständen. Eine breitere und organisiertere Basis fand dieser Wiederstand, als man sich 1924 mit den Arbeitern der Kleinmanufakturen in der FRTS (Regionale Föderation der Arbeiter El Salvadors) zusammenschloß. Diese Föderation konnte 1930 schon mehr als 100.000 Mitglieder aufweisen.

In diese Zeit (1930) fällt auch die Gründung der ‚Kommunistischen Partei El Salvador'. Die Volksbewegung El Salvadors hatte also relativ früh einen hohen Organisationsgrad erreicht.

Diese Volksbewegung sollte 1931 durch den Reformpräsidenten Arturo Araujo gestoppt werden. Da er erfolglos blieb, wurde er schon nach 9 Monaten Regierungszeit von den Militärs um General Maximiliano Hernandez im ersten Staatsstreich El Salvadors gestürzt. General Max. Hernandez, der sich selbstherrlich zum Präsidenten ernannte und sich zunächst mit einem revolutionär anmutenden „Rat der Offiziere, Soldaten, Arbeiter und Bauern" umgab, ließ 1932 einen von der KP ausgerufenen Aufstand mit einer unerhörten Brutalität niederschlagen. Dabei und bei den anschließenden Säuberungsaktionen wurden mehr als 30.000 Menschen umgebracht, was etwa 4% der damaligen Bevölkerung El Salvadors entsprach. Seit dieser Zeit regieren in El Salvador die Militärs.

Nach eben diesem General benennt sich die rechtsextreme Gruppe ‚Maximiliano Hernandez', die am 27. 11. 1980 mehrere Oppositionspolitiker aus einem dem Erzbischof El Salvadors unterstehendem Anwaltsbüro entführte und zunächst sechs Oppositionspolitiker verschiedenster linker Gruppierungen tötete.

60er und 70er Jahre

Anfang der sechziger Jahre gab es den Versuch einer ‚demokratischen Öffnung'. Der Druck des wachsenden Industrieproletariats und der Widerstand der Bauern war so stark geworden, daß die Herrschenden mit Unterstützung der USA das Konzept der zivilmilitärischen Regierungen propagierten.

Gewerkschaften konnten gegründet werden und politische Parteien entstanden.

Die oppositionelle christdemokratische Partei (PDC) wurde 1962 gegründet. Sie erhielt die Unterstützung der europäischen Christdemokratischen Parteien. Ihr Programm enthielt Reformansätze im Rahmen des kapitalistischen Systems; u. a. gehörten dazu eine gerechtere Verteilung von Grund und Boden und der Kampf gegen die Korruption. Unter den Kleinbauern, Kleinhändlern und der städtischen Mittelschicht fand die PDC großen Anklang.

Zusammen mit der 1968 gegründeten sozialdemokratischen MNR (Nationale revolutionäre Bewegung) und der PAR als legaler Folgeorganisation der KP, suchte die PDC die parlamentarische Opposition als politischen Weg.

Mit der Zulassung der reformistischen Parteien gelang es den Herrschenden in El Salvador, die oppositionelle Strömung bis Anfang der siebziger Jahre zu kanalisieren.

Die siebziger Jahre waren geprägt durch Wirtschaftskrisen, die durch Fehl- und Überproduktionen sowie nachlassende Auslands- und Inlandsinvestitionen ausgelöst wurden. Der reformistischen Opposition gelang es zunächst große Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Bei den Wahlen von 1972 kam es zu einer erfolgreichen Wahlunion (UNO) der reformistischen Parteien, die nur durch eine Wahlmanipulation der herrschenden Militärpartei PCN (Partei der nationalen Versöhnung) an einer Regierungsübernahme gehindert werden konnte. Statt des Christdemokraten Duarte wurde der General Molina Präsident.

Mit der Machtübernahme General Molinas (1972 bis 1977) wurden die Reformisten desillusioniert. Die Guerilla- und Massenorganisationen entstanden. Alle Mitglieder der heutigen FDR (Demokratisch-Revolutionären Front) stammen praktisch aus dieser Zeit; denn lediglich die illegale Opposition war möglich. Alle Wahlparteien - bis auf die PDC - wurden unter General Molina verboten. Stattdessen schuf er die paramilitärischen Organisationen UCS (‚Kommunale Vereinigung der Salvadorianer') und ORDEN (‚Nationale Demokratische Organisation').

Zusammenarbeit:
Nicaragua, El Salvador, Guatemala

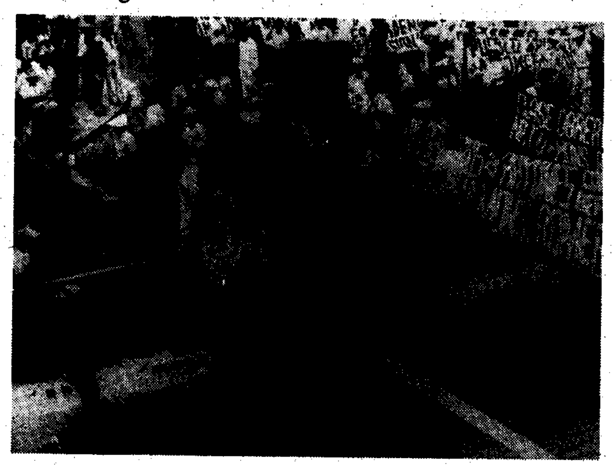
Vertreter der Informationsstellen Nicaragua, El Salvador und Guatemala haben eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Ziel: die Solidaritätsbewegung zu stärken, Abhängigkeiten der unterentwickelt gehaltenen Länder mit den Industrienationen aufzuzeigen und materielle Hilfen für die Befreiungsbewegungen bereitzustellen. Die Anschriften und Konten:

- Informationsbüro Nicaragua eV.
  Friedrichstraße 10, 5600 Wuppertal 1
  Telefon 0202-44 00 39
  Konto Stadtsparkasse Wuppertal 976738
- **Informationsstelle El Salvador eV.**
  Kiliansplatz 5, 8000 München 2
  Telefon 089-7 25 58 27
  Konto Postscheck München 180 769-802
- Informationsstelle Guatemala eV.
  Friedrichstraße 25, 8000 München 40
  Telefon 089-7 25 58 27
  Konto Postscheck München 208159-802

Die Massenorganisationen

Anfang der siebziger Jahre formierte sich eine breite Widerstandsbewegung, die spontan und basisorganisiert war. Sie hatte ihre Ursache in der Abkehr von der reformistischen Politik und der sich weiter vertiefenden Wirtschaftskrise. Die Widerstandsbewegung reagierte mit lokalen Organisationen direkt und ohne größere einheitliche Organisation auf die fortwährende Unterdrückung. Da diese Widerstandsform aber landesweit war, bildete sich nach den Gemeinderatswahlen von 1974 aus dieser Bewegung die FAPU (Front der Vereinigten Volksaktion), die die Bauern, das Land- und Stadtproletariat, überhaupt die verarmte Bevölkerung sowie die Lehrer und Schüler umfaßte. Das Konzept der FAPU bestand in einer revolutionären Alternative, die sich legaler und illegaler Mittel bedienen sollte.

Im Konzept der FAPU war aber schon der Widerspruch angelegt, der ein Jahr später auch zur Spaltung führte. Die radikale Linke spaltete sich 1975 ab. Es entstand der BPR (Revolutionäre Volksblock) mit dem Konzept der Volksschulung hinsichtlich eines lang andauernden Volkskrieges. Der BPR ist die umfassenste revolutionäre Massenorganisation (auch heute noch in der FDR). Sie vertritt Bauern, Land- und Industriearbeiter, Frauen, Kinder, Schüler, Lehrer usw., die alle ihre eigenen Organisationen innerhalb des BPR haben. Zwölf große Gewerkschaften und Verbände mit 1979 mehr als 100.000 Mitgliedern waren in ihm organisiert.



Der Vorläufer der BPR, sein noch heute bewaffneter Arm, war die FPL-FM (Volksbefreiungskräfte - Farabundo Marti). Diese Gruppe ging 1970 aus einer Abspaltung von der Kommunistischen Partei hervor.

Farabundo Marti war einer jener Volkskämpfer, die an den Volksaufständen der 30er Jahre teilnahmen. Er fiel im Widerstand gegen die Militärs.

Zum Konzept der FPL-FM gehört die Einsicht, daß gesellschaftliche Veränderungen nur in einem langandauernden Volkskrieg möglich sind, der getragen wird von einem organisierten und geschulten Volk.

Mehrere Guerilla-Gruppen vereinigten sich 1971 zur ERP (Revolutionären Volksarmee). Die ERP verfolgte ausschließlich ein militärisches Konzept und erlangte mit ihrer guten Bewaffnung innerhalb des Widerstandes Bedeutung. Aus einer Kritik am militärischen Aktionismus spaltete sich von der ERP 1974 die FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands) ab.

Neben der ERP und dem BPR war die dritte wichtige revolutionäre Organisation die LP-28 (Volksligen 28. Februar). Sie hatte sich nach dem Massaker an Demonstranten, die gegen einen erneuten Wahlbetrug demonstriert hatten, am 28. Februar 1977 gebildet. Bei dieser Wahl war General Humberto Romero durch offensichtlichen Wahlbetrug an die Macht gekommen.

Eine weitere bedeutsame Organisation ist die FAPU (Frente de Accion Popular Unificada), die beachtliche Unterstützung in der Arbeiterklasse findet. Die FAPU wurde 1974 gegründet. Sie versucht insbesondere, Verbindungen zu den ‚Fuerzas Armadas', herzustellen und hofft, daß sie im weiteren Kampf von Teilen des Heeres unterstützt werden wird. Der politisch-militärische Arm der FAPU ist die RN (Resistencia Nacional). Die bewaffnete Front der FAPU ist die FARN (Fuerzas Armadas de Resistencia Nacional).

Alle diese Organisationen sind heute in der FDR zusammengeschlossen.

Die Oppositions-Kräfte:

FDR	Frente Democratico Revolucionario Demokratisch revolutionäre Front
PSC	Partido social Cristiano Christlich soziale Partei
MNR	Movimiento Nacionalista Revolucionario Nationalistisch revolutionäre Bewegung
CRM	Coordinadora Revolucionaria de Masas Revolutionäre Koordination der Massen
MPL	Moviemiento Popular de Liberacion Volksbewegung der Befreiung
PRTC	Partido Revolucionario de los Trabajadores Revolutionäre Arbeiterpartei
BPR	Bloque Popular Revolucionario Revolutionärer Volksblock
FPL-FM	Fuerzas Populares de Libracion-Farabundo Marti Volkskräfte der Befreiung - Farabundo Marti
FAPL	Fuerzas Armadas Populares de Liberacion Bewaffnete Volkskräfte der Befreiung
FAPU	Frente de Accion Popular Unificada Front der vereinigten Volksaktion
RN	Resistencia Nacional Nationaler Widerstand
FARN	Fuerzas Armadas de Resistencia Nacional Bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstandes
LP-28	Ligas Populares 28 de febrero Volksligen des 28. Februar
ERP	Ejercito Revolucionario del Pueblo Revolutionäres Heer des Volkes
UDN	Union Democratia Nacional Demokratisch Nationale Union
PCS	Partido Comunista Salvadorena Kommunistische Partei Salvadors
FAL	Fuerzas Armadas de Liberacion Bewaffnete Kräfte der Befreiung
DRU	Direccion Revolucionaria Unificada Vereinte Revolutionäre Direktion

Quellennachweis:
AMERICA LATINA INFORME SEMANAL IS 80 33, 20. 8. 1980

FDR
CRM | Agrupaciones Sindicales | MNR | PSC
MPL | BPR | FAPU | LP-28 | UDN } Frentes de Masas
PRTC | FPL-FM | RN | ERP | PCS } Frente Politico-Militar
PRTC | FAPL | FARN | ERP | FAL } Frente Militar
DRU

El Salvador

Der Tod eines Schülers

San Salvador - Am letzten Donnerstag konnten wir über Radio die Bewegung in der Nationalgarde verfolgen: „Achtung, Achtung, Böhnchen in San Marcos". Wir fuhren so schnell es geht in diese kleine Ortschaft, in der nach dem halbverschlüsselten Sprechverkehr Kämpfe stattfinden sollten.
Um 10.43 Uhr wiederholte das Radio zweimal: „Böhnchen auf der Umgehungsstraße". Wir waren auf dem Weg zur Universität, um an einer Pressekonferenz der „Revolutionären Koordination der Massen" über den gerade beendeten zweitägigen Generalstreik teilzunehmen, änderten jetzt aber unseren Weg und bogen in die Straße ein, die nördlich an der Universität vorbeiführt. Die Nationalgardisten lagen ausgestreckt auf der Fahrbahn und einige von ihnen beschossen die Gebäude. Vom Ende der Straße näherte sich langsam ein Panzerwagen, während ein weiterer das Innere der Universität kontrollierte. Als die ungefähr 300 Soldaten entlang des Metallzaunes vorrückten, der den Campus umgibt, gingen wir in Richtung des Hauptportals. Auf der Höhe der Francisco-Morazan-Schule, einem Gymnasium für Schüler des 1. bis 3. Kurses, sahen wir einige Polizisten, wie sie eine Menge auf dem Boden liegender Schüler und daneben sechs Straßenverkäuferinnen bewachten. Als sie uns mit den Kameras sahen, nahmen sie sich aus den Bauchläden der Frauen etwas, womit sie sich ihre Gesichter verdecken konnten. Ohne sich weiter um unsere Gegenwart zu kümmern, zwangen sie die auf dem Boden liegenden durch Schläge mit ihren Gewehrkolben, in das Innere des Gebäudes zu gehen. Vom ersten Stock hörte man deutlich die Bittgebete der dort eingesperrten Schüler. Vom Hof aus schossen die Soldaten in die Fenster und riefen: „Kommt mit erhobenen Händen heraus!" Ein Junge von nicht mehr als 14 Jahren erschien inmitten der Schüsse in der Tür und gelangte sogar unverletzt die Treppe hinunter. Dort legte er sich ängstlich auf den Boden des Ganges und rief mehrmals nach jemandem, der sein Freund zu sein schien: „Komm, hab'keine Angst, Gott ist mit uns." Von oben flehte der andere Junge die ruhig im Hof wartenden Polizisten an: „Haben sie Mitleid", während sein Freund wiederholte: „Komm, komm!" Er kam mit erhobenen Händen die Treppe hinunter und mußte sich zu seinem Freund legen. Als er, weiter um Gnade flehend, fast unhörbar sagte: „Gott wird mich nicht verlassen", sah er den Polizisten eine Streife herbeiwinken und mit der anderen Hand das Gewehr auf ihn richten, wie wir es in Nicaragua schon bei der Ermordung von Bill Stewart gesehen hatten. Die erste Kugel schlug auf dem Boden wenige Zentimeter neben seinem Kopf ein, die zweite streifte seine Schulter und hinterließ einen Blutfleck und die dritte drang in seinen Hinterkopf ein. Für einen Moment war Stille. Umringt von Polizisten und Nationalgardisten filmten die Journalisten den Todeskampf des Jungen aus 5 m Entfernung, ohne sich von der Stelle zu rühren. In einer endlos scheinenden Minute sprach der Junge immer leiser werdend: „Wir flehen Dich in dieser Stunde an...", und starb dann vor unseren Augen.
Der Polizist schoß von neuem und nach einem ergreifenden „Hab' Gnade" rührte sich der Junge nicht mehr.
Als wir das Gebäude verließen, riefen die Polizisten in das obere Stockwerk: „Kommt raus! Ihr wißt jetzt: wer sich rührt, stirbt."

Alfonso Rojo
(TAZ vom 1.7.1980)

Eine ‚Revolutionäre Regierungsjunta' wird durch die nächste abgelöst.

Schon die erste Militärregierung des Generals Maximilian Hernandez Martinez nannte sich 1931 ‚revolutionär'. Ebenso nennen sich die gegenwärtigen zerfallenden Regierungsjuntas ‚Revolutionäre Regierungsjunta'. Dieses ‚revolutionär' ist der ideologische Versuch das Volk zu täuschen, es mit einem als revolutionär ausgegebenen Reformprogramm zu beruhigen. Eine ‚neue Junta' löste am 15. Oktober 1979 die Militärregierung des General Humberto Romero ab, um eine wirklich revolutionäre Entwicklung in El Salvador zu verhindern.
General Humberto Romero war 1977 durch Wahlbetrug (s. o.) an die Macht gekommen. Er unterstützte die Organisation der Privatunternehmer ANEP und die der Großgrundbesitzer FARO. Mit seinen Terrorgruppen und legaler Machtabsicherung versuchte er, das Land in seinem Sinne zu „befrieden". Mit dem „Gesetz zur Verteidigung und zur Garantie der öffentlichen Ordnung" schaffte sich der General ein Ausnahmegesetz, das alle repressiven und gewalttätigen Maßnahmen des Staates legalisieren und begründen ließ.
Doch mit zunehmender wirtschaftlicher Krise, Rückgang bei der Produktion und im Export, gleichzeitig rapide steigender Inflation, Massenarbeitskosigkeit und zunehmender Verelendung großer Teile der Bevölkerung nützten auch ein solches Gesetz und der Terror zur Herrschaftsabsicherung nichts mehr. Massendemonstrationen, Landnahmen, Streiks, Botschaftsbesetzungen und viele Aktionen mehr zeigten das breite Ausmaß des Widerstands gegen die tägliche Repression. Die Blutbäder, die hierbei entstanden, das wahllose Schießen der Militärs in die Demonstrationen ging 1979 durch die Weltpresse und ließ viele erstmals aufhorchen. In El Salvador selbst hatte die Widerstandsbewegung ein solches Ausmaß erreicht, daß die USA ein zweites Nikaragua befürchteten. Tatsächlich schöpften die Volksorganisationen Mut und Hoffnung aus dem Sieg der Sandinistas in Nikaragua für ihre eigene Revolution. So wurde mit US-amerikanischer Hilfe und Vorbereitung schließlich General Humberto Romero ohne große Schwierigkeiten am 15. Oktober 1979 von der neuen ‚Revolutionären Regierungsjunta' weggeputscht.

Die Ereignisse seit 1979

Die neue ‚revolutionäre Regierungsjunta' versuchte zunächst den Widerstand des Volkes und die breite Massenorganisierung zu brechen. Sie versprach freie Wahlen, eine Agrarreform, die Amnestie aller politischen Gefangenen, das Verbot der faschistischen Terrororganisationen, eine 40%ige Senkung der Preise für Grundnahrungs- und Transportmittel, wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu Nikaragua und Kuba. Gleichzeitig forderte es

aber die ‚Rechte und Linke' auf, die Waffen niederzulegen. Die ‚Revolutionäre Regierungsjunta', hervorgegangen aus dem Staatsstreich der ‚Jungen Offiziere', war eine Militärregierung mit Zivilisten. Die Anführer des Staatsstreichs waren der Oberst Adolfo Majano, der Leiter der Militärakademie von San Salvador und der Chef des Instandsetzungskorps Oberst Jaime Abdul Gutierrez gewesen. Nach der Auflösung des Parlaments und des Obersten Gerichtshofs hatten sie drei Zivilisten in die Regierung geholt: den ehemaligen Rektor der Jesuitenuniversität Ramon Mayorga (= Vertreter der Kirche), den Vorsitzenden der MNR (Nationalen Revolutionären Bewegung), die in der Sozialistischen Internationale vertreten ist und den Unternehmer Mario Andino. Die Massen- und Guerillaorganisationen bleiben ausgeschlossen. Die Folge waren Aufstände, Barrikaden, Kämpfe. Die Junta antwortete mit einer Verhängung des Kriegsrechts über San Salvador, Räumung besetzter Stadtviertel oder besetzter Fabriken, was wiederum Massaker bedeutete. Allerdings hat der Widerstand der Massenorganisationen ein Verbot der paramilitärischen Terrorgruppe ORDEN bewirkt, eine Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel, teilweise Lohnerhöhungen bis zu 100% und eine Kontrolle über den Export von Agrarprodukten sowie das Finanzsystem durch die Regierung. Diese Maßnahmen verschärften die Konflikte, sodaß im Dezember 1979 die Junta dem Militär die Machtfrage stellte. Das Militär wollte sich aber der Regierung nicht unterordnen. Daraufhin schloß sich der Erziehungsminister Samayoa der Guerilla-Organisation FPL an, stieß die reformistische Wahlunion UDN zu den Massenorganisationen, rückte die MNR, die Basis der Christdemokraten diesen ebenfalls nahe. Innerhalb von zwölf Wochen war die neue ‚Revolutionäre Regierungsjunta' gescheitert.

Wieder eine neue Junta:

Doch die beiden Militärs Majano und Gutierrez bilden eine neue Junta, der sich jetzt nur noch die Christdemokraten anschließen. Diese Junta erhält massive wirtschaftliche und militärische Unterstützung der USA. Dennoch ist sie nicht in der Lage, dem Widerstand der Bevölkerung etwas entgegenzusetzen und kann sich ebenfalls nur auf Repressionen stützen. Die formale Auflösung der Terrororganisation ORDEN erweist sich als Trug; denn ORDEN, Polizei, Nationalgarde und das Militär besetzen ganze Dörfer. Sie stützen sich dabei auf den von der Junta verhängten Ausnahmezustand vom 6. März 1980. Auch während dieser Zeit bleiben die Reformen wirkungslos, im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage verschärft sich, weil das Kapital und die Maschinen außer Landes gebracht werden. Die Macht der Militärs kann nur durch zunehmenden Terror aufrecht erhalten werden. Täglich wird von Toten und Massakern berichtet. Der Höhepunkt des kaltblütigen Mordens ist vorerst der 24. März 1980, an dem der Erzbischof von San Salvador, Oscar A. Romero, bei der Totenfeier für seine Mutter erschossen wird.

An der Demonstration aus Protest gegen die Ermordung des Erzbischofs nehmen 300.000 Menschen teil. Die Widersprüche zwischen dem herrschenden Militär und der Oligarchie einerseits und dem Volk mit seinen Massenorganisationen andererseits spitzen sich immer mehr zu. Schon am 17. 3. 1980 wurde der Generalstreik gegen den Ausnahmezustand von 400.000 Menschen unterstützt, die damit 70% der Produktion lahmlegten.

Mit fortschreitender Eskalierung des Kampfes einigten sich die verschiedenen Volksorganisationen immer mehr und schlossen Bündnisse. Ihr eigener Kampf und die Erfolge des Volksbündnisses im Kampf des nikaraguanischen Volkes zeigten wohl die Notwendigkeit solcher Übereinkünfte. Schon im Januar haben sich die beiden Guerillaorganisationen FPL und FARN mit der reformerischen PCS zusammengeschlossen. Die dritte wichtige Guerilla organisation ERP schloß sich diesem Bündnis im April an.

Die Priester von Santa Rosa de Copan aus Honduras erklärten:

„Am 14. Mai 1980 fand in dem Dorf 'La Arada'/ Salvador, ein Massaker statt. Zwei Hubschrauber der Guardia Nacional Salvadorena, dutzende Soldaten und Mitglieder der paramilitärischen Organisation ORDEN schossen wahllos auf wehrlose Frauen, Kinder, Greise und Männer. Frauen wurden vor dem Erschießen gefoltert, Säuglinge warfen die Soldaten als Zielscheibe in die Luft, Flüchtende, die den Fluß lebend durchquert hatten, wurden von Soldaten aus Honduras über den Fluß in den Kugelhagel ihrer Mörder getrieben. Am späten Nachmittag endete das Massaker, mindestens 600 Leichen blieben zurück."

„Fluß der toten Kinder"
von PETER SABINSKI

„Niemand ahnte, was an diesem Tag geschehen würde, als sie um 7 Uhr morgens damit begannen. Dieser Fluß, Sie müssen mir glauben, glänzt vor Toten. Dort wo ich mit meinen Kindern hinfiel, waren die Toten." (Eine Bäuerin). „Sie töten viele Kinder. Ich sah mit meinen eigenen Augen, wie sie drei am Ufer töteten. Am Tag des Massakers füllte sich dieser Fluß mit Menschen, die stromabwärts trieben." (Ein Bauer). „Glaube mir, dieser Tag brachte unendliches Leid. Wir weinten, denn der Fluß war ein einziges Grab von toten Kindern." (Ein Bauer).

Gleichzeitig gab es im Januar einen weiteren Zusammenschluß der vier Massenorganisationen BPR, FAPU, UDN und LP-28 zu einer gemeinsamen „Revolutionären Massenkoordination" (CRM).

Auf der anderen Seite kristallisiert sich in der Militärjunta der reaktionäre Flügel. Ende Mai erhält das zweite Juntamitglied, Abdul Gutierrez, vom rechten Flügel der Militärs und als Kontaktmann der USA bekannt, den Oberbefehl über die Streitkräfte. Nach und nach sind alle sozial- und christdemokratischen Minister zurückgetreten. Lediglich die Christdemokraten Duarte und Ehrlich widersetzen sich ihrer Partei und nehmen neue Posten in der Junta ein. Dies hatte eine Spaltung der Christdemokratie El Salvadors zur Folge.

Die Polarisierung setzt sich aber noch weiter fort. Am 25. April 1980 kommt es zu dem wohl entscheidensten Bündnis zwischen der bürgerlich-reformerischen und der revolutionären Opposition. Es wird die FDR (Demokratisch Revolutionäre Front) gegründet. Sie ist ein Bündnis der CRM (s. o.) und der vier Guerilla-Organisationen mit der sozialdemokratischen MNR sowie der aus der PDC ausgeschlossenen Volkstendenz, die sich jetzt SCI (Christlich-Soziale-Linke) nennt. In der FDR sind ebenso Studentenorganisationen, Kleinunternehmer und Gewerkschaften zusammengeschlossen.

Neueste Entwicklung

Inzwischen eskaliert der Krieg der Militärs und der paramilitärischen Kampfgruppen im Interesse der einheimischen Oligarchie mit Unterstützung der US-Amerikaner gegen die Bevölkerung El Salvadors zusehends. Meldungen, daß 60 Jugendliche in San Salvador festgenommen und nach wenigen Tagen ermordet aufgefunden wurden oder die Leichen von 15 Jugendlichen in Ilopango gefunden wurden, erreichen uns fast täglich. Sogar ganze Regionen werden entvölkert. „In einer großangelegten militärischen Operation in El Salvador, an der 5000 Soldaten, Artillerie und Panzereinheiten mit Luftwaffenunterstützung beteiligt sein sollen, versucht die regierende Junta den Widerstand gegen das Regime in der Provinz Morazan zu brechen. Wie die Organisation „Medico International" (Frankfurt) und „Kinderhilfe Lateinamerika" (Köln) mitteilten, bedroht diese Aktion die rund 22.000 Einwohner der Provinz. Es sollen bisher rund 3000 Personen ums Leben gekommen sein."[9] Ähnliche Schreckensmeldungen liegen aus verschiedenen Provinzen vor. Zu alledem häufen sich Meldungen, daß die Truppen auch die Flüchtlinge töten. „Von neuen Repressalien der Streitkräfte von El Salvador gegenüber der eigenen Bevölkerung hat die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) erfahren. Wie die Organisation berichtete, haben Polizei- und Militäreinheiten gesicherten Informationen zufolge ein Flüchtlingslager der katholischen Kirche angegriffen und willkürlich Hinrichtungen vorgenommen. Der Vorfall soll sich in einem Lager in der Stadt Villa Rosario abgespielt haben, in das 3500 Menschen vor Geheimdienstoperationen geflohen seien."[10] In diesem Zusammenhang wird von ai auch Besorgnis über die Ausbildung von Offizieren durch erfahrene US-Anti-Guerilla-Kämpfer in Panama ausgedrückt. Über diese Ausbildungen hatte zunächst die ‚Washington Post' berichtet.

„Der Botschafter der USA in El Salvador, Robert White, hat Berichte der amerikanischen Tageszeitung ‚Washington Post' bestätigt, wonach Offiziere El Salvadors von amerikanischen Spezialisten in der Panama-Kanalzone ausgebildet werden. Danach halten sich derzeit 300 Offiziere des mittelamerikanischen Landes in der Kanalzone auf, um nicht den Eindruck einer direkten Einflußnahme der USA in die inneren Verhältnisse El Salvadors aufkommen zu lassen."[11]





Vietnamesische Offiziere in El Salvador (siehe Anmerkung Nr. 11)

Die Militärs El Salvadors ermorden mit Unterstützung der USA nicht nur wahllos die Bevölkerung, sondern auch ganz gezielt bestimmte Personen. Vor allem sind es engagierte Priester, Personen, die in der internationalen Öffentlichkeit über die Zustände in El Salvador berichten oder Repräsentanten der Volksorganisationen. Der Rektor der Universität von San Salvador, Felix Ulloa, wurde – wie erwähnt – vor seiner Abreise in die BRD hingerichtet. Ebenso erging es der offiziellen Sprecherin der salvadorianischen Menschenrechtskommission, Maria Magdalena Henriquez. Sie war entführt worden und bei La Libertad, von mehreren Kugeln durchbohrt, tot aufgefunden worden. Der letzte Terroranschlag von weittragender Bedeutung richtete sich gegen mehrere Repräsentanten der verschiedenen Organisationen der FDR, die zu einer Versammlung zusammengekommen waren. Sie wurden entführt, teilweise sofort umgebracht. Unter den Repräsentanten befand sich: Enrique Alvarez Cordoba, ein früherer Landwirtschaftsminister und jetziger Präsident der FDR. Er wurde ebenso entführt wie der Generalsekretär der LP-28, der Gewerkschaftsführer Doroteo Hernandez und weitere FDR-Mitglieder. Bei Redaktionsschluß waren uns als Ermordete bekannt: Juan Chacon, Generalsekretär der Massenorganisation BPR, Manuel Franco von der kommunistisch orientierten UDN, Humberto Mendoza von der Volksbewegung MPL und Ernesto Barrera von der sozialdemokratischen MNR. Sie wurden kurz nach der Entführung in einem Dorf nahe der Hauptstadt tot aufgefunden.[12] Ausgeführt wurde das Attentat von einer rechten Terrororganisation. Hier muß allerdings gefragt werden, ob überhaupt noch zwischen den Militärs, der Polizei und den verschiedenen rechten paramilitärischen Terrororganisationen unterschieden werden kann. „Die Sozialistische Internationale lastete die Morde an den Oppositionsleuten den salvadorianischen Streitkräften an."[13]

In diesem Zusammenhang ist die Reise des als gemäßigt geltenden Juntamitglieds Oberst Adolfo Majano in die USA sicherlich von großer Bedeutung. Der Oberst selbst ist am Vorabend der US-Präsidentschaftswahlen einem Mordanschlag entkommen. Wahrscheinlich werden jetzt in den USA die Entscheidungen über den Ablauf des Krieges in El Salvador in den nächsten Wochen fallen. Der polarisierte Kampf der Militärs gegen das breite Volksbündnis scheint eine entscheidende Phase zu erreichen.

Einschätzungen zur aktuellen Lage in El Salvador:

Auf der Seite der Volksopposition zeigt das Bündnis aller Oppositionsorganisationen, von den Reformparteien über die revolutionären Massenorganisationen bis zu den Guerillagruppen in der FDR den breiten Willen zum Widerstand gegenüber den Militärs und die Hoffnung durch gemeinsame Kräfte, den Sturz der Junta herbeiführen zu können.
Die Militärs und Paramilitärs scheinen so isoliert zu sein, daß sie zu ihrer weiteren Existenz blinden Terror benötigen. Die Massaker und das Abschlachten der Zivilbevölkerung beweisen dies.
Um den vereinten Oppositionsblock des Volkes zu brechen, bleibt den Militärs als vorletzte Möglichkeit, die Repräsentanten und geschulten Führer der FDR zu töten. Der Oppositionsblock könnte somit seiner Einheitlichkeit und Macht zunächst beraubt sein.
Die Tatsache, daß sich die verschiedensten Oppositionsorganisationen zusammengeschlossen haben, weist sicherlich auf eine entscheidende Phase des Kampfes hin. Möglicherweise soll die Entscheidung im Kampf noch vor Ende Januar 1981 fallen, weil dann der neue US-amerikanische Präsident, der machtbesessene Reagan sein wird, der eine Unterstützung der Militärs schon angekündigt hat.

Ob vor dem Präsidentenwechsel eine US-amerikanische Invasion durchgeführt wird, ist zweifelhaft. Invasionstruppen sind bekanntlich stationiert. Allerdings haben die USA ökonomisch nicht sehr viel in El Salvador zu verlieren, weil dieses Land kaum US-Industrie aufzuweisen hat. Ein befriedetes, parlamentarisches El Salvador ist ökonomisch für die USA sicherlich attraktiver als der jetzige Zustand mit der militärischen Repression, wodurch eine Stützung gerade dieser Militärs durch die USA unsicher ist.
Allerdings ist ein Sieg der Volksorganisationen über die Militärs politisch für die USA kaum tragbar. Nach der siegreichen nikaraguanischen Revolution können sich die USA eine weitere siegreiche Revolution auf dem Kontinent kaum leisten; denn ein solcher Sieg würde den Befreiungsbewegungen in den Nachbarstaaten Guatemala und Honduras großen Auftrieb geben.
Falls eine US-amerikanische Invasion als letzte Möglichkeit zur Rettung der Militärs in El Salvador nicht durchgeführt wird, bliebe noch die indirekte Invasion, d. h. eine Unterstützung der Militärs durch das Militär von Honduras oder Guatemala.

„Phönix" in El Salvador oder:
Das Land den Landarbeitern?

Im folgenden soll kurz ein Teil der Einflußnahme der USA und der BRD auf die Ereignisse in El Salvador beschrieben werden. Die Möglichkeiten einer Einflußnahme reichen von der direkten militärischen Invasion über Waffenlieferungen bis hin zu Maßnahmen der Entwicklungshilfe, die in ihren Auswirkungen auch die Völker- und Menschenrechte mißachten kann.

US-amerikanischer Einfluß:

Die USA fördern in El Salvador ein Programm der Landreform unter der Forderung „Das Land den Landarbeitern!". Mit solchen Landreformprogrammen sind die Amerikaner bereits in anderen Ländern zu zwielichtigem Ruhm gekommen. In Vietnam haben sie im Rahmen des „Phönixprogramms" ein solches durchgeführt, auch auf den Philippinen gab es ein ähnliches Modell.
In El Salvador läuft jetzt das Programm der Landreform unter der gleichen Parole wie in Vietnam („Das Land den Landarbeitern!"), es ist den Streitkräften unterstellt und wird schließlich von demselben Berater wie in Vietnam und den Philippinen, Dr. Roy Prosterman, durchgeführt. Prosterman war Rechtsprofessor der Universität in Washington, hat Agrarreformgesetze für Vietnam (1966)



und die Philippinen entworfen und ist jetzt Hauptberater der salvadorianischen Junta.

Und auch die Projekte gleichen sich wieder:

Wie auf den Philipinnen wurde auch in El Salvador am Tag der Agrarreformerlassung der Ausnahmezustand verhängt. Weitere Vergleiche berichtete der ‚stern' über den USA-Berater Prosterman: „Roy Prosterman, einen ‚unabhängigen' Experten. In Vietnam hatte er mit dem späteren CIA-Direktor Colby das ‚Projekt Phönix' verwirklicht, durch das die Landbevölkerung von ‚Vietcong-Elementen' gesäubert wurde. Phönix-Bilanz: 45.000 Tote. Bei der von ihm für die Philippinen ausgearbeiteten Landreform hatte er die Ländereien der US-Nahrungsmittel-Multis von der Verteilung an die Bauern ausgenommen. Auf seinen Rat waren bei der Landreform in El Salvador die Kaffeebarone von der Enteignung verschont geblieben."[14]
Eine ähnlich"erfolgreiche Durchführung"wie in Vietnam stellt sich Prosterman sicherlich auch in El Salvador vor. Er nimmt an, daß, „Wenn die Landreform erfolgreich durchgeführt wird, der Aufstand der bewaffneten Linken bis Ende '80 vollständig niedergeschlagen sein wird".[15]
Über die Durchführung dieses Programms erzählt ein Techniker des Regierungsinstituts für die Agrarreform (ISTA): „Die Truppen kamen und erzählten den Arbeitern, das Land gehöre ihnen. Sie könnten ihre eigenen Führer wählen und die Kooperativen einrichten. Die Landarbeiter trauten erst ihren Ohren nicht, aber noch in derselben Nacht hielten sie Wahlen ab. Am nächsten Morgen kamen die Truppen zurück, und vor meinen Augen knallten sie jeden einzelnen der gewählten Leiter ab."[16]
Inzwischen stellt sich in El Salvador aber immer mehr heraus, daß dieses Land - „Reform"-Programm nicht die von den USA, den Militärs und der salvadorianischen Oligarchie erhofften „Erfolge" hat. Im Gegenteil - es werden trotz der Großoffensive der salvadorianischen Militärs im Oktober dieses Jahres weiterhin 4 von insgesamt 14 Departements des Landes von der Guerilla kontrolliert. Es sind dies die Hauptstadt einschließenden Departments Chalatenago, San Vicente, Cuscatlán und La Paz.[17] Aufgrund dieser Situation erhöhen sich sicherlich auch die US-Waffengeschäfte in Zentralamerika, besonders in El Salvador.

US-Militärhilfe:

Vor dem Putsch der ‚Jungen Offiziere' vom 15. 10. 79 hatten die USA lediglich einen einzigen Waffenverkauf an El Salvador durchgeführt. Aufgrund der Kritik der USA zur Situation der Menschenrechte in El Salvador hatten bislang die Militärs derartige Geschäfte mit den USA abgelehnt.
Nach dem Putsch jedoch, von dem die USA sich erhoffte, ein „Zweites Nicaragua" zu vermeiden, gaben sie ihre Position der lautstarken Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen auf. In der Folgezeit kam es dann zu einem erheblichen Anstieg der Kredite. „Nach dem Staatsstreich bis zur Abdankung der ersten zivil-militärischen Junta im Januar 1980 waren die US-Verkäufe minimal. Nach der Wiedergewährung von 5,7 Mio. Dollar als Militärhilfe für El Salvador im April 1980 vermehrten sich die Verkäufe erheblich. Denn schon am 25. September 1980 hatte die Regierung von El Salvador 2,3 Mio der wiedergewährten Kredite aufgebraucht.[18] In diesen Zahlen sind nicht die Zuschüsse für Ausbildung oder Verkäufe über private US-Firmen oder Körperschaften enthalten. Die an El Salvador gewährten Kredite durch die USA sind für eine Aufrechterhaltung der Kriegserklärung der Junta an das salvadorianische Volk unverzichtbar, denn „Mit der Militärhilfe der USA - bis 1981 werden es 12,2 Mio Dollar seit dem Putsch vom Oktober vergangenen Jahres gewesen sein - führt die nun von Liberalen gesäuberte Regierung einen massiven Ausrottungskrieg gegen die Opposition".[19]
Erst jüngst hat Carter dem amerikanischen Kongreß den Vorschlag zur Bewilligung vorgelegt, für das Haushaltsjahr 1980/81 die militärische Hilfe für El Salvador zu erhöhen. „Wenn das neue Projekt genehmigt wird, würde die Hilfe, die El Salvador in den Haushaltsjahren 1979/80 und 1980/81 erhält, 69% der gesamten gewährten Hilfe ausmachen, die von den USA seit 1950 gezahlt wurden."[20]
Im Zusammenhang mit den Waffenverkäufen der USA an El Salvador müssen auch die Verkäufe an die strategisch wichtigen Militärstaaten Guatemala und Honduras berücksichtigt werden. Auch hier erhöhten sich die Verkäufe:

INVESTITIONEN UND MILITÄRHILFE DER USA AN DIE JUNTA VON EL SALVADOR

BILATERALE UND MULTILATERALE HILFE FÜR EL SALVADOR

I. BILATERLAER FONDS VON DER AGENTUR DER USA FÜR DIE INTERNATIONALE ENTWICKLUNG (AID)
– in Millionen US-Dollar im Rechnungsjahr 1980 –

9.750:	Entwicklung für Klein-Produzenten (5,5 Millionen genehmigt 27.2.1980)
15.125:	Öffentlicher Arbeitssektor (10.125 Millionen genehmigt am 28.3.1980)
10.950:	Verbesserungen für unterentwickelte Kommunen (Slums) (5,825 Millionen genehmigt am 24.4.1980)
1.200:	Gesundheit und Versorgung (0,825 Millionen genehmigt am 24.4.1980)
1.280:	Reform- und Politische Planung (0,900 Millionen genehmigt am 24.4.1980)
5.000:	Unterstützung zur Agrarreform (5,0 Millionen genehmigt am 2.5.1980)
10.000:	Kredite für Agrarreform (10,0 Millionen genehmigt am 7.7.1980)
15.000:	Organisation der Agrarreform (6,0 Millionen genehmigt am 7.7.1980)
9.500:	Garantien für Wohnungsbauinvestitionen (9,5 Millionen genehmigt)
3.000:	P.L. 480 (Nahrungsmittel für den Frieden) Titel = Gesetzentwurf I (3,0 Millionen genehmigt)
4.800:	P.L. 480 (Nahrungsmittel für den Frieden) Titel = Gesetzentwurf II (4,8 Millionen genehmigt)
2.119:	weiterlaufende AID-Aktivitäten
Sa. 87.724	Millionen US-Dollar

II. BILATERALER FONDS DES US-DEPARTEMENTS FÜR VERTEIDIGUNG
– in Millionen US-Dollar seit 15. Oktober 1979 –

0.205:	Ausrüstungen zur Kontrolle von Aufruhr, Gewaltsamen Demonstrationen (Tränengas, Helme, Panzerwesten)
0.300:	Internationale militärische Ausbildung und Training (Aus dem Fonds für das Training von salvadorenischem militärischem Personal, entweder in US-Kasernen oder durch Mobile Trainings-Teams der USA)
5.700:	Ausländische militärische Handelskredite für „nicht-tödliche" militärische Ausrüstungsgegenstände (Zustimmung durch den Kongreß im April 1980)
Sa. 6.205	Millionen US-Dollar

III. FINANZDARLEHEN VON INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN

– in Millionen US-Dollar –

Welt-Bank
Im Rechnungsjahr 1980 gab es keinerlei Welt-Bank-Darlehen für El Salvador. Trotzdem sind einige der unter den verschiedenen salvadoreanischen Regierungen ratifizierten Projektfonds noch nicht ausgegeben. Diese Gelder für spezifische Projekte belaufen sich auf 83.953 Millionen US-Dollar.

Interamerikanische Development-Bank
Die folgenden Darlehen wurden für El Salvador im Kalenderjahr 1979 gegeben:

16.300:	Viehzuchtentwicklung und deren Gesundhaltung
4.500:	Investitionsstudien
0.500:	Kleine Projekte
27.000:	Öffentliche Gesundheitseinrichtungen
Sa. 48.300	Millionen US-Dollar

Die folgenden Darlehen wurden im Kalenderjahr 1980 zugestanden:

16.500:	Agrikulturelle und Agrarindustrielle Kredite (Landwirtschaftliche Projekte)
1..500:	Exportfinanzierungen
Sa. 18.000	Millionen US-Dollar

Internationaler Währungsfonds
Während des Rechnungsjahres 1980 (endet am 30. April 1980) erhielt El Salvador 76.790 Millionen US-Dollar in Form von Rechnungsfinanzierungen durch den IMF. 37.380 Millionen US-Dollar dieser Summe wurden von El Salvadors Reserven gestellt. Der darüber hinausgehende Kredit ist von dem „IMF Trust Fonds", und von El Salvadors erster Kreditvereinbarung.
El Salvador kann sich heute noch viel von seiner 2. und 3. Kreditvereinbarung leihen.

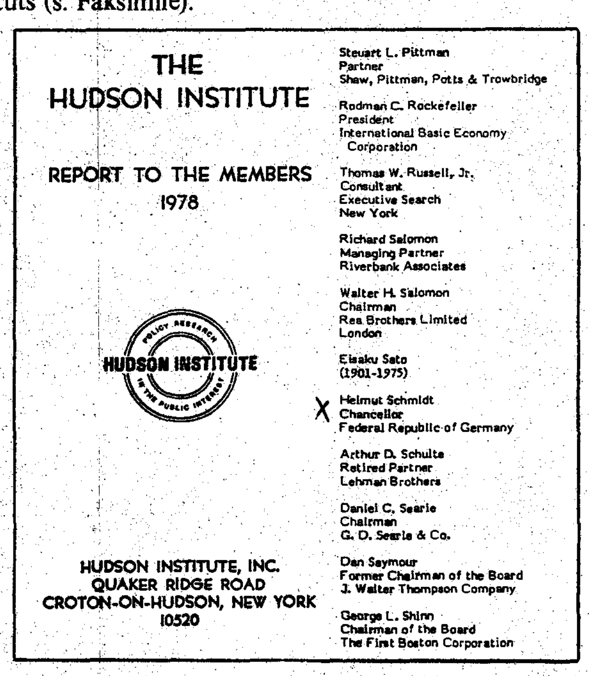
Quellennachweis:
Tabelle I: US Agency for International Development, Sept. 1980
Tabelle II: US Department of State
Tabelle III: World Bank – Jährlicher Report 1980, pp. 119, 120, 154, 185; Inter-American Development Bank – Jährlicher Report 1979, pp. 68, 69 und Nachrichten-Bulletin International Monetary Fund Jährlicher Report 1980, pp. 112, 119 und 121, 123, 125.

„Die US-militärische Hilfe für die hondurensische Armee hat sich seit April 1980 auf Hubschrauber, Sprechgeräte, Munition, Waffen, Nachtsichtgeräte und US-technische Ausbildung und Mitwirkung ausgedehnt."[21] Zu alledem kommen Maßnahmen hinzu, wie z. B. die oben erwähnte Anti-Guerilla-Ausbildung von bisher 300 salvadorianischen Offizieren in Panama.



BRD-Unterstützung für die Junta:

Der Kanzler der Universität von El Salvador, Professor Evaristo Hernandez, der eine Informationsreise zu El Salvador durch die BRD machte und dabei den von den Evangelischen Studentengemeinden gestifteten Friedenspreis anstelle des ermordeten Rektors Felix Ulloa entgegennahm, forderte von der Bundesregierung, daß sie die geplanten 22 Millionen-Mark-Unterstützung für El Salvador nicht an die Junta auszahlen dürfe.[22]
Dieser Betrag ist mehrfach von der Presse genannt worden, ohne daß konkret erwähnt wird, wofür das Geld zur Verfügung gestellt werden soll. Zwar wurde uns vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) versichert, daß alle Projekte in El Salvador gestoppt und die ‚Experten' abgezogen worden seien, auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau als Kreditauszahler die Weisung habe, nichts zu unternehmen. Doch noch im Juni hat – andererseits – Außenminister Genscher eine Änderung des öffentlichen Verhaltens der Bundesregierung gegenüber El Salvador gefordert und sich offen zu einer Unterstützung des Militärregimes bekannt.[23]
Außerdem ist bekannt, daß die USA die Bundesrepublik drängen, die Militärjunta stärker zu unterstützen. Vor allem diejenigen, die der Sozialistischen Internationale nahestehen, sollen umgestimmt werden. Diese hat zum Abschluß ihres Madrider Kongresses folgende Forderung gestellt: „Die Sozialistische Internationale fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf, ihre politische und militärische Unterstützung der derzeitigen Junta von El Salvador einzustellen und anzuerkennen, daß es dieser Junta nicht gelungen ist, mehr Blutvergießen zu verhindern. Wir weisen die These zurück, daß die Junta gegen die extreme Rechte oder Linke kämpfe; es handelt sich vielmehr um ein despotisches Regime, dessen Aktionen zu einem Zustand des Bürgerkriegs geführt haben."[24] Dieses ist eine eindeutige Stellungnahme.
Um die der Sozialistischen Internationale nahestehenden Personen innerhalb der Bundesregierung für die Politik der USA umzustimmen, unternimmt das US-Außenministerium merkwürdige Schritte. Eine Note des Hudson-Instituts vom 14. 10. 1980 gibt über diese Machenschaften der USA Auskunft. Das Hudson-Institut hat zur Aufgabe, „optimistische Prognosen für die Entwicklung des Kapitalismus auszuarbeiten".[25]
Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt ist Mitglied dieses Instituts (s. Faksimile).


THE
HUDSON INSTITUTE

REPORT TO THE MEMBERS
1978

HUDSON INSTITUTE

HUDSON INSTITUTE, INC.
QUAKER RIDGE ROAD
CROTON-ON-HUDSON, NEW YORK
10520

Steuart L. Pittman
Partner
Shaw, Pittman, Potts & Trowbridge

Rodman C. Rockefeller
President
International Basic Economy Corporation

Thomas W. Russell, Jr.
Consultant
Executive Search
New York

Richard Salomon
Managing Partner
Riverbank Associates

Walter H. Salomon
Chairman
Rea Brothers Limited
London

Eisaku Sato
(1901-1975)

X Helmut Schmidt
Chancellor
Federal Republic of Germany

Arthur D. Schulte
Retired Partner
Lehman Brothers

Daniel C. Searle
Chairman
G. D. Searle & Co.

Dan Seymour
Former Chairman of the Board
J. Walter Thompson Company

George L. Shinn
Chairman of the Board
The First Boston Corporation

Die bezeichnete Note also stammt von Professor C. C. Menges, der ebenfalls an einem Forschungsprojekt mit dem Ziel arbeitet, den linken Bewegungen Mittelamerikas durch Landreformmaßnahmen die Basis zu entziehen. Die Note bezieht sich auf „Besondere Vorschläge, um die europäischen Sozialdemokraten über die Agrarreform und den politischen Fortschritt in El Salvador zu informieren". Der erste Absatz beginnt: „Am 3. Oktober 1980 hatte ich Ihnen eine kurze Mitteilung über die Notwendigkeit einer viel aktiveren dringlichen Anstrengung geschickt, die Sozialistische Internationale zu einer Änderung ihrer Einstellung gegenüber der extremen Linken in El Salvador und Zentralamerika zu bewegen" (s. Faksimile). Im folgenden Text werden dann fünf Personen genannt, die gezielt auf sozialdemokratische und sozialistische Parteien der BRD, Spaniens, Großbritanniens, Frankreichs und Portugals zur Beeinflussung angesetzt werden sollen. Das gesamte Schreiben war gerichtet an Botschafter Bowdler, Herrn Cheek und Herrn Blacken. Botschafter Bowdler ist Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten im State Department. Bekannt ist er u. a. deshalb, weil er 1954 die Militärinvasion der USA in Guatemala und 1965 in der Dominikanischen Republik mitgeleitet hatte. Ferner hatte er 1961 bis 1964 die Blokkade gegen Kuba mitorganisiert und war an der Jagd auf Che Guevara in Bolivien beteiligt.



HUDSON INSTITUTE

1500 WILSON BOULEVARD, SUITE 810, ARLINGTON, VIRGINIA 22209 • 703-243-1550

October 14, 1980

Note for:

Ambassador Bowdler
Mr. James Cheek
Mr. John Blacken

Re: Specific suggestions for informing European social democrats about the agrarian reforms and political progress in El Salvador

On October 3, 1980, I sent you a short note concerning the need for a more active and time-urgent effort to achieve changes in the Socialist International position on the extreme left in El Salvador and Central America. I still hope we can discuss this at greater length in the near future.

Among the things which need to be done are to send credible, well informed individuals to Germany, Spain, the United Kingdom (the Labor party and the SI secretariat), France, and Portugal, who can meet with democratic socialist leaders and party staff concerned with international affairs. I urge that State and ICA consider sending one or more of the following:

- Mr. Michael Hammer, AIFLD, four years experience in El Salvador, has played a major role in the agrarian reform this year and speaks fluent Spanish and good German.
- Ms. Mary Temple, and/or Mr. Roy Prosterman, Independent experts with the Land Council, actively involved in other successful agrarian reforms and in the efforts in El Salvador this year; however, I believe they speak only English (this should be checked.)
- Mr. Raul Manglapus, Head of the Social Christian Movement of the Philippines, a Christian Democratic group currently in Washington, D.C. exile while opposing a rightist authoritarian government and the communist groups; close friend of Napoleon Duarte of El Salvador; articulate in English and Spanish and well informed about the political situation in El Salvador. He will, in any case, be attending a Christian Democratic conference on human rights in Madrid, November 3-7 and could then meet with members of the UDC and PSOE in Spain to discuss El Salvador. (his telephone is: 538-0400).

Cordially
Constantine C. Menges

CCM/sb HEADQUARTERS: QUAKER RIDGE ROAD, CROTON-ON-HUDSON, NEW YORK 10520
ASIA PACIFIC OFFICE: KOWA BLDG NO 9, ... AKASAKA, MINATO-KU, TOKYO 107 JAPAN
HUDSON RESEARCH EUROPE LTD., ... AVENUE DE LOWENDAL, PARIS 75007, FRANCE
... MONTREAL, QUEBEC ...

Aber nicht nur über die Regierung und die USA werden Kontakte zur Junta von El Salvador geknüpft und gepflegt, sondern auch auf anderen Ebenen.

Die Junta zu Gast bei der CDU:

Gleich zwei Mal waren Mitte des Jahres Juntamitglieder zu Gast bei der CDU. Am 13. Juni war eine neunköpfige Delegation mit Ministerpräsident, Innenminister und hohen Militärs zu Gast bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. In Berlin wurden aus Protest gegen diese Provokation von



Das besetzte Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung

der Solidaritätsgruppe für El Salvador die Räume der Konrad-Adenauer-Stiftung besetzt. Während die Besetzer von der Polizei festgenommen wurden, durften die salvadorianischen Juntamitglieder die Bundeswehr und die Berliner Polizei besuchen (s. Kasten: Anfrage im Berliner Senat S. 57). Herr von Hassel nahm die Junta dann auch noch in Schutz und äußerte „scharfe Kritik an den ‚politischen Kräften des Sozialismus und Kommunismus', die er für ‚Propaganda' gegen die ‚reformwillige und tüchtige Regierung El Salvadors' verantwortlich machte. Dieser Regierung stünden ‚revolutionäre, auf gewaltsame Machtübernahme eingeschworene' Kräfte gegenüber."[26]
Der Bundestagsabgeordnete Ottfried Hennig (CDU) bekräftigt diese Aussagen nach seiner Reise nach Mittelamerika in einem Interview mit der Oldenburger Ost-West-Zeitung. Herr Hennig war früher Gutachter für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika. Seiner Meinung nach kann „von Völkermord in El Salvador gar keine Rede sein".[27]



Waffen für die Junta:

Waffen für El Salvador, d. h. für die Junta, lieferte u. a. die bundesdeutsche Firma Heckler & Koch aus Oberndorf am Neckar. Wenn es ihr nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) auch nicht immer leicht gemacht wird, Waffen zu exportieren, so ist doch der Kundenkreis in aller Welt recht groß. Das KWKG weiß diese Firma dadurch zu umgehen, indem sie z. B. ihre Waffenproduktion für Südostasien kurzerhand nach dorthin verlagert hat. Ähnlich trickreich kommen auch andere Länder an die Waffen von Heckler & Koch. Daß wir von dem Waffenhandel dieser Firma doch wissen und ihn auch beweisen können, ist dem glücklichen Zufall des unglücklichen Waffenhänd-

HK HECKLER & KOCH GMBH OBERNDORF·NECKAR

LISTA DE REFERENCIA

Los siguientes paises adoptaron armas HK para sus Fuerzas Armadas y/o Policias:

Europa	America	Cercano y Medio Oriente
Alemania	USA	Abu Dhabi
Dinamarca	Brasil	Arabia Saudita
Grecia	Chile	Bahrain
Holanda	Colombia	Chardja
Inglaterra	El Salvador	Dubai
Italia	Guayana	Irán
Noruega	Haiti	Jordania
Portugal	México	Jemen
Suecia	República Dominicana	Oman
Suiza	Perú	Pakistan
Turquia	Venezuela	Qatar

Extremo Oriente	Africa	
Bangla Desh	Alto Volta	Moçambique
Birmania	Angola	Niger
Brunei	Chad	Nigeria
Filipinas	Costa del Marfil	Senegal
India	Ghana	Sudan
Indonesia	Kenya	Uganda
Japón	Malawi	Tanzania
Malaysia	Marruecos	Togo
Tailandia	Mauritania	Zambia

copyright zum Hudson-Institut und Heckler & Koch bei: Max Watts

lers Herrn Bähr von Heckler & Koch zu danken, der auf dem Frankfurter Flughafen seinen Koffer mit vielem diesen Handel beweisenden Material verlor. Wie die Kripo den Kontakt zwischen Armin Bähr, der Firma Hecker & Koch sowie den Findern des granatschweren Koffers herstellt und damit die Autentizität der Unterlagen bewies, ist im „Informationsdienst" (ID) Nr. 330 vom 18. April 1980[28] nachzulesen.

Die mitgeführten Kontaktadressenliste des Herrn Bähr reichte mit Adressen von Argentinien über Bolivien, Brasilien und Chile bis nach Uruguay.

Doch El Salvador hat aus der BRD nicht nur Waffen der Firma Heckler & Koch. Ebenso fahren dort 20 gepanzerte Spezialfahrzeuge der Firma Unimog, die z. B. im Straßenkampf gut geeignet sind. Laut Angaben über dieses Fahrzeug existieren von dem Typ erst 10 Stück in der BRD.[29]

wite



Bauern trauern vor totem Genossen

Anmerkungen:

1) siehe ‚stern'-magazin, Nr. 47, 13. 11. 1980
2) siehe ‚Die Zeit', 19. 9. 1980; ‚Der Spiegel', Nr. 41, 6. 10. 1980, und weitere Tageszeitungen
3) NZZ, 4. 11. 1980
4) Die FR berichtet am 22. 11. 1980: „50.000 Menschen sind in den letzten Tagen aus dem Norden San Salvadors geflüchtet, um den Kämpfen zwischen Guerilleros und der regulären Armee zu entgehen." In Honduras sollen 30.000 salvadorianische Flüchtlinge sein, wie die FAZ am 31. 10. 1980 berichtet.
5) siehe ‚Der Spiegel', Nr. 41, 6. 10. 1980
6) siehe ‚Die Zeit', 19. 9. 1980
7) Nohlen/Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 181
8) vgl. Lateinamerika, Analysen und Berichte 4, Berlin 1980, S. 243
9) SZ, 22. 10. 1980
10) FR, 20. 10. 1980
11) FR, 18. 10. 1980; Die FAZ berichtete am 25. 8. 1980 noch eine bemerkenswerte Tatsache: „Nachdem am Wochenende amerikanische und vietnamesische Offiziere schon das Kommando über die ‚Strafaktion' gegen die Guerilleros in der Hauptstadt San Salvador übernommen hatten, sind nach Meldungen der ‚Revolutionsarmee' zum ersten Mal fünf amerikanische Marineinfantristen in Cabanas in der nördlichen Provinz Morazon im Kampf gegen die Aufständischen gefallen."
12) vgl. FR, 29. 11. 1980
13) FR, 1. 2. 1980
14) siehe ‚stern'-magazin, 13. 11. 1980
15) ESG-Friedenspreis Dokumentation, Essen 1980, S. 53
16) ebenda, S. 54
17) vgl. IDES (Informationsdienst El Salvador) Nr. 17, 28. 11. 1980
18) ESG-Friedenspreis Dokumentation, S. 65
19) siehe ‚Der Spiegel', Nr. 41, 6. 10. 1980
20) informe El Salvador, cides-centroamerica, No 1, August 1980
21) ESG-Friedenspreis Dokumentation, S. 67
22) vgl. FR, 27. 11. 1980
23) siehe ‚Der Spiegel', 18. 8. 1980
24) FAZ, 20. 11. 1980
25) siehe ‚stern'-magazin, Nr. 47, 13. 11. 1980
26) FR, 16. 6. 1980
27) FR, 31. 10. 1980
28) siehe auch die Ausgaben des ‚Informationsdienst' Nr. 326 (21. März 1980) und 327 (28. März 1980).
29) aus: Michael Dewar, Internal Security Weapons and Equipment of the World, New York 1979, S. 16. Hier finden sich auch genaue Angaben zur Bewaffnung des 1,5 Tonnen-Daimler-Benz Unimog S 404 bzw. UR 416. Außerdem steht dort ein Hinweis, daß Thyssen-Henschel ein Spezialfahrzeug für ‚Internal Security' (Innere Sicherheit) entwickelt, das mit dem Chassis des neuen Unimogs U-120 ausgerüstet werden kann.

Solidarität mit dem Volk von El Salvador

Der Solidaritätsbewegung in der BRD stellt sich jetzt die Aufgabe, den Widerstand in El Salvador auch materiell zu unterstützen. In der jetzigen Situation, in der in Zusammenarbeit von Junta, Militär und paramilitärischen Verbänden, unterstützt von den USA, aber auch von anderen Ländern, in El Salvador ein breites Massaker an der Bevölkerung organisiert wird, bedeutet eine materielle Unterstützung des Widerstandes auch folgendes: Die Organisationen des Widerstandes sind gezwungen, sich gegen die Massaker auch militärisch zur Wehr zu setzen. Somit wird das von den Solidaritätsgruppen gesammelte Geld in der jetzigen Situation zumindest teilweise für die Finanzierung dieses militärischen Widerstandes verwandt werden. Die Zeitung „die Tageszeitung" hat am 3. 11. 1980 die Initiative übernommen und die Sammlung für die Organisationen des Widerstandes in El Salvador organisiert. Wir haben die Initiative dieser Zeitung diskutiert und für das dort eingerichtete Sonderkonto gesammelt. Auch die „Lateinamerika-Nachrichten" und das „Forum", der gemeinsame Rundbrief der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, haben aufgerufen, auf das Sonderkonto zu spenden. Uns ist die Unterstützung dieses Aufrufes und damit der Beitrag zur Finanzierung militärischer Aktionen nicht leicht gefallen. Unsere bisherigen Unterstützungen für Befreiungsbewegungen bestanden in Sammlungen für Projekte des Aufbaus, etwa in den befreiten Gebieten in den damaligen portugiesischen Kolonien. Aber in der jetzigen Situation ist der Widerstand gegen die Massaker Voraussetzung für jede spätere Aufbauarbeit.

Hier das Sonderkonto der Tageszeitung:
Freunde der alternativen Tageszeitung
Sonderkonto
Konto-Nr. 288 59-107 beim Postscheckamt Berlin/West
(BLZ 100 100 10)

Auf zwei weitere Spendenaktionen für El Salvador möchten wir aufmerksam machen:
medico international organisiert Hilfe für die Opfer der militärischen Offensive in der Provinz Morazan. Gesammelt werden für Nahrungsmittel, Medikamente und medizinisch-technisches Gerät.
medico international
Konto-Nr, 232 bei der Stadtsparkasse Frankfurt
Stichwort: El Salvador

Zur Unterstützung der Flüchtlinge können Spenden auf das Konto:
Evangelische Studentengemeinde Essen
Konto-Nr. 8 354 797 bei der Stadtsparkasse Essen
(BLZ 360 501 05) unter dem Stichwort „Flüchtlingsarbeit in El Salvador" eingezahlt werden.

Keinesfalls sollte aber die direkte materielle Unterstützung des Widerstandes die einzige Aktivität der Solidaritätsarbeit sein. Wir sind dafür verantwortlich, das uns mögliche zu tun, daß die Unterstützungen, die von Seiten der BRD der Junta El Salvadors gewährt werden oder gewährt werden sollen, unterbleiben. In Briefen und telefonischen Anfragen müssen wir auf die Bundesregierung Druck ausüben, um von ihr eine klare Stellungnahme zu erwirken, daß die geplante Zahlung von 22 Millionen DM an die Junta unterbleibt. In dieser Sache kann jede Gruppe, aber auch jede Einzelperson aktiv werden. Dies können wir beitragen, um den Krieg, der die Bevölkerung von El Salvador aufgezwungen wurde, zu verkürzen. An folgende Adresse können Anfragen gerichtet werden; über folgende Anschriften könnt Ihr Euren Protest über die Verbrechen der Militärjunta ausdrücken:



Totenwache eines Widerstandskämpfers

- ruft beim **Auswärtigen Amt** an und dringt darauf, daß die Militärjunta keinerlei Unterstützung aus der Bundesrepublik bekommt (El Salvador soll 21,5 Mio. DM Entwicklungshilfe für „Bodenreform" erhalten – das wäre eine versteckte Militärhilfe) Telefon 0228/171;
- ruft Eure **örtlichen Bundestagsabgeordneten** an!
- ruft die **Bundesgeschäftsstelle der SPD** an (0228-5321), schreibt Protestbriefe an die Parteizentrale der SPD in der Erich-Ollenhauer-Straße, 5300 Bonn 1;
- dasselbe mit der **CDU-Geschäftsstelle**, Tel. 0228-5441, Friedrich-Ebert-Straße 73, 5300 Bonn;
- schreibt an das **Bundeskanzleramt**, 5300 Bonn, Telefon 0228-561!
- schreibt Protestbriefe an die Botschaft der USA, Deichmannsaue, 5300 Bonn 2!
- schreibt Protestbriefe an die **Botschaft der Republik El Salvador**, Ganghoferstraße 6, 5300 Bonn;
- gebt Eure Briefe und Proteste an die örtliche Presse!
- ruft die **örtliche Presse** an und fordert ausführlicherer Berichterstattung zu diesen Vorfällen.

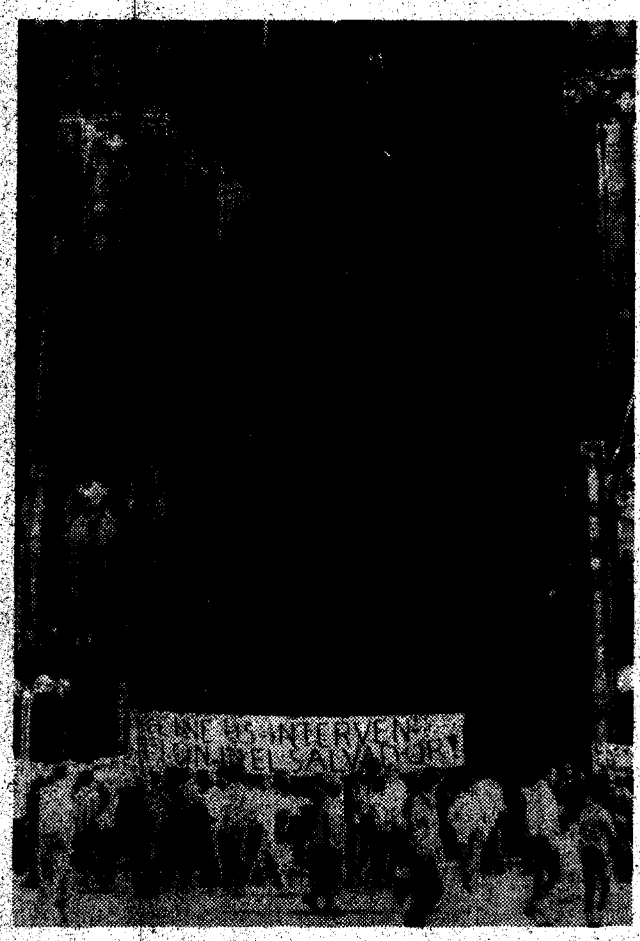
Broschüre zu El Salvador:
„Ein Land kämpft um seine Befreiung"
Analysen, Dokumentationen und Interviews.
Enthält eine rund 200seitige Broschüre, die als Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten herausgegeben wurde.
Kosten: 6,– DM, zzgl. Porto/Verpackung, Rabatte für Wiederverkäufer. Bestellungen an die Informationsstelle El Salvador:
Kiliansplatz 5, 8000 München 2
Telefon 089-7 25 58 27
Konto Postscheck München 180 769-802

Kirche kann nicht neutral sein

Asylsuche im Kölner Dom

Zu einer „Stellvertretenden Asylsuche" haben sich am 26. September etwa 150 Menschen im Kölner Dom eingefunden. Sie wollten mit ihrer Aktion auf den Massenmord in El Salvador aufmerksam machen und die Deutschen Bischöfe zu einer eindeutigen solidarischen Stellungnahme mit dem Volk in El Salvador und gegen jegliche Unterstützung der dortigen Junta bewegen. Eine eindeutige Stellungnahme der kirchlichen Amtsträger hat die Aktion in der Tat bewirkt: Diese weigerten sich, mit Leuten zu sprechen, die sie unter Druck setzen, riefen die Polizei und ließen die „Asylsuchenden", Mitarbeiter von El-Salvador-Solidaritätsgruppen, von Studentengemeinden und kirchliche Mitarbeiter, mit Polizeigewalt aus dem Dom zerren. Zu allem Überfluß stellten sie auch Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Die Polizei nahm ihre Ermittlungstätigkeit gegen die vorübergehend Festgenommenen so gründlich, daß sich die festgenommenen Frauen bei der erkennungsdienstlichen Behandlung nackt ausziehen mußten. Kardinal Höffner, als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz ein wesentlicher Adressat der Aktion im Kölner Dom, hat in einer persönlichen Stellungnahme die Polizeiaktion gerechtfertigt. Diese Stellungnahme erschreckt; insbesondere die in ihr enthaltende Weigerung, von staatlicher Seite begangenes Unrecht zur Kenntnis zu nehmen. Wir dokumentieren die Stellungnahe Höffners zusammen mit einer Antwort der Christen für den Sozialismus und einem Kommentar von Helmut Gollwitzer.

Red.



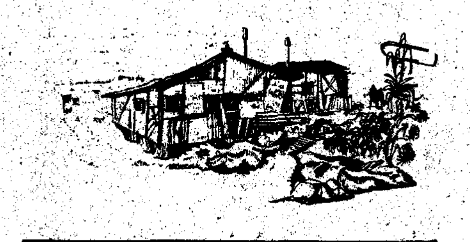
Hauptportal des besetzten Domes

Kardinal Joseph Höffner

Zur Dombesetzung am 26. September 1980 bemerke ich folgendes:

1. Bevor ich als Bischof einen Menschen vor meinem Gewissen als Verbrecher bezeichnen darf, muß eindeutig bewiesen sein, daß er die ihm vorgeworfenen Verbrechen begangen hat. Zeitungsberichte sind kein hinreichender Beweis. Noch nie hat ein deutsches Gericht einen Angeklagten aufgrund von Zeitungsberichten verurteilt. Auch irgendwelche Aussagen von „Zeugen" reichen nicht aus. Ist gerichtlich festgestellt, daß sie die Wahrheit sagen? Oder sind sie rechte oder linke Propagandisten? Ich selber bin nicht imstande, eindeutige Beweise vorzulegen, aus denen sich ergibt, welche Verbrechen in El Salvador geschehen sind und wer sie begangen hat. Meine Nachforschungen darüber, ob zahlreiche Katholiken in Gottesdiensten umgebracht worden seien, führten zu dem Ergebnis, daß diese Gerüchte sich nicht beweisen lassen. Wo ist ein Gerichtshof, der darüber Klarheit verschafft?

2. Als Bischof bin ich verpflichtet, nicht einseitig zu urteilen. Auch aus zahlreichen anderen Ländern wird mir berichtet, daß dort die Menschenrechte verletzt werden. Es wäre ungerecht, nur ein Land anzuprangern und die anderen schweigend zu übergehen. Ich stelle folgende Fragen: Ist es richtig, daß in Cuba, wie mir Lateinamerikaner sagen, mehr politische Gefangene schmachten als in allen übrigen lateinamerikanischen Ländern zusammengenommen? Ist es richtig, daß auch in Nicaragua, wie mir berichtet wird, zur Zeit etwa 8000 politische Gefangene eingekerkert sind? Ist es richtig, daß auch in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei, in Nord- und Südkorea sowie in Angola Menschenrechte verletzt werden? Ist es richtig, daß es in Vietnam Hunderte von Konzentrationslagern gibt? Papst Johannes Paul II. hat am 5. Oktober 1980 auf die „schwersten Prüfungen und Verfolgungen" hingewiesen, unter denen die „heroische Kirche" Albaniens seit langer Zeit leidet, wie das „Zeugnis ihrer Märtyrer, der Bischöfe, Priester, Ordensleute und einfachen Gläubigen" zeigt. Wenn sich die Deutsche Bischofskonferenz zur Verletzung der Menschenrechte und zur Unterdrückung der Religionsfreiheit äußert, wird sie nicht ein einziges Land herausgreifen und über die Verhältnisse in den anderen Ländern schweigen, sondern umfassend Stellung nehmen.



El Salvador
Hintergrundinformation

FRIEDENSPREIS DOKUMENTATION

Dokumentation zu beziehen über:
ESG-Essen
Universitätsstr. 2
4300 ESSEN
Tel. 0201/133-3347/48



Asylsuche im Kölner Dom

3. Der Kölner Dom ist ein Gotteshaus. Sein religiöser Charakter würde aufgehoben, wenn er zum Schauplatz sensationeller Aktionen bestimmter Gruppen gemacht würde. Auch ist zu befürchten, daß die Dombesetzungen, wenn nicht von Anfang an Einhalt geboten wird, sich maßlos häufen und für alle möglichen Zwecke durchgeführt würden. Müßten nicht auch Dombesetzungen gegen die Christenverfolgung in Albanien, Vietnam, Angola und in vielen anderen Ländern erfolgen?

Rom, den 7. Oktober 1980

Christen für den Sozialismus in der BRD und West-Berlin:

„Kardinal Höffners Stellungnahme ist ein bestürzendes Zeugnis der Unaufrichtigkeit. Welcher Gerichtshof soll ihm denn Klarheit verschaffen in einem Land, in dem die Militärjunta jede demokratische Gerichtsbarkeit ausgeschaltet hat? Will er damit etwa auch sagen, die Kirche konnte im dritten Reich ihre Stimme nicht für die Millionen vergaster Juden erheben, weil der Volksgerichtshof die KZ-Betreiber nicht verurteilt hat? Wie kann ein deutscher Bischof angesichts von 8.000 Toten seit 1979, unter ihnen Erzbischof Romero, die dem staatlichen Terror in El Salvador zum Opfer gefallen sind, nach zusätzlicher Klarheit verlangen? ..

Die politischen Gefangenen in Nicaragua mit den Getöteten in El Salvador aufzurechnen und das Ganze mit dem Begriff „Menschenrechtsverletzungen" zu verharmlosen, ist mehr als eine Geschmacklosigkeit den Betroffenen gegenüber. Höffner müßte übrigens wissen, daß die nicaraguanischen Gefangenen identisch sind mit der ehemaligen Guardia Nacional, den Folterknechten Somozas. Die Behandlung, die sie heute erfahren, kommt viel eher zum ersten Mal in der Geschichte einer Revolution der Erfüllung des Gebots der Feindesliebe nahe, als daß hier die Menschenrechte verletzt würden ..

Bielefeld, den 19. 10. 1980

**SOLIDARITÄT MIT EL SALVADOR
KIRCHE KANN NICHT NEUTRAL SEIN**
Diese Dokumentation kann bestellt werden über: „Junge Kirche", Mathildenstraße 86, 28 Bremen 1, Telefon: 0421/71648. Preis 1,50 DM. Ab 10 Exemplaren 1,– DM.

JESUS CHRISTUS KAM IN DEN DOM

Im Kölner Dom ist in diesen Tagen Außerordentliches geschehen. Jesus Christus kam in den Dom. ER wollte Kardinal Höffner bitten, die deutsche Bischofskonferenz solle für das arme Volk von El Salvador ihre Stimme erheben. Denn das Entsetzen, daß uns jetzt durch den Mord in München erschüttert, ist in Salvador grauenvoller Alltag. Der Herr Jesus kam nicht bis zum Kardinal. Aber der Herr Generalvikar Feldhoff kam und war bereit, mit dem Herrn Jesus in der Stille zu beten. Als Jesus aber damit sich nicht begnügen wollte, sondern auf seine Bitte an die Bischofskonferenz um eine laute, öffentliche Solidarisierung mit dem Volk von Salvador bestand, sagte der Generalviksr zu ihm: „Ich laß' mich doch von Ihnen nicht unter Druck setzen" und ließ den Herrn Jesus mit einer Hundertschaft Polizei gewaltsam aus dem Dom hinausschleppen. Zwar wird der Herr Generalvikar sagen, der Herr Jesus sei garnicht dagewesen, es war nur eine Gruppe von Priestern und Studenten in den Dom eingedrungen, aber er weiß ja aus dem neuen Testament: Jesus kommt heute in vielerlei Verkleidungen, zum Beispiel hier in Gestalt derer, die für das gequälte Volk von Salvador und Guatemala um Solidarität bitten. Und er sagt zu den Kirchenleuten, die ihn abweisen: „Was ihr nicht getan habt einem unter den geringsten meiner Brüder, das habt ihr mir nicht getan."

Stellungnahme von Helmut Gollwitzer im „kritischen Tagebuch", WDR 3, 29.9.1980)



Polizei räumt

„Wie die ersten Christen in den Katakomben Roms..."

Interview mit ROBERTO J. CUELLAR M. 10.11.80 Direktor der Rechtsabteilung des Erzbistums von El Salvador (gegründet von Bischof ROMERO)

Zu einem Gespräch mit Vertretern des Solidaritätskomittees „El Salvador" der katholischen Kirche Mexicos verabredet, trafen wir überraschenderweise mit Roberto J. Cuellar M. zusammen. Er kam direkt aus El Salvador um in Mexico eine Reise nach den USA und Europa vorzubereiten. Ehemals die „rechte Hand" Bischof Romeros, versucht er seit dessen Ermordnung, als Direktor der 1975 eigens dafür geschaffenen Rechtsabteilung, die staatliche Repression in El Salvador vor aller Welt bekannt zu machen.

R. C. beschrieb uns zunächst die gegenwärtige Lage in seinem Land und die Aufgaben der Kirche. Unter Kirche versteht er den Teil der katholischen Kirche, der im Sinne Romeros eine Volkskirche (eglesia popular) sein will. Die Volkskirche selbst vertritt keine politische Position. Ihre Aufgabe ist es, der Mehrheit, dem Volk, zu dienen. Das Volk will in diesem Moment eine gerechte Gesellschaft, die die Militärdiktaturen,die seit 1932 in El Salvador regieren, stets verhindert haben.
In seinem Kampf gegen das derzeitige Regime hat sich das Volk in verschiedenen Organisationen zusammengeschlossen und die FDR gegründet (Frente Democratico Revolucionario). Im Sinne Romeros respektiert die Volkskirche diesen Weg der Mehrheit der Bevölkerung und unterstützt die FDR bedingungslos ohne selbst Mitglied zu sein.
Die Volkskirche wird nicht weniger bekämpft als die Organisationen des Volkes. In El Salvador herrscht Bürgerkrieg. Das Militär wird gegen das Volk eingesetzt. Todesschwadrone und paramilitärische Truppen ermorden die Bevölkerung und scheuen nicht einmal davor zurück, Überfälle auf Flüchtlingslager zu machen.
All dies geschieht mit Wissen der Regierung.
In seinem jahrzehntelangen Kampf hat das Volk von El Salvador Repressionen erdulden müssen, wie sie in ähnlicher Härte in Nicaragua niemals vorgekommen sind. So wurde in Nicaragua z.B. die Unantastbarkeit der Flüchtlingslager immer respektiert. Das Volk von El Salvador weiß, daß dieser Kampf nicht mehr lange andauern kann und ist davon überzeugt, daß Hoffnung für ein freies Vaterland besteht.
In den nächsten Tagen reist R. C. in offizieller Mission nach den USA um eine Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte in El Salvador, die die Rechtsabteilung des Erzbischofs erarbeitet hat, verschiedenen Menschenrechtsorganisationen vorzulegen. Bei dieser Dokumentation handelt es sich um eine Statistik verbürgter Fälle von Menschenrechtsverletzungen. Keiner dieser Fälle ist von der Regierung El Salvadors widerlegt worden, Die Dokumentation umfaßt den Zeitraum vom 10. Januar bis 28. September 1980 und bezeugt 5303 Morde. R. C. betont, daß es noch

unzählige weitere Morde gab, die aber noch nicht aufgeklärt werden konnten.
R. C. hofft, daß alle angesprochenen Organisationen offiziell gegen die Repression in El Salvador protestieren. Durch das Dokument soll auch bewiesen werden, daß es sich in El Salvador nicht um einen Kampf zwischen Ultrarechten und Ultralinken handelt, sondern um eine Repression die eindeutig von der Regierung aus geht.
Anfang Dezember wird R. C. alle europäischen Länder bereisen, um seine Dokumentation den dortigen Kirchen und Menschenrechtsorganisationen vorzulegen. Er hofft, daß diese Druck auf ihre Regierungen ausüben und sie dazu bewegen, sich eindeutig für das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes von El Salvador auszusprechen.
Dies ist nach der Wahl Reagans um so wichtiger, als international klar sein muß, daß kein Land das Recht hat, sich in El Salvador einzumischen.
Natürlich wird sich R. C. auch um materielle Hilfe bemühen, z.B. für den Wiederaufbau des Radiosenders der katholischen Kirche in El Salvador, der im September von Heer und paramilitärischen Gruppen gesprengt wurde.
Während des Gesprächs, vor allem aber zum Schluß, erklärte R. C., wie wichtig es für El Salvador sei, in aller Welt ausführlich und unablässig über die Ereignisse dort zu informieren.
Besonders dringend seien Berichte über die Lage der annähernd 30 000 Flüchtlinge, die im Grenzgebiet von Honduras und El Salvador unter unbeschreiblichen Bedingungen vegetieren. Ihre Lage hat sich seit dem 31. Oktober wesentlich verschlechtert. Bis dahin war das Gebiet, in dem sie sich befinden, eine entmilitarisierte Zone unter Kontrolle der OAS – Resultat des Krieges zwischen El Salvador und Honduras von 1969. Der am 31. Oktober zwischen beiden Ländern geschlossene Friedensvertrag hob jetzt den Status der entmilitarisierten Zone auf. Anfang November veröffentlichte die Rechtshilfestelle von R. C., daß bereits 3000 Soldaten der Armee von Honduras abgeordnet seien, um sich in die ehemals entmilitarisierte Zone zu begeben. Für das weitere Schicksal der Flüchtlinge wird das schlimmste befürchtet.
Der Vertrag zwischen Honduras und El Salvador wurde einzig zu dem Zweck geschlossen, die militärischen Aktionen beider Länder besser koordinieren und damit den Widerstand in El Salvador noch effektiver unterdrücken zu können.
R. C. meinte, es sei auch wichtig, direkt nach El Salvador zu gehen, besonders um über die Flüchtlingslager des Erzbistums zu berichten, denen täglich ein militärischer Überfall drohen kann.
R. C. selbst lebt in San Salvador „wie die ersten Christen in den Katakomben Roms". Er kann keinen Schritt allein auf die Straße gehen. Um auf den Flugplatz zu gelangen, muß er stets die „Hilfe" befreundeter Priester in Anspruch nehmen. Mehr wollte er dazu nicht sagen. Als unbescholtener Bürger darf er ohne Probleme ein- und ausreisen. Er muß nur aufpassen, daß ihn nirgends eine Kugel trifft, von der die Regierung dann nichts weiß.
(Nach der Ermordung des Rektors der Universität von San Salvador – kurz vor einer geplanten Europareise – hat die Junta seiner Familie offiziell kondoliert.)
Die Repression auch gegen die katholische Kirche läßt seit der Ermordung ROMEROS nicht nach. Am 21. September zerstörte eine Bombe den Radiosender der Kirche. Eine Statistik der Kirchenleitung weist für die Monate Januar bis Juni etwa 70 nachweisbare Überfälle auf Einrichtungen der Kirche und ihre Mitarbeiter nach.
Die Niederschrift des Interviews erfolgte nach einer Tonbandaufzeichnung.
Mexico City, den 12. November

Rose Gauer und Martin Storz

Kasten zu S. 50

Anfrage im Berliner Senat

1. Kann der Senat eine Meldung des SPANDAUER VOLKSBLATTES vom 18. 7. 80 bestätigen, wonach der Leiter der Polizeidirektion II und der des Staatsschutzes bedeutenden Politikern sowie hohen Polizeibeamten und Offizieren des durch eine Militärjunta terrorisierten mittelamerikanischen Staates El Salvador Informationen über Erfahrung in Sachen Terrorismusbekämpfung gegeben haben? Wenn ja, welche weiteren Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes waren außerdem an dieser „Aufklärung" beteiligt?
2. Wie beurteilt der Senat dieses Verhalten leitender Sicherheitsbeamter Berlins im Hinblick darauf, daß die gegebenen Informationen möglicherweise geeignet sind, das brutale Vorgehen der Militärdiktatur in El Salvador gegen das Volk, die demokratische Opposition und Widerstandskämpfer technisch zu unterstützen?
3. Ist dem Senat bekannt, ob sich Berliner CDU-Abgeordnete, die bei jeder Gelegenheit mit Worten für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte eintreten, aber keine Möglichkeit auslassen, sich mit Rechtsradikalen zu verbrüdern, an der Betreuung dieser „Gäste" beteiligt haben und welche?
4. Was ist veranlaßt worden, um politisch naive Beamte und die gastgebende und mit öffentlichen Mitteln finanzierte CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung vor Wiederholungsfällen zu schützen?

Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dietrich Masteit vom 23. 7.

Antwort des Senats

zu 1.: Dem Senat ist bekannt, daß eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Deutschlandbesuch eingeladene Delegation aus El Salvador in der Zeit vom 15.–19. Juni 1980 auch in Berlin (West) weilte und während ihres Aufenthaltes u. a. die Funkbetriebszentrale der Berliner Polizei besichtigte und in zwei Referaten über die Aufgabenstellung der Polizei, auch über Terrorismusbekämpfung in Deutschland informiert wurde.
Zu 2.–4.: Der Senat ist nicht der Ansicht, daß die Ausführungen der Referenten von dem Zuhörerkreis mißbräuchlich verwendet werden können.
Unter Berücksichtigung der andersgearteten politischen Verhältnisse in El Salvador ist besonders darauf geachtet worden, auf die gesetzlichen Grundlagen und Grenzen polizeilicher Arbeit in einem demokratischen Rechtsstaat einzugehen. Bei dem Informationsgespräch ging es nicht um eine „technische Unterstützung", sondern um die Vermittlung von Erfahrung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Polizeipraxis.
Der Senat nimmt keinen Einfluß auf die Gestaltung von Besuchsprogrammen politischer Stiftungen.
Nach dem vorliegenden Programm der Konrad-Adenauer-Stiftung für die genannten Gäste ist dem Senat bekannt, daß die Herren Abgeordneten Diepgen und Schmitz vor der Delegation referierten.

Antwort vom 7. 8.

Interview mit Fideline M.:

Das folgende Interview ist von einer deutschen Frau gemacht worden. Sie hat Fragen gestellt, die z. T. den Interessen europäischer Feministinnen entsprechen. Die Antworten Fidelines verdeutlichen die unterschiedlichen Probleme und Lebensbedingungen der Frauen in Lateinamerika und Europa. Red.

Verantwortlich für internationale Beziehungen bei der Auslandsvertretung des FDR[1] (Comite Exterior), dessen gegenwärtiger Hauptsitz in Mexico City ist

Es ist bekannt, daß die lateinamerikanischen Frauen der europäischen Frauenbewegung und der in den USA distanziert gegenüberstehen. Kannst Du dazu etwas sagen?

Bei einer Reise durch Europa (Holland, Belgien, Italien, Deutschland), die ich im Sommer 1980 unternahm, lernte ich verschiedene Frauen aus feministischen Gruppen kennen. Die Bewegung in den USA kenne ich nur aus Erzählungen und durch die Lektüre einiger Schriften. Ich möchte aber ganz offen sagen, daß ich mit vielen Frauen Lateinamerikas den Standpunkt teile, daß die Parole „Frauen gegen Männer", die vor allem aus den USA zu uns dringt, großen Schaden anrichten kann. Wir sind gegen eine Vorstellung von Feminismus, die von einem Krieg der Geschlechter ausgeht. Aber wir wissen, daß die Frauen in aller Welt eine untergeordnete Rolle spielen und daß dieser Zustand geändert werden muß. In den USA soll es ja sogar Frauengruppen geben, die für die Vernichtung der Männer eintreten. In unseren Augen ist das eine absurde Vorstellung. Wir Frauen von Lateinamerika müssen in einem Punkt sehr vorsichtig sein. Der US-Imperialismus ist unser größter Feind und wir wissen, daß er wendig genug ist, alle Arten von Bewegungen zu seinem Zweck umzumünzen. So könnte er auch die feministischen Parolen dazu ausnützen, die Frauen von den eigentlichen sozialen und politischen Problemen abzulenken, sie zu verwirren und so den Kampf zu schwächen. So haben wir ehrlich gesagt Zweifel an den nordamerikanischen Frauengruppen und ihren hochtrabenden Reden darüber, daß die Frau dies und das und nochmal etwas sein muß. Wir haben schlicht gesagt Angst davor, instrumentalisiert zu werden. Als ich die Komittees in Europa besuchte, wurde ich öfters von Frauen aus feministischen Gruppen angesprochen und auch zu ihren Treffen eingeladen. Bei jeder Pressekonferenz wurden, für mich überraschend, Fragen zum Thema Frauenemanzipation gestellt. Einige Feministinnen haben sehr ernste und wichtige Dinge ausgesprochen. Bei anderen hatte ich stark das Gefühl, daß sie Fragen stellten, die einzig ihrer Sicht der Dinge, ihrem europäischen Weltbild, entsprangen. Sie wollten ganz bestimmte Antworten von mir haben. Wenn ich betont habe, daß auch die Frauen in El Salvador nicht gleichberechtigt sind, wollten sie hören, daß dies allein die Schuld der Männer sei. Wenn ich ihnen diese Antwort nicht gab, zogen sie sich enttäuscht zurück. Meiner Ansicht nach ist es falsch, nach dem besseren oder schlechteren Geschlecht zu fragen. Es geht vielmehr darum, Männer und Frauen aufzuklären und sie dahin zu erziehen, in Zukunft „menschliche Wesen" zu werden. Erst wenn wir begreifen, daß es darum geht, aus den Menschen wieder Menschen zu machen, können wir die Frauenfrage richtig stellen.



Wurde Dir von Seiten der europäischen Frauen Unterstützung für den Widerstand in El Salvador angeboten?

Da einige der Frauen in den Solidaritätskomittees arbeiten, war ihre Hilfe selbstverständlich. Die örtlichen Frauengruppen und Organisationen haben diesbezüglich nichts geäußert.

Kann man davon sprechen, daß es in El Salvador eine Frauenbewegung gibt?

Nein. Es gibt Frauenorganisationen verschiedenster Art. Zunächst einmal die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Frauen, die sich zum Canastaspielen treffen und Kleider für bedürftige Kinder sammeln. Sie wollen durch solche karikative Taten ihr schlechtes Gewissen ein wenig erleichtern, das sie zuweilen beim Anblick der Armen überkommt.

Den armen Kindern aber nützt es herzlich wenig, zuweilen aus Barmherzigkeit ein neues Kleidungsstück zu bekommen. Wir wollen vielmehr dafür sorgen, daß sie das Recht erhalten, anständig gekleidet zu sein.

Desweiteren gibt es in El Salvador einen Verband akademischer Frauen. Sie haben sich seit mehreren Jahren für die rechtliche Gleichstellung der Frau eingesetzt. Noch vor wenigen Jahren stand jede Frau unter der Vormundschaft eines Mannes, ob Vater, Bruder oder Gatte.

Dies hat sich formal geändert. In Wirklichkeit sind unsere Gesetze jedoch alles Männergesetze. In jüngster Zeit haben Frauen aus dem Volk sog. Mütterkomittees gegründet. Sie organisieren sich zu dem Zweck, die vielen Fälle von Verschwundenen und gefangenen Männern, die es durch den Bürgerkrieg gibt, aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu tragen.

Wie würdest Du die Frauenunterdrückung in El Salvador charakterisieren?

Um diese Frage zu beantworten, muß man klar zwischen den Bourgeoisiefrauen und den Frauen des Volkes unterscheiden. Erstere sind keineswegs unterdrückt. Sie führen ein freies Leben, haben ihr eigenes Auto, ihr Konto, eigene Dienstboten und alle Möglichkeiten zu reisen und sich zu amüsieren. Die Frauen des Volkes, die Bäuerinnen und Arbeiterinnen, leben unter extrem schwierigen Be-

dingungen. Sie müssen fast alle zum Lebensunterhalt der Familie beitragen, indem sie irgendwo arbeiten gehen. Zudem haben sie die ganze Hausarbeit auf dem Hals. Sie müssen kochen, waschen, putzen und vor allem darauf achten, daß alles einigermaßen hygienisch ist, denn die Gefahr von Krankheit ist groß. Man kann mit Recht davon sprechen, daß die Frau doppelt ausgebeutet wird. Als Lohnabhängige erhält sie niedrigere Löhne als die Männer. Männer bekommen mehr bezahlt, weil sie ja angeblich eine Familie unterhalten müssen. Auch bei gleicher Arbeit gibt es keinen gleichen Lohn.

Ein paar Fragen zu deiner persönlichen Entwicklung. Wie bist du im Widerstand aktiv geworden?

Ich möchte zunächst vorausschicken, daß ich Mitglied einer revolutionären Organisation der FAPU[2] bin. Das bedeutet momentan, wo sich alle Organisationen in der FMLN[3] zusammengeschlossen haben, nicht mehr sehr viel, erklärt jedoch meinen politischen Hintergrund.
Mein Vater ist Arbeiter, meine Mutter eine typische Hausfrau, hundert Prozent abhängig von ihrem Mann und total dem Haushalt ergeben. Aus familiären Umständen gelang es meinem Vater, sich selbständig zu machen und eine kleine Autowerkstatt aufzumachen. Deshalb haben wir immer besser als die übrigen Arbeiterfamilien gelebt. Aus diesen Gründen konnte ich die Oberschule und die Universität besuchen. Es ist in El Salvador nicht schwierig, von Kindheit an praktisch zu erfahren, daß schlimmstes Unrecht herrscht. Dies habe ich schon als Schülerin sehr stark empfunden. Erst der Kontakt mit der FAPU gab mir die Möglichkeit, theoretische Erklärungen für die Verhältnisse zu finden, unter denen ich instinktiv gelitten habe. Es war mir relativ rasch klar, daß der Kampf gegen das System in El Salvador nur organisiert geführt werden kann. Seit 1974 war ich in verschiedenen Sektoren tätig; ich arbeitete mit Bauern, mit Arbeitern und in der Studentenbewegung. Meine Haupttätigkeit bestand in Gewerkschaftsschulungen. Sie haben mir ungeheuer viel gebracht. Meinen Lebensunterhalt während des Studiums habe ich durch Unterricht verdient.

Hast Du in deiner Organisation als Frau besondere Schwierigkeiten?

Grundsätzlich ist es härter, als Frau in einer Organisation zu sein. Viele Mädchen werden von ihren Familien im Haus gehalten. Da heißt es dann: dein Bruder kann zwar fort, du aber nicht. Häufig ist auch nur der Mann organisiert und die Frau bleibt zu Hause, vor allem wenn Kinder da sind. Unsere Organisation ist bemüht, bei Paaren dafür zu sorgen, daß beide aktiv sein können. Ich persönlich hatte nie große Probleme. Das mag daran liegen, daß ich ein sehr unabhängiger Mensch bin.
Wir sind uns darüber im klaren, daß wir heute schon damit beginnen müssen, die Rollen von Mann und Frau neu zu bestimmen und in der Organisation zu praktizieren. Wir können diese Aufgabe nicht bis nach der Revolution verschieben. Der Versuch, die untergeordnete Rolle der Frau zu überwinden, löst auch innerhalb der Organisation eine Dynamik aus, die sich auf unsere politische Arbeit positiv auswirkt. Eines allerdings steht fest: wir sind noch lange nicht so weit, unser Ziel erreicht zu haben, und der Bürgerkrieg, in dem wir uns momentan behaupten müssen, fordert auch persönliche Opfer.
Es gibt durchaus auch den Fall, daß nur die Frau aktiv ist, den Männern fällt es dann meistens entsetzlich schwer, zu begreifen, daß sie viel außer Haus ist und ein Anteil der Frauenarbeit ihm zufällt.

Glaubst Du, daß in einem freien El Salvador eine Frauenbewegung notwendig wird?

Ja, durchaus, aber nicht aus Opposition gegen die Männer. Eine solche Frauenbewegung muß dafür sorgen, daß in der neuen Gesellschaft die untergeordnete Rolle, die die Frau bisher gespielt hat, grundsätzlich aufgehoben wird. Sie muß die „Umerziehung" beider Geschlechter, wie ich sie vorher beschrieben habe, in die Hand nehmen.
Die Frauenbewegung muß es schaffen, die revolutionären Aufgaben mit der Frauenbefreiung zu verbinden. Dies gilt meines Erachtens nach auch im gleichen Sinne für die Frauen in Europa, weil das eine einfach nicht ohne das andere geht. Die Frauen müssen lernen, über ihren Kochtopf hinauszublicken und die allgemeinen politischen Fragen zu verstehen. Erst dann lernen sie ihre eigenen persönlichen Probleme im richtigen Verhältnis zu sehen.

Du weißt, daß dieses Interview in einer deutschen Frauenzeitung erscheinen soll. Hast Du irgendwelche Vorstellungen, wie die deutschen Frauen euch helfen könnten?

Eines unserer großen Probleme ist momentan der Umstand, daß 14 Gewerkschaftsführer im Gefängnis sind. Es wäre dringend nötig, eine Brief- und Telegrammkampagne an den Botschafter von El Salvador in der Bundesrepublik und die Junta in El Salvador zu starten, um die Freilassung dieser Genossen zu fordern. Sie fehlen uns sehr in der aktuellen, kritischen Phase des Bürgerkriegs. Allerdings sind es nur Männer ...
Natürlich sind wir über alle materielle Hilfe glücklich, die wir bekommen. Obwohl uns die Solidaritätskomitees der BRD schon viel geholfen haben, ist es eben nie genug. Die materielle Hilfe soll keineswegs eine humanitäre Gabe sein, wir wollen sie als bewußte Unterstützung des revolutionären Kampfes in El Salvador.

Mexico City, 15.11.1980 Rose Gauger

Kontaktmöglichkeiten für Spenden:
Philip Hamer, Informationsstelle El Salvador e.V.
Kiliansplatz 5, 8000 München 2, Tel. 089/7255827

Anmerkungen
1) FDR = Frente Democratico Revolucionario, Zusammenschluß aller Widerstandsgruppen in El Salvador.
2) FAPU = Frente de Accion Popular Unificada
3) FMLN = Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional



KONTAKTADRESSEN DER EL SALVADOR - SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Lateinamerika Gruppe
c/o ESG Ausländerreferat
Nizzaallee 20, 5100 Aachen

LAK c/o Walter Engl
Von der Tann Str. 54, 8900 Augsburg
0821/ 577135 / 514813 (Christl)

TAZ, z.H. Tangermann
Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65
030 4609218

Lateinamerika Nachrichten, c/o FDCL
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12
030 3135065

Lateinamerika Arbeitskreis
c/o Dritte Welt Haus
August Bebel Str. 62, 4800 Bielefeld 1
0521 62802

Centro Latinoamericano, c/o Luis Tomé
Postfach 250 141, 4630 Bochum

ila
Römerstraße 88, 5300 Bonn
0228 658613 (Leandro Uzquiano)

LAK
c/o Michael Krempin
Rudolfstr. 19, 3300 Braunschweig
0531 502595

El Salvador Komittee, c/o Ilse Knapp
Holbeinstr. 11, 2800 Bremen
0421 343209

El Salvador-Gruppe, c/o Rene Artiga
Baroperstr. 340, 4600 Dortmund 50
0231 7553899 / 736428 (Sigrid)

Ak-Lateinamerika, c/o Michael Röder
c/o Thomaskirchengemeinde
Eugen-Richter Str. 10, 4000 Düsseldorf 30
0211 620930 / 622682

El Salvador-Initiative
c/o Jochen Regelien
Textorstr. 58, 6000 Frankfurt 70
0611 623125 / 779449 (Mathias)

El Salvador-Gruppe c/o ESG
Turnseestr. 16, 7800 Freiburg
0761 74144

Lateinamerika-Gruppe, c/o Buchhandlung „Jos Fritz"
Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg

LAK, c/o Brigitte Wallkam
Werastr. 39/1, 7990 Friedrichshafen

LAK, c/o ESG
Henselstr. 7, 6300 Gießen
0641 76196 (G. Schröder)

LA-Arbeitskreis
Nikolaus Bergerweg 23, 3400 Göttingen
0551 77897

Solidaritätskomittee El Salvador
c/o Iraima Rodriguez
Dohrweg 3, 2000 Hamburg 50
040 436210

El Salvador-Projektgruppe
c/o Georg Kalenberger
Listerstr. 36, 3000 Hannover

Lateinamerika-Komittee, c/o Anneli Zimmermann
Neckarstaden 18, 6900 Heidelberg
06221 20257 / 46250 (Gisela-ESG)

GELA, c/o Ugo Santos
Klosterweg 28, 7500 Karlsruhe 1
0721 6904258 /385766

AK-Lateinamerika, c/o Susanne Stief
Bäckerstr. 5, 8960 Kempten
0831 23991

El Salvador Komitee, c/o Magazin Verlag
Königsweg 7, 2300 Kiel 1
0431 63143

Dritte Welt Gruppe, Astrid Hochbahn
Waalstr. 21, 4190 Kleve

El Salvador Gruppe, c/o Dorothe Mölders
Eva-Maria Antz, Rothenhausstr. 18, 5000 Köln 1
0221 561282

Kinderhilfe Lateinamerika, c/o Graciela Salsamendi
Siebengebirgsallee 29, 5000 Köln 41
0221 441541 /442182

Eine Welt Laden, c/o Ingrid Maurer
Tannenweg 33, 5090 Leverkusen 31
02171 31800

El Salvador Solidaritätsgruppe
c/o Birgit Schmidt (Roger)
Gereonstr. 7, 4400 Münster
0251 33294

AK 3. Welt , c/o Manuela Herhaus
Wandererstr. 11d, 8500 Nürnberg 80
0911 261927 (Peter Grundler)

El Salvador-Komittee, c/o Edel Mihm
Trillerweg 32, 6600 Saarbrücken 1

Lateinamerika Gruppe, c/o Wolfgang Seiß
Wasserbergweg 18, 7000 Stuttgart 1
0711 484198

Lateinamerika-Komitee, c/o Jan Buchenau
Reutlingerstr. 132, 7000 Stuttgart 70
0711 762286

Kath. Jugend der Pfarrei St. Martin
c/o El Salvador Gruppe, Stefanie Hertz
Gneisenaustr. 22, 5500 Trier

Dritte Welt Laden,
Jüdemerstr. 7, 5500 Trier

El Salvador
Ludwigstr.15, 7400 Tübingen 1
07031 31591 / 5802 (Orfelia)

Aktionsgruppe 3. Welt, c/o Bettina Bader
Ringstr. 48, 7057 Winnenden
07195 61692

Infomarkt 3. Welt, c/o Stefan Unkelbach
Ernst-Reuter Str. 11, 8700 Würzburg
0931 25982 / 50789



DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Rezension: terre des hommes (Hg.): Warum hält sich das Kinderhilfswerk terre des hommes nicht aus dem Wahlkampf heraus?
Stichworte: Rüstung, Krieg und Hunger – Ausbeutung und Arbeitsplätze – Hunger und Futtermittel
Bezugsadresse: terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück.

In den Wochen vor der Bundestagswahl ist das Kinderhilfswerk Terre des Hommes mit einer Anzeigenreihe entwicklungspolitischen Inhalts an die Öffentlichkeit getreten. Die Bedeutung der angesprochenen Themen „Rüstung, Krieg und Hunger", „Hunger und Futtermittel" sowie „Ausbeutung und Arbeitsplätze" geht jedoch weit über den aktuellen Anlaß hinaus. Terre des Hommes hat deshalb in einer 31-seitigen Materialmappe, die mit „Warum hält sich das Kinderhilfswerk Terre des Hommes nicht aus dem Wahlkampf heraus?" überschrieben ist, Informationen zu den genannten Themen zusammengestellt. Darüber hinaus enthält sie Argumente und wissenschaftliche Ergebnisse, die die Verbindung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik in Ländern der „3. Welt" aufzeigen. Den gängigen Vorurteilen, die in der Tagespresse verbreitet werden, zum Beispiel zu den Ursachen des Hungers und der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen in der „3. Welt" werden krass Fakten aus der Wirklichkeit dieser Menschen entgegengesetzt und in ihren Konsequenzen für die Kinder analysiert. Unserer freien Wahl, politisch für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einzutreten, werden Kinderschicksale in der „3. Welt entgegengesetzt, denen Wahlmöglichkeiten verschlossen sind.
Mit der Ausweglosigkeit, mit der Kinder in der „3. Welt" Opfer der Interessen der deutschen Rüstungsindustrie werden, sie als Garanten des „Billig-Lohn-Niveaus" in ausgelagerten, deutschstämmigen Industrien in der „3. Welt" arbeiten und unterernährt werden, weil ihre Eltern Getreide als Futtermittel für die Fleischproduktion in den Industrienationen verkaufen müssen, werden wir konsumierenden Bürger der an Güter reichen Bundesrepublik zu Komplizen.
Anhand zahlloser Beispiele aus wissenschaftlichen Untersuchungen werden der ungleiche Tausch, der „Des einen Leid ist des anderen Freude"-Beziehungen und ihre Konsequenzen für die Menschen dargestellt. Hierbei gehen die Materialien in hervorragend didaktischer Weise stets von den allgemein verbreiteten Vorstellungen und konkreten Fragen aus, um diese dann mit Fakten aus der Außenwirtschaft oder der Entwicklungspolitik zu hinterfragen bzw. zu beantworten. Da die Informationen insbesondere etwas über das Engagement bundesdeutscher Unternehmen in der „3. Welt" aussagen, wird unsere Nähe, unsere Verantwortlichkeit auch für Menschen und Lebensverhältnisse dort sehr deutlich. Diese persönliche Betroffenheit, die noch verstärkt wird durch die didaktische Methode oder Frage-Antwort-Gesprächsform lädt zu einem direkten Einsatz der Materialien in Schule und Bildungsarbeit ein.
Durch einen allgemeinen Einführungsteil, in dem zentrale Begriffe der Entwicklungspolitik anhand eines fingierten Gesprächs mit einem Wahlkandidaten erläutert werden, erhält der Leser praktische Hilfen zur eigenen Beurteilung des scheinbar unbegreifbaren Problemes „Entwicklungspolitik". Er wird hierdurch kritisch und sensibel gegenüber Worthülsen und Manipulationen parteipolitischer Versprechungen und dadurch implizit offener für die Wirklichkeit



(Zeichnung: F. K. Wächter, aus dem neuen vierfarbigen terre-des-hommes-Kalender für Kinder)

der betroffenen Menschen in der „3. Welt". Dieser mutige Versuch von Terre des Hommes, dem Mythos von Hilfe und gegenseitiger Partnerschaft die Aussagen der Bundesregierung „Wo immer wir helfen helfen wir uns selbst" gegenüberzustellen und gängige Vorstellungen von Fortschritt, Freiheit und Pro-Kopf-Einkommen zu hinterfragen im Hinblick auf die Menschen in der 3. Welt, kann mehr Anstoß und konkrete Auseinandersetzung bedeuten als so manches differenzierte Unterrichtsmaterial. Dieser Meinung waren schon hunderte von Lehrern, die die Materialien in Klassensätzen direkt bei Terre des Hommes in Osnabrück gegen Selbstkosten bestellten. Mehr als 7000 Exemplare sind schon angefordert worden. Daß eine Verbreitung der gleichen Informationen jedoch nicht nur ungewünscht, sondern auch aktiv verhindert wird, wurde deutlich, als sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Süddeutsche Zeitung weigerten, die den Materialien zugrundeliegenden Anzeigenreihen abzudrucken. In einer freien Marktwirtschaft entscheiden eben doch die Stärkeren, als da sind die großen Konzerne Bayer, Höchst, VFW-Focker, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, etc., die regelmäßig große Werbeflächen mieten. Öffentliche Meinungs- und Pressefreiheit hat auch bei uns ihre Grenzen, wenn die Interessen der Großkonzerne angesprochen werden. Und sind es doch genau diese Unternehmen, die zu Kinderarbeit, Unterernährung und Rüstungswahnsinn in der „3. Welt" beitragen.

Ilse Schimpf-Herken

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN AKTIONSWOCHE „FRAUEN GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS" 1. – 8. März 1981

Auf einer internationalen Frauenkonferenz der War Resisters International im Sommer 1980 mit Teilnehmerinnen aus 13 Ländern wurde für März 1981 eine internationale Aktionswoche beschlossen. Neben unserer Arbeit in den eigenen Ländern wollen wir auch auf der internationalen Ebene zeigen, daß unser Bewußtsein und damit unser Widerstand und unsere Ablehnung gegen die internationale Machtpolitik und Militarisierung (NATO, Warschauer Pakt usw.) wächst.

Dieser Aufruf richtet sich an alle Frauen, die sich gegen die immer stärker werdende Militarisierung wehren wollen: Einbeziehung von Frauen im Militär und in der zivilen Verteidigung, Dienstpflicht im Rahmen der Notstandsgesetze, atomare Aufrüstungsbeschlüsse, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Kalter Krieg, Blockpolitik, Waffenproduktion und -handel, Verherrlichung von Militär und Gewalt.

Wir rufen alle Frauen auf, sich an dieser Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus", die mit dem internationalen Frauentag am 8. März endet, zu beteiligen.

Hier sind einige Inhalts- und Themenvorschläge für Aktionen, Veranstaltungen etc.:

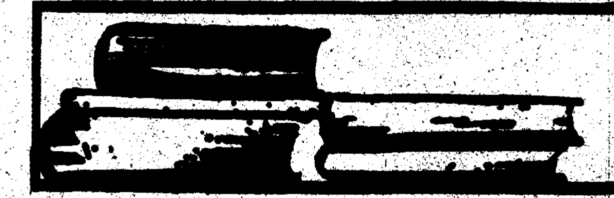
- Beendigung der Verherrlichung von Militär und Gewalt
- Erkennen wie und wo das Bildungssystem Gewalt beinhaltet und fördert
- Kriegsspielzeug
- Diskussion über die Erziehung von Kindern mit und zu einem nichtsexistischen gewaltfreien Weg
- Aufklärung über den Zusammenhang von 'Mann-Sein', (Männertum) und Gewalt
- Frauen sollten auf keine Art und Weise dazu beitragen, Soldaten aus ihren Kindern werden zu lassen
- Ermutigung aller Frauen zu einer Nichtbeteiligung an und in militärischen Strukturen und zur Unterstützung der Totalverweigerung
- Diskussion und Klarstellung der Folgen und Auswirkungen von Krieg auf Frauen
- Kriegsursachen
- Verteidigung und zivile Verteidigung / Notstandsgesetze
- Die Prioritäten der Regierungen müssen geändert werden: soziale und lebenserhaltende Bedürfnisse sollten höchsten Wichtigkeitsgrad erhalten
- Erkennen, daß die meisten politischen Entscheidungen nach wie vor von wenigen für viele gemacht werden
- Beendigung des Wettrüstens
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen
- Beendigung des Waffenhandels – Enthüllung als das was es ist
- Diskussion über Umwandlung der Rüstungsindustrie
- Diskussion der Blockpolitik: NATO, Warschauer Pakt, EWG etc.
- Unser Verhältnis zur Dritten Welt / politische Konsequenzen
- Rohstoffpolitik
- Atombewaffnung / chemische Waffen
- Atomtechnologie-Export/Zwischenlager/AKWs

Wenn ihr mehr Information braucht, Fragen habt, zu planen und umzusetzen beginnt, so schreibt uns doch bitte (mit Antwortbriefmarke). Um euch einen Überblick über die Aktivitäten, wer an welchem Thema arbeitet, wer welche Aktion plant, Kontakte etc. von uns allen geben zu können, brauchen wir zuerst die Information durch euch.

Es wäre schön, könnten einige Sachen koordiniert werden und könnten wir uns gegenseitig Hilfestellung geben. Auch eine bundesweite oder überregionale Aktion ist möglich – Ideen und Vorstellungen dazu müssen wir noch sammeln.

Kontaktadressen:
Ricarda Anette Steinbrecher
Eckernförder Str. 456 „Hinterhaus" 2300 Kiel

Bernadette Ridard
Methfesselstr. 69 2 Hamburg 19, Tel. 040/492029



REZENSION

Palästina – Die besetzten Gebiete

In der Berichterstattung über Palästina steht Spektakuläres im Vordergrund wie bewaffnete Überfälle oder die sogenannte Hohe Diplomatie in der Art von Camp David. Das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung nach dem Krieg von 1948 und besonders in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten – den neben den palästinensischen Flüchtlingen hauptsächlich Betroffenen des Nahost-Konflikts – bleibt dagegen im Dunkel.

Die in der deutschsprachigen Literatur längst überfällige Darstellung der Entwicklung in den besetzten Gebieten ist jetzt nachgeholt worden mit dem Lamuv-Taschenbuch

Jan Metzger/Martin Orth/Christian Sterzing, Das ist unser Land – Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung, Bornheim-Merten 1980, 318 S., 14,80 DM. Lamuv-Verlag, Martinstr. 7, 5303 Bornheim-Merten.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht neben der Realität der zionistischen Siedlungspolitik die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den besetzten Gebieten, die Bevölkerung und ihr Widerstand gegen die tagtäglichen Repressionen durch die israelische Besatzungsmacht. Dabei wird nicht primär auf die internationalen Bemühungen der PLO als der einzig legitimen Vertreterin des Palästinensischen Volkes eingegangen. Sondern es werden erstmals die in Literatur und bürgerlicher Presse völlig vernachlässigten gesellschaftlichen Strukturen der Westbank und des Gazastreifens analysiert und die in der Bevölkerung verankerten Widerstandsorganisationen wie die Palästinensische Nationale Front (PNF) und das 1978 gegründete Komitee der Nationalen Führung (KNF).

Annexion nach 13 Jahren Besatzung?

Der einleitende Teil – 'Spuren der Besatzung' –, der sich auf Interviews, Zeitungsberichte und Aussagen von direkt Betroffenen stützt, ermöglicht dem Leser einen direkten emotionalen Einstieg in das Thema und erweckt Betroffenheit. 'Spuren der Besatzung', das bedeutet für die Bevölkerung ständige Bedrohung durch tägliche Verletzung elementarer Menschenrechte, willkürliche Prügel und Verhaftung, Enteignung und Deportation. Die systematische Zerstörung palästinensicher Kultur- und Lebensformen durch die Besatzungsmacht wird sowohl durch Zeugenaussagen *beider Seiten* als auch durch Zitate aus der israelischen Presse zahlreich dokumentiert.

Diesem anschaulichen Einstieg schließen sich Abschnitte über die zionistische Siedlungspolitik und die Verletzung der Menschenrechte unter der Besatzung an. Beides Themen, die zwar auf Grund gelegentlicher internationaler Proteste gegen diese Politik Israels in die Öffentlichkeit dringen aber im Bewußtsein meistens leider abstrakte Vorgänge bleiben, weil dabei kaum von der betroffenen Bevölkerung die Rede ist.

Israel erhebt Anspruch auf ein Land, das seit über einem Jahrtausend überwiegend von palästinensischen Arabern bewohnt und bearbeitet wird. Die Israelis jedoch machen den Palästinensern das Heimatrecht auch auf die Westbank und den Gazastreifen streitig: den Rest Palästinas, der ihnen nach der Teilung des gesamten Landes durch UN-Beschluß 1948 und nach weiteren Annektionen durch Israel verblieben ist. Die Besatzer melden angeblich historisch verbriefte Rechte an und bereiten die endgültige Annexion vor. Aber „biblische Verheissungen entfalten nun einmal keine völkerrechtliche Verbindlichkeit", wird ihnen von den Autoren entgegengehalten.



Israelische Siedlungen in Westjordanien

● 32 Siedlungen, gegründet vor dem Amtsantritt Begins
■ 22 Siedlungen, gegründet oder legalisiert während der Regierungszeit Begins (vor Camp David)
◆ 14 Siedlungen, gegründet oder legalisiert während der Regierungszeit Begins (nach Camp David)
○ 59 Siedlungen geplant

Die Verfasser beschreiben die vielfältigen Mittel und Tricks, mit denen die Israelis die befürchtete Annexion vorbereiten. Neben Mitteln, die vollendete Tatsachen schaffen wie Landraub, werden Sprachregelungen vorgenommen. So wird in offiziellen Leitlinien für die Öffentlichkeitsarbeit u.a. vorgeschrieben, daß der Begriff 'Annexion' verschwinden müsse. „Man kann nur Land annektieren, das einem andern gehört. Die Verwendung des Begriffs 'Annexion' bestärkt nur falsche und verlogene Forderungen der Araber und ihrer Freunde bezüglich eines arabischen Eigentums von Erez Israel ... Wenn von der Idee des Anschlusses Judäas, Samarias und Gazas in den Staat Israel die Rede ist, sind die Begriffe 'Anschluß' und 'Anwendung isrealischen Rechts' – je nach Umständen – anzuwenden, keinesfalls aber 'Annexion'!"

Die Annexionsabsicht wird durch die Darstellung einer neuen Siedlungsstrategie bekräftigt, „die sich nicht mehr mit dem arabischen Land begnügt, sondern auch nach den arabischen Städten greift". In unmittelbarer Nähe von palästinensischen Wohngebieten provozierend errichtete Niederlassungen von extremistischen Siedlergruppen, die die arabische Bevölkerung terrorisieren, führen zu Spannungen, die das Eingreifen der Militärbehörde auslösen. Dies stets zum Nachteil der palästinensischen Einwohner, über die Kollektivstrafen verhängt werden wie Ausgangssperren, Sprengung von Häusern und deren angebliche Rädelsführer kurzerhand deportiert werden. Solche 'Unruhen' sind in den Augen der Israelis dann der Beweis, „daß Juden und Araber nicht friedlich zusammenleben können und folglich nur die Vertreibung der Palästinenser auf Dauer den Frieden garantieren kann".

Westbank und Gazastreifen als Kolonien Israels

In den darauffolgenden Abschnitten wird eine andere Form der Annexion vorgestellt, und zwar die Auswirkungen der 13-jährigen Besatzungspolitik auf die Wirtschafts- und Sozialstrukturen von Westbank und Gazastreifen. Hier wird deutlich gemacht, wie Israel die besetzten Gebiete in die Rolle von Kolonien gedrängt hat. Sie wurden zum Absatzmarkt für israelische Industrieprodukte und Nahrungsmittel und gleichzeitig zum Reservoir von billigen und rechtlosen Arbeitskräften: die besetzten Gebiete sind seit 1967 ranggleich mit den USA zum wichtigsten Exportmarkt Israels geworden; knapp die Hälfte der Arbeitskräfte aus beiden Gebieten arbeitet in Israel und erhöht damit die Kaufkraft für die in Westbank und Gazastreifen konkurrenzlosen israelischen Industrieprodukte, wobei keine eigenen Strukturverbesserungen erreicht wurden. Im Gegenteil, die Wirtschaft in beiden Gebieten stagniert.

Die Produktionsstrukturen in der Landwirtschaft, dem wichtigsten wirtschaftlichen Sektor vor 1967, haben sich verändert. Die Anbauprodukte wurden dem Bedarf und der Weiterverarbeitungsmöglichkeit in Israel angepaßt. Die Enteignung von Land, der Zugriff der Israelis auf die Kontrolle der Wasser- und Stromversorgung und die Möglichkeit, unter derart erschwerten Bedingungen im eigenen Land in Israel Arbeit und mehr Lohn zu finden, führten zum Rückgang des bebauten Landes, die Zahl der selbständigen Bauern ging deutlich zurück. In der Westbank, vor 1967 Selbstversorger und Exporteur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, übersteigen die Importe inzwischen die Exporte.

Der industrielle Sektor spielte schon vor 1967 eine untergeordnete Rolle und wird von Israel wie vorher von Jordanien zum Schutz der eigenen Industrie weiterhin klein gehalten.

Dem Vorteil des kurzfristig angehobenen Lebensstandards in den besetzten Gebieten – erzielt durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und die höheren Löhne der Israel-Pendler – stehen schwerwiegende Nachteile gegenüber. Langfristig gesehen ist es vor allem die Abhängigkeit von der Wirtschaft Israels, die Stagnation in der Weiterentwicklung eigener Strukturen.

In der Westbank (auf die im Buch behandelte unterschiedliche Entwicklung im Gazastreifen soll hier nicht eingegangen werden) haben auf Grund der Veränderungen in der Landwirtschaft die Großgrundbesitzer ihre traditionelle Führungsrolle verloren. Die neue politische Führung entsteht aus der Opposition gegen die Besatzer. Sie hat nationalistischen Charakter und umfaßt fast alle sozialen Schichten; die – bis auf die Großgrundbesitzer und die aufsteigende Handelsbourgeoisie – von der wirtschaftlichen Integrationspolitik der Israelis schon betroffen oder bedroht sind.

Die pessimistische Prognose der Autoren über den Entwicklungsstand der Wirtschaft in den besetzten Gebieten steht in krassem Widerspruch zu Pressemeldungen, die 'Prosperität in Israels besetzten Gebieten' melden wie z.B. die NZZ v. 5.9.1980. Der Widerspruch ist schnell geklärt dank des Nachweises der Autoren des Buches, daß die israelischen Statistiken bei Vergleichen mit den Zahlen von 1968 rechnen. Gemessen an dem Jahr 1968, also direkt nach dem Krieg, der Zerstörung und Flucht und damit geringere Ernten als in Normalzeiten bedeutete, sind natürlich Fortschritte erreicht worden, die dann als Erfolgsmeldungen den Weg aus der israelischen Statistik in die internationale Presse finden. Jedoch gemessen an den Erträgen vor dem Krieg 1967 hinkt die Entwicklung heute noch hinterher.

Entwicklung einer breiten Widerstandsfront

Der Analyse ökonomischer und soziostruktureller Zusammenhänge von Westbank und Gazastreifen folgt eine Untersuchung der politischen Entwicklung unter der Besatzung.

Während dreizehnjähriger Besatzung vollzog sich ein radikaler Wandel in den politischen Strukturen des Gazastreifens und der Westbank, wobei wiederum festzuhalten ist, daß auch im politischen Spektrum der beiden besetzten Gebiete Unterschiede bestehen, die erst in den letzten Jahren durch größere Gemeinsamkeiten in der politischen Auseinandersetzung aufgehoben werden.

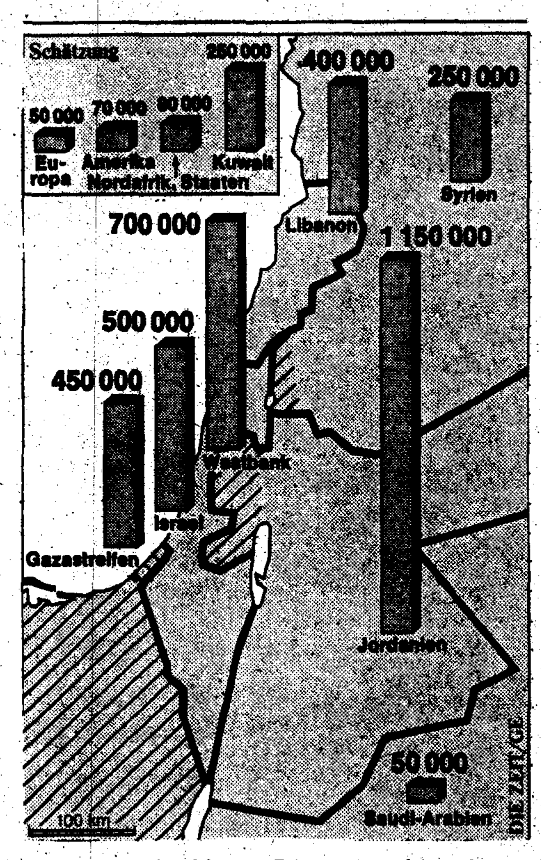
Die Geschichte des palästinensischen Volkes ist seit Jahrhunderten eine Geschichte der Unterdrückung und Fremdherrschaft. Sie reicht vom osmanischen Sultanat über die englische Mandatsherrschaft bis zur Einbindung ins haschemitische Königsreich. Gerade die israelische Okkupation mit ihrem Totalitätsanspruch, sämtliche gewachsene ökonomischen und sozialen Strukturen zu vernichten droht, ermöglichte das Entstehen eines neuen Nationalbesußtseins, das in der Forderung nach einem eigenen Palästinensischen Staat zum Ausdruck kommt.

Wichtiger Meilenstein beim Entstehen eines neuen Nationalbewußtseins waren die schmerzlichen Erfahrungen des Schwarzen September 1970. Das jordanische Massaker in palästinensischen Flüchtlingslagern ließ eine Politik der Rückkehr unter jordanische Herrschaft nicht mehr zu.

1973 gründete sich die Palästinensische Front (PNF), die den Widerstand aller oppositionellen Kräfte gegen die israelische Besatzung organisieren sollte und in deren Programm zum ersten Mal die Forderung nach einem eigenen Staat angedeutet wird. Anders als die PLO, die sich als Vertreterin aller – auch im Exil lebender Palästinenser – versteht, signalisierte die PNF größere Sensibilität im Umgang mit den täglichen politischen Entscheidungen und Auseinandersetzungen in den besetzten Gebieten. Durch ihre breite Verankerung in fast allen gesellschaftlichen Gruppierungen konnte sie als eigenständige Organisation innerhalb der PLO Einfluß auf deren politische Linie nehmen, was sogar zum Austritt des radikalen Flügels – der Ablehnungsfront – aus der PLO führte.

Stagnierte in den ersten Jahren der Besatzung die Widerstandsbewegung, was auf einen erhöhten Lebensstandard zurückzuführen ist, der in israelischen Fabriken teuer erkauft wurde, so zeichnete sich doch bis Mitte der 70er Jahre ab, daß das palästinensische Volk immer radikaler nach seiner ökonomischen, kulturellen und politischen Integrität verlangt.

Wo die Palästinenser leben



Bei den Kommunalwahlen 1976 wurde nahezu die gesamte traditionelle palästinensische Führerschaft, die seit der Besatzung mit israelischen –stärker noch (wegen ihrer dortigen ökonomischen Interessen), mit jordanischen Integrationskonzepten liebäugelte, gegen Bürgermeister und Kommunalpolitiker ausgetauscht, die der PNF angehörten und eine breite Verankerung im palästinensischen Volk hatten.

Nach den Beschlüssen von Camp David gründete sich am 1. Oktober 1978 das Komitee der Nationalen Führung (KNF). Dieses gut organisierte Bündnis repräsentierte einen noch breiteren Zusammenschluß aller oppositionellen Kräfte, das jetzt auch die traditionellen Führer miteinschloß, die ebenfalls gegen Camp David opponierten. Zwar bleibt die PLO für alle politischen Strömungen der gemeinsame Nenner; dennoch wird sichtbar, daß alle politischen Gruppierungen ihre Positionen auszubauen versuchen, wie z.B. das KNF, das seinen Einfluß vor allem auch auf die ländlichen Gebiete – von der PNF noch vernachlässigt –ausbaut.

In vielfältigen Widerstandsformen wie Streiks, Demonstrationen, Solidarisierungswellen gegen willkürliche Deportationen etc. äußert sich das neue Selbstbewußtsein der Palästinenser. Das verstärkte Auftreten einer breiten Opposition ist umso erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, mit

welcher Repression unter sämtlichen Fremdherrschaften jede Widerstandsbewegung unterdrückt wurde.
Gerade diese hervorragende Analyse der Autoren, die sich der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen der besetzten Gebiete annimmt, ist von großer Bedeutung, weil sie letztendlich Aufschluß darüber geben kann, welche Schwierigkeiten und Probleme nach einer eventuellen Aufhebung der Besatzung und der Gründung eines palästinensischen Staates zu erwarten sind.
Im letzten Kapitel stellen die Autoren noch einmal ausführlich das palästinensische Problem in seinem internationalen Kontext dar. Im Mittelpunkt ihrer Darstellung steht die Sadat-Initiative und Camp David, die Auswirkungen und Reaktionen seitens der Palästinenser, die jede Pseudoautonomieregelung ablehnen, da sie darin einen Versuch sehen, auf diesem Weg die Besatzung zu legalisieren.
In einem zu kurz geratenen letzten Abschnitt gehen die Autoren noch auf die Oppositionsbewegung in Israel ein.

Abschließende Kritik
Mit dieser ausführlichen Analyse, die mit ihrer leichtverständlichen Sprache sowie mit anschaulichem Quellenmaterial sich besonders auch für Schüler und Arbeitsgruppen eignet, schließen die Autoren eine thematische Lücke in der Diskussion um den Nah-Ost-Konflikt.
Besonders hervorzuheben sind noch einmal die gelungene Darstellung ökonomischer, sozialer und politischer Vorgänge in den besetzten Gebieten. Dadurch ermöglicht die Lektüre einen größeren Einblick in das Leben der betroffenen Bevölkerung unter der israelischen Besatzung als dies offizielle Pressemitteilungen vermögen.
Das vorliegende Buch hält sich dankenswerterweise an die thematische Beschränkung auf die besetzten Gebiete und verzichtet von vornherein auf den Anspruch einer allumfassenden Darstellung des gesamten Palästina-Problems. Somit werden Themen, die wichtig sind wie z.B. Leben im Exil und in Flüchtlingslagern ausgespart. Obwohl dieser Verzicht ausgeglichen wird durch genaue Hinweise auf entsprechende Literatur und gerechtfertigt ist durch das Ergebnis einer aussagekräftigen, konsequenten, übersichtlich bleibenden Analyse der politischen Strukturen in den besetzten Gebieten, ist u.E. eine einführende Darstellung der Vorgeschichte der Region erforderlich, die zum Konflikt führten.
Etwas unklar bleibt unserer Meinung nach, welche Rolle die Abgrenzung der beiden Widerstandsorganisationen PNF und KNF spielt. Als wichtige Punkte bleiben noch hervorzuheben, daß die Autoren ihre Ausführungen in großem Umfange mit israelischen Quellen belegen. Damit werden zum einen die israelischen Standpunkte offengelegt, zum anderen wird insbesondere dem üblichen Vorwurf begegnet (was das Quellenmaterial anbelangt), es handele sich um palästinensisches Propagandamaterial.

bu, hst

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind zur Rezension in der Redaktion eingetroffen:

Ulrich Laaser, Zum Verhältnis von Bildung und Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt, München 1980, 134 S., 23,– DM. Weltforum-Verlag, Tintorettostraße 1, 8 München 19;

Ruth Leger Sivard (Hg.), Militärpolitik. Dokumentation. Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in 140 Ländern der Erde, Beiheft 1, Frankfurt 1980, 36 S., 6,80 DM. Haag+Herchen-Verlag, Fichardstraße 30, 6000 Frankfurt 1;

Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten, um abzurüsten? Hamburg 1980, 315 S., rororo aktuell 4717, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg;

Jürgen Hohnholz (Hg.), Die Armut der ländlichen Entwicklung in der Dritten Welt, Baden-Baden 1980, Nomos-Verlag;

Heinz Georg Binder, Paul Bocklet (Hg.), Entwicklung als internationale soziale Frage. Bericht über das Dialogprogramm der Kirchen 1977–1979, Frankfurt 1980. Verlag Otto Lembeck;

Gesellschaft für bedrohte Völker, Sinti und Roma, Göttingen 1980, Pogrom;

Paulo Freire, Dialog als Prinzip, Wuppertal 1980. Jugenddienst-Verlag;

Frances Moore Lappé, Josef Collins, David Kinley, Aid as Obstacle. Twenty Questions about our Foreign Ais and the Hungry, Institute for Food and Development Policy, San Franzisco, USA 1980

AG G

ARBEITSMATERIALIEN ZUM PROJEKTBEREICH DRITTE WELT

Misereor – zum politischen Standort eines kirchlichen Hilfswerkes

Untersuchungen zu den Misereor-Materialien: Werk- und Jugendmappen der letzten Jahre; Länderhefte; Unterrichtseinheiten; Plakatserien; Filme.
Weitere Themen: Probleme der Projekthilfe; grundsätzliche entwicklungspolitische Fragestellungen; Ursachen der Unterentwicklung und Begriffsbestimmung von Entwicklung etc.
290 Seiten, Unkostenbeitrag DM 6,–

VW do Brasil – Entwicklungshilfe im besten Sinne

Brasilien – El Dorado multinationaler Konzerne: politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Analyse des Nutzeffektes von Privatinvestitionen am Beispiel der VW-Unternehmen in Brasilien, Aspekte der Personalpolitik VW do Brasils, zur Lage der brasilianischen Arbeiterklasse, VW-Geschäftsbericht.
154 Seiten, DM 3,50

Ujamaa in Tansania

Die Mobilisierung der Bauernschaft als Entwicklungsstrategie (Anhang: Bücher, Filme, Tonbildserien, Unterrichtseinheiten)
66 Seiten, DM 2,–

Bestellungen an:
Arbeitsgemeinschaft katholischer Hochschul- und Studentengemeinden,
Rheinweg 34, 5300 Bonn 1,
Tel.: 02221 / 23 40 21

Bitte bezahlt das Abo 1981!





REPRESSION IN DER BRD

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus „die Tageszeitung" vom 25. 11. 80 ab, der Ermittlungsmethoden deutscher Polizeiorgane offenbart, die an lateinamerikanische Zustände erinnern. Auch wenn der Prozeß gegen den Beschuldigten Hermann Feiling am 27. 11. 80 wegen Verhandlungsunfähigkeit bis auf weiteres ausgesetzt wurde, so halten wir es dennoch für dringend nötig, daß die gegen Feiling angewandten Vernehmungsmethoden öffentlich gemacht werden, um die Anwendung ähnlicher Methoden in anderen Verfahren zumindest zu erschweren.

Red.

‚Es war 'ne Erleichterung Stimmen zu hören'

Vor dem 4.Strafsenat des Frankfurter Oberlandesgericht beginnt heute der Prozeß gegen den Heidelberger Hermann Feiling, seine Verlobte Sybille Straub und die Frankfurterin Sylvia Herzinger. Wie in kaum einem anderen Prozeß wird in diesem Verfahren deutlich, wie brutal und ungehindert der Rechtsstaat sich über seine eigenen Normen hinwegsetzen kann, wenn es um die "Bekämpfung des Terrorismus" geht: Bei einer versehentlich von ihm ausgelösten Bombenexplosion in einer Wohnung verlor der 29jährige Hermann Feiling das Augenlicht und beide Beine. Unmittelbar nach der ersten Notoperation wurde der Schwerverletzte stundenlang von Beamten des Landeskriminalamtes verhört und wochenlang von der Außenwelt isoliert. Die so zustande gekommenen Aussagen sind jetzt Grundlage der Anklage wegen angeblicher Zugehörigkeit zu den "Revolutionären Zellen".

Ungeachtet seines lebensbedrohlichen Zustandes wurde der Schwerverletzte Feiling bis zu zehn Stunden täglich verhört. Aufgrund der mit dieser Vorgehensweise erzielten "Aussagen", die rund 1300 Seiten Protokoll füllen, erfolgte später die Verhaftung der beiden mitangeklagten Frauen. Bewachung und Verhöre, der Umzug von Klinik zu Klinik, die Einquartierung in Polizeikasernen sowie die einer "Kontaktsperre" entsprechende Abschottung nach außen erfolgten ohne jegliche juristische Grundlage, geschweige denn eine richterliche Anordnung.

Freunde und Anwälte ohne "Besuchserlaubnis" wurden von dem Schwerkranken ferngehalten. Es konnte keinerlei Instanz benannt werden, die etwa für Besucherwünsche zuständig gewesen wäre. Auf Anfrage wurde lapidar erklärt: "Die Personalhoheit über Herrn Feiling liegt beim Landeskriminalamt." Ein Ehepaar aus Nürnberg beispielsweise kam nach dem vergeblichen Versuch, Feiling in der Klinik in Heidelberg zu besuchen, drei Monate lang in Haft. Die von der Polizei zunächst veröffentlichte Version, die beiden hätten eine Waffe bei sich geführt, wurde später ohne nähere Erläuterung fallengelassen. Sie war schlicht erlogen. Gleichwohl erfüllte die amtlich verbreitete Horror-Story ihre Funktion: Sie diente als Begründung für immer wieder neue Verlegungen des polizeilichen "Pflegefalls" von Klinik zu Klinik, schließlich auch in Polizeikaserne und -Schule: In einer Mitteilung des baden-württembergischen Landeskriminalamtes heißt es auf Anfrage der Staatsanwaltschaft Frankfurt in einer Liste der Aufenthaltsorte Feilings unter anderem: "Die Unterbringung bei der Bereitschaftspolizei in Oldenburg und der höheren Polizeischule in Münster erfolgte aus sicherheitstechnischen Gründen."

Ähnliche Argumente mußten dazu herhalten, drei Anwälte zurückzuweisen, deren Beistand Feiling über herausgeschmuggelte Tonbänder verlangt hatte, als ihm seine Lage allmählich klarer wurde. Der Hilflose wurde jedoch schließlich "überzeugt", das bereits erteilte Mandat zurückzuziehen, indem man ihm schlicht mit dem Abbruch der medizinischen Versorgung drohte. In einer Aktennotiz bezeichnete die Polizei Feiling als "Gast", der bei ihr ein "Appartment" bewohne. Schließlich durfte der "Gast" von seinen Eltern und weiteren Verwandten besucht werden, die zu den jeweiligen Quartieren reisen mußten.

Vier Monate lang plauderten die "Pflege-Beamten" mit ihrem "Schützling"; erst nach Wochen wurde er über sein Recht auf Aussageverweigerung hingewiesen.

Unter diesen Umständen belastete er bereits am Tag nach der Explosion (!) seine Verlobte als Mitglied der "Revolutionären Zellen", die die Polizei im Hintergrund des Sprengstoffunfalles vermutet. Die Folge der "Anhörungen": Sybille Straub wanderte für neun Monate in die Isolation in Stammheim. Aus den Protokollen geht auch hervor, daß Hermann Feiling zu sämtlichen Ermittlungskomplexen im Zusammenhang der "Terrorismusfahndung" befragt wurde, die zu jener Zeit in Deutschland anhängig waren. Dies, obwohl die Vernehmung lebensgefährlich Verletzter laut Strafprozeßordnung eindeutig untersagt ist.

Bei fünf Verlegungen, sogar beim regelmäßigen Umbetten Feilings, waren stets Polizisten "behilflich". Der ohne fremde Hilfe völlig Orientierungslose wußte oft nicht, ob ihn Ärzte oder Beamte der Ermittlungsbehörden umgaben. Über den Kontakt zu einem für die Polizei zunächst unverdächtigen Freund gelang es dem Isolierten später, besprochene Tonbandcasetten nach draußen zu schmuggeln, in denen er seine unglaubliche Situation schilderte. Unter anderem erklärte er, sich an die erste Woche nach seinem Unfall nicht mehr erinnern zu können. Sein Zustand beschreibt er als "eine Art Traumwelt" oder "Dahindämmern".

Ausschnitte aus Tonbandcasetten, die Herrmann Feiling während seines Aufenthaltes in Kliniken und Polizeikasernen nach draußen schmuggeln und erstmals Kontakt zu seinen Freunden herstellen konnte (Sept.-Okt. 78):

> Ich will das nochmal kurz skizzieren: Es kam mir so vor, als wär ich in einer Art Traumwelt, die ich in keiner Weise eingeschätzt habe. Eine Situationskontrolle war überhaupt nicht vorhanden. Wo also jeder, der sich mit einem beschäftigte, echt was ganz tolles war und man das unheimlich brauchte und dann man nach irgendwelchen Kriterien, wann einer einem zuhört und so was er sich anhörte und was ihn interessierte und über was er sich mit mir unterhielt. Ich sah ja niemanden. Eine Zeit lang konnte ich nicht einmal überblicken, ob und was Leute sind. Also es sind Stimmen, die ich hörte und das war ne Erleichterung, Stimmen zu hören....

Nachdem Anwälte die Veröffentlichung dieser Bänder auf einer Pressekonferenz ankündigten, kam der Polizeigast überraschend schnell frei. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er fast sieben Monate lang unter permanenter Polizeiaufsicht gestanden. Im Verlauf dieser "Pflege-Haft" soll Hermann Feiling eine ganze Reihe von Beschreibungen abgegeben haben, die später bestimmten Personen zugeordnet wurden mit dem Ziel, sie als Mitglieder der "Revolutionären Zellen" zu identifizieren.

Eine Folge der Feiling-Verhöre war es unter anderem, daß die Bundesanwaltschaft sämtliche Ermittlungsverfahren in Sachen "Revolutionäre Zellen" an sich zog; bis dahin war dies eine Angelegenheit der Landesbehörden. Parallel zu seiner "Anhörung" befragten die ermittelnden Kriminalisten den Computer der "Beobachtenden Fahndung" (Befa 7) und führten die so gewonnenen Erkenntnisse wiederum in die Vernehmungen Feilings ein. Nach und nach präzisierte der Schwerverletzte auf Drängen der Vernehmungsbeamten seine Aussagen entsprechend ihrer Fragestellungen. Mit dieser ebenso unmenschlichen wie illegalen Verfahrensweise gelangten die Staatsorgane schließlich zu den Daten, die im September 1978 unter anderem zur Verhaftung von Sylvia Herzinger führten. Die Beamten hatten in ihren "Schützling" eine Reihe von Angaben "hineingefragt", sie wiederum in den "Befa"-Computer mit seinen zehntausenden von erfaßten Personen eingespeist und so vermittels wechselseitigem Abgleich von Computerwissen und Vernehmungs-Ergebnissen den

"...Ich habe eben den Eindruck, daß man aus mir jetzt versucht, etwas bestimmte zu machen auf Basis - also etwas zu machen, was ich absolut nicht will. Und zwar auf Basis einiger Dinge, die ich damals in der Zeit, wo es mir auch physisch noch nicht wieder so gut ging, scheinbar erzählt habe über Zusammenhänge usw. Das hat eben meiner Ansicht nach auch Sybille zumindest teilweise die Situation jetzt eingebracht und ich weiß nicht wieviel von diesen Sachen, also was da im einzelnen abgelaufen ist.... für mich war es auch so, daß ich also gar nicht zunächst überhaupt nicht wußte, daß z.B. Polizei um mich rum ist, das war mir überhaupt kein Begriff. Ich habe teilweise überhaupt keine Erinnerung und gut, das war eben zusätzlich so, daß ich mich dadurch, daß ich mich in Dunkelheit befand und auch noch nicht ganz o.k. war, zunächst mal überhaupt nicht wußte, was eigentlich los war."

Schluß gezogen, daß es sich bei der Frau um eine von Feiling zuvor schwer belastete "Friederike" handele. Das Resultat: Rund fünf Monate Isolation für Sylvia Herzinger im Preungesheimer Gefängnis, ein Ermittlungsverfahren wegen Paragraph 129 a und ein Platz auf der Anklagebank im nun bevorstehenden Prozeß.

Das Denkmodell von BKA-Chef Herold, durch Verwissenschaflichung mittels Computereinsatz die Unwägbarkeiten der traditionellen Beweiserhebung auszuschalten, führte sich so in der Praxis selbst ad absurdum. Abgesehen von der unvergleichlichen Menschenverachtung, die aus der "Datenerhebung" bei einem Schwerverletzten spricht, der ohne anwaltlichen Beistand, **ohne Rechtsbelehrung**, ohne eigene Orientierungsmöglichkeit in nahezu totaler Abhängigkeit von seinen Bewachern und Befragern vegetierte, zeigt sich eine wesentliche Schwachstelle der computerisierten Beweiserhebung just an ihrem "Erfolg": Sylvia Herzinger blieb im Computer-Raster hängen, nachdem man ihre Daten mit den gespeicherten Erkenntnissen mittels Beweiserhebung à la Feiling die gewünschte "vorprogrammierte" Übereinstimmung ergeben hatte. Ohne Zweifel treffen die erhobenen Merkmale von "Friederike" auch auf eine ganze Reihe anderer Personen zu, die indes im Unterschied zu Sylvia Herzinger noch nicht im Rahmen der "Beobachtenden Fahndung" erfaßt sind. (Obwohl man ohne eigenes Zutun oder gar irgendeine Straftat in Herolds System geraten kann.)

Ebenso unfaßbar wie die angewandten Vernehmungsmethoden muß im übrigen die Leichtfertigkeit erscheinen, mit der der schwer epilepsieanfällige Feiling als "verhandlungsfähig" erklärt wurde. Wie zuvor die Verwechselbarkeit von Polizei und Pflegepersonal, besticht hier wieder die nahtlose und überaus freundliche Zusammenarbeit von Medizin und Justiz, für die es in der deutschen Geschichte bereits zahllose Belege gibt. Kaum hatten die Ankläger deutlich werden lassen, daß sie an der Prozeßfähigkeit von Hermann Feiling äußerst interessiert sind, fand sich prompt ein garantiert liberaler und sachverständiger Gutachter. der in einer abenteuerlichen Schlußbeurteilung "trotz allem" (so das Gutachten) Feiling eine wohldosierte Verhandlungsfähigkeit attestierte.

Herrmann Feiling hatte in letzer Zeit mehrere epileptische Anfälle, die fast ausschließlich dann auftraten, wenn er mit der Strafsache konfrontiert war. Das Gutachten nimmt zwar diese durch psychische Streßsituationen ausgelösten Anfälle zur Kenntnis, besteht aber dennoch auf einer beschränkten Verhandlungsfähigkeit. Einziges Zugeständnis und Ausdruck eines schlechten Gewissens: Auf Anweisung des Richters sollen jeweils 15 Minuten vor Verhandlungsbeginn 2 Sanitäter für den Fall der Fälle zur Verfügung stehen.

Neben der Initiativgruppe für Hermann, Sybille und Sylvia haben inzwischen zahlreiche Prominente die Aufhebung der Anklage für alle drei Angeklagen gefordert. In einer Erklärung, die z.B. von Fritz Teufel, Heinrich Albertz, Bernadette Devlin, Judos- und Falkengruppen, und den Söhnen Willy Brandts unterschrieben wurden, heißt es u.a.: "Wir verurteilen solche Vernehmungsmethoden und Prozesse nicht nur in lateinamerikanischen Diktaturen, sondern genauso dann, wenn sie hier in der Bundesrepublik stattfinden."

Prozeßtermine: bis zum 8.1.81 jeden Dienstag und Donnerstag jeweils 9.30 Uhr, Saal 146 Gebäude A, Zeil 42

Spendenkonto: A.Häuser, 6901 Dossenheim, Postscheckamt Karlsruhe, Konto 181553 - 752.

demokrat
Zeitung demokratischer, antifaschistischer Lehrer/innen

Der „demokrat" analysiert

- Probleme der Gewerkschaften aus der Sicht derjenigen, die mit der Politik der Vorstände unzufrieden sind;
- die besorgniserregende politische Entwicklung in der BRD;
- wichtige Bereiche der Erziehung, vor allem der Schule;
- internationale Entwicklungen.

Bestellabschnitt

AN DEMOKRAT Verlags-GmbH
Postfach 10 09 02, 3500 Kassel

- Ich bestelle „demokrat" für DM 2,50 + -,50 Porto und überweise DM 3,-
- Ich aboniere den „demokrat" (6 Ausgaben = DM 12,- + DM 3,- Porto) und überweise DM 15,-

auf das Konto des DEMOKRAT Verlags Nr. 28 614 bei der Raiffeisenbank Kassel-Oberzwehren (BLZ 520 690 56)

Name:

Straße:

Wohnort:

Dr. med. Mabuse

ZEITUNG IM GESUNDHEITSWESEN

„Solch ein fürwahr basisdemokratisches Zeitschriftenprojekt, das auf weiter Medienflur nur selten seinesgleichen findet und zudem immer noch nicht eingegangen ist." schrieb die 'Frankfurter Rundschau' am 24. 11. '78 zu unserem 2. Geburtstag.

Eingegangen sind wir noch nicht - im Gegenteil: Von der anfangs reinen Studentenzeitung in Frankfurt wuchsen wir - auch über die Unigrenzen hinaus - zu einer überregionalen Zeitung mit selbstständigen Redaktionen in 18 Städten.

SCHWERPUNKTTHEMEN sind: Ausbildung in den medizinischen Berufen, Ökologie, Medizin in der 3. Welt, Gewerkschaftspolitik, Alternativen zum herkömmlichen Gesundheitswesen, aber auch persönliche Erfahrungsberichte, Kurzmeldungen und Kleinanzeigen.

Dr. med. Mabuse
Postfach 160 171
2400 Lübeck 16

Gabi Meier

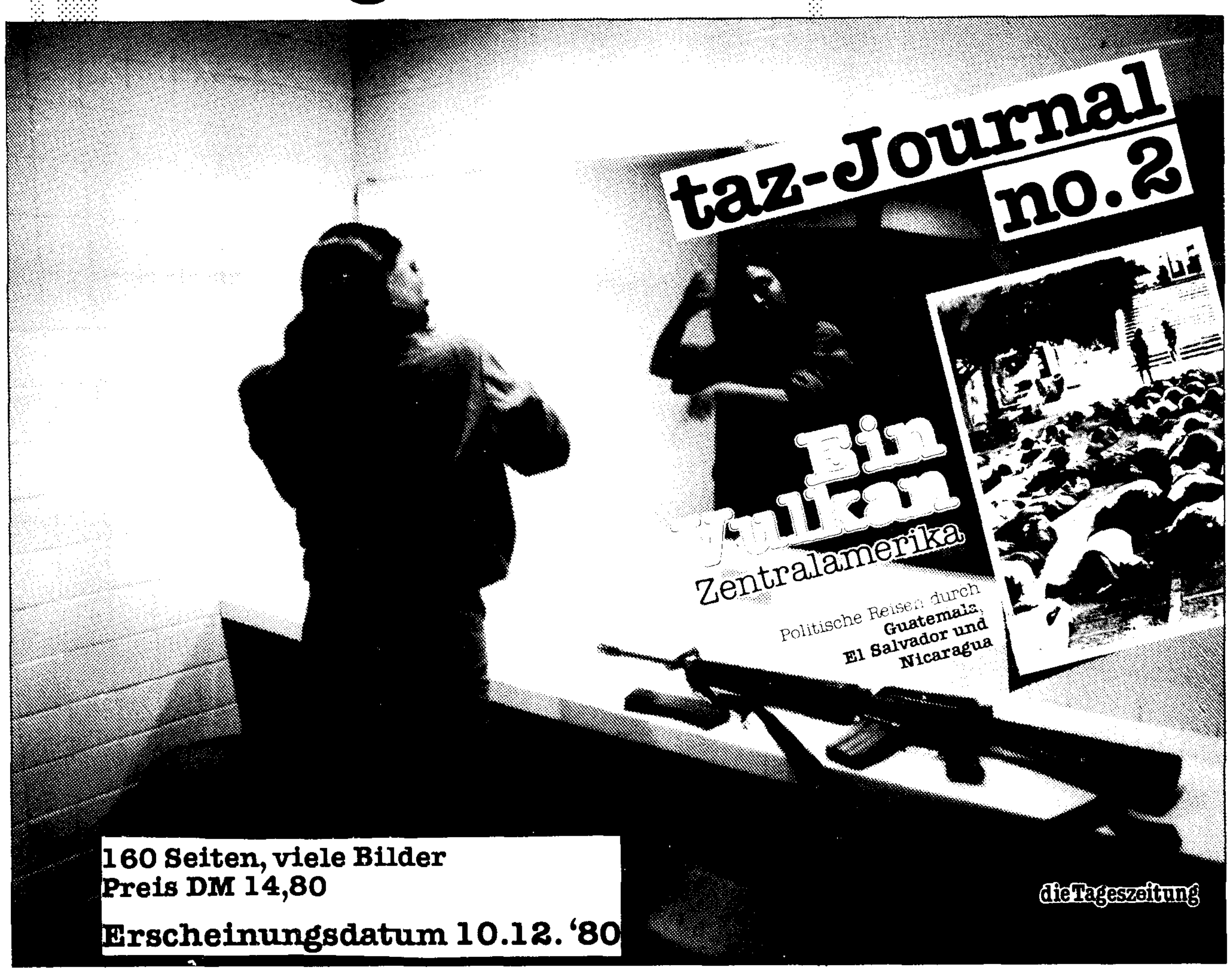
Eschholtzstr. 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

die Tageszeitung

Wattstraße 11 -12
1000 Berlin 65



Im Frühjahr '80 entwickelte sich aus dem Bedürfnis der taz-Redakteure/innen, außerhalb des Aktualitätsdrucks inhaltliche Schwerpunkte setzen zu können, die Idee der taz-Journale.
Wegen des großen Erfolgs des taz-Journals Nr. 1 zum Bereich «Ökologie» setzen wir die Reihe der Journale fort. Am 10. Dezember wird das taz-Journal Nr. 2 zu dem Thema «Zentralamerika» erscheinen.
Die «sandinistische Revolution» hat vor anderthalb Jahren den Weg für eine neue Gesellschaft in Lateinamerika freigemacht.
Das taz-Journal Nr. 2 will die ersten Schritte auf diesem Weg zeigen und verdeutlichen, warum die Ergebnisse für uns hier oft so viel anders aussehen, als wir es eigentlich erwarten.
Einer der taz-Auslandsredakteure war in Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Er sprach mit Politikern, Marktfrauen, Guerillaführern, Vertretern der Kirche und Menschenrechtskommissionen.
Er besuchte die Indianer in Guatemala und am nicaraguanischen Atlantik. Er wird diese Eindrücke auch beim Russell-Tribunal im November einbringen und im Journal aktuell über das Tribunal berichten.

Wo gibt es das taz-Journal?
1. direkt bei der Tageszeitung bestellen:
14,80 DM auf das Konto des Verlags «die Tageszeitung GmbH» in Frankfurt einzahlen: PschA FfM, Kto. 100490-603.
Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen!!
2. in allen guten Buchläden, die es über Prolit bestellen können: Prolit, Daubringer Str. 32 - 6304 Lollar, Best.-Nr. 30183

☐ **1-Wochen Probeabo**
(5,-DM Schein/Scheck beiliegend)

Name, Vorname ....

Straße ....

PLZ, Ort ....

absenden an:

die Tageszeitung
Wattstraße 11-12 1000 Berlin 65